konkret

Konkret: Politik & Kultur

Konkret 1996 neu: Die letzte macht das Licht an!

Wladimir Iljitsch Lafontaine: Kommt die Volksfront?

in konkret Januar 1996

von konkret

an konkret

Pariser Spätmai von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

In diesem SinneStamokohl von Georg Fülberth

In diesem SinneEinmal Elektriker, immer Elektriker von Werner Pirker

In diesem SinneMord muß Mord bleiben von Rayk Wieland

Oskar läßt die Puppen tanzen von Jürgen Elsässer
Mit ihrem neuen Vorsitzenden wird die Traumfabrik Sozialdemokratie endlich wieder ein paar unterhaltsame Streifen produzieren. »Volksfront« steht allerdings nicht auf dem Programm

Mobilmachung, linksdrehend von Heiner Möller
KONKRET-DokumentZu einem Round-Table-Gespräch über die Rolle des wiedervereinigten Deutschland in der Welt und über die Beteiligung deutscher Soldaten an internationalen Militär-einsätzen hat Heiner Möller prominente Politiker/innen aus PDS und Grünen gebeten. Auch Vertreter von CDU und FDP nahmen teil. KONKRET dokumentiert Auszüge aus dieser aufschlußreichen Debatte

Zu Protokoll
»Seien Sie mal vorsichtig!« – oder was zwei Rechte und vier, die sich für links halten, nach der Wahl Oskar Lafontaines zum SPD-Vorsitzenden so für Sorgen haben können – Auszüge aus der SAT 1-Sendung »Talk im Turm« vom 19. November 1995

Mythen in Tüten von Pascal Beucker
Sie personifiziert den ökosozialistischen Sündenfall: die Pastorin Antje Vollmer, die auf einem linken Ticket in den Bundestag einzog und es bis zu seiner Vizepräsidentin gebracht hat

PC-Opfer im Eichholz von Ralf Schröder
Eine Tagung der Adenauer-Stiftung Mitte November machte deutlich, daß Voraussetzung für den Einsatz im antikorrekten Fronttheater fortgeschrittener Verfolgungswahn ist

Hummel, Hummel!... von Oliver Tolmein
Die 68er haben es geschafft. Deutschland ist ein tolerantes Land mit einer prima Zivilgesellschaft geworden. Deswegen können Schwule und Lesben zwar immer noch nicht wohnen, wo sie wollen. Aber wenn alles zu spät ist, gibt es wenigstens noch gut gelaunten Widerstand. Ein Stimmungsbericht aus dem schönen Hummelsbüttel

»Außerhalb der Dienstzeit« von Otto Köhler
Soll man es noch einen »Skandal« nennen? Der Leiter des Militärarchivs Freiburg hat einer Rechtfertigungsschrift für die Verbrechen der Wehrmacht seinen Segen erteilt

Erhöhte Kampfbereitschaft von Werner Pirker

Dayton und die Folgen: Die einst pazifistischen deutschen Linken hoffen auf einen Waffengang der Bundeswehr und die balkanischen Kriegsherren auf eine Pax Americana

Euro-Bubble IV von Eckhard Voß

Seit der Wiedervereinigung haben die Deutschen die Koordinaten ihrer Europapolitik verschoben. Sie können nun nämlich auch anders

Mords-Geschäfte von Wolfgang Müller

Je brutaler die Konkurrenz auf dem Weltmarkt wird, desto emsiger hantieren die imperialistischen Mächte mit dem Begriff »Menschenrechte« – ein ideologisches Schmiermittel auch im Kampf um den riesigen Markt in China

Der vergessene Archipel von Wolfgang Müller

Maxima Moralia von Carsten Otte

Kunst & Gewerbe

Würstchen mit Haarteil von Gerhard Henschel

Im Grunde seines Kinderherzens, schreibt Heino in seiner Autobiographie, war er Kommunist. Und die Deutschen lieben ihn doch

»Ich würde es noch mal so machen« von Hermann Kant, Hermann L. Gremliza, Rayk Wieland

KONKRET-GesprächSeit dem Sieg der großen original deutschen gewaltfreien Revolution spielt der ehemalige Präsident des Schriftstellerverbandes der DDR im Feuilleton der Bürgerpresse die Rolle des Staatsfeindes Nr. 1. Mit Hilfe von Aktendes Kohl-Beauftragten Gauck soll er aus der Literatur entfernt werden. Fünfhundert Seiten dick ist »Die Akte Kant« (bei Rowohlt), mit der ein Karl Corino Kant als Stasi-Spitzel überführt zu haben glaubt. Hermann L. Gremliza und Rayk Wieland haben mit Kant gesprochen

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

wieder das vergessen von Henryk M. Broder

heute: Herr Broder

Weißmann wäscht weißer von Otto Köhler

Von den Propyläen der Akropolis haben die Säulen und einige Überdachungsreste zweieinhalb Jahrtausende überstanden. Vom einst beim deutschen Bildungsbürgertum so angesehenen Propyläen-Verlag sind nach drei Jahren des Zitelmann-Cheflektorats nur noch Trümmer geblieben

Buch & Deckel von Gunter Blank

Dietmar Dath: Die Ehre des Rudels. Maas Verlag, Berlin 1995, 190 S., 28 MarkDietmar Dath: Cordula Killt Dich. Verbrecher Verlag, Berlin 1995, 175 S., 20 Mark

Buch & Deckel von Stefan Ripplinger

Stalin’s Letters to Molotov. Hg. v. Lars T. Lih, Oleg V. Naumov und Oleg V. Khlevniuk. Yale University Press, New Haven und London 1995, 276 S., 51 Mark

Buch & Deckel von Otto Köhler

Willy Albrecht: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn 1994, 540 S., 48 Mark

Buch & Deckel von Michael Nauert

Bret Easton Ellis: Die Informanten. Aus dem Amerikanischen von Clara Drechsler, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1995, 288 S., 39,80 Mark

Erfinder der Langeweile von Mario Mentrup
Läßt sich der Alltag revolutionieren? Vor 30 Jahren haben die Situationisten nach einer Antwort auf diese Frage gesucht

Melodie & Rhythmus von René Martens
ELECTRIC LADYLAND Mille Plateaux/Force Inc./EFA

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf
BEATLES Anthology – Vol. I, EMI

Melodie & Rhythmus von Sebastian Wehlings
LES ROBESPIERRESLiberdade Liberalidade, Buback Tonträger/Indigo

Königlich Erbrochenes von Michael Ringel
Der spektakuläre Fernsehauftritt der Princess Diana of Wales stand ganz im Dienste der Massen. Ein Royal Observer berichtet

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt
Ein Winternachtstraum

Film & Theater von Michael Nauert
Dead Man

Film & Theater von Michael Nauert
Smoke

Film & Theater von Julie Hessler
Golden Eye

Faschismus in Bildern von Georg Seeßlen
Auf Seniorennachmittagen, in Kinomatinees, Fernsehprogrammen und Nostalgiebänden werden die »unschuldigen« deutschen Filme des Nationalsozialismus wieder gezeigt. Verbote können die notwendige Kritik nicht ersetzen

Ein Hampelmann zieht Fäden von Jürgen Roth
Der unaufhaltsame Aufstieg des Uwe Seeler zum Vereinspräsidenten des Hamburger Sportvereins

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/96, S. 4

von konkret

Die letzte macht das Licht an. KONKRET, die letzte linke Publikumszeitschrift der Bundesrepublik (mit dem Gütesiegel des Bundesamts und mehrerer Landesämter für Verfassungsschutz), geht innen und außen runderneuert in den Jahrgang 1996:

mit festem Umschlag, um 4 Seiten erweitertem Umfang, mit mehr und kürzeren Beiträgen, umfangreicheren Meldungsseiten (*Herrschaftszeiten, Kunst & Gewerbe*), und sieben neuen Rubriken: dem politischen Foto-Blitzroman auf Seite 3; den drei Glossen (*In diesem Sinne*) auf Seite 13; *Zu Protokoll*, dem O-Ton-Dokument aus der Welt des holden Talk-Show-Schwachsinns; der *Kultur-Kolumne*, die, wie Gremlizas Kolumne den politischen, den Kulturteil eröffnet; der Rubrik zur Bewältigung der 68er-Vergangenheit: *Wieder das Vergessen*, die zu Beginn dem Uralt-68/69er Henryk Alzheimer gewidmet ist; und den drei neuen Doppelseiten *Buch & Deckel, Melodie & Rhythmus, FilmTheater* für die wenigen Leserinnen und Leser, denen neben der KONKRET-Lektüre noch Zeit für Bücher, Musik und Kino bleibt.

Übrigens: Es soll kein Geheimnis bleiben, daß Verlag und Redaktion sich von den vielen Neuerungen eine erhöhte Nachfrage beim Publikum erhoffen. Wem das neue Produkt gefällt, sage es bitte weiter; wem es nicht gefällt, behalte es für sich; wer KONKRET noch nicht abonniert hat, abonniere KONKRET jetzt.

Achtung: Die ersten 100 Besteller, die zum Vorabend des gesetzlichen Feiertags 25. Dezember statt einer Krawatte oder einem Eau de Toilette ein KONKRET-Abonnement verschenken, erhalten – ob sie zu den Glücklichen gehören, denen das Los Karlheinz Deschners *Die Politik der Päpste* beschert, oder nicht – Hermann L. Gremlizas *Frau Schwarzer ihr Haus seine Lieblingswurst*, vom Autor signiert und, wenn gewünscht, einem/einer zu Beschenkenden gewidmet.

Fertig. Los. (Mehr als 100 Exemplare gibt es nicht.)

Als Spielverderber galt, wer – wie Gremliza in KONKRET – einst die »Mauerdividende« nannte, »welche die westlichen Verleger und Rezensenten jedem Flüchtlingskind aus dem Osten ausgesetzt hatten, das den Besitz einer abweichenden Grammatik nachweisen konnte«. Wer aber für die Zeit nach dem Sieg im »Wir sind das Volks«-Krieg die Rückkehr der Rezensenten zu ästhetischen Friedensmaßstäben und den »rosaroten Mauerkünstlern« ein böses Erwachen vorhersagte, war mindestens ein Stalinist. Bis zum 25. November 1995. Da ließ das Zentralorgan des Bundesverbands der deutschen Arbeitgeberverbände durch seinen Wilfried Wiegand nachfolgende Mitteilung ergehen:

Zu befürchten ist, daß wir auch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Imperiums im Westen

(Wiegand meinte nicht, daß das kommunistische Imperium im Westen zusammengebrochen ist, sondern etwa das Gegenteil, aber auch nach dem Sieg im Osten gilt: Syntax n`est pas un mot allemand)

immer noch dazu neigen, Künstlern aus dem Osten einen ästhetischen Bonus zuzugestehen. Bis zum Fall der Mauer haben die Literaten der DDR davon profitiert, aber auch so mancher Filmregisseur aus Polen. Um nur zwei dieser Profiteure mit Namen zu nennen: Christa Wolf und Andrzej Wajda.

Damit müsse nun Schluß sein, sagt die »FAZ«. Es wird dem Rathenow und dem Weiß, dem Biermann und der Klier noch leid tun, nicht auf KONKRET gehört und rechtzeitig einen ordentlichen Beruf ergriffen zu haben.

Eine Veranstaltung mit Hermann L. Gremliza findet am 20. Dezember 95 im »Café Konkret«, Bochum, Kortumstraße 19-21, statt. Gremliza liest aus *Ganghofer im Wunderland* und dem unveröffentlichten Manuskript »Theo der Metaphernhäuptling«. Beginn: 19 Uhr; Eintritt 10 Mark.

Konkret 01/96, S. 6

an konkret

Schöner Gedanke

KONKRET 12/95: »Entre amants« von Christel Dormagen

Wunderbar Christel Dormagens Artikel über Flaubert. Sie sagt über diesen Schriftsteller, er habe Tage an einem Satz gefeilt, Wochen gebraucht, um dreißig Seiten zu korrigieren, Jahre an einem Buch geschrieben. Ich darf hinzufügen: Mit dem Ergebnis solcher Anstrengung gab Flaubert den Maßstab ab, der bis heute an Prosa angelegt wird, auch wenn viel Literatur, die gern Weltliteratur wäre, dann nur Allerweltsliteratur ist. Flaubert beschreibt den Arbeitsaufwand als enorm. Die Erfahrung lehrte, daß Kunst billiger nicht zu haben ist. Längst gilt deshalb jener Aufwand als normal. Wie auch die Klagen des Meisters über die Schrecknisse der Arbeit längst zum Repertoire des Schriftstellers gehören.

Schön, daß Dormagen den Satz Flauberts zitiert vom schönen Gedanken, den es ohne schöne Form nicht gebe. Der schöne Gedanke: Wie altmodisch muß dieser Ausdruck klingen in Ohren, die im besten Fall darin geübt sind, dem Gedanken die Wahrheit abzulauschen. Mit Adorno läßt sich sagen, auch wenn ich, um das sagen zu können, Adorno falsch zitieren muß: Schön ist ein Gedanke, der frei ist von der Lüge, wahr zu sein.

Michael Scharang

Wien

Schon richtig, daß Gustave Flaubert »Tage an einem einzigen Satz feilte, Wochen brauchte, um 30 Seiten zu korrigieren, Jahre an einem Buch schrieb«. Aber eben: *Wenn* er an seinem Werk schrieb. Seine Briefe – so drei bis fünf vielseitige täglich! – hat er locker und ziemlich skrupellos heruntergefetzt. Weswegen ein ausgesprochener Flaubert-Feind wie Paul Léautaud, der den ziselierten »Bovarysmus« haßte, die Flaubert-Briefe gerade ob ihrer Hemmungslosigkeit liebte. Die Übersetzerin hatte hier genau nicht den perfekten Wortmagier ins Deutsche zu bringen, sondern einen Mann – na, nicht gleich wie andere auch, aber doch mit Ecken, Kanten, Brüchen. Die sollen auch im Deutschen sichtbar bleiben.

Und noch eine kleine Bitte an die Kollegen von der Presse: Wenn Sie schon privilegiert mit Umbruchabzügen vorab bedient werden, dann wissen Sie auch, daß diese Ihrer Information dienen und mit Vorbehalt zu lesen sind. Zitate und Urteile wären am vollendeten Exemplar – das nicht vor dem 6. Dezember vorlag – zu überprüfen; darin übrigens auch eine ausführliche Colet-Chronik in Wort und Bild.

Gerd Haffmans

Zürich

Wichtig! Widerlich.

KONKRET 12/95: »Deutsches Paarlaufen« von Heiner Möller

Zwei Linke wiederentdecken die politische Ökonomie? Endlich! Dazu die politische Psychologie des Untertanendenkens, das auf verinnerlichtem Zwang, auf Selbstbeherrschung beruht? Wichtig! Allein: Zweck des ganzen ist für Ebermann/Trampert erklärtermaßen, ein neues »Linkssein« (!) zu begründen, sprich: das Selbstbild als moralisch »guter Mensch« neu auszupinseln. Bescheuert! Das im Möller-Text wie auch als Bildunterschrift zur Essenz erkorene Zitat sagt da alles:« Sich (!) die Fähigkeit (!) zur Kritik zu bewahren« ist schon ein reichlich seltsames Bedürfnis von Leuten, die offenbar nicht einfach kritisieren und Argumente klären wollen, sondern sich Sorgen um ihre »linke Identität«, um ihre Selbststilisierung als vortreffliche Charaktere machen. Was leider nur eine Unterabteilung bürgerlichen Individualitätswahns ist, denn nur so kommt einer auf die Idee »Nicht-Mitmachen!« als Erfolg zu feiern und der eigenen linken Eitelkeit mit dem Etikett »Autonomie der Verweigerung« zu schmeicheln. Und nur so erklärt sich die arrogante Verachtung »der Massen« (wohlgemerkt: nicht Verachtung an sich, doch die falsche kollektive Verallgemeinerung ist hier der Fehler), die »im Augenblick« keine befreiende Gesellschaft wollen – woraus für Ebermann/Trampert aber offenbar nicht folgt, auf deren Willen und Bewußtsein einzuwirken, sondern selbstgefällig »auf bessere Zeiten« zu warten. Widerlich.

Guido Rohrer

Gelsenkirchen

Habemus Papam

KONKRET: 11/95: »Pazifist der Reserve« von Pascal Beucker

Pascal Beuckers Versuch der Zertrümmerung Daniel Cohn-Bendits scheint uns außer einem Schwall von Klatschzitaten folgendes sagen zu wollen: Erstens, der Bursche war nie Marxist. Zweitens, er verfügt über einen massiven »Trotz-allem-ein-netter-Junge«-Bonus beim etablierten Zeitgeist. Drittens, er ist für Krieg, inklusive Bundeswehr, gegen die bosnischen Serben, und er ist gegen einseitige atomare Abrüstung.

Cohn-Bendit hat wohl nie bestritten, daß er Marxismus nur mit reichlich Anarchismus und Hedonismus verbunden akzeptierte. Die leninistische, verstaatlichte Form lehnte er ab, ebenso die masochistisch-maoistische Form des angeblichen Dienstes an der Arbeiterklasse, die keine – subjektive! – Lust als Motor der Rebellion zuließ. Ohne Leute wie Cohn-Bendit wäre von der 68er Protestbewegung in Deutschland vielleicht nur ein Kasernenhof von Kaderparteien geblieben. MLer hatten ja auch schon öffentlich die gerechte Strafe für den Lustmolch ausgesucht – lebenslängliche Zwangsarbeit in einer Fischmehlfabrik – , was im Zitatenschatz fehlt.

Der Bonus bei den nichtrevolutionären ZeitgenossInnen beruht auf einer schlichten Eigenschaft: Cohn-Bendit ist »prominent«, genießt es, kann damit umgehen und auch anderen damit nützen. Das ist selten; einige aus seiner Alters- und Erfahrungskohorte sind größenwahnsinnig oder depressiv geworden – er eigentlich weniger. Von Szene-Projekten, die ihre Selbstdarstellug zwecks Steigerung der Aufmerksamkeit mit dem »Markenartikel« Cohn-Bendit dekorieren wollten, wird berichtet, er habe mit einem simplen »Ihr wollt also meinen Namen nutzen, okay« reagiert, nicht anders als beim Ausleihen eines Schraubenschlüssels. Wenn schon eitel, dann doch lieber so.

Was Cohn-Bendit in der Protestbewegung und danach stark gemacht hat, ist der Versuch, in Menschrechten statt in politischen Lagern zu denken. Er hat die großen Staatsverbrechen im Ostblock vor vielen anderen kritisiert, und es wäre interessant, über süffisante Bemerkungen hinaus von unserem Zertrümmerungs-Spezialisten zu erfahren, wie er eigentlich dazu steht. Cohn-Bendit hat auch geholfen, die linke Szene von einer zwanghaften Lager-Identifikation mit der Desperado-Stadtguerilla wegzubringen, ohne im Lager der Verfolger zu landen.

Aus dem gleichen Grund hat er Aggression, »ethnische Säuberung« und faschismusähnliche Richtungen in ehemals stalinistischen Ländern angegriffen, auch wenn sie nominell aus dem »linken Lager« kamen. (Davor drückt sich KONKRET im Bosnienkrieg. Klar ist es richtig, dagegen anzuschreiben, daß kroatische und bosnisch-muslimische Angriffe und Kriegsverbrechen verschwiegen, serbische aufgebauscht werden. Doch wird nur suggeriert, nicht belegt, daß *alles in allem* eine andere als die serbische Kriegspartei der Aggressor gewesen sei.) Daraus die Stellungnahme für militärische Intervention abzuleiten, war so viel und so wenig »Verrat« wie eine Stellungnahme für militärische Intervention gegen Franco im Spanischen Bürgerkrieg (und der Vergleich ist nicht schiefer als andere historische Vergleiche). Zwar hat, durch Zufall oder Glück, die Nato-Bomber-Intervention bisher nicht zu einem immensen »Body Count« geführt; weil die Entwicklung zu einem jahrelangen Krieg wie in Vietnam aber jederzeit möglich ist, liegt Cohn-Bendit in dieser Frage falsch.

Der Zertrümmerer vom Dienst findet also politische Fehler, schreibt sie aber Cohn-Bendits unzureichendem Sinn fürs »richtige Lager« zu. Es sind aber, gerade umgekehrt, Fehler einer Menschenrechtspolitik, und von dieser Ausgangsposition her wohl auch leichter zu korrigieren als durch Lagerdenken.

Noch etwas: Cohn-Bendit hat Humor, was dem KONKRET-Autor gnadenlos abgeht. Bei einer Versammlung mit VorläuferInnen der heutigen »Autonomen« reagierte Cohn-Bendit auf den Zuruf, er solle sich nicht aufspielen, als sei er der Papst, indem er auf den Tisch haute und rief: »Ich *bin* der Papst!« Das vereinte den *ganzen* Saal im Lachen. Der Zertrümmerer hätte wahrscheinlich im Vatikan nachrecherchiert.

Richard Herding

Frankfurt am Main

Scherben

Zwei Beobachtungen, die in überhaupt keinem Zusammenhang stehen: 1. Josef Fischer, Hubert Kleinert und Kollegen wollen endlich mal deutsche Soldaten kämpfen sehen. 2. In meiner Straße steht ein Glascontainer, der hat links ein Loch für die grünen Flaschen und rechts ein Loch für die braunen.

Arno Matthias

Erkrath

Konkret 01/96, S. 9

Hermann L. Gremliza

Pariser Spätmai

Der europäische Normalverbraucher, beansprucht von den Strapazen der vorweihnachtlichen Konsumschlacht, wundert sich, daß Frankreich plötzlich in einem Arbeitskampf versinkt, der die Fünfte Republik in ihren Fundamenten erschüttert. »Hamburger Abendblatt«

Die Geschichte aller Gesellschaft war die Geschichte von Klassenkämpfen, bis Michail Gorbatschow und Helmut Kohl eines schönen Abends im Kaukasus die Welt vom Kopf auf ihre allgemeinmenschlichen Plattfüße stellten. Seit jener globalen Wende sind Klassen, Ausbeutung, Imperialismus feierlich für abgeschafft erklärt beziehungsweise in jenem Kalauerfundus abgelegt, aus dem die bürgerlichen Sozialclowns Marke Blüm sich bedienen. Klassenkampf heißt dort das Verhältnis zwischen Arbeitslosen und Privatbesitzern eines Arbeitsplatzes, Ausbeutung die Expropriation der Staatskasse durch die Sozialschmarotzer, und dem Imperialismus singt der neue linke Vorsitzende der SPD die neue linke »Internationale« vor: »Alle Menschen werden Brüder«, obwohl das doch der Chor der Toskaner aus Ossobuco von Biolek ist. Und so fragt sich, wer jetzt in Paris Hunderttausende auf den Straßen sieht, ob das vielleicht Aktionäre sind, die gegen die Senkung ihrer Dividende durch die Gewerkschaften protestieren.

Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet? Auch hiervon ist das genaue Gegenteil wahr, weshalb es die Bourgeoisie für ihr wichtigstes gemeinschaftliches Geschäft ansieht, der Lüge entgegenzutreten, wozu sie ohne Rücksicht auf alle intellektuellen und ästhetischen Mindeststandards, die sie bei der Auswahl ihres privaten Personals anlegt, Christen, Sozis und Müslis jeder Art beschäftigt, wenn sie sich nur bemühen, ihr Bestes zu tun. Leider reicht das nicht immer, die Brocken Wirklichkeit, die manchmal, und etwas häufiger in letzter Zeit, auf den Tisch kommen, verdauungsgerecht einzuspeicheln. Wie, beispielsweise, soll das Publikum runterkriegen, was nicht nur der »Spiegel« ihm vorsetzen muß:

Die Franzosen gehen auf die Barrikaden. Während Frankreichs Wirtschaft weiter im Chaos versinkt und Straßenschlachten in den Großstädten toben, brechen Streikwellen und soziale Unruhen auch in Italien und Belgien los... Mit Massenstreiks, Verkehrsblockaden und dem Unterbrechen der Gas- und Stromversorgung protestieren seit mehr als einer Woche Hunderttausende gegen die Pläne von Premier Alain Juppé, das überteuerte Sozialsystem zu reformieren und einen harten Sparkurs durchzudrücken... Den Einstieg in eine harte Euro- Währung, für 1999 vereinbart, müßten die Franzosen mit noch höherer Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und brutalen Verteilungskämpfen bezahlen... Die Absage ans Euro-Geld könnte eine Flucht in die starke D-Mark auslösen. Über die Frankfurter Bundesbank beherrschten die Deutschen dann endlich die gesamte EU-Wirtschaft.

Eigentlich ist angesichts dieser Schilderung fast ein wenig schade, daß es Klassenkampf, Ausbeutung, Imperialismus nicht mehr gibt, sonst könnte man, was da gemeldet wird, nein, nicht anderen erklären, aber mit etwasGlück selber verstehen. Es hilft mitunter sogar den Opfern, wenn die Täter wissen, was sie da treiben, anstatt an der eigenen Propaganda zu verblöden – eine Differenz, die sich an den Politik- und den Wirtschaftsseiten besserer Bürgerblätter ablesen läßt. Wer »westdeutsche Standards, Besitzstände und Bequemlichkeiten« schildert und dazu, wie die »Frankfurter Allgemeine«, die Frage stellt: »Wo steht eigentlich geschrieben, daß es Westdeutschland und nicht Ostdeutschland ist, das die Maßstäbe setzen wird, um in Deutschland sinnvolle Politik zu treiben?«, weiß besser als der europäische Normalverbraucher und sein Hamburger Redakteur, was »Modernisierung« heißt: Linderung der Konsumschlacht-Strapazen durch Kürzung von Löhnen, Streichung von »Nebenkosten« (so heißen, weil Gesundheit und Leben der Güter höchste nicht sind, die Aufwendungen zur Erhaltung der Existenz und Arbeitsfähigkeit der Proleten), Beseitigung sogenannter Errungenschaften der Arbeiterbewegung (feste Arbeits- und Freizeiten) und »Bequemlichkeiten« (insbesondere für Frauen und demnächst für Kinder).

In diesen Dezembertagen in Paris wird offenbar, daß es den Ideologen des Kapitals, die den Klassenkampf feierlich für erledigt erklärt haben, ergeht wie der katholischen Kirche mit ihrem Versuch, den Geschlechtstrieb abzuschaffen. Trotz religiöser Soziallehre, trotz einer einst im Mai in Paris aufgebrochenen Bürgerjugend, die so gerne egalitär-gerecht und trotzdem oben wäre, trotz allen Revisionisten: Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung bricht immer wieder auf.

Und er tut es, obwohl die Streikenden keine Hoffnung mehr haben können, ihr Los zu verbessern. Als die Drohung, widrigenfalls mit den Kommunisten zu gehen, noch verfing, wurde manche Forderung erfüllt – nicht auf Kosten des Profits zwar, aber doch des Staates, und mit Krediten, die jetzt fällig gestellt werden – man braucht nicht zu fragen, wem. Dabei ist, was da »verzweifelt« protestiert, immer noch die gleichfalls für abgeschafft erklärte Arbeiteraristokratie: öffentlicher Dienst, Facharbeiter, Lehrer, Studenten. Deren Unterklasse, die Millionen Immigranten aus den vom Imperialismus (vor

seiner Abschaffung durch Otto Schily und Hubert Kleinert) unbewohnbar gemachten Teilen der Welt, sitzt in den Banlieus, ihr Protest ist nicht Streik, sondern »Bombenterror, Islamismus, Kriminalität« (»Zeit«); mehr als vierzig Prozent ihrer Jugendlichen sind arbeitslos, die Jahresrate ihrer gemeldeten Gewalttaten lag zuletzt bei 350.000. Irgendwo dazwischen treiben 400.000 Obdachlose und 2,5 Millionen, die in unbewohnbaren Behausungen vegetieren. Wer von all denen wohl ahnt, was ihnen bevorsteht? Sogar dort, wo man sich gerade anschickt, die EU-Wirtschaft zu beherrschen? Auch die deutschen Sozialpolitiker wollen nicht nur das Arbeitslosengeld, sondern auch bei anerkannten Asylsuchenden die Sozialhilfe, also das Existenzminimum, kürzen, und zwar um zehn Prozent.

Das ist erst der Anfang, so richtig hat die Modernisierung des »überteuerten« Sozialsystems noch gar nicht begonnen. Die Normen, die Deutschland für die Aufnahme in die europäische Währungsunion durchgesetzt hat, verlangen etwa von Belgien, Griechenland, Italien, Schweden, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien eine Reduzierung ihrer Staatsschulden um bis zu sechzig Prozent. Griechenland, Schweden, Italien, Finnland, Frankreich, Spanien, Portugal, Österreich und die Niederlande müssen ihr Haushaltsdefizit um durchschnittlich fünfzig Prozent verkleinern, Griechenland, Italien, Spanien und Portugal zudem ihre Inflationsrate drastisch senken, wenn sie ihre Ökonomie nicht gänzlich den Deutschen ausliefern wollen, die allein (neben Luxemburg) zur Zeit die Aufnahmebedingungen erfüllen und den anderen EU-Ländern jene Bedingungen diktieren, welche die USA in den achtziger Jahren mit ihrer Weltbank den Ländern der Dritten Welt oktroyiert haben: Beteiligung der jeweils herrschenden Klasse an der Ausbeutung des Landes gegen Herstellung optimaler Verwertungsbedingungen – wer keinen Lohnersatz (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Krankengeld) erhält, arbeitet jederzeit für jeden Lohn.

»Ein Triumph der französischen Gewerkschaftsmacht?«, fragt die »Zeit« angesichts des Streiks und antwortet sich: »Im Gegenteil: Es ist der hilf- und kopflose Verzweiflungskampf einer arg angeschlagenen Gattung.« Zynisch, aber so falsch nicht: Das Ende der Geschichte der Klassenkämpfe kann das Ende der Geschichte gewesen sein, einer jedenfalls, von der besseres erwartet worden war als das herrschende Elend; das Ende der Klassenkämpfe war das Ende der Geschichte gewiß nicht. Nur daß die Zuversicht, die sich erhebende Klasse werde zugleich mit den ihren die Interessen der Menschheit vertreten und nicht lieber ihren Freßnapf gegen »vaterlandsloses Spekulantentum« (Hamburgs SPD-Bürgermeister Voscherau) und andere volksfremde Schmarotzer verteidigen, dahin ist. Und nicht wiederkehren kann, solange, was ihre Avantgarde zu sein hätte, sich vor die Wahl zwischen einer »freiheitlichen Linken« und einer »totalitären Linken« stellen läßt, die doch nur Synonyme sind für: kapitalistische oder antikapitalistische Linke, Zwickel oder Marx.

Konkret 01/96, S. 10

Herrschaftszeiten

Rückspiel

Der BGH hat in einem Grundsatzurteil die Bestrafung eines DDR-Richters wegen der Verhängung von Todesurteilen bestätigt. Der 5. Senat distanzierte sich dabei ausdrücklich von seiner Rechtsprechung zur Verfolgung von NS-Richtern in den 50er und 60er Jahren und betonte, daß auch »blinder Gehorsam gegenüber staatlichen Machthabern« nicht vor Strafe schütze. »Gerade auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der NS-Zeit« habe bei Todesurteilen immer dann Rechtsbeugung vorgelegen, wenn damit nicht schwerstes Unrecht bestraft worden sei, also etwa nur Spionage. Im Hinblick auf die unterbliebene Verurteilung von Richtern des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs sprach der Vorsitzende des Senats von einem »folgenschweren Versagen der bundesdeutschen Strafjustiz«.

Karzinom 1

London – Der britische Gewerkschaftsbund (TUC) und der Bundesverband der britischen Industrie (CBI) befürworten das Konsensprinzip, wenn es um Rauchen am Arbeitsplatz geht. Eine Sprecherin des TUC betonte, daß Raucher nicht diskriminiert werden dürften. Bei der Aufstellung von Regeln sollten Gewerkschaftsvertreter und betroffene Beschäftigte gleichermaßen einbezogen werden.

Hinspiel

Der Arbeiter Max Schlichting sagte am 7. Juni 1944 bei einer Pinkelpause im Bedürfnishäuschen auf dem Hamburger Großneumarkt, daß er nicht an den deutschen Endsieg glaube: »Eine Wucht« werde man bekommen, sagte er, was soviel heißen sollte wie: Dresche. Ein Gestapo-Mann zeigte ihn an. Die Hamburger Richter Dr. Herr, Dr. Horstkotte und Dr. Reuter verurteilten Schlichting wegen Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung zum Tode durch das Fallbeil. Am 24. März 1945 wurde er hingerichtet. Keiner der drei Richter wurde jemals belangt.

Karzinom 2

Warschau – Der Gesundheitsausschuß des polnischen Parlaments (Sejm) hat mit zehn zu fünf Stimmen das vom Oberhaus (Senat) eingebrachte totale Werbeverbot für Tabakwaren gekippt. Es gilt als wahrscheinlich, daß das polnische Unterhaus der Ausschußempfehlung folgt.

Zwischenspiel

Bundespräsident Roman Herzog sprach auf der 35. Kommandeurstagung von Joschka Fischers und Karsten D. Voigts Menschenrechtsverteidigern:

Die Bundeswehr wurde zwar von ehemaligen Soldaten der Wehrmacht mit aufgebaut (wie der Politiker Herzog von dem Marinerichter Filbinger und dem NS-Juristen Theodor Maunz). *Daß diese Soldaten sich aber mit der demokratischen Staatsidee, mit dem defensiven Auftrag der Streitkräfte, mit der Integration in das westliche Bündnis und mit dem Konzept der Inneren Führung – zusammen mit dem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform – identifizierten, das ist in der Rückschau zumindest bemerkenswert.*

Daß es Soldaten, die für ihren Führer halb Europa niedergebrannt, 20 Millionen Sowjetbürger ermordet und der SS Millionen Juden zur Vernichtung zugeführt hatten, so leicht fiel und gut gelang, sich mit dem neuen Auftrag und Konzept zu identifizieren, muß etwas zu bedeuten haben. Was wohl, Herr Präsident? Joschka? Karsten? Oder sollen wir Filbinger fragen?

Karzinom 3

Bonn – Die Bundesregierung lehnt nach wie vor ein EU-weites Werbeverbot für Tabakwaren ab. Das erklärte die parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl, auf Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Friedrich Merz. Der entsprechende Richtlinienvorschlag der EU-Kommission sei nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität nicht erforderlich.

Nachspiel

Für eine Bundestags-Anhörung über die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der NS-Militärjustiz hat die CDU/CSU-Fraktion vier Gutachter benannt: Den Generalmajor a.D. Jürgen Schreiber, der Deserteure der Hitler-Wehrmacht »Drückeberger« nennt; den ehemaligen NS-Militärrichter Ottfried Keller; den Juristen Alfred de Zayas, der bestreitet, daß die Wehrmachtsjustiz im Dienst der Nazis gestanden hat; und Franz Seidler von der Bundeswehr-Universität München, der jede Rehabilitierung von Deserteuren aus der NS-Wehrmacht ablehnt.

Karzinom 4

Den Haag – Ein Tabakwerbeverbot würde den Tabakkonsum nicht senken, sondern steigern. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Niederländischen Wirtschaftswissen-schaftlichen Instituts (NEI). Wirdder Wettbewerb auf werblichem Sektor ausgeschaltet, verlagert er sich auf die Preisgestaltung. Niedrige Endverbrauchspreise sind aber ein Anreiz für höheren Konsum. Das NEI prognostiziert bei totalem Werbeverbot eine Konsumsteigerung von 16,5 auf 17 Milliarden Stück pro Jahr.

Wer Wolf

Michael Wolffsohn von der Bundeswehr-Universität München (»Rechts um! Forscht!«) über Markus Wolf in der »Bild«-Zeitung:

... verschanzt sich Wolf hinter seinem »antifaschistischen Schutzwall«, seinem vermeintlichen (nicht wirklichen) Judentum. Wolf schürt damit Antisemitismus.

»Wer Jude ist, bestimme ich«, sagte schon ein anderer Anti-Antifaschist, der Antisemit wurde, ohne Wolf gekannt zu haben, es aber, hätte er den Professor für Strammstehn und Bettenbau Wolffsohn schon gekannt, gewiß nicht geworden wäre.

Karzinom 5

Bonn – Der derzeit in einigen Kreisen der Bundestagsfraktionen diskutierte Entwurf eines Nichtraucherschutzgesetzes sprengt nach Ansicht des Staatsrechtslehrers Prof. Rupert Scholz die Verhältnismäßigkeit. Der Ex-Verteidigungsminister befürchtet Bürokratien zur Überwachung von Rauchverboten.

Pardon

Für »das aus unserem Land gekommene« totalitäre Regime in Ostdeutschland, das »vielen Deutschen so viel Leid gebracht hat«, hat der Patriarch von Moskau und der ganzen Rus, Alexij der Zweite, »im Namen meiner viele Millionen umfassenden Schar der Gläubigen« das deutsche Volk um Vergebung gebeten. Wolfgang Huber, Patriarch der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, nannte die Bitte seines Aberglaubensgenossen »eine große Geste der Versöhnung«. Wenn sich jetzt noch Ignatz Bubis für die dem zentralarischen Volk abgepreßten Zahlungen entschuldigt, wird alles wieder gut.

Karzinom 6

München – Er fühle sich durch das Rauchen seiner Frau nicht in seiner Lebensqualität beeinträchtigt, erklärte der Modeschöpfer und ehemalige Ski-Spitzensportler Willy Bogner: »Ich hasse diese Rechthaberei, dieses Rumgehacke auf dem Partner«, erklärte Bogner. Dem angeblich negativen Effekt des Passivrauchens steht er skeptisch gegenüber.

Dr. phil. fuck

Ganz erregt hat sich der »FAZ«-Korrespondent Walter Haubrich diesmal aus Castros Kuba in der Heimatredaktion gemeldet – in Erinnerungen an heiße Nächte, die natürlich nicht er selber erlebt hat, sondern ganz andere Leute, zum Beispiel »der Kellner Juanito«:

Der Kellner Juanito kann es sich leisten, hin und wieder an den Bars der Ausländerhotels zu erscheinen. Dort lernte er vor kurzem eine frühere Kollegin Carmencitas kennen. Diese Ärztin hatte es vorgezogen, in einen weitaus besser bezahlten Beruf zu wechseln, in den der »jinetera«, einer »Reiterin«, wie die Huren der Revolution sich selbst nennen und allgemein genannt werden ... Wer abends Havannas derzeit bestes Hotel betreten will, muß sich durch einen Sperrgürtel ebenso phantasievoll wie aufreizend angezogener Mädchen der verschiedenen Hautfarben durchkämpfen. Die Jineteras sind höflich, keineswegs ordinär, verbinden Anmut und Witz der karibischen Frau mit Bildung, denn – so der Commandante en Jefe – »die meisten von ihnen haben unsere Universitäten besucht« ... Die Kunden der preiswerten und gewöhnlich

gutgelaunten Jineteras sind nicht mehr die verhaßten Gringos, sondern vorwiegend Mexikaner, Spanier, Italiener, auch Deutsche.

Vielleicht Hessen? Sogar Frankfurter?

Karzinom 7

New York – Als Neuauflage der politischen Hexenjagd im Amerika der 50er Jahre bezeichnet die Schriftstellerin Oriana Fallaci die gegenwärtige Hatz auf Raucher in New York: »Man wird kommandiert, faschistisch verfolgt, terrorisiert und bestraft.« Für sie sei in New York die Grenze zur Verfassungsfeindlichkeit bereits überschritten. Als Kriegsberichterstatterin habe ihr das Rauchen Kraft und Mut gegeben.

Housewarming

Nichts gegen Neger – jeder sollte einen haben. Die neuen Nazis von der »Jungen Freiheit« haben nichts gegen Juden und zweitens jetzt noch was besseres als ihren jüdischen Kompatrioten Wolffsohn: eine original volljüdische Redaktionsadresse. Es ist ihnen gelungen, eine Etage im Mosse-Haus im alten Pressezentrum von Berlin-Mitte anzumieten. Das Haus trägt den Namen seines Vorbesitzers, des jüdischen Zeitungsverlegers Rudolf Mosse (»Berliner Tageblatt«), dessen Erben 1933 vor den geistigen Vätern der neuen Mieter in die USA geflohen waren. Damals war das Verlagshaus von den Nazis enteignet und »arisiert« worden, jetzt wurde es streng marktwirtschaftlich gemietet. Bei Redaktionsschluß war noch nicht abzusehen, ob es den Erben gelingen wird, ihr Haus diesmal umgehend von dem eingezogenen Nazi-Gesindel zu befreien.

Karzinom 8

New York – Gewisse Industrien, Wissenschaftler und Journalisten konstituieren eine propagandistische Horror-GmbH, die die Bevölkerung in immer neue Gesundheitsängste stürzt, schreibt das amerikanische Wirtschaftsmagazin »Forbes«. Als typische Horror-Beispiele ohne wissenschaftlichen Wert nennt das Magazin die angebliche Beziehung zwischen Kaffeekonsum und Bauchspeicheldrüsenkrebs, Eierverzehr und Arterienverkalkung, Passivrauchen und Lungenkrebs sowie Elektrosmog und Krebs.

Blamage

Was der Bürgerkrieg in Jugoslawien Mitte der 90er für die militärische Aufrüstung Deutschlands ist, war Anfang der 80er der Krieg in Afghanistan für die moralische Aufrüstung der BRD. Die Rolle der Opfer, die heute die Muslime spielen, wurde damals den »Freiheitskämpfer« genannten Mujahedin zuteil, die Rolle der serbischen Völkermörder spielten die sowjetischen Invasoren. Wie heute, so fiel auch damals dem von früheren deutschen Kriegen unbelasteten linken Nachwuchs der wichtigste Teil der Propaganda-Arbeit zu. Einer ihrer vielen Aufrufe lautete:

Der Einmarsch der Sowjetunion stellt den dritten Versuch dar, den Widerstand des afghanischen Volkes gegen die zwangsweise und fremdbestimmte Modernisierung von oben machtpolitisch zu brechen ... Wir rufen alle auf: Verhindert ein afghanisches Vietnam, für eine autonome und fortschrittliche Entwicklung der Dritten Welt.

Arno Klönne, Dieter Senghaas, Martin Jänicke, Elmar Altvater, Bernd Rabehl, Margherita von Brentano, Oskar Negt, Ossip K. Flechtheim, Claus Offe.

Der linke Ruf wurde gehört. Die Bundesregierung, der US-Präsident und viele andere Gegner fremdbestimmter Modernisierung haben den Kräften des Widerstands zum Sieg verholfen. Über die Erfolge der Sieger bei der autonomen Entwicklung Afghanistans muß jetzt der stockreaktionäre Berliner »Tagesspiegel« berichten:

In kaum einem anderen Land des Mittleren Ostens und Südasiens werden die Menschenrechte so geschunden wie in Afghanistan. Dort tobt auch nach der Entmachtung des kommunistischen Diktators Najibullah im April 1992 (die Sowjets waren schon 1989 abgezogen) *weiter der Bruderkrieg der verschiedenen Mujahedin-Fraktionen ... Seit dem Sturz Najibullahs haben die westlichen Regierungen* (und ihre linken Zutreiber) *jegliches Interesse am Hindukusch verloren. Sie nehmen die Grausamkeiten, die sich dort abspielen, kaum noch zur Kenntnis. Dabei wurden seit Ausbruch des Krieges nach Berechnungen von Unicef 400.000 Kinder getötet, und allein in Kabul starben nach der Vertreibung von Najibullah etwa 25.000 Menschen ...*

Es ist tatsächlich gelungen, die zwangsweise und fremdbestimmte Modernisierung von oben zu beenden. Und Klönne, Senghaas, Jänicke, Altvater, Rabehl, von Brentano, Negt, Flechtheim, Offe und all die andern, die sich inzwischen von Kabul ab- und Sarajevo zugewandt haben, können sagen, sie seien dabeigewesen. Congratulations.

Karzinom 9

Wien – Die österreichische Bundesregierung beabsichtigt nicht, den Verkauf deutscher Zeitungen und Illustrierten mit Zigaretten- und Tabakwerbung zu verbieten. In Österreichs Print-Medien darf seit Inkrafttreten des neuen Tabakgesetzes nicht mehr für Tabakwaren geworben werden. Nationale Tabakwerbebeschränkungen, so das Wiener Bundeskanzleramt in einem Brief an den Präsidenten des Verbandes der deutschen Zeitschriftenverleger, dürften nicht der Verkehrsfähigkeit von in anderen EU-Ländern legal erscheinenden Presseerzeugnissen entgegenstehen.

Aus dem Endlager

Ein Mann sieht rot:

Jahrestag des Grauens ... menschenverachtend ... verheerend ... Zynismus kaum zu überbieten ... ungeheuerliche Brüskierung ... heuchlerisch ... Verbrechen gegen die Menschheit!

Crimes against humanity (nämlich Verbrechen gegen die Menschheit – und eben nicht »gegen die Menschlichkeit«, wie die Deutschen es sich gegen den Einspruch Hannah Arendts bis heute ebenso gemütlich wie falsch zurechtübersetzen) lautete der Vorwurf, den die Anti-Hitler-Koalition gegen die Naziführer vor dem Nürnberger Gerichtshof erhoben hatte. Jetzt kriegen wenigstens die Franzosen den Vorwurf zurück, wg. Mururoa – dank dem ehemaligen Wehrmachtsoffizier Heinrich Graf von Einsiedel, PDS, Mitglied des Deutschen Bundestags.

Unvergänglich – unvergessen: Damit wir auch morgen noch nachlesen können, was wir unser Leben lang so dringend gebraucht haben wie Spreizfuß und Nagelbettentzündung, hat unser Hans-Dietrich Genscher seine »Erinnerungen« einer Öffentlichkeit vorgestellt, über die alles gesagt ist, wenn gesagt ist, daß sie sich das hat gefallen lassen, ohne den munteren Autor mit einer Salve fauler Clementinen (Früchte der Geduld) zu erschießen

Wie wird man eigentlich Abt in China?

Helmut Kohl beim Besuch im chinesischen Kloster Tai Quing Gong

Aus einer Erklärung des Kommandos »Verlag 1900 Berlin« vom 12. November 1995: »wir haben heute morgen an der annähernd fertiggestellten zentrale der spd in berlin-kreuzberg ein transparent mit der aufschrift GUSTAV NOSKE HAUS angebracht und bitten um wohlwollende prüfung dieses vorschlags durch die entsprechenden gremien der sozialdemokratischen partei deutschlands. wir sind der festen überzeugung, daß sich die spd diesem vorschlag nicht verschließen kann; schließlich ist auch die stiftung der spd nach noskes persönlich und politisch besonders nahestehendem genossen friedrich ebert benannt. wenn also im kommenden jahr der große staatsmann friedrich ebert anläßlich seines 125. geburtstags gefeiert wird, sollte der bluthund gustav noske nicht länger abseits stehen. sich der beteiligung gustav noskes an der ermordung rosa luxemburgs und karl liebknechts zu stellen, hieße für die spd, sich zu ihrer rolle bei der niederschlagung der deutschen revolution 1918/19 äußern zu müssen.«

Der Erklärung beigelegt war ein Zitat des Historikers Sebastian Haffner: »Noske war ein primitiver Gewaltmensch, der seiner ganzen Mentalität nach besser in die NSDAP als in die SPD gepaßt hätte. Doch Noske war nicht der Kopf des Bürgerkrieges. Er war nur Eberts rechte Hand – oder rechte Faust.«

Konkret 01/96, S. 13

Georg Fülberth

In diesem Sinne Stamokohl

Auf freien Märkten, so lautet die reine Lehre, wird das bessere, billigere und begehrtere Produkt ohne Dazwischenkunft des Staates verkauft.

Warum aber fuhr Kohl im November, umgeben von einem Pulk von Unternehmern, nach China, Vietnam und Singapur und ließ sich bei der Unterzeichnung von Wirtschaftsabkommen fotografieren?

Handel und Wandel sind so lange nicht politikfrei, wie es Zölle, Steuern, rechtlichen Schutz (oder staatliche Bedrohung) des Eigentums gibt. Kohl betrieb Klimapflege. Insoweit er auch die Geschäfte einzelner Firmen förderte, übernahm er einen Teil ihres Marketings: lehrbuchwidrige Subvention.

Klein Fritzchen kann es erklären: »Das ist der Stamokap.« Die Monopole hätten den Kanzler zu ihrer Handpuppe gemacht und ließen ihn auf fernen Märkten dienern. Menschenrechtler werden mit derselben Rhetorik Kohl eine Marionette der Roten Bonzen vom Platz des Himmlischen Friedens schelten. Durch einen Besuch bei der chinesischen Armee habe er Absolution für das Massaker von 1989 erteilt – wegen der Profite.

Und für deutsche Arbeitsplätze, wird irgend jemand hinzufügen. Allerdings: Wenn Daimler-Benz in Ho-Chi-Minh-Stadt ein Montagewerk baut, dann hätte der Kanzler, der dazu lächelte, nicht nur Waren, sondern auch Jobs nach Fernost verkauft. Dafür kann er aber nichts, denn zumindest vor Zwickel waren die hiesigen Löhne halt zu hoch. Und außerdem: Wo Daimler wegbleibt, geht Toyota rein.

Neben der schnöden Ökonomie gibt es ganz einfach Deutschland. Es will – ja, muß! – auch international präsent sein, oder, wie das jetzt häufig heißt: sein Gewicht zur Geltung bringen. Das ist gut für den Frieden. Kommt der Kanzler als der Dicke mit den Schecks, ist das Kapital nicht nur der Herr der Politik, sondern ein bißchen auch seine Magd. Als Kanther drängelte, er solle in Hanoi mit Entwicklungshilfe und Hermes-Bürgschaften knausern, solange die dortige Regierung bei der »Rückübernahme« ihrer Landsleute aus der BRD säumig sei, hielt Kohl dagegen: Stecke erst einmal viel deutsches Geld in Vietnam, setze sich deutsche Politik dort von ganz alleine durch.

Den Menschenrechten ist auf der Reise nichts passiert. Zwecks Durchsetzung des Kapitalismus wurden sie einst gegen die sozialistischen Länder in Stellung gebracht, nach Erreichung des Ziels erübrigt sich das.

Konkret 01/96, S. 13

Werner Pirker

In diesem Sinne
Einmal Elektriker, immer Elektriker

Wenigstens das eine sollte man Lech Walesa hoch anrechnen: daß er ein schlechter Verlierer ist. Nach Kwasniewskis Sieg bei den Präsidentenwahlen hätte es nämlich nur noch einer versöhnlichen Geste des abgewählten Tribunen bedurft, um Polens Übergang zur bürgerlichen Normalität zu dokumentieren. Doch Walesa entzog sich der parlamentarischen Etikette. Er zog es vor, statt dessen mit einer Oktoberrevolution zu drohen, sollte das Volk weiter belogen und die Nomenklatura-Bereicherung nicht restlos bloßgestellt wer-den. Einmal Elektriker, immer Elektriker.

Der Bezwinger der Kommune ist von der Postkommune entzaubert worden. Dieser droht er nun, als ideeller Volkseigentümer, mit der sozialen Revanche. Die Expropriation der Expropriateure wäre somit wieder angesagt: die Zerschlagung der Postkommune durch die Kommune. Walesa, der rabiate Antikommunist, ist endgültig zum Gefangenen seiner Rhetorik geworden.

Der Arbeiterbewegungs-Kapitalismus, der den Realsozialismus bravourös vor sich hertrieb, lief ins Leere. Die lebendige Arbeit, des gesichtslosen Paternalismus überdrüssig, streikte für lebendiges Kapital, für Ausbeuter zum Anfassen, um das Regime der toten Arbeit wiederherzustellen. Noch mehr wollte dies die kommunistische Nomenklatura. Die soziale Konsensbildung für marktwirtschaftliche Reformen und somit die Regierungsverantwortung überließ sie freilich lieber der Solidarnosc. Als das lebendige Kapital schließlich in Erscheinung trat, trauten die Arbeiter der Lenin-Werft zu Gdansk ihren Augen nicht.

Auf den Kanzeln herrschte helle Aufregung. Der gottlose Kommunismus hatte der gottgewollten Ordnung des Kapitalismus seinen Pferdefuß hinterlassen. Nicht der Heilige Geist beherrscht den Markt und dirigiert die Kapitalströme, sondern die alten Seilschaften. Nie in der Geschichte des Christentums ist das Dogma von der unbefleckten Empfängnis erbarmungsloser bloßgestellt worden. Der frömmste unter den Elektrikern hatte dem Sozialismus, der Lenin zufolge auf der Elektrifizierung des Landes beruht, den historischen Kurzschluß verpaßt. Den postkommunistischen Technologien aber konnte er nichts entgegensetzen.

Konkret 01/96, S. 13

Rayk Wieland

In diesem Sinne
Mord muß Mord bleiben

»Soldaten sind Mörder.« Als Tucholsky diesen Satz 1931 schrieb, meinte er natürlich nicht die »Bundeswehr als Ganzes – also immerhin einen Kreis von 340.000 Personen« (Roman Herzog), aber doch konkrete Soldaten. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist es nicht mehr möglich, Tucholsky nachzusprechen, es sei denn, die Bezichtigung richtet sich gegen einen einzelnen oder auch mehrere, die eines konkreten Mordes, etwa in der Freizeit, beschuldigt werden. Dienst ist Dienst, und Mord ist Mord – das muß getrennt bleiben.

Schön wär's. Doch im Ernstfall ist es wohl umgekehrt. Der Oberstleutnant, der zu Hause seine Familie meuchelt, bevor er friedlich in den Krieg zieht, dürfte eher die Ausnahme sein. Normalerweise – mal ganz allgemein gesprochen – versieht er aushäusig sein todbringendes Handwerk und schreibt Briefe an die Lieben daheim. Dazu sollten die Soldaten der »Bundeswehr als Ganzes – immerhin ein Kreis von 340.000 Personen« – da sein. Wenn sie nicht einmal das zustande bringen, dann können sie gleich zu Hause bleiben. Sollen wir etwa Steuern zahlen für Soldaten, die gar keine sind?

Konkret 01/96, S. 14

Jürgen Elsässer

Oskar läßt die Puppen tanzen

Mit ihrem neuen Vorsitzenden wird die Traumfabrik Sozialdemokratie endlich wieder ein paar unterhaltsame Streifen produzieren. »Volksfront« steht allerdings nicht auf dem Programm

Die bleibenden Verdienste der Sozialdemokratie liegen auf dem Unterhaltungssektor. Unvergessen etwa, wie Anfang der Sechziger Herbert Wehner dem feisten Strauß seine moralische Unschuld nahm: »Wer hat die Brieftasche geklaut?« rief der Alte dem verstörten Redner im Bundestag zu und machte so auf den pikanten Tatbestand aufmerksam, daß dieser kurz zuvor bei einer Bumstour in der Down Town von New York von einer Professionellen erleichtert worden war. Und welch ein Genuß waren die Elefantenrunden nach den Bundestagswahlen, damals, als ein ebenso alkoholisierter wie schlagfertiger Willy Brandt die Schwarzen Riesen an die Wand redete? Guttural, heiser, mit rollendem R, mal schmeichelnd, mal mit der Faust auf den Tisch schlagend – das hatte Klasse, das durfte man genausowenig verpassen wie einen Tatort mit Schimanski.

Seit die Enkel das Sagen haben, herrscht Tristesse. Die spätkapitalistische Tendenz zur Nivellierung der Charaktere und zur Desexualisierung der Geschlechter – wo käme sie krasser zum Ausdruck als in Figuren wie Engholm und Scharping? Kann sich jemand vorstellen, daß talentierte Journalistinnen mit denen in den Wahlkampfzug steigen und sich im verschlossenen Abteil Intimitäten aus der Parteigeschichte erzählen lassen, wie sie das weiland bei Willy taten? Gegen den Biedersinn der beiden wirkt selbst der Pfälzer Saumagen Kohl wie ein fröhlicher Bacchus. Kein Wunder übrigens, daß es eine Mitgliederbefragung war, die Scharping vor zwei Jahren an die Spitze beförderte. Die Genossen von der Basis wählten einen, der sich – wie sie selbst – durch absolute Harm- und Einfallslosigkeit im Kampf mit dem politischen Gegner ausgezeichnet hatte. Die Wahlschlappen seither – Tiefpunkt das Berlin-Desaster – waren folgerichtig und notwendig.

Aus diesem Tal der Tränen hat Gerhard Schröder Ende Oktober einen Ausbruch nach rechts versucht: »Endlich hat die SPD wieder ein nationales Thema«, jubelte er in einer Rede vor dem noblen Hamburger Übersee-Club. Die SPD, so Schröder weiter, müsse 1998 einen Wahlkampf gegen Euro-Geld und Währungsunion machen, »um ein deutlicheres Profil zu erlangen«. Damit war der niedersächsische Ministerpräsident inhaltlich bei Franz Schönhuber angekommen, dem er schon zuvor in Physiognomie und Gestus zunehmend ähnlich geworden war: Der Rep-Führer war es gewesen, der zuerst Bierzelte und Stammtische mit der Warnung vor einem Maastricht als »Versailles ohne Krieg« aufgemischt hatte, während die SPD 1992 die EU-Verträge abgenickt, noch Ende der 80er Jahre gar die europäische der deutschen Vereinigung vorgezogen hatte. Schröders Idee, die SPD solle, da nach links ohne jedes Profil, der Union die rechte Klientel streitig machen, hätte den schwarz-braunen Mob wieder auf Trab gebracht, den Kohl per Asylabschaffung erst mühsam integriert hatte. Ob man Schröder einen Sozialfaschisten nennen soll? Die bösartige Mutation vom Führungsmitglied einer linken Partei zum Begründer einer faschistischen Bewegung ist schließlich so ungewöhnlich nicht – prominentestes Beispiel: Benito Mussolini.

Dann kam der Parteitag, dann kam Lafontaine. Wie bei allen großen Schauspielern lassen sich Realität und Mythos auch in diesem Fall nicht vollständig trennen. Hatte er die Kampfkandidatur von langer Hand geplant und deswegen sein Referat zur Begründung des Wirtschaftsantrages gezielt vorverlegt und zu einer programmatischen Rede umfunktioniert? Oder wurde er erst von der Stimmung im Saal zur Koketterie mit Antimilitarismus und Keynesianismus getrieben? War seine Rede überhaupt so brillant – oder waren nur die Delegierten nach drei Tagen Dürre dankbar für jeden Tropfen Wasser? Überredete ihn gar erst der »Spiegel«-Redakteur nachts in der Hotelbar zum Kräftemessen mit Schlafes Bruder?

Fest steht jedenfalls, daß die SPD zum ersten Mal in ihrer Nachkriegsgeschichte einen Parteivorsitzenden gestürzt hat. Fest steht weiterhin, daß Lafontaine als Linker gewählt wurde: Auf sein Drängen und gegen den Willen von Scharping war der Einsatz von Tornado-Kampfbombern im Bosnien-Antrag ausgeschlossen worden. In seiner Rede gab er sich kosmopolitisch, vermengte die »Internationale« mit Schillers »Alle Menschen werden Brüder« und definierte die SPD als »Europa-Partei«. Schließlich plädierte er sogar für die Stärkung der Massenkaufkraft durch Ankoppelung der Löhne an den Produktivitätsfortschritt – klassischer Keynesianismus also und weit links von IG Metall-Chef Zwickel, der nur noch einen Inflationsausgleich anstrebt.

Als Lafontaine schließlich zum Abschluß des Parteitages auch noch die Brandt-Formel von der »linken Mehrheit« aufgriff und die Kontaktsperre gegen die PDS suspendierte – diese solle zeigen, wozu sie in »unserer Demokratie« fähig sei – , waren Freund und Feind aus dem Häuschen. »Linksruck« zeterten Union und FDP, »Volksfront« Journaille und Stammtische; »Jetzt geht's loooos« trötete der Chefredakteur des »Neuen Deutschland«. Andreas Schmidt, Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, warnte vor der »gefährlichsten Verbindung seit Nitro und Glyzerin« – und meinte damit das Zusammentreffen von Lafontaine und Gysi.

Doch was da explodieren könnte, sind allenfalls Rauchbomben und Nebelkerzen. Alle seine rhetorischen Versprechungen hat Lafontaine postwendend konterkariert: Die Resolution über die Ablehnung der Tornado-Kampfbomber wurde mit

seiner Unterstützung durch einen antagonistischen Schlußsatz ergänzt, der die Bundestagsfraktion »auffordert, einer Beteiligung an der Jugoslawien-Friedenstruppe in vollem Umfang zuzustimmen«. Der wirtschaftspolitische Antrag »Arbeitsplätze für Deutschland«, von Lafontaine mitformuliert und durchgeboxt, zitiert ungeniert aus dem neoliberalen Katechismus – die Standortsicherung erfordere den »Abbau von Lohnnebenkosten und Sozialleistungen«, faßte die »Tagesschau« am Abend zusammen. Und auch beim Punkt Europa darf man sich von der saarländisch-toscanischen Mogelpackung nicht täuschen lassen: Lafontaine hat Schröders Schönhuberei Ende Oktober mit der originellen Lüge unterstützt, die SPD sei schon 1992 gegen Maastricht gewesen. Auf dem Parteitag wurde dann – à la Waigel – die Währungsunion davon abhängig gemacht, daß die »Einhaltung der Stabilitätskriterien absoluten Vorrang« habe – was nichts anderes als ihre Torpedierung bedeuten würde. Mit der Bestallung von Schröder zum wirtschaftspolitischen Sprecher holte Lafontaine schließlich den wenige Wochen zuvor von Scharping Geschaßten ins Machtzentrum der Partei zurück. So deutet sich für 1998 eine Schlachtordnung an, wie sie schon Brandt/Schmidt praktizierten: Der eine wirbt wolkig um die Stimmen der Linken, der andere verteidigt das »Modell Deutschland« inclusive Sekundärtugenden und Rüstungsexporten.

Entscheidend wird sein, wer in diesem Tandem das Kommando hat: Schröder profiliert sich als Führer im Krieg der Standorte, Lafontaine als Bonvivant des Solarzeitalters. Diese Unterschiede in der Selbstinszenierung haben allerdings keine Entsprechung in der Realpolitik: Wohin deutsche Kanonenboote geschickt werden, ob der Jäger 90 gebaut wird, um wieviel Prozent die Lohnquote sinkt und die Arbeitszeit steigt – all das ist zwischen Lafontaine und Schröder genausowenig ein Streitpunkt wie zwischen Thyssen und Mannesmann und wird notfalls bei ein paar Gläsern Beaujolais geregelt.

Die Sozialdemokratie ist eine Illusionsmaschine wie Hollywood, und mit Lafontaine hat sie endlich wieder einen attraktiven Chargen. Wenn er den Linken gibt, ist er feuriger, als Gysi je sein könnte. Natürlich mimt er, aber für uns als Kinobesucher spielt das keine Rolle. Es ist unterhaltsam, wie er Fischer von links kritisiert und in der Bosnien-Frage als billigen Pistolero aussehen läßt, und daß er nicht auf Bourgeois macht wie Tony Blair. Kein Mensch käme auf den Gedanken, Horst Schimanski als Macho nicht zu goutieren, nur weil man weiß, daß Götz George ein Softi ist. Wer Kintopp und Realität verwechselt, wird im Leben viel Frust haben und vor der Leinwand keinen Spaß. Den Fehler sollten wir bei Lafontaine nicht machen.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 12/95 über Srebrenica

Konkret 01/96, S. 16

Heiner Möller

Mobilmachung, linksdrehend

KONKRET-Dokument

Zu einem Round-Table-Gespräch über die Rolle des wiedervereinigten Deutschland in der Welt und über die Beteiligung deutscher Soldaten an internationalen Militär-einsätzen hat Heiner Möller prominente Politiker/innen aus PDS und Grünen gebeten. Auch Vertreter von CDU und FDP nahmen teil. KONKRET dokumentiert Auszüge aus dieser aufschlußreichen Debatte

Heiner Möller: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns zusammengefunden, um darüber zu reden, ob in diesem Land nicht zu sehr um Nebensächliches gestritten wird, wo es um Schicksalsfragen im Zeitalter der Globalisierung geht. Weltweit ist Konfliktmoderation angesagt. Immerhin können wir bereits feststellen, daß sich die beiden großen Volksparteien in Grundsatzfragen einig sind, wenn sie sich auch allzuoft noch an Nebensächlichkeiten wie dem Tornado-Einsatz in Bosnien zerstreiten. Ich wage darüber hinaus die These, daß auch die kleineren Oppositionsparteien PDS und Grüne ...

Krista Sager (Grüne): Einspruch, Euer Ehren. Zumindest für die Grünen gilt: Erstens sind sie auch eine Volkspartei, und zweitens sind sie nicht mehr lange eine kleinere.

Lothar Bisky (PDS): Im Osten sind wir auch eine Volkspartei.

Joschka Fischer (Grüne): Im Westen seid ihr eine linksradikale Splitterpartei.

Möller: ... Verzeihung, daß also auch die kleinen Oppositionsparteien, sogar ihre linken Flügel, so weit vom Schluß gar nicht mehr sind und durchaus ein Problembewußtsein von den nationalen und internationalen Schicksalsfragen haben. Es wäre daher unverantwortlich, sie aus dem Spektrum der Demokraten auszublenden. Die Gemeinsamkeiten auszuloten, darin besteht der Sinn der heutigen Veranstaltung. Zu Beginn möchte ich drei Experten zu Wort kommen lassen, die sich bereits seit längerem um die Herstellung der inneren Einheit bemühen. Herr von Weizsäcker, Sie haben bemerkenswerte Äußerungen über die PDS gemacht, die im Lichte des Berliner Wahlergebnisses eine besondere Bedeutung bekommen.

Richard von Weizsäcker (CDU): Die größere der demokratischen Volksparteien bekämpft die kleinere Volkspartei hinsichtlich des Themas PDS mit dem Erfolg, daß die kleinere demokratische Volkspartei geschwächt und die PDS gestärkt wird. (1)

Möller: Sie beklagen also die Wahlerfolge der PDS?

Weizsäcker: Die Entscheidung des Bundestages zugunsten von Berlin als Hauptstadt wäre ohne diese PDS nicht zustande gekommen und wird von den Berlin-Befürwortern aller westlichen Parteien dankbar entgegengenommen ...

Bisky: Die PDS ist eine Oppositionspartei mit gestalterischer Verantwortung. (2)

Weizsäcker: ... Es ist weder mein Mandat noch mein Wille, bestimmten Parteien zu helfen oder zu schaden. Aber haben wir denn nicht alle gemeinsam die Aufgabe und die Kraft, jedermann für die Demokratie zu gewinnen, Prozesse des Umdenkens zu fördern, zum Beispiel auch die Richtungskämpfe in der PDS-Führung als solche Prozesse des Lernens ernstzunehmen und zu begrüßen, anstatt sie abzuleugnen? (1)

Bisky: Die PDS will Opposition mit gestalterischer Verantwortung sein. (2)

Elmar Pieroth (CDU): Mir geht es um die jetzigen PDS-Wähler, die auf der Suche nach Werten sind, die ihnen die Unionsparteien besser oder fast ausschließlich bieten können. Zum Beispiel mehr Schutz auf den Straßen durch mehr Präsenz der Polizei. (3)

Weizsäcker: Viele heranwachsende Bürger sind von den Schriften des jungen Karl Marx beeindruckt, in denen er im Zeichen der werdenden Massengesellschaft gefordert hatte, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen ist«. Wir alle wissen, daß seine Lehren am Ende in den unmenschlichen Stalinismus hineinpervertierten ...

Alle: Wohl wahr.

Weizsäcker: ... Aber was heißt da postkommunistisch, wenn ein junger Brandenburger oder Berliner einen Weg zum Sozialismus auf den demokratischen Prüfstand stellen will? Soll er es nicht als Demokrat versuchen dürfen? (1)

Bisky: Danke.

Pieroth: Viele haben doch ihrem Staat gedient, ohne der SED nahezustehen. Die sollen in der Bundesrepublik ihre Heimat finden, genauso wie der grün-alternative Lehrer ...

Bisky: Danke.

Pieroth: ... aber ich will der PDS die Wähler wegnehmen, das verstehe ich unter einer offensiven Auseinandersetzung mit ihr. (3)

Möller: Herr Raschke, Sie sind Parteienforscher. Sie haben sich vor allem mit den Grünen beschäftigt. Wie lief das mit dem grün-alternativen Lehrer?

Prof. Joachim Raschke (Hamburg): Die Grünen haben einen innenpolitischen Lernprozeß zum Gewaltmonopol des Staates hinter sich. Sie wissen heute, daß die Monopolisierung der Gewaltmittel beim Staat eine Befriedungschance enthält und daß alles auf die Zivilisierung dieses Gewaltmonopols ankommt. (4)

Möller: Interessant. Aber was besagt das für unser Hauptthema Deutschland in der Welt?

Raschke: Ganz einfach, diesen Lernprozeß müßten die Grünen analog auf das internationale Feld übertragen. (4)

Möller: Herr Fischer, würden Sie dem zustimmen?

Fischer: Heute steht unsere Partei vor einem neuen Schritt, den sie tun muß: Von der Protestpartei hat sie sich nach einem Jahrzehnt schwerster innerparteilicher Kämpfe zu einer Konzeptpartei entwickelt, und nun muß sie den Schritt zur Gestaltungspartei machen ...

Möller: Nein, bitte, Herr Bisky, nicht schon wieder.

Fischer: ... Für die Bündnisgrünen geht damit der subkulturelle Abschnitt in ihrem politischen Leben zu Ende. Die demokratische Linke wird sich fortan wesentlich darüber den Kopf zu zerbrechen haben, wiedas sozialstaatliche Verteilungsvolumen über-haupt erst wirtschaftlich erarbeitet werden kann. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen wird zu einer unabweisbaren politischen Aufgabe auch für uns Bündnisgrüne. (5)

Möller: Verzeihung, Herr Fischer, wir wollten über Außenpolitik diskutieren. Sie haben ein Zwölf-Seiten-Papier über die »Katastrophe in Bosnien« und die Konsequenzen für die Grünen geschrieben und damit heftige Diskussionen in ihrer Partei ausgelöst.

Fischer: Manchmal muß man halt den längsten Weg zum nächsten Ziel suchen.

Hubert Kleinert (Grüne): Die deutsche Geschichte, deren Teil wir sind, belädt uns mit einer besonderen Last, aber auch mit einer besonderen Verantwortung. Die Last sind Nazi-Verbrechen, Wilhelminismus, die Diktatur im Namen des Sozialismus sowie die Beteiligung der NVA an der gewaltsamen Unterdrückung der Demokratiebewegung in der CSSR 1968. (6)

Krista Sager: Selbstkritisch müssen wir anmerken, daß die die Grünen tragende Generation der mittleren Jahrgänge nach 1945 bei der Konfrontation mit deutscher Schuld zunächst mit dem Wunsch nach einer Art Austritt aus dieser deutschen Geschichte bis hin zum Selbsthaß auf alles, was mit Deutschsein zu tun haben könnte, reagiert hat. Das ist zwar verständlich, aber einfache Verweigerung, das »Mit uns nicht«, ist nur die halbe Wahrheit und nur die halbe Konsequenz aus der Last, die uns deutsche Geschichte auferlegt. Heute wissen wir, daß in anderen Völkern auch dann Irritation und Unsicherheit entstehen können, wenn Deutsche ihre eigene Identität zu verleugnen suchen. (6)

Möller: Also heißt die Lehre der 68er: Mitmachen – auch im Bosnienkrieg – aus besonderer Verantwortung für die deutschen Verbrechen dieses Jahrhunderts?

Ralf Fücks (Grüne): Die deutsche Geschichte verpflichtet uns, unseren Beitrag dazu zu leisten, daß Demokratie und Menschenrechte auf dieser Welt überall Gültigkeit haben oder bekommen. Deshalb kann ein »Ohne uns«-Standpunkt gerade nicht die Konsequenz aus dieser Vergangenheit sein. (6)

Waltraud Schoppe (Grüne): Deutschland kann nicht nur Sicherheitsnehmer sein, sondern muß sich künftig als Sicherheitsgeber präsentieren. (7)

Ludger Volmer (Grüne): Deutschland kann sich nicht hinter einem Scheckheft und früheren Kriegsverbrechen verstecken. Eine Interventionsentscheidung ist schwierig, doch kommen wir nicht darum herum, daß Deutschland eine bestimmte Verantwortung übernehmen muß. (8)

Kerstin Müller (Grüne): Deutschland ist als eines der reichsten Länder prädestiniert und verpflichtet, seine wirtschaftliche Stärke und die Kompetenz von gut ausgebildeten Frauen und Männern in den Dienst globaler Friedenspolitik zu stellen. (9)

Möller: Ja bitte, Herr Wolf, wollen auch Sie noch Verantwortung übernehmen?

Frieder Otto Wolf (Grüne): Ja, nein, ich setze andere Akzente. Wir grünen Pazifisten wollen das deutsche Zivildienstmodell weltweit anwenden. Deutschland soll als internationaler Zivildienstleistender eine Vorreiterrolle für die Zivilisierung der Politik übernehmen. In dem Maße, in dem es den Grünen gelingt, kohärente und realitätstüchtige Alternativen im Sinne einer akzentuiert konstruktiven und integrativen Rolle der Bundesrepublik zu formulieren, die bewußt als verantwortungsbewußter Zivildienstleistender im internationalen Staatensystem auftritt, werden die Grünen

dem wachsenden internen Anpassungsdruck des neuen Deutschland im Sinne eines nationalen Konsenses nach dem Modell der alten Großmächte wirksam entgegentreten können. (10)

Alle: Aha.

Volmer: Zivildienst ist ein grüner Grundwert.

Möller: Und die PDS? Entzieht sie sich ihrer nationalen Verantwortung?

Andrea Lederer (PDS): Das ist denunziatorisch gefragt.

Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS): Deutschland ist durch die Geschichte verpflichtet und durch seine wissenschaftlich-technischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Potenzen auch imstande, in der Uno eine Politik des guten Beispiels, der militärischen Zurückhaltung und des zivilen Engagements zu betreiben. (11)

Möller: Was meint die PDS mit »geistig-kulturellen Potenzen«?

André Brie (PDS): Die deutsche Nation ist ja nicht bloß Kaiser Wilhelm und die Nazis. Sie bildete sich in Junker Jörgs Kemenate auf der Wartburg ebenso wie in Mainz beim Drucker Gutenberg. Sie wuchs auf mecklenburgischen Kornfeldern und in erzgebirgischen Silbergruben, in den jüdischen Synagogen von Nürnberg, in den Berliner Manufakturen der Hugenotten und in Goethes Dichterwerkstatt, sie reifte in einem literarischen Wintermärchen ... (12)

Möller: Was Sie nicht sagen.

Kaufmann: Die PDS ist der Ansicht, daß darin die Verantwortung der Bundesrepublik für die Neugestaltung einer internationalen Friedensordnung liegt und nicht im praktizierten Ansatz der Bundesregierung, über die Uno mit dem gleichen Argument der »höheren« Verantwortung ihre politischen und militärischen Großmachtambitionen zu verfolgen. (11)

Möller: Verstehe ich richtig, daß Sie aus dem gleichen Argument einer höheren deutschen Verantwortung nur eine etwas andere Konsequenz ziehen?

Lederer: Das ist erneut denunziatorisch gefragt.

Kaufmann: Ja.

Kleinert: Wir grünen Realos sind der Meinung, daß die deutsche Geschichte und ihre Erbschaft uns zur definitiven Absage an Großmannssucht und hegemoniale Außenpolitik verpflichtet. (6)

Möller: Geht es etwas konkreter?

Angelika Beer (Grüne): Wir linken Grünen sind bereit, den Vereinten Nationen bei ihrer schweren Aufgabe der Konfliktmoderation, bei friedensbewahrenden Maßnahmen und der Durchsetzung nichtmilitärischen Zwangs größte Unterstützung zukommen zu lassen. (9)

Kleinert: Ihr wollt euch die Finger nicht schmutzig machen. Und überseht dabei, daß auch ein harter Wirtschaftsboykott Opfer kostet. (13)

Volmer: Das Problem sehen wir auch. Wir sehen, daß man in der Weltgesellschaft nicht nur mit guten Worten operieren kann, sondern daß es immer Schurken gibt, die nur auf Zwang reagieren. Wir suchen nun nach Methoden, solche Ganoven zur Räson zu bringen. (14)

Möller: Wo bleibt da die Gewaltfreiheit?

Knut Mellenthin (Journalist, »ak«): Typische linksradikale Ignoranz. Ein gewaltfreies Zusammenleben der Menschen ist zweifellos unser Zukunftsziel. Es gibt aber beim aktuellen Stand der Menschheits- und Gesellschaftsentwicklung noch kein praktisches Beispiel, daß es bereits funktionieren könnte. Ist es unter dieser Voraussetzung logisch und glaubwürdig, für das gegenwärtige Zusammenleben der Staaten und Völker schon etwas zu postulieren, von dem man selbst nicht glaubt, daß es heute wenigstens innerhalb eines einzigen Staates funktionieren könnte? (15)

»ak«-Redakteur (inkognito): Es ist leider ein von unserer Seite nicht aufhebbares Dilemma, daß die Alternative zu einer Militärintervention der Uno im internationalen Faustrecht besteht. (16)

Volmer: Auch wenn wir an einer »neuen Welt« bauen wollen, sind wir als politische Subjekte gezwungen – im übrigen bei Strafe der Abwahl – , auch in Entwicklungen der »alten Welt« handelnd einzugreifen und damit im Rahmen einer politischen und ökonomischen Logik zu operieren, die uns nicht gefällt. (17)

Lederer: Die Situation ist eben manchmal komplizierter, als sie in einigen Lehrbüchern dargestellt wird. (18) Zwischen den Realitäten dieser Erde und unseren Visionen liegen Welten. Es war immer gute sozialistische Tradition, nicht nur über unsere Träume, sondern auch über den Weg dorthin zu diskutieren. (19)

Fischer: Vision, Machbarkeit und Mehrheitsfähigkeit sind also die drei zu integrierenden Elemente eines jeden reformerischen Realismus. (5)

Volmer: Wir haben zwar langfristige Ziele, doch müssen wir uns vor der Maximalismus-Falle hüten, die jedes Handeln unterhalb der Durchsetzung einer maximalen Zielsetzung als ›Verrat‹ begreift. (17)

Mellenthin: Daß die Uno a priori und unabänderlich ein imperialistisches Instrument sei, über dessen Zukunft radikale Linke überhaupt nicht nachdenken könnten, ohne sich auf jeden Fall heftigst zu beschmutzen und Prinzipienverrat zu begehen, wirft doch nur die Frage auf, ob mit einer solchen Grundhaltung überhaupt noch irgendeine Form von praktischer linker Politik und Einflußnahme betrieben werden könnte. (15)

Möller: Muß man nicht trotzdem hin und wieder über Imperialismus reden?

Kleinert: Menschenrechtsuniversalismus und politisches Interesse zusammenzubringen, um den Weg zu öffnen für gewaltfreie Konfliktlösungen und die universelle Geltung der Menschenrechte – das ist Ziel unserer Politik, was aber ohne machtpolitischen Arm chancenlos bleiben muß. (6)

Möller: Also so eine Art Menschenrechtsimperialismus?

Kleinert: Die entscheidende Frage ist für mich: Wie können wir in einer bestimmten historischen Situation, in einer zugegeben sehr unvollkommenen Welt praktisch Menschen helfen, die verfolgt, unterdrückt und massakriert werden? (13)

Volmer: Hubert, das war die Abteilung Sonntagsreden. Die hätte ich genauso halten können. (13)

Möller: Bitte schön, Herr Volmer, Sie haben das Wort.

Volmer: Die meisten der absehbaren militärisch eskalationsfähigen Konflikte haben ein ökonomisch-ökologisch-soziales Bedingungsgefüge. Wir brauchen einen erweiterten Sicherheitsbegriff, eine konfliktpräventive internationale Strukturpolitik zur Schaffung einer ökologisch-solidarischen Welt. (9)

Möller: Aber das fällt doch wieder unter die Rubrik Utopien?

Volmer: Wir müssen fragen: Gibt es außer den Bedrohungen, die den erweiterten Sicherheitsbegriff konstituieren und militärische Lösungen ausschließen, auch noch Restbestände alter Bedrohungen, gegen die man sich noch militärisch wappnen muß? Das muß bejaht werden. (17) Schon auf unserem Strategiekongreß am 1. Oktober habe ich gesagt, wir sind gegen deutsche Kriegsschiffe in der Adria, gegen den Einsatz kleinerer Küstenschutzboote ist dagegen aus grüner Sicht nichts mehr einzuwenden. (8)

Sager: Aber Ludger, die Nato-Bombardements haben uns doch gezeigt, wie man die bosnischen Serben auf den Boden einer zivilen Gesellschaft zurückzwingt. (20)

Zwischenruf Klaus Kinkel (FDP): Hört, hört!

Lederer: Ich möchte hier doch auch noch den Standpunkt der PDS, pardon, einiger in der PDS einbringen. Wir haben uns gefragt, und Fragen darf man ja wohl stellen, sind wir für Peace-keeping-Aktionen der Uno, wenn alle friedlichen Mittel ausgeschöpft sind ...

Beer: Wenn der gemeinsame politische Wille der wichtigsten Mächte der Vereinten Nationen da ist, könnten Sanktionen funktionieren. (9)

Möller: Aber die »wichtigsten Mächte«, das sind doch wieder die imperialistischen Staaten?

Mellenthin: Linksradikale Ignoranz!

Lederer: Darf ich bitte fortfahren? Also, sind alle friedlichen Mittel ausgeschöpft, sind wir für Peace-keeping, aber nur mit leichter Bewaffnung zur Selbstverteidigung. Wir haben weiter gefragt, sollten wir nicht, wenn die Uno grundlegend demokratisch reformiert ist, gegen Aggressoren auch mit militärischen Mitteln vorgehen? (21)

Möller: Und die Antwort?

Lederer: Wir fordern angesichts der grausamen Unterdrückung von Volksgruppen bis hin zum Völkermord endlich klare Regeln zur Ausgestaltung und Gewährleistung von Volksgruppen- und Minderheitenrechten ...

Zwischenruf Kinkel: Hört, hört!

Lederer: ... Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts, der Rechte der nationalen Minderheiten, der Menschenrechte usw. sind keine inneren Angelegenheiten, sondern internationale Fragen, vor die keine Mauern der Nichteinmischung gebaut werden dürfen. (21)

Möller: Und wie soll das international geregelt werden?

Fischer: Im äußersten Falle durch militärische Hilfe. (22)

Kleinert: Wir brauchen eine Völkermordklausel.

Möller: Eine Klausel?

Kleinert: Jawohl, integraler Bestandteil des UN-Sanktionsmechanismus muß auch die Möglichkeit der Staatengemeinschaft zum Eingreifen im Fall von Völkermord sein. (6)

Möller: Und wer entscheidet darüber?

Alle durcheinander: Die Uno... die reformierte Uno... eine grundlegend reformierte Uno... die demokratische Staatengemeinschaft... die verantwortungsbewußten Mächte...

Joachim Schmidt (Büro Lederer): Was soll man der Uno im Zusammenhang mit dem Gewaltmonopol zugestehen? Dieses Problem hat sich wahrlich nicht die Bundestagsgruppe der PDS »ausgedacht«, das wird ernsthaft in allen Friedensforschungsinstituten und auch in allen politischen Parteien erörtert. (23)

Möller: Ja dann ...

Kleinert: Die Übertragung eines Gewaltmonopols an die UN kann erst am Ende eines sehr langen Prozesses stehen. Unsere Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte müssen wir auch da annehmen, wo dies mit unangenehmen und vielleicht riskanten Konsequenzen verbunden ist, verantwortungsbewußt, nüchtern und maßvoll. (6)

Mellenthin: Die Menschheit kann für eine längere Übergangszeit nicht ohne Herausbildung international verbindlicher Normen und ohne Entwicklung einer diese Normen gegebenenfalls durchsetzenden internationalen Polizeimacht überleben. Es geht dabei überhaupt nicht darum, der Gewaltanwendung zuzustimmen, sondern um die Frage, ob ein qualitativ anderer Gang der historischen Entwicklung realistischerweise vorstellbar ist. (15)

Fischer: Und da hilft uns pseudomarxistisches Geschwätz nicht weiter. In derrealen Politik geht es nicht um Betrachtungs-,sondern um Handlungsweisen. Also muß man zustimmen. Daran kann mich auch kein grüner Parteitagsbeschluß hindern. (24)

Beer: Unsere Uno-Reform sieht die Ausstattung der Uno mit effektiven Erzwingungsmitteln gegen Völkerrechtsverletzer und Aggressoren vor. Die Vereinten Nationen brauchen Regionalorganisationen, wie die OSZE in Europa. (9)

Lederer: Mit einem ständigen Peace-keeping-Kontigent, wie wir in Frageform formuliert haben. (21)

Beer: Die OSZE muß vollständig in die Rolle einer Regionalorganisation der Uno hineinwachsen und ist für die kooperative Sicherheit im transatlantischen wie ost-west-europäischen Verhältnis zuständig. Die OSZE überwölbt sowohl Feindstaaten zweier Weltkriege als auch die Großmächte der atomaren Blockkonfrontation. (9)

Möller: Das ist ja eine richtige Sicherheitsarchitektur!

Volmer: Mehr noch: ein Sicherheitsgesamtkunstwerk. Unsere OSZE bekommt ein deutsches Katastrophenhilfswerk, eine deutsche Ausbildungsstätte für Konfliktmoderation mit emanzipatorischer und interdisziplinärer Ausbildung. (9)

Fischer: Nationalpazifismus! (22)

Beer: Die Bundesregierung soll eine spezielle Einheit für friedensbewahrende Einsätze der Uno, Blauhelme, aufstellen, die über leichte Waffen zum Selbstschutz verfügt ...

Lederer: In Frageform!

Beer: ... Sie ist kein Bestandteil der Bundeswehr, sondern wird vom Auswärtigen Amt der Uno zur Verfügung gestellt. (9)

Zwischenruf Kinkel: Ich glaube nicht, daß Volker da mitmacht.

Volmer: Sie soll aus Freiwilligen bestehen.

Claudia Roth (Grüne): Das ist mir zu vage. Ich finde, daß die Bereitschaft der Frauen, zum Wohle der Welt beizutragen, zu kurz kommt. Wir grünen Frauen und einige Männer wie Frieder Otto Wolf haben für den Parteitag einen Zusatzantrag gestellt. Die Einheit soll nicht aus Freiwilligen, sondern aus »freiwilligen Frauen und Männern« bestehen. Wir sehen nicht ein, daß nicht auch Frauen sich international einmischen und ihre soziale Kompetenz für gewaltfreie Konfliktbewältigung einsetzen. (26)

Bisky: Aber das Kämpfen muß Männersache bleiben.

Roth: Schluß mit dem Kämpfen. Gefordert sind Geduld, defensives Verhalten, Kommunikationsfähigkeit. Frauen haben gelernt, daß aktives »Weglaufen« (d.h. auch Evakuieren) vernünftig sein kann, bevor es zur Gewaltanwendung kommt. Sie haben keine Angst vor eventuellem »Gesichtsverlust«. (26)

Beer: Außerdem wollen wir das Schweigen und die Gleichgültigkeit gegenüber den feministischen Perspektiven in der außenpolitischen Grundsatzdebatte überwinden. Wir wollen, daß die Friedensarbeit Frauen und Männern gleichermaßen offensteht. (24)

Möller: Gibt es keine Befürchtungen, daß bei allem guten Willen von der momentanen Interventionseuphorie nicht doch eine andere Politik profitiert?

»ak«-Redakteur: Die vielbeklagte »Militarisierung der Außenpolitik« liegt nicht nur und vielleicht nicht einmal primär in den Interventionsforderungen bürgerlicher Politiker, sondern ergibt sich aus dem exemplarischen Nachweis, daß Aggression und Vertreibung sehr wohl funktionieren und daß die »internationale Gemeinschaft« nicht über effektive Gegenmittel verfügt. (16)

Volmer: Das Argument der Türöffnerfunktion für eine Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik trifft nur die heutige Bundesregierung, es dürfte für eine grün-mitbestimmte Regierung aber keineswegs Gültigkeit haben. (9)

Möller: Wir sind am Ende dieser aufschlußreichen Debatte. Es haben sich viele Übereinstimmungen im Grundsatz ergeben, aber es bleiben noch einige Differenzen im Detail. Mein Plädoyer: Sollte nicht zukünftig der Hader der Parteien untereinander und der einzelnen Gruppen in den Parteien zurückgestellt werden? Ich bitte um einen versöhnlichen Abschluß. Herr Cohn-Bendit, ein Schlußwort?

Daniel Cohn-Bendit (Grüne): Eine Partei, die auf Bundesebene regierungsfähig werden will, muß in der Außenpolitik zu einer Linie finden, die von den Bündnispartnern der Bundesrepublik akzeptiert werden kann. (27)

Möller: Herr von Weizsäcker, ein persönliches Resümee?

Weizsäcker: Die Diskussionen hier und in der PDS machen mir Mut und Hoffnung für die Zukunft. Haben wir nicht immer wieder selbst Grund dazuzulernen? Und muß sich ein junger Ostbürger, der am 9. November 1989 noch unmündig war, zuerst für die schrecklichen Mauerschüsse entschuldigen, bevor man ihn zum demokratischen Wettbewerb zulassen will? (1)

Möller: Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Die mit Ziffern versehenen Aussagen sind Zitate. Sie stammen aus folgenden Publikationen: 1) »Die Zeit«, 10.11.95; 2) PDS-Pressedienst, 29.9.95; 3) »Taz«, 6.11.95; 4) »Taz«, 21.9.95); 5) »Blätter für deutsche und internationale Politik«, 11/95; 6) Antrag zum Parteitag der Grünen, Dezember 1995, von Hubert Kleinert, Krista Sager, Ralf Fücks u.a.; 7) »schrägstrich« 7-8/95, grüne Zeitschrift; 8) »FAZ«, 8.10.95; 9) Antrag zum Parteitag der Grünen, Dezember 1995, von Ludger Volmer, Angelika Beer, Kerstin Müller, Claudia Roth und anderen; 10) »Blätter ...«, 11/95 und »Taz«, 7.11.95; 11) »50 Jahre Uno«, PDS-Vorstandserklärung vom 16.10.95; 12) KONKRET, 5/94; 13) »Spiegel«, 28.11.95; 14) »Taz«, 9.11.95; 15) »ak« 384, 16.11.95; 16) »ak« 356 (Beilage), 7. Juli 93; 17) »Blätter...«, 11/95; 18) »jW«, 28.10.95; 19) PDS-Pressedienst, 3.11.95; 20) »jW«, 1.9.95; 21) A. Lederer u.a.: Problem-Papier zu einigen Fragen der zivilen Konfliktbewältigung, »jW«, 27.10.95; 22) »FAZ«, 28.11.95; 23) Diskussion des »Problempapiers« im PDS-Vorstand, PDS-Pressedienst, 3.11.95; 24) »Focus«, 28.11.95; 25) »Taz«, 28.11.95; 26) Änderungsantrag zum Antrag von Ludger Volmer u.a. (siehe 9) von Claudia Roth, Angelika Beer, Frieder Otto Wolf u.a.; 27) »Taz«, 2.8.95

Heiner Möller schrieb in KONKRET 12/95 über das »ethische Fundament« der deutschen Außenpolitik

Konkret 01/96, S. 20

Zu Protokoll

»Seien Sie mal vorsichtig!« – oder was zwei Rechte und vier, die sich für links halten, nach der Wahl Oskar Lafontaines zum SPD-Vorsitzenden so für Sorgen haben können – Auszüge aus der SAT 1-Sendung »Talk im Turm« vom 19. November 1995

Böhme: Kaum, meine Damen und Herren, ist Oskar Lafontaine zum SPD-Vorsitzenden gewählt, schon verdüstert sich der Himmel – zumindest hier in Berlin. Wir haben Schnee und Eis und haben unsere Gästeliste ein wenig geändert. Ich stelle Ihnen die Teilnehmer der heutigen »Talk im Turm«-Sendung vor. Walter Momper, der ehemalige regierende Bürgermeister von Berlin, Chef einer rot-grünen Koalition. Jürgen Trittin, der Bundeschef der Bündnis-Grünen. Der Berliner CDU-Politiker Horst-Rüdiger Landowsky.

Landowsky: Klaus.

Böhme: Entschuldigung: Klaus. Andrea Nahles, die Bundesvorsitzende der Jusos. Johannes Gerster, der rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende, und Gregor Gysi, der Vorsitzende der Bundestagsgruppe der PDS.

Frau Nahles, Ruck nach links, Linksbündnis, links, links, links, alles ist in Aufbruchstimmung. Fühlen Sie sich in Aufbruchstimmung?

Nahles: Ja, es gab einen Ruck, der hat uns sehr motiviert – zumindest kann ich das für die Jusos sagen. Und es gibt sicherlich auch die erfreuliche Nachricht, daß der neue Parteivorsitzende der SPD »links« positiv im Munde führt.

Böhme: Herr Landowsky, welche Strategie steckt wohl bei den Sozialdemokraten dahinter, jetzt im Handstreich den neuen Vorsitzenden zu wählen, der sagt: links, links...

Landowsky: Die Reise geht mit Sicherheit nach links, denn die Schleusen sind geöffnet. Die Planspiele mit und ohne PDS – in welcher Form auch mit PDS – , die sind ja voll im Gange.

Böhme: Herr Momper, ist Lafontaine ein Freund der PDS, und kann man von Ihrer Partei nun einiges erwarten an Überraschungen?

Momper: Also erstmal ist die SPD nun wirklich eine linke Volkspartei. Natürlich sind wir die Partei des Fortschritts und der Aufklärung verpflichtet. Von daher ist es für mich immer eine Auszeichnung, mit links benannt zu sein. Ich halt' nichts davon, die PDS in eine Ecke zu stellen und zu sagen, wir spielen nicht mit denen, nur weil sie rote Haare haben.

Gerster: Herr Lafontaine hat in den entscheidenden Grundfragen der letzten zwanzig Jahre immer kräftig danebengelegen. In den 70er Jahren hat er gerufen »Ami go home«, hat die Bundeswehr verteufelt und wollte die Amerikaner in der Tat aus der Nato und aus Europa austreiben. Als er auf der Schmusecouch bei Honecker saß und eine Schleimspur gemacht hat, die von Saarbrücken nach Ost-Berlin gereicht hat. Der hat sich ja mit den Kommunisten besser verstanden als mit den Amerikanern. Insofern wär' das ja nicht neu,wenn er jetzt mit den Söhnen und Töchtern von Honecker, den geistigen Söhnen und Töchtern, jetzt hier 'ne Koalition macht.

Gysi: Eigentlich glaub' ich ja nicht an diesen Linksrutsch. Das erste Beispiel war doch schon der Bosnienbeschluß. Da ist schon wieder so`n lauer Kompromiß bei rausgekommen, mit dem man fast nichts anfangen kann, das ist für mich ziemlich typisch sozialdemokratisch.

Trittin: Sehen Sie, »Volksfront« ist eine Reizvokabel, die übrigens aus einer guten Tradition kommt. Das war der Versuch, den Faschismus zu verhindern. Das ist umgemünzt worden zu einem politischen Kampfbegriff, da muß die politische Rechte in diesem Lande ganz vorsichtig sein. Ich glaube, da freue ich mich auf diese Auseinandersetzung.

Landowsky: Heute wird ganz normal darüber diskutiert, ob man mit der PDS oder nicht. Das ist die Tendenz, und diese Tendenz hat Lafontaine freigemacht. Wenn er sagt, die Mehrheit in Deutschland stände links, dann besteht das nur unter Einschluß der PDS. Wir werden gegen dieses Linksbündnis, wenn er es denn so versteht, dagegen werden wir kämpfen. Ich will Ihnen (Gysi) nur eins sagen: Sie werden nur Akzeptanz bei Leuten, die nicht ohnehin auf Ihrer Seite stehen, finden, wenn Sie wirklich ernsthaft die Geschichte von 40 Jahren SED-Diktatur aufgearbeitet haben. Sie gehörten auch zum kommunistischen Adel früher. Wie ist das mit den Stasi-Angehörigen heute noch in den Parlamenten? Wie ist das mit den Eingesperrten in Brandenburg, in Bautzen, wie ist es mit den Mauertoten? Ihre Position möchte ich dazu haben und auch zur Kommunistischen Plattform. Und erst, wenn Sie sich klar abgegrenzt haben, dann sind Sie ein Partner für mich innerhalb des demokratischen Spektrums.

Gysi: Ich glaube, daß keine andere Partei soviel Aufarbeitungskonferenzen, soviel Geschichtskonferenzen geleistet hat wie die PDS. Und deshalb bin ich bereit – Herr Landowsky, wir können uns verabreden – , mit Ihnen über die gesamte Geschichte auch der SED zu diskutieren.

Gerster: Zu den ganz persönlichen Gewinnern der Geschichte gehören Sie. Sie haben früher oben geschwommen, und Sie schwimmen jetzt im Westen auch oben.

Gysi: Im Unterschied zu Ihnen weiß ich, was Sie geworden wären in der DDR.

Gerster: Nun seien Sie mal ein bißchen vorsichtig. Der entscheidende Punkt, ob die Partei SPD, die noch im Programm den demokratischen Sozialismus stehen hat, das hat sie 89 nach dem Fall der Mauer beschlossen und bisher nicht redigiert, ob sich hier – und da gibt es gute Beispiele in der Geschichte, Grotewohl läßt grüßen, das hatten wir ja schon mal – , ob sich hier die Sozialisten der SPD mit den Sozialisten der SED, die sich heute PDS nennen, zusammentun, um ein neues Deutschland zu schaffen, und da stoßen Sie auf Widerstand.

Nahles: Für mich ist die PDS ne Regionalpartei, die haben weniger Mitglieder als die Jusos. Damit kann ich locker leben. Sie (Gysi) haben viele Ältere, Sie haben aber vor allem kein eigenes Projekt, außer daß Sie ‘ne spezifische Ostklientel da bedienen. Ich denke, Sie sind zu großen Teilen sehr sozialdemokratisch orientiert, und wenn wir damit gut umgehen und zu vernünftiger Zusammenarbeit kommen, daß das dann irgendwann auch wieder erledigt ist.

Landowsky: Ich meine, man muß die moralische Qualität auch so einer Argumentation sehen. Wir haben schon einmal verabsäumt, das sage ich auch als CDU-Politiker, weil in der Familie betroffen, die erste deutsche Diktatur aufzuarbeiten. Die zweite werden wir aufarbeiten müssen. Wir dürfen das nicht vertuschen, auch nicht durch solche Machtdiskussionen.

Gysi: Sie haben aus dem gleichen Motiv die erste Diktatur – wie Sie es nennen – nicht aufgearbeitet, aus dem Sie die zweite aufarbeiten. Beide Male war das Motiv Antikommunismus.

Trittin: Es gibt keinen Linksruck, sondern das Ergebnis der heutigen Debatte ist, es wird eine Gespensterdiskussion geben.

Gysi (zu Landowsky): Sie haben am 3. Oktober 1990 den Kalten Krieg nicht beendet, im Unterschied zu uns.

Landowsky: Mit Ihren Wählern – ja.

Trittin: Die Politik, die Lafontaine macht in Richtung Osten, ist eine, die zieht die PDS in die Verantwortung und versucht, sie durch Beteiligung zu zerstören.

Gysi: Was heißt links? Ich könnte zum Beispiel eine Partei, die sich nicht für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger interessiert, nicht wählen, obwohl ich deren Schicksal nicht teile.

Konkret 01/96, S. 21

Pascal Beucker

Mythen in Tüten

Sie personifiziert den ökosozialistischen Sündenfall: die Pastorin Antje Vollmer, die auf einem linken Ticket in den Bundestag einzog und es bis zu seiner Vizepräsidentin gebracht hat

Einige biographische Daten: 1943 im westfälischen Lübbecke geboren. 1962 Abitur. Danach bis Anfang der 70er Jahre Studium der evangelischen Theologie in Berlin, Tübingen, Heidelberg und Paris. 1968 Vikarin bei der Berliner Kirche. 1969-71 Assistentin an der Kirchlichen Hochschule Berlin. Legt 1971 das 2. Theologische Examen ab, promoviert 1973 zum Dr. phil. 1971-74 Pastorin in einem »Teampfarramt« in Berlin. Von 1971 bis 1975 Zweitstudium in Erwachsenenbildung mit Diplomabschluß. 1975 bis 1978 Dozentin an der Heimvolkshochschule in Bethel. Daneben ehrenamtliche Ochsentour durch die christlich-ländliche Gemeinde – einige der Stationen: Vorstandsmitglied der Westfälisch-Lippischen Landjugend, Vorstandsmitglied der Evangelischen Jugend auf dem Lande, Mitglied im Leitungskreis der Arbeitsgemeinschaft »Solidarische Kirche Westfalen«, stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft »Bauernblatt«. Wohin führt ein solcher Weg? Zu Gott? Zur Frauenunion? Aber nein: Die Rede ist von der grünen Spitzenpolitikerin Antje Vollmer.

Antje Vollmer, die 68erin? Da fangen die Schwierigkeiten an. Natürlich ist es eher putzig, bürgerliche Politiker mit ihrer linken Vergangenheit zu konfrontieren. Scheitern muß man jedoch zwangsläufig, wo es keine linke Vergangenheit gibt. Ein Beispiel hierfür ist die Bundestagsvizepräsidentin Vollmer. Immer wieder bemüht sie zwar die Gnade der passenden Geburt, zählt sich zu den 68ern, weil das nach Aufklärung und Engagement riecht. Die bürgerlichen Medien greifen sowas gerne auf: Mythen in Tüten. Aber die Wirklichkeit? Trostlos. Nach eigenen Angaben soll Antje Vollmer mal an einer Vietnam-Demonstration teilgenommen haben. Was noch? Zwar war sie bei dem einen oder anderen »Teach-in« anwesend, aber: »Selber mitzureden hätte ich mich natürlich nie getraut, ich war eher eine Randfigur.« Eher? Im SDS war sie nicht, obwohl sogar der Lateinlehrer ihr dazu geraten haben soll, doch: »Die beschäftigten sich gerade mit der sexuellen Revolution in Theorie und Praxis, da war ich nicht locker genug.« Und danach, in den 70ern? Da trieb sie sich eine Zeitlang im Umfeld der maoistischen KPD/AO herum, war ein bißchen bei der »Liga gegen den Imperialismus« aktiv. Aber auch das eher am Rande – soviel Zeit ließen das »Teampfarramt« und ihre sonstigen christlichen Aktivitäten auch gar nicht übrig. In KPD/AO-Diktion veröffentlichte sie 1975 unter dem Pseudonym Karin Bauer ein Buch über Clara Zetkin, und bis heute kann sie ein paar Mao-Zitate auswendig. Reicht das schon für eine linksradikale Vergangenheit?

Antje Vollmer ist aus einem anderen Grund interessant: Sie personifiziert den Sündenfall der Ökosozialisten bei den Grünen, ist signifikantester Ausdruck ihrer so bitter blamierten Bündnispolitik. Renegaten gibt’s immer – aber eine Pfäffin auf linkem Ticket in den Bundestag bringen? Und sich dann wundern, was dabei herauskommt? Tatsächlich verdankt Antje Vollmer ihre grüne Karriere den Ökosozialisten. Ein linksdominierter Kreisverband nominierte sie, der ökosozialistische Flügel der NRW-Grünen hievte sie auf Platz 2 der Landesliste. Dabei hätten die Genossinnen doch schon bei der Vorstellung wissen müssen, wer dort als parteilose Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft »Bauernblatt« auftrat. Vollmer hat die Szene 1984 in ihrem ersten Buch (*... und wehret euch täglich.*) selber beschrieben: »13.1.83: Das erste Mal bin ich auf einer Versammlung des Kreisverbandes der Grünen. Der Raum in der Kneipe ist ganz voll, ich kenne wenige Leute. Ich bin unsicher und fühle mich nicht wohl in meiner Haut. Verständlich: Hier habe ich nicht gearbeitet und soll kandidieren. Als ich dran bin, erzähle ich, was ich bisher gemacht habe: meine Arbeit in der Landjugend, unsere agrarpolitischen Vorstellungen, unsere Ideen und unsere Liebe zum ländlichen Raum. Hier kenne ich mich aus, das Gefühl, etwas ›Unredliches‹ zu tun, weicht. Ansonsten: Alleinstehende Frau mit Kind, keine Karriere bisher. Ich bekomme das Votum bei einer Gegenstimme.« Einer einzigen.

Zunächst schien das linke Bündniskonzept aufzugehen. Vollmer kümmerte sich im Bundestag erstmal um die Landwirtschaft, davon hatten die Metropolen-Linken ohnehin keine Ahnung, interessierten sich auch nicht besonders dafür. Daß sie nicht gerade eine Verfechterin des LPG-Gedankens war, erschien unerheblich, solange man von radikalisierten Öko-Bauernhaufen träumen konnte. Vollmer bediente gerne diesen Mythos, noch 1985 hält sie Cohn-Bendit in einem »Taz«-Streitgespräch entgegen: »Aber ich mobilisiere die Bauernopposition. Und die ist außerparlamentarisch und gegen die SPD.« Mit letzterem hat sie bis heute recht.

Einer breiteren Öffentlichkeit fällt Antje Vollmer erstmals 1984 durch ihre Wahl in das »Feminat«, den Frauenvorstand der grünen Bundestagsfraktion, auf. Dort gilt sie als Gegenspielerin der Reala Waltraut Schoppe und hält die grünen Prinzipien der Anfangsjahre hoch: »Z.B. gibt es da die Rotation, die den Bahros und Joschkas und Kellys und jedermensch Grenzen setzt. Das ist nicht wenig, sondern ein Hebel, der Machtstrukturen knacken und Karsten Voigts und Wolfgang Roths verhindern hilft, von ZKs ganz zu schweigen« (1985). Das Rotationsprinzip ziele »in das Herz des Berufspolitikertums, das sich immer mehr vom Volk entfremdet«, zudem verbrauchten sich »nach ein paar Jahren ... doch Schwung und Elan«. Wahre Worte. Die »FAZ« schreibt über sie Anfang 1985, sie gehöre »auf dem fundamentalistischen Flügel ... zu denen, die moralisch-rigoristische Ziele verfolgen«, vernimmt jedoch auch, daß Vollmer sich selber als »sehr deutsch und sehr

protestantisch« bezeichnet. Die Linken vernehmen nichts, freuen sich, daß sie Otto Schily als Fraktionssprecher verhindern konnten, und lesen lieber von der Genossin Vollmer in KONKRET: »Das Datum, an dem wir Ebermänner und Vollmer-Frauen wieder mal von vorne anfangen werden, ist genau zu beschreiben: am Tag X, wenn die Grünen ihre selbständige Existenz zugunsten einer historisch überholten sozialdemokratischen Dauerklamotte aufgegeben hätten« (1985). Es las sich aber auch wunderschön: »Als radikaldemokratische Partei sollten wir vor allem jene Schwerpunkte unseres Modells vorantreiben, die in einer späteren Etappe eine bessere Grundlage für ein ganz neues Bündnis von Ökologie, Demokratie und Sozialismus darstellen können« (1986). Erst Jahre später wird ehemaligen Parteilinken auffallen, daß bereits damals irgend etwas nicht stimmte: »Antje Vollmer war noch kein halbes Jahr im Parlament, als sie schon verlernt hatte, wirklich zuzuhören, und selbst in privaten Zusammenhängen nicht mehr aufhören konnte, sich selbst darzustellen«, schreibt Verena Krieger 1991 in ihrem Buch *Was bleibt von den Grünen?*

Als Vollmer 1987 nach zweijähriger Rotationspause – die Zeit nutzt sie zum Parteieintritt – wieder in den Bundestag kommt, hat sie sich mitsamt der Partei »weiterentwickelt« und verrät dem »Rheinischen Merkur«: »Mit der linken Herzkammer bin ich wertkonservativ und mit der rechten bin ich links.« Ihr Agieren in den folgenden Jahren ist auf die Errichtung einer eigenen, von den Linken unabhängigen Basis in den Grünen ausgerichtet. Als die »FAZ« Anfang 1989 rekapituliert: »Die dem Ländlichen verbundene Theologin entfernte sich von den städtisch geprägten atheistischen Öko-Sozialisten«, da hatte sie es geschafft. Mit der von ihr initiierten Gruppe »Grüner Aufbruch 88«, die vermeintlich zwischen den Flügeln agierte und vorgab, zwischen den Strömungsfronten zu vermitteln, und mit Unterstützung ihres demagogisch begabten damaligen Mitarbeiters, des heutigen »Wochenpost«-Redakteurs Bernd Ulrich, hatte sie sich zu einem innerparteilichen Machtfaktor entwickelt. Auf die Zustimmung der Parteilinken konnte sie nun getrost verzichten.

Die deutsch-deutsche Wende 1989/90 überrascht auch Antje Vollmer. Mit großem Elan und ohne Angst vor der eigenen Lächerlichkeit versucht sie, der Restauration hinterherzuhecheln. Noch am 8. November 89 ist für sie »die Rede von der Wiedervereinigung – das ist mir jetzt sehr wichtig – historisch überholter denn je«. Kein Jahr später tritt sie als konsequente Verfechterin der »deutschen Einheit« auf und sieht sich bereits als Reichsführerin: »Jetzt kontrolliert niemand mehr dieses Deutschland außer uns.« Im Bundestag belustigt sie am 9. August 1990 die Regierungskoalition mit Bonmots wie: »Die europäische Welt hat keine Angst mehr vor den Deutschen, weil wir 1968 aufgebrochen sind, weil wir das Law-and-Order-Denken herausgeblasen haben aus diesem Land, weil wir, eine andere Generation, diese deutsche Gesellschaft gründlich zivilisiert haben.« Ihre Schlußfolgerung aus dieser brillanten Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse: »Ich traue uns zu, zu regieren.« Ein Problem nur blockiert die Machtübernahme: »Dazu brauchen wir vorderhand noch die SPD. Und die, das muß ich sagen, macht mir etwas Sorgen.«

Der rasante und hektische Frontwechsel in der »Deutschen Frage« verbindet Antje Vollmer mit der Mehrzahl ihrer grünen Kollegen. Doch während andere Politiker/innen der Grünen 89/90 tatsächlich ihre bisherigen Auffassungen über Bord werfen und verzweifelt dem Brandtschen Zug nachlaufen, kann sie immerhin an eigene Überlegungen anknüpfen. Schon im Mai 1986 hatte sie sich in der »Taz« »den Deutschen« gewidmet: »Es ist nicht der Begriff ›Volk‹, den die Linken nicht mehr aushalten, es ist das ›Ding an sich‹. Hinter der Abstinenz und dem Abscheu gegenüber dem Volksbegriff verbirgt sich erstens die schlichte Furcht der Linken vor den Deutschen überhaupt (und damit eine bestimmte Interpretation des deutschen Faschismus) und zweitens ihre klassische Unterbewertung der demokratischen Errungenschaften für die großen Emanzipationsprozesse dieses Jahrhunderts.« Die damaligen linken Grünen lasen jedoch lieber anderes von ihrer Antje: »Weltweit hat sich angesichts der ökologischen Krise und der bedrohlichen Kriegsgefahr der Kapitalismus genauso zu Ende gewirtschaftet wie der Block des ›real-existierenden‹ Sozialismus und damit die Ablösung der beiderseits herrschenden Nomenklatura und die Emanzipation der Dritten Welt auf die Tagesordnung gesetzt« (1986). Als Bundestagsvizepräsidentin hat sie heute natürlich derlei Tagesordnungspunkte nicht mehr zu verhandeln.

Bekanntlich hat es im Oktober 1990 mit der grünen Regierungsverantwortung nicht ganz geklappt. Mangels Alternativen erinnert sich Vollmer kurzzeitig an ihre früheren Auslassungen gegen das »Berufspolitikertum« und versucht einen Wiedereinstieg in Bethel. Aber das ist nichts mehr für sie, sie beendet schnell dieses Experiment, redet lieber auf Kirchentagen als mit Epileptikern und versucht sich als freie Journalistin und Publizistin. Zeitweilig gehört sie den Redaktionen des »Stern« und der »Taz« an. Akribisch bereitet sie ihr Polit-Comeback vor und verabschiedet sich von den Parteiarbeitsvorstellungen der grünen Anfangsjahre. »Die Rotation aller Mandats- und Parteiamts-Inhaber, die Trennung von Amt und Mandat, das imperative Mandat, der ständige Wechsel der Delegierten, die Einflußnahme locker organisierter Parteigruppierungen und Arbeitsgemeinschaften auf die Führungs- und Programmarbeit der Partei, die Begrenzung der Diäten, die finanzielle Umverteilung und andere Neuerungen« – all das gehöre nun auf den Müllhaufen der Geschichte: »Diese Experimente sind gescheitert.« (Nur konsequent, daß sie 1995 als einzige Bündnisgrüne für den sog. »Diätenkompromiß« stimmt.) Auch in den Umgangsformen müsse sich einiges ändern, da »es einer der großen Fehler der Grünen ist, daß man nicht von Anfang an untereinander das Siezen eingeführt hat« (1991).

Anfang 1994 gerät sie noch einmal kurz ins Straucheln. Da kam heraus, daß sie nicht nur die bundesrepublikanische Öffentlichkeit mit ihren Auslassungen unterhielt, sondern auch bei Erich Honecker antichambrierte. Antje Vollmer schickte ihm gelegentlich Briefe. So schrieb sie beispielsweise am 18. September 1986 an den »sehr geehrten

Staatsratsvorsitzenden«: »Einer kleinen Tradition entsprechend möchte ich Ihnen wieder einen Artikel zu Ihrer Information und in der Hoffnung auf Ihr Interesse zuschicken. Er behandelt wieder das leidige und schwierige Bündnisthema mit einer nicht bündnisbereiten SPD. Der Artikel ist in Teilen der Linken ziemlich viel diskutiert worden.« Ein Gutachten der Berliner Forschungsgruppe »SED-Staat« zitierte zudem aus Protokollen von Gesprächen, die Frau Vollmer (zusammen mit Dirk Schneider) 1984 mit dem SED-Politbüromitglied Häber und dem damaligen Gesandten in der Bonner DDR-Vertretung, Schindler, geführt haben soll. Häber meldete nach Berlin: »In wesentlichen politischen Auffassungen stände man sich doch viel näher als mit Politikern der ›etablierten‹ Parteien.« Vollmer habe sich beispielsweise dagegen gewandt, »daß der Antikommunismus zuviel Raum bei den Grünen einnimmt«. Natürlich dementierte Vollmer umgehend. Die ihr zugeschriebenen Aussagen seien »auf absurde Weise sinnverdreht, falsch zugeordnet oder blanker Unsinn«. Und doch zeigte sie sich reuig: »Peinlich an der Zeit ist mir, daß man sich in so hochgefährliche Szenen mit solcher Unbekümmertheit hineinbegeben hat, mit der Haltung: Wir sind offen für jedermann, man kann mit allen reden.« Sie hat aus diesen Fehlern gelernt. Inzwischen zeigt sie Dialogbereitschaft am liebsten gegenüber »Szenen«, die dem Kommunismus gänzlich unverdächtig sind – etwa den Vertriebenenverbänden, speziell den Sudetendeutschen. Die »Bürgerrechtler« und Wolfgang Schäuble haben ihr längst verziehen.

Auch unter schreibender Politprominenz fühlt Antje Vollmer sich wohl. Ihren letzten Schmöker (*Heißer Frieden*) stellte Oskar Lafontaine im März dieses Jahres vor. Unter den Gästen bei der Präsentation: Heiner Geißler, dessen Buch *Gefährlicher Sieg* Vollmer präsentierte, und Joschka Fischer, dessen neuestes Werk wiederum Geißler empfahl – ein fröhliches Ringelreihen. *Heißer Frieden* schrieb Vollmer in ihrer bundestagsabstinenten Zeit, fertiggestellt war das Buch pünktlich zu ihrem Wiedereintritt in die große Politik. Thomas Ebermann und Rainer Trampert haben es in *Die Offenbarung der Propheten* (S. 217-223) scharf kritisiert. Ihre Quintessenz: »Der flache Sinn des Ganzen ist die ewig reaktionäre Behauptung, daß Emanzipation wider die menschliche Natur sei.« Und: »So Vollmer denn eine hatte, ist ihre Moral restlos verbraucht.«

Auf Platz 1 der hessischen Landesliste – nachdem die NRWler aus ihren Fehlern gelernt hatten und sie nicht mehr aufstellen wollten – zieht sie im November 1994 wieder in den Bundestag ein. Die bündnisgrüne Bundestagsfraktion weiß, was für ein staatstragendes Goldstück sie da in ihren Reihen hat und stellt sie als Kandidatin für das Amt der Bundestagsvizepräsidentin auf. Mit den Stimmen von CDU/CSU/FDP und gegen die Stimmen der SPD wird sie gewählt. »Mit Frau Vollmer präsentierte ihre Fraktion eine Kandidatin, die – wohl als einzige Grüne – auch weiten Teilen des Koalitionslagers würdig erschien, in einer geheimen Wahl das Risiko eines schwarz-gelb-grünen Bündnisses einzugehen«, kommentierte die »FAZ«.

Was für eine Wahl! Vollmer ist das perfekte Gegenstück zu Rita Süssmuth. Wer kann schon so pastos daherschwätzen wie sie? Von christlicher Nächstenliebe geprägt, liegt ihr vor allem das Soziale am Herzen. Für Rentner/innen etwa hat sie direkt Aufbauendes parat: »In Deutschland gibt es ein riesiges Potential ungenutzter Talente – die Senioren«, verkündet sie in »Bild«. Da würde ein »freiwilliges Dienstjahr« für gemeinnützige Arbeit ruckzuck Abhilfe schaffen. Natürlich denkt sie an »unbezahlte« Arbeit – warum auch materielle Anreize, wenn ideelle reichen: »Tausende Rentner sitzen jahrzehntelang zu Hause und haben das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden.« Da kann ein Arbeitsdienstjahr Wunder wirken, oder?

Nachdem die Gesellschaft gründlich zivilisiert und der Kampf gegen den Kapitalismus daher überflüssig geworden ist, möchte Antje Vollmer neue Wege gehen. Auf dem evangelischen Kirchentag, dessen Präsidiumsmitglied sie ist, stellte sie im Juni 1995 ein neues Programm vor, das die Nachrichtenagentur »epd« so referierte: »Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer bemängelte, daß die Bedeutung der Ökologie als Kernpunkt der sozialen Fragen der Zukunft nicht ausreichend erkannt worden sei. Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung und zur sozialen Sicherheit sei nicht möglich, betonte sie.« Vollmer hatte eine neue Antwort auf die soziale Frage gefunden. »Die Theologin plädierte für die Schaffung einer Umweltpolizei der Vereinten Nationen, die bei ökologischen Krisen eingreifen solle« – in Bosnien beispielsweise, weshalb sie kürzlich die »Entdämonisierung der Rolle des Militärs in der Verteidigungs- und Außenpolitik« forderte.

1986 schrieb Antje Vollmer mit Blick auf die 68er: »Wieder einmal wurde deutlich, daß hierzulande nichts so schwer fällt wie eine durchgehende, geduldige theoretische und praktische linke Widerstandstradition, die sich auch an identischen Personen festmacht.« Neun Jahre später attestiert ihr der rechtsliberale »Tagesspiegel«: »Diplomatisches Geschick, Taktgefühl, Einsicht in den Rollencharakter eines öffentlichen Amtes: ein solches Ausmaß an Zivilität an einer grünen 68erin zu beobachten, erscheint wie ein Wunder.« Die Linken innerhalb der Grünen hätten es wissen können.

Pascal Beucker schrieb in KONKRET 11/95 über Daniel Cohn-Bendit

Konkret 01/96, S. 24

Ralf Schröder

PC-Opfer im Eichholz

Eine Tagung der Adenauer-Stiftung Mitte November machte deutlich, daß Voraussetzung für den Einsatz im antikorrekten Fronttheater fortgeschrittener Verfolgungswahn ist

Es war Anfang der siebziger Jahre, und es passierte immer, wenn wir uns am Wochenende vor dem neuen Farb-TV der Nachbarn zur Sportsendung versammelten. Bevor die anfing, gab es eine Kurzausgabe von »Heute« oder »Tagesschau«, und regelmäßig kamen in diesen Nachrichten demonstrierende Studenten und Männer namens Brandt, Bahr und Wehner vor. Der im Haushalt lebende Großvater, beinahe 80, konnte demonstrierende Studenten und Brandt, Bahr und Wehner nicht leiden. Jedesmal, wenn er ihrer ansichtig wurde, sprang er rüstig aus dem Sessel, lief zum Bildschirm und bearbeitete die Mattscheibe mit seiner Krücke. Größerer Schaden wurde nie angerichtet, die Gehhilfe besaß an ihrem Ende einen Rutschschutz aus weichem Gummi. Während seiner Strafaktion rief der Großvater immer: »Die Schweine, die Schweine!« Zeigte die Fernsehkamera führende Sozialdemokraten auf Auslandsreisen, wurde er manchmal präziser: »Die Schweine kuschen vor Pollacken!« Gut, der Mann war Landwirt, sehr katholisch, vierzehnachtzehn für den Kaiser außerhalb des Reiches unterwegs gewesen und hatte – am Rande einer Militärparade – sogar einmal einen Bierhumpen aus der Hand seiner Majestät empfangen; das hat er seinem Land nie verges-sen.

Solch unbeirrbare Widerständigkeit überdauerte nicht nur Schmidt und Weizsäcker, sondern kam mit den Jahren auch zu Bewußtsein, allerdings unter vollends zynischen Bedingungen. *PC wurde zum Symbol für die Etablierung eines engmaschigen Blockwartsystems an den Universitäten, Behörden und Massenmedien ... Deshalb ist dieses ›Deutsche Phrasenlexikon‹ nicht nur zur vergnüglichen Lektüre gedacht. Das System der Politischen Korrektheid, das wir hier am Ende mit ›d‹ schreiben, um die gedankliche Nähe zur Apartheid zu markieren, diente auch in den USA angeblich zur Verteidigung der Schwachen**, die das obszöne Spiel mittlerweile aber durchschaut haben. Gegenwehr von unten formiert sich, und mit dabei ist die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Bei der Nazi-Postille »Junge Freiheit«, die neuerdings eine – taktisch begründete – Distanz zu Auschwitz-Leugnern pflegt, hatte das Innovationspotential des Hauses bereits vor Monaten Schlüsselreize aktiviert: In Schloß Eichholz, dem Tagungszentrum der Adenauer-Stiftung in der Nähe Bonns, seien, frohlockte das Blatt, »heimliche Ketzer« am Werk. Diese hätten nicht nur »den Nationalstaat als Handlungsrahmen praktischer Politik« wiederentdeckt, sondern auch »klare Begriffsfindungen« vorgelegt: »Für das allgemeine Wiedererwachen nationalen Bewußtseins«, so Kurt Hübner im hauseigenen »Eichholzerbrief« (4/93), »gibt es aber noch andere Ursachen, wie z.B. den ungeheuren Mißbrauch des Asylrechts.« Die antinationale Ideologie rufe nun mal die »in irrationalen Exzessen hervorbrechende Angst« – siehe Mölln, Solingen etc. – hervor, die Deutschen könnten sich demnächst in einer »entfremdetenWelt« wiederfinden und »nicht mehr Herr im eigenen Land sein«.

Das unwidersprochene Lob für solcherlei Akademisierung von Stammtisch-Gesabbel hat die Adenauer-Stiftung anscheinend waghalsig gemacht. Während ihre zuständigen Abteilungen wie gewohnt den imperialistischen Alltag sortierten – z.B.: »Manfred Wörner. Ein Leben für Frieden und Freiheit« – , lud Geschäftsleitungsmitglied Dr. Günther Rüther Mitte November Exponenten des antikorrekten Widerstands für zwei Tage aufs Schloß. Unter dem heutzutage völlig unverfänglichen Titel »Alte Linke und Neue Rechte – Gemeinsamkeiten und Gegensätze in der Diskussion über die Zukunft Deutschlands« wurde in einer Art spontan entstehender szenischer Deklamation ein Stück aufgeführt, dessen Autor Klaus Rainer Röhl höchstpersönlich als Regieassistent mit von der Partie war. In seiner neuen Anti-PC-Fibel ist auf engstem Raum und ohne die übliche sozialwissenschaftliche Bemäntelung nachzulesen, was Zensuropfer aller Fraktionen und Stände an Ressentiments selbst nie aufsagen dürfen – z.B. daß die *lacklederne Sarah* (!) *Wagenknecht der frech fälschenden Phrase* von der *bürokratischen Entstellung des Sozialismus* anhängt. Ferner lernt die Opfergemeinde bei Röhl, daß der *DGB-Vorsitzende Meyer auf dem Hamburger Kirchentag im Juni 1995* zum Boykott von Shell aufgerufen habe, und daß *jedes Jahr am 8. Mai* vor dem Bonner Rathaus mit *Remmidemmi* der *sogenannte Internationale Frauentag* gefeiert wird. Datum hin, Namen her, erst die Eichholzer Live-Inszenierung machte klar, wie ernst die hysteriebedingten Fiktionen wirklich gemeint sind:

Kritische Theorie. Hauptlehre der sogenannten Frankfurter Schule ... Eine der geistigen Grundlagen des 68er Veitstanzes ... Wird heute nur noch von ehemaligen Adorno-Schülern oder -Bewunderern im Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« nostalgisch gehegt. Als verspätetes Mitglied jener Tanzgruppen eingeladen, eröffnete der Frankfurter Philosophieprofessor Brunkhorst den Tagungs-Reigen: Die Intellektuellen sollten, so Brunkhorst, »den lächerlich gewordenen Kampf um Hegemonie aufgeben« und sich »statt dessen am Diskurs um eine bessere Zukunft beteiligen«, denn »unter den Bedingungen des Rechtsstaates schwindet die Differenz von Reform und Revolution«. Von letzterer hat im Eichholz zwar niemand gesprochen, aber trotzdem beantwortete der Habermas-Schüler die Frage nach einem Gedanken, in welchem sich »für einen Moment Utopie und Pragmatismus« berühren: »Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ist die einzige Substanz, auf die die moderne Demokratie bauen kann.« Ob die Verheißung oder die Poesie des Satzes andächtiges

Schweigen hervorrief, ist schwer zu sagen, jedenfalls vergingen einige Sekunden, bis die Provokationen erkannt waren: Er habe den Nationalstaat als »demokratieschützende Instanz« gar nicht erwähnt, merkte Ulrich Schacht von der Selbstbewußten Nation auf – mit den von Brunkhorst vorgeschlagenen Souveränitätsübertragungen an übernationale Institutionen werde »den barbarischen amerikanischen Verwertungsprozessen« Tür und Tor geöffnet. Auch Albrecht Jebens, Chef des Studienzentrums Weikersheim, hielt Brunkhorst Defizite vor: »Ein Volk muß Gemeinwohl definieren können, sonst fällt es in Zeiten der Krise auseinander. Mit dem Glauben an das Gemeinwohl haben die jungen Soldaten der kroatischen Armee in vier Tagen geschafft, wozu die Nato in vier Jahren nicht fähig war.«

Nächster Programmpunkt: *Rechtsruck. (Pflügerdeutsch) ... nach Arnulf Baring »eine Erfindung linker Publizisten«. Hauptgrund für die Beunruhigung des alten Establishments war jedoch das Abbröckeln des gesamten linksliberalen Selbstverständnisses in den alten Bundesländern (Weizsäcker-Republik).* Das sieht der folgende Referent, Carl Schmitt-Biograph Paul Noack, nun aber doch ähnlich: In der Tat sei das »linke Meinungsmonopol der Nachkriegszeit« tot, seit dem Golfkrieg sei eine neue Intellektuellen-Generation im Kommen, auch das Fischer-Papier habe hier seine Wurzeln; die Wiederkehr neokonservativen Denkens manifestiere sich in Gestalten wie Cora Stephan, Klaus Hartung (*Wolf Biermann, Enzensberger, Reiner Kunze, Botho Strauß, Daniel Cohn-Bendit, Peter Schneider, Martin Walser, Arnulf Baring*) und bei »meinem alten Freund Zitelmann«: alles Leute, die für »das Denken in Augenhöhe« stehen – aber dort offensichtlich bei ihrem Freund Noack ein Brett vermuten. Mitdiskutant Zitelmann ergänzt: Die Gleichwertigkeit von rechten und linken Intellektuellen sei doch nur ein Sollwert. Der »Istwert: Die rechten Intellektuellen schlägt man mit der Faschismuskeule tot; das spüre ich tagtäglich«. *Abfackeln. Seit den achtziger Jahren Autonomendeutsch für das Verbrennen eines Autos oder Hauses von politischen Gegnern, zur Zeit noch in deren Abwesenheit ... Die politisch korrekte Anwendung des Abfackelns setzt eine gute Kenntnis des abzufackelnden Personenkreises voraus, die man am sichersten durch die regelmäßige Lektüre der »Zeit«, der »Frankfurter Rundschau« oder der »Blätter für deutsche und internationale Politik« gewinnt.*

Am nächsten Vormittag sitzt er auf dem Podium. *Der Zitelmann ist ein Brandstifter, geistiger Brandstifter natürlich, aber das ist viel schlimmer als die in Solingen.* Gegen derlei übertriebene Kasteiung durchs Drehbuch hat Zitelmann (»Ich bin kein neuer Rechter, sondern Liberaler«) leichtes Spiel, allerdings steht die redselige Weinerlichkeit seiner Beiträge in scharfem Kontrast zu jenem kantigen Habitus, den der größere Teil des Publikums von Jungnazis erwartet. »Ich will doch nur sagen dürfen, ich lehne Feminismus ab, ohne gleich als Frauenfeind diskreditiert zu werden.« (*Frauenquote. Altkommunistisch; 1932 von den Kommunisten auf der 3. Reichspartei-Konferenz in Berlin eingeführt*) Auch paßt die bisweilen betonte Volkstümlichkeit schlecht zum ansonsten rebellischen Stil der *Zitelmänner und Zündelfrieder* (Röhl über Röhl und Co.): »Siebzig bis achtzig Prozent der Menschen denken wie ich zu den Fragen von Multi-Kulti, das Problem sind die Medien.« Solche Themen waren weder dem Schwung der Veranstaltung noch dem Verlangen des Publikums nach völkischem Grusel dienlich, dafür aber der Adenauer-Stiftung, zumal Zitelmann wie auf Verabredung den Leitsatz der ganzen Veranstaltung unablässig repetierte: »Die politische Kultur braucht die gleichberechtigte Teilnahme von Rechts-Intellektuellen.«

Nachdem das klargestellt war, wurde die bereits ausgiebig durchgeknautschte Politische Korrektheit endlich einer wissenschaftlichen Betrachtung unterworfen. »Tagesspiegel«-Redakteur Robert von Rimscha, 31, zählt zu jener Sorte von wert- und ideologiefreien jungen Wilden, die mit ungebremster Frische so tun, als wären sie soeben einem notgelandeten Raumschiff entstiegen und nun entsetzlicherweise in einem völlig fremden Saustall angekommen. Der wurde flott inspiziert, das betreffende Protokoll haben Rimscha und Michael Behrens unter dem Titel »›Politische Korrektheit‹ in Deutschland. Eine Gefahr für die Demokratie« auch an Eckhard Fuhr, »FAZ«, geschickt; der lobte postwendend die Entlarvung der »dumpf-dummen Muster« von »PC-Kampagnen«. Die Linke, so Rimscha, versuche, einen neuen Kanon festzuschreiben, der so tue, als würde die alte BRD fortexistieren; das Raffinierte dabei sei, daß sie das auch noch mit einer Rhetorik von »Fortschritt und Dynamik« bemäntele. Überhaupt sei die Grundlage der Politischen Korrektheit hierzulande die Historische Korrektheit, das habe die Diskussion um den 8. Mai deutlich gemacht. Co-Autor Behrens assistierte: In der Bundesrepublik »ist Revisionismus ein Dirty Word. In der Diskussion um das Bombardement auf Dresden durfte man doch die neuen Zahlen gar nicht nennen.«

Was der antikorrekten Volksfront jetzt noch fehlte, war der Segen der »Bürgerrechtsbewegung«, aber da konnte die Adenauer-Stiftung mit einem Dauergast aufwarten. *Das Bahrsche Unterziehbewußtsein meint so etwas wie: die PDS einer gründlichen Weißwäsche oder besser Tünche zu unterziehen, sie auf demokratisch hintrimmen wie ein Hundehändler seine Promenadenmischung auf Rassehund.* Das sieht Bärbel Bohley genauso. Im Verein mit Zitelmann beschwor sie im Eichholz den »antitotalitären Konsens«; auf die Medien, die nur Artikel abdrucken, die »im Zeitgeist liegen«, war sie auch böse, vorrangig aber hatte die im Programm als »Malerin, Bürgerrechtlerin« Angekündigte es übernommen, die Fortexistenz einer auch die Alt-BRD bedrohenden Mielke-Herrschaft in den Ostgebieten anzuprangern. Schnell war man sich darüber einig, daß die ZK-Kader der SED im Untergrund weiteragieren und ein Elitenwechsel nicht stattgefunden habe. »In der Ex-DDR ist wirklich eine Restauration da«, in einer öffentlichen Berliner Einrichtung habe kürzlich sogar eine IM eine ABM-Stelle bekommen; eine Kollegin habe das »thematisieren« wollen und daraufhin gehen müssen:

einstimmiger Beschluß der Belegschaft. »Leute wie Weizsäcker, die jetzt die PDS aufwerten, sind nicht konfliktfähig. Die müssen auch mal Nein sagen können.«

Eine Forderung, die nichtakademische Abteilungen des antikorrekten Fronttheaters übrigens längst mit beachtlicher Resonanz umsetzen. Am Kampfabschnitt »Massennähe« macht sich zur Zeit der Unterhaltungskünstler Harald Schmidt verdient, der selbst Konzertsäle größeren Formats mit wenigen Sätzen in befreite Gebiete mit echter Volksherrschaft verwandelt. Die »Aachener Nachrichten« zur jüngsten Darbietung: »Es gibt viele Dinge, die Harald Schmidt nicht ausstehen kann. Aber wenn er nun etwas so gar nicht leiden kann, dann ist es ›Political Correctness‹. Schmidt haßt sie«, und deshalb fragt er: »Sind Polenwitze noch Völkerkunde oder schon Rassismus?« Egal, »wußten Sie schon, daß die Polen den Triathlon erfunden haben? Nun: Die Polen laufen zum Schwimmbad und fahren mit dem Fahrrad nach Hause.« Was sagt der linksliberal-sauertöpfische PC-Medienarbeiter von der »Volkszeitung« dazu?: »Die Gemeinde tobt. Ob Teenie oder Oldie, alle verstehen den Spaß.«

***** Die kursiv gesetzten Passagen sind Zitate aus: Klaus Rainer Röhl: *Deutsches Phrasenlexikon. Politisch korrekt von A-Z*. Ullstein Verlag, Berlin 1995

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 2/93 über das postkoloniale Namibia

Konkret 01/96, S. 26

Oliver Tolmein

Hummel, Hummel!...

Die 68er haben es geschafft. Deutschland ist ein tolerantes Land mit einer prima Zivilgesellschaft geworden. Deswegen können Schwule und Lesben zwar immer noch nicht wohnen, wo sie wollen. Aber wenn alles zu spät ist, gibt es wenigstens noch gut gelaunten Widerstand. Ein Stimmungsbericht aus dem schönen Hummelsbüttel

Die Sonne strahlt, die schnauzbärtigen Polizeibeamten lächeln und tragen Namensschilder, die kleine Anna darf bei Rot über die Ampel – es ist ein wunderschöner Samstag, wie geschaffen für einen fröhlichen Leichenzug. »In Hummelsbüttel starb das Lebenshaus für Lesben und Schwule aufgrund massiver Bedrohungen einiger AnwohnerInnen«, heißt es auf dem schmucklosen Flugblatt. Und etwa 600 Schwule, Lesben und ein paar heterosexuelle Brüder und Schwestern sind gekommen, »laut und schrill« ihren Protest kundzutun. Ganz so, wie es die Veranstalter sich gewünscht haben, zu denen neben der »schwulen Gruppe der Jungen Union Pinneberg«, den Schwusos und Act up auch die VVN und der Schwulenverband Deutschland gehören.

»Hummelsbüttel ist überall«, der etwas krakelige Pfeil auf der kleinen Tafel weist nach rechts, nach zweihundert Metern müssen wir links abbiegen, dann sorgt ein weiteres Schild dafür, daß auch alle den richtigen Fußgängerüberweg benutzen und niemand dadurch, daß er »überall« verfehlt, um das Vergnügen dieser Demonstration gebracht wird. Noch zwei »Hummelsbüttel ist überall«-Wegweiser – dann ist es geschafft. »Auf den Flugblättern steht: Bringt mit, was Euch am wichtigsten ist«, scheppert es aus den Lautsprechern eines mit Transparenten geschmückten Wagens, »ich habe deswegen meine Bibel mitgenommen. Und wenn ich sie aufschlage, steht da ...« Auch Gott ist heute mit uns. Der Pastor der Christophorus-Kirche von Hummelsbüttel hat gerade dem Evangelium des Matthäus die mahnende Botschaft entnommen, daß wir nicht richten sollen, auf daß wir nicht gerichtet werden, da klingt auch schon das Grußwort der Bischöfin Jepsen über den Platz. Und direkt danach tönen wärmende Worte des Fraktionschefs der Christlichen Demokraten in der Hamburger Bürgerschaft, Ole von Beust, durch die winterkalte Luft. Von den Grünen hat sich allerdings, was etwas irritiert, nicht etwa Antje Vollmer angeschickt, zivilgesellschaftliche Hoffnung zu predigen – ihre Fraktionskollegin Kerstin Müller und Joschka Fischer haben einen eher nüchternen Gruß formuliert. Und auch die SPD ist an diesem Morgen im Geiste und mit freundlichen Redebeiträgen dabei. Sind wir nicht irgendwie alle Hummelsbüttel?

Nein, meint einer und stört den öffentlichen Frieden empfindlich: »Sind Sie denn wahnsinnig?« Der graumelierte Einkaufstütenträger ist ernstlich verstört: »Sehen Sie denn nicht, wozu Sie hier mißbraucht werden? Das ist doch pervers.« Der derart harsch angegangene Polizeihauptmeister lächelt milde und legt dem Protestanten die Hand auf die Schulter: »Nun regen Sie sich doch nicht so auf.« – »Das ist doch abartig.« – »Aber, aber«, der Polizist zieht den erregten Mann zur Seite und redet auf ihn ein. »Hören Sie am besten gar nicht hin«, rät er zwei Minuten später dem RTL-Reporter, der sich gerade mit seinem Team aufmacht, diesen Verfechter des gesunden Volksempfindens vor die Kamera zu holen. »Solche Schwulenfeinde«, beschwichtigt der Beamte, »gibt’s wirklich selten. Und der, den kennen wir. Extrem eingestellt, aber im Grunde ein guter Kerl.« Aber da hat der gute Kerl schon ein Mikrofon vor der Nase und erzählt sichtlich erfreut über die plötzliche Publizität, was ihm zum Thema Homosexualität so alles einfällt. Stammtischsentenzen.

Die ältere Dame mit Einkaufswagen und zwei Mädchen an der Hand sagt dagegen gar nichts. Sie beschleunigt nur ihren Schritt, packt ihre Enkelinnen fester und guckt starr geradeaus. Zwei Rollerblader reißen Schwulenwitze. Ein deutscher Schäferhund legt sich mit einem farbig drapierten Pudel an. Aus den Fenstern winken Anwohner oder drohen, seltener, mit der Faust. Und viele sieht man gar nicht, die den bunten Zug der breitschultrigen, gut rasierten Trachtenmädels, der dunkelblau gewandeten Matrosen, der Träger von Regenbogenfahnen und der zahlreichen trillerpfeifenden Männer und Frauen von der S-Bahnstation Poppenbüttel zur Alten Landstraße im Hamburger Nobelviertel Hummelsbüttel genau beobachten: Die großen Häuser, die Villen und gediegenen Anwesen hier im Alstertal haben sich meist hinter hohen Hecken oder mit Stacheldraht bewehrten Mauern verschanzt, Namensschilder gibt es keine an den großen schmiedeeisernen Portalen; statt dessen drohen Alarmanlagen, Videokameras, Warnungen vor dem Hund allen, die nicht dazugehören: Bleibt uns vom Hals.

Hier, wo die feinen Leute leben, denen es eine böse Laune des Schicksals verwehrt hat, in Blankenese unterzukommen, steht ein weißer, dreistöckiger Neubau. Ein bißchen postmodern, ein bißchen einfallslos, ein bißchen alten- und behindertengerecht: das »Lebenshaus« – ein Projekt von Sven Karl Mai, einem jungen Immobilienmakler, der seine ersten Schritte als Mitwohnzentralen-Organisator gegangen ist, der heute schon statt Mitwohnen Lodging anbietet, der gerne aber noch den richtig großen Durchbruch schaffen würde. Das »Lebenshaus«, das er als Generalmieter verwalten wollte, ist eine gute Idee, die auch noch lukrativ gewesen wäre: Die schwulen und lesbischen Alten, die in das mit Schwimmbad und ein paar Gemeinschaftsräumen ausgestattete Gebäude hätten ziehen sollen, wären mit deutlich über 20 Mark Miete pro Quadratmeter zur Kasse gebeten worden, um »nicht schicksalsergeben den 3. Lebensabschnitt auf sich zukommen zu lassen, sondern individuell den eigenen Wohn- und Lebensraum bestimmen« zu können. Der teuer produzierte Prospekt

verspricht nicht nur schöne Wohnungen, sondern »phantasievolles Miteinander«: »Gemeinsame Kaminabende, Fitneß in der Gruppe, Picknick im Alstertal ... wir setzen uns keine Grenzen.« Dafür gibt es ja die Nachbarn ...

Daß die neuen Nachbarn nicht nur älter und homosexuell, sondern auch noch wohlhabend sein würden, hat in Hummelsbütteler Wohn- und Schlafzimmern die Phantasien ins Kraut schießen lassen. Durch die großen Fenster könnte allerhand Jugendgefährdendes zu sehen sein, zudem trainiert nur wenige hundert Meter weiter der Hockeyclub mit seinen Jungsmannschaften. Die Schwulen würden eine Stricherszene ins anständige Hummelsbüttel locken – mit verheerenden Konsequenzen: Überall lägen dann Fixerbestecke herum, und die Kinder würden sich auf dem Spielplatz mit HIV infizieren. Während Sven Karl Mai sich bemühte, zahlungskräftige Mieter und Mieterinnen zu finden, machten die Anwohner mobil.

In Hummelsbüttel geht das auf die feine Art: Beschwerden bei der Bauaufsicht, das Haus sei zu hoch gebaut, Einwendungen beim Ortsbeirat, für ein Altersheim liege keine Genehmigung vor, ein bißchen Druck auf die lokalen Politiker. Erfolglos. Auch eine Plakataktion gegen das Projekt wird vom Bezirksamt abgelehnt. Also gehen die Anwohner an die Öffentlichkeit, sie wollen die Welt wissen lassen, daß Moral und öffentliche Ordnung im fernen Hummelsbüttel ernstlich gefährdet seien. »Wer garantiert uns denn, daß die schwulen Socken nicht unsere Kinder anmachen«, entfährt es Frau M. im Gespräch mit einer Reporterin des konservativen »Hamburger Abendblatts«. Die Journalistin ist indigniert. Als Ehemann Dieter versucht, ihr zu erklären, daß ältere Schwule auf Stricher stehen, weil »junges Fleisch eben attraktiv ist«, haben es sich die »Lebenshaus«-Gegner bei ihr gänzlich verscherzt: »Die Eiferer von Hummelsbüttel« bezieht die führende Lokalzeitung Stellung gegen die Schwulenfeinde. Und auch Wolfgang Arnold, von Beruf Staatsanwalt am Landgericht Hamburg, kann mit seinem Auftritt im NDR-TV-Magazin »DAS!«, in dem er in drastischen Worten vor der Zerstörung des idyllischen Lebens in seinem Viertel warnt, die öffentliche Stimmung in der Hansestadt nicht mehr rumreißen.

Das ist aber auch gar nicht nötig: Auf die weißen Wände des Neubaus werden schwulenfeindliche Parolen gesprüht, die Journalistin des lokalen »Alstertal-Magazins«, die sich für das Projekt eingesetzt hat, wird telefonisch belästigt, ein Auto wird zerkratzt. Mai laufen die ohnedies nicht zahlreichen Kundinnen und Kunden davon, der Bauherr, ein katholischer Familienvater, der um seinen guten Ruf fürchtet und auf keinen Fall namentlich genannnt werden möchte, will plötzlich von einem Generalmietvertrag nichts gewußt haben. Keinen Monat nach dem ersten öffentlichen Auftritt des Staatsanwalts Arnold ist das Projekt gescheitert.

Im Gemeindesaal treffen sich auf Einladung der SPD Hummelsbüttler zum Dialog. »Vor zwei Wochen kannte niemand Hummelsbüttel, jetzt ist der Name unseres schönen Stadtteils in ganz Deutschland bekannt. Sogar die ›Stuttgarter Zeitung‹ und die ›Süddeutsche Zeitung‹ haben über die schrecklichen Vorfälle hier berichtet.« Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, ein alerter junger Jurist, macht sich Sorgen um das Ansehen Hummelsbüttels in der Welt. »Dabei hat es doch auch eine Anwohnerinitiative gegeben, die das Lebenshaus massiv unterstützt hat.« Der Initiator ist anwesend und berichtet, wie in gerade mal drei Tagen dreißig Unterschriften gesammelt wurden. Eine ältere Frau beklagt sich, daß die Schwulen und Lesben so wenig Durchhaltevermögen gehabt hätten: »Sie hätten erstmal einziehen sollen. So konnten wir uns nur für ein leeres Haus engagieren. Dann aber hätten wir ihnen zeigen können, daß sie uns willkommen sind.« Viele der etwa dreißig Anwesenden nicken zustimmend. Ein bißchen fühlen sie sich im Stich gelassen. Von allen. Sven Karl Mai ist plötzlich erkrankt und konnte nicht kommen, sein Widerpart, der Mitbürger Wolfgang Arnold, ist sowieso nicht erschienen, weil er sich mißverstanden und beleidigt fühlt. So findet nicht einmal der erhoffte Dialog statt, denn die paar Aufrechten, die gekommen sind, und das halbe Dutzend adrett gekleideter junger schwuler Männer, die im Offenen Kanal die Sendungen »Homoviel«, »Radio Positiv« und »Pink Channel« gestalten, sind sich ja einig. Ein wenig enttäuscht und ratlos gehen alle auseinander.

Auch Staatsanwalt Arnold ist in diesen Tagen enttäuscht und ratlos. Er hat eine regelrechte Staatsanwaltsfeindschaft in der deutschen Gesellschaft gespürt und fühlt sich diskriminiert. »Aber das«, resigniert er im Gespräch, »will ja niemand hören. Die Leute sind froh, daß sie einen von uns in die Pfanne hauen können.« Und er sinniert, wie die Debatte wohl verlaufen wäre, wenn er Lehrer wäre. Außerdem habe er überhaupt nichts gegen Schwule. Im Gegenteil. Da draußen in Hummelsbüttel habe es bis vor kurzem ein ausgezeichnetes Lokal gegeben, »das haben zwei Homosexuelle geführt, und das war immer gerammelt voll. Das zeigt doch schon, daß wir hier keine Schwulenfeinde sind.« Es habe nur Bedenken gegeben. Und er, der diese Bedenken nicht einmal teile, habe sie geäußert, weil seine Nachbarn Angst davor hatten. »Zu Recht kann ich nach dem, was meine Frau und ich seitdem ertragen mußten, sagen, zu Recht.«

Es ist Samstag, kurz nach eins. Die Demonstrantinnen und Demonstranten sind schon etwas erschöpft. Den Polizisten ist das Lächeln auf den Lippen allmählich erfroren. Der Trillerpfeifenverkäufer bekommt vor Aufregung ganz rote Wangen. »Da vorne kommt es«, freut er sich. Noch fünfhundert Meter. Noch vierhundert Meter. Noch ... Die Leute blasen die Backen auf und pfeifen empört. In dem Haus, das hinter der hohen Hecke nicht zu sehen ist, das man aber daran erkennt, daß drei Polizeiwannen davor postiert sind, wohnen Staatsanwalt Arnold und Gemahlin. »Keine Gewalt«, mahnt einer aus dem Lautsprecherwagen, und fast alle skandieren: »Schämt Euch! Schämt Euch!« Zwei Häuser weiter steht eine Dame mittleren Alters im Jogginganzug und lugt über die Gartenpforte. Nein, den Nachbarn Arnold kennt sie nicht. Und sie will

ihn auch nicht kennenlernen. Die Demonstration gefällt ihr. Normalerweise, verrät sie dem Reporter, ist sie nämlich gegen Demonstrationen und dieses »ganze Anti-Denken«. Unterdessen ist es still geworden. Eine Schweigeminute vor dem Rohbau des »Lebenshauses«. Viele schwenken Wunderkerzen. Ein paar Polizisten haben die Mütze abgesetzt. »Aber mit diesem Protestzug«, sagt die Frau, noch bevor sie in ihrem Anwesen verschwindet, »kann ich mich voll identifizieren.«

Ein paar Tage später berät die Hamburger Bürgerschaft über ein Antidiskriminierungsgesetz – alle außer der GAL sind dagegen. Die Schwulen, die Ausländer/innen und Behinderten – wozu wollen sie überhaupt ein Antidiskriminierungsgesetz? Wir leben doch in einer zivilen Gesellschaft. Einer Gesellschaft, die lieber Gnade erweist, als Rechte zu gewähren.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 12/95 über die »Antiimperialistischen Zellen

Konkret 01/96, S. 28

Otto Köhler

»Außerhalb der Dienstzeit«

Soll man es noch einen »Skandal« nennen? Der Leiter des Militärarchivs Freiburg hat einer Rechtfertigungsschrift für die Verbrechen der Wehrmacht seinen Segen erteilt

Der Leitende Archivdirektor Dr. Manfred Kehrig, Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg, gibt bekannt:»Die seit Jahren geführte Diskussion über den Anteil der Sowjetunion am Ausbruch des Krieges mit Deutschland muß geführt werden unter der Prämisse, daß dieser Krieg eine Auseinandersetzung auf Leben und Tod zwischen zwei totalitären Systemen war, die sich zur Erreichung ihrer politischen Ziele der gleichen Mittel und Methoden bedienten.«

Kehrig hat seine Anordnung im Geleitwort zu einer rechtsextremistischen Rechtfertigungsschrift für die Verbrechen der Wehrmacht veröffentlicht und sie offiziell als »Leitender Archivdirektor Bundesarchiv/Militärarchiv« unterzeichnet. Hatte er dazu die Genehmigung seiner Vorgesetzten? Für das Bundesarchiv erklärt Wolf Buchmann: »Der Text ist nicht mit dem Bundesarchiv abgesprochen und ist keine vom Haus getragene Auffassung.« Kehrig habe den Text »außerhalb der Dienstzeit« geschrieben. Buchmann: »Wir haben ihn erst gesehen, als er gedruckt war.«

Warum hat Kehrig dann als »Leitender Archivdirektor Bundesarchiv/Militärarchiv« unterschrieben? Er hätte das kaum gewagt, wenn er vom Bundesinnenminister, dem das Bundesarchiv zugeordnet ist, irgendwelche Schwierigkeiten zu erwarten gehabt hätte. Doch jetzt, da die Nachfolger der Wehrmacht zum Friedenskampf in altes Feindesland ziehen, ist in Bonn eine Säuberung des Geschichtsbildes willkommen, die – Soldaten sind keine Mörder – das deutsche Militär von jeglicher Teilnahme an Angriffskriegen und Genoziden freispricht. Das Geleitwort, das der Leitende Archivdirektor in seiner amtlichen Eigenschaft außerhalb der Dienstzeit schrieb, ist da sehr nützlich und das Buch, zu dem er es schrieb, erst recht. Es heißt *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945* und stammt von Joachim Hoffmann, der auf dem Schutzumschlag als Angehöriger des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) der Bundeswehr, als dessen Wissenschaftlicher Direktor, vorgestellt wird.

Das MGFA hat einen Ruf zu verlieren und scheint dazu auch entschlossen. Es war einmal eine Stätte freier Forschung, in der Wissenschaftler ohne Rücksicht auf erwünschte Sichtweisen auch die deutschen Verbrechen bloßlegten. Nach der Wende von 1989 wurden nicht nur die Knochen von Friedrich II. aus Westdeutschland nach Potsdam umgesiedelt, auch das MGFA mußte aus dem liberalen Freiburg dorthin, damit der vielbeschworene Geist von Potsdam die Militärwissenschaft durchdringe. Zwar ist Hoffmann nicht mitumgezogen, aber nur aus Altersgründen – der 65jährige wurde fristgemäß vor einigen Monaten pensioniert. Jüngere kritische Wissenschaftler wie Wolfgang Wetter und Gerd R. Überschär haben das MGFA dagegen vorzeitig verlassen, andere stehen auf dem Absprung. An ihre Stelle treten anpassungsfähige Geschichtsschreiber.

Hoffmanns Buch, das in wenigen Monaten bereits die dritte Auflage erreicht haben soll, will beweisen, daß Hitler lediglich einen Präventivkrieg führte gegen einen von Stalin lang geplanten »Vernichtungskrieg« gegen Deutschland. Schon auf Seite 14 verkündet Hoffmann: Was Hitler unternahm, sei ein »Waffengang« gewesen, was aber Stalin plante und vorbereitete, ein »Eroberungskrieg«. Hitler sei mit seinem Überfall, den Hoffmann schlicht als eine »Eröffnung der Kriegshandlungen« bezeichnet, »dem von Stalin vorbereiteten Angriffskrieg nur kurzfristig zuvorgekommen«.

Seine Quellen? Hoffmann: »Und bereits am 18. Oktober 1941 richtete der Chef der Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab des Heeres, Oberst i.G. Gehlen, an den Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberkommando des Heeres, Rittmeister d.R. von Etzdorf, ein Schreiben, dem er die ›voneinander unabhängig verfaßten Berichte‹ dreier Kriegsgefangener sowjetischer Offiziere beifügte, die ›übereinstimmend‹ zum Ausdruck brachten, daß Stalin am 5. Mai 1941 auf einem Bankett im Kreml ›Kriegsdrohungen gegen Deutschland ausgestoßen‹ hatte.«

Solche Aussagen, die Hitlers Spionagechef im Osten, der nach 1945 als Leiter der Organisation Gehlen mit gefälschten Meldungen über einen bevorstehenden sowjetischen Durchmarsch bis zum Atlantik die USA beinahe in einen heißen Krieg trieb, aus sowjetischen Kriegsgefangenen herausfoltern ließ, bilden die vornehmste und reichste Quellengrundlage von Hoffmanns Buch – er könnte ebensogut, abgesegnet vom Archivdirektor, eine Geschichte des Mittelalters auf der Grundlage der herausgefolterten Aussagen sogenannter Hexen schreiben. Daß gerade übereinstimmende Aussagen falsch sein können, sollte sich – ein Beispiel, das Hoffmann möglicherweise versteht – seit Stalins Schauprozessen herumgesprochen haben.

Einige Schwierigkeiten – Hitlers Wehrmacht überrollte im Nu die angeblich zum Angriff angetretene, in Wirklichkeit aber vollkommen unvorbereitete Rote Armee – überwindet Hoffmann mit Hinweisen, von denen er glaubt, daß sie Deutschen besonders eingängig seien. Daß nämlich dieser angriffslüsterne Bolschewismus zuallererst eine jüdische Angelegenheit war, ist ein ständig wiederkehrendes Motiv von Hoffmanns Erzählungen. Das Zentralkomitee sei »im Volksmund« – und der trügt nie – »geradezu ›Judenzentrale‹ genannt worden, und« – Hoffmann hat noch einen Beweis für den jüdischen Charakter dieses Untermenschentums – »die bolschewistische Herrschaft in den zwanziger Jahren« habe »tatsächlich

gewisse ›jüdische‹ Züge« getragen, wie er bei Sonja Margolina entdeckt haben will. Und das ist nicht alles: »Weniger bekannt ist der verhältnismäßig hohe Anteil von Juden an den Organen des bolschewistischen Terrors.«

Die Juden schreckten nicht einmal vor blauem Blut zurück: »Schon für die Massakrierung der Zarenfamilie und deren Gefolge waren, abgesehen von Lenin, der mit Trockij Bronstejn den Befehl erteilt hatte, noch andere Juden verantwortlich ...« Einer der schlimmsten Deutschenhasser war – das wußte schon Goebbels - Ilja Ehrenburg, der »Sohn eines jüdischen Bierbrauers«. Hoffmann: »Ehrenburg bekannte sich zeitlebens zu seinem Herkommen und war, wie er selber schrieb, stolz darauf, ein Jude zu sein ... Einem geregelten Ausbildungsgang abhold, widmete er sich schon als Schüler nicht so sehr seinen gymnasialschulischen Pflichten als vielmehr dem Herumtreiben in der politischen Unterwelt seiner Umgebung. Als sogenannter >sechzehnjähriger bolschewistischer Revolutionär< emigrierte er nach Paris, um von nun an das unstete Dasein eines heimat- und wurzellosen Intellektuellen zu führen, der für Menschen, die in einem geordneten bürgerlichen Leben ehrlichem Broterwerb nachgehen, zeitlebens nur tiefe Abneigung empfand. Als Caféhausliterat ...«

Na undsofort, wie der Jud halt so ist. Natürlich wollte kaum einer die Juden umbringen, wie Hoffmann genau weiß: »In Wahrheit jedoch hatte sich der Genocide an den Juden hinter einem Vorhang strikter Geheimhaltung vollzogen.... Wenn selbst führende Kreise der SS nicht eingeweiht gewesen waren und beispielsweise die Untersuchungskommissionen des Hauptamtes SS-Gericht erst nach langwierigen Ermittlungen eher durch Zufall einer systematischen und massenweisen Menschenvernichtung in Lublin und Auschwitz auf die Spur gekommen sind, dann sollte man der oft vorgebrachten Unwissenheit von Vertretern anderer Bereiche des zerklüfteten Machtapparates des hitlerischen Deutschland einigen Glauben schenken. Denn anders wäre es ja beispielsweise kaum zu verstehen, wie etwa der berüchtigte SS-Brigadeführer Ohlendorf, der als Chef der Einsatzgruppe D der Sicherheitspolizei und des SD in der Ukraine eigenem Geständnis nach mindestens 90.000 Juden ermordet hatte, 1945 als Ministerialdirektor Verwendung in der den Siegermächten gegenüber doch auf einige Reputation bedachten Geschäftsführenden Reichsregierung unter Großadmiral Doenitz finden konnte.«

So hat keiner was gewußt: »Eine Verheimlichung des Genocide aber war schon deshalb zwingend erforderlich gewesen, weil, wie etwa der in Nürnberg in allen Anklagepunkten freigesprochene Ministerialdirektor Dr. Fritzsche aussagte, das deutsche Volk Hitler die Gefolgschaft verweigert haben würde, wenn es von dem Mord an den Juden gewußt hätte, zumindest aber in seinem Vertrauen zu Hitler zutiefst erschüttert worden wäre.« Die Aussage des nach Goebbels bekanntesten Nazipropagandisten geht - das zitiert Hoffmann nicht - so weiter: »Vielleicht hätte es (das deutsche Volk, O @K .) für einen Sieg fünf Millionen Gefallene geopfert, niemals aber hätte es einen Sieg erkaufen wollen mit einem Mord an fünf Millionen, und ich möchte noch erklären: Dieser Mordbefehl Hitlers erscheint mir das Ende jeder Rassentheorie, jeder Rassenphilosophie und jeder Rassenpropaganda; denn nach dieser Katastrophe würde jede weitere Vertretung der Rassenlehre gleichbedeutend sein mit der intellektuellen Urheberschaft an einem neuen Mord.«

Das ist Hoffmanns Kronzeuge. Die Bürgersleute aber kennt er nicht, die Hitler zujubelten, als er schon vor dem Krieg die »Vernichtung« des »internationalen Weltjudentums« ankündigte. Daß »die Deutschen schon mit einer bloßen Verfolgung der Juden nicht einverstanden gewesen sein können«, gehe auch aus der Himmler-Rede in Posen hervor, weil der dort zugegeben habe: »Und

dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude.«

Alle Juden sind Schweine, nur dieser eine hier nicht. Das ist ein Satz, den sich auch Adolf Hitler selbst zu eigen machte, schließlich hat er eine ganze Anzahl von Juden zu Ehrenariern erklärt. Für Hoffmann aber ist die Himmlerrede der Beweis für die Judenfreundlichkeit der Deutschen. Denn das leitet der Militärforscher aus diesem Himmlerzitat unmittelbar ab: »Wenn die Deutschen von den grausigen Vorgängen hinter ihrem Rücken, die sie niemals gebilligt haben würden, nicht einmal Kenntnis gehabt haben, dann können sie für sie auch nicht verantwortlich gemacht werden.«

Und genau das ist der Zweck der Übung. Was hat man den Deutschen nicht alles unterstellt! Der Militärhistoriker: »Vergeblich war es noch gewesen, daß etwa Ehrenburg die Geschichte der Altweiberschlucht in seinem Roman >Der Sturm< 1947 wieder aufzuwärmen versuchte« - Hoffmann meint damit die Ermordung von 33.771 Juden durch ein von der Wehrmacht unterstütztes deutsches Polizeibataillon in der Schlucht von Babi Jar, die er konsequent »Altweiberschlucht« nennt. Der Duden definiert »Altweibergeschwätz« und »Altweibermärchen« als »törichtes Gerede« und »alberne Geschichte«. Hoffmann, der diese Assoziation provozieren möchte - denn natürlich gibt es keinen Grund, »Babi Jar« (korrekt) mit »Altweiberschlucht« ins Deutsche zu übertragen - formuliert das so: »Und die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Süssmuth, nahm eine Gedenkrede in der Altweiberschlucht am 5. Oktober 1991 zum Anlaß unbegründeter Ausfälle gegen das ganze deutsche Volk.«

Hoffmann bemüht sich, auch ernsthafte Historiker für seine wissenschaftlich bodenlose Art der Beweisführung einzuspannen. Er schreibt: »Das NKVD hat die Gefangenen oft aber nicht nur erschossen, sondern sie in zahlreichen nachgewiesenen Fällen, zum Teil in den Folterzellen, die integrierender Bestandteil von NKVD-Gefängnissen sind, auch

gefoltert und zu Tode gequält durch Ausreißen der Fingernägel, Verbrühen und Abziehen der Haut und ähnliche Scheußlichkeiten.«

In zahlreichen nachgewiesenen Fällen. Hoffmann gibt den Nachweis für die Nachgewiesenheit. Die Quelle, die er nennt, ist zuverlässig: »Wilhelm, Die Einsatzgruppe A, S. 300ff.« Gemeint ist damit Hans-Heinrich Wilhelms Anteil an dem gemeinsam mit Helmut Krausnick herausgegebenen Buch über Wehrmachtsverbrechen *Die Truppe des Weltanschauungskrieges* (1981). Dort steht tatsächlich einiges über Folterungen des NKWD, die es gewiß gegeben hat. Aber die Quelle: Es handelt sich um sogenannte »Ereignismeldungen« der deutschen Einsatzgruppen, denen Wilhelm eine notwendige Erläuterung voranstellt, die Hoffmann unterschlägt: »Unkommentierte und ohne - bei der gegenwärtigen Quellenlage ohnehin nur punktuell mögliche - Gegenprüfung der

Stichhaltigkeit des Gemeldeten, sollen die folgenden Auszüge aus der bei allen vier Einsatzgruppen im Osten betriebenen >Gegnerforschung< vor allem aufzeigen, welchen subjektiven Eindrücken die RSHA-Repräsentanten bei ihrem Vorgehen 1941/1942 ausgesetzt waren und von welchem >Erkenntnisstand< sie ausgehen zu müssen glaubten.«

Das macht deutlich: Auf eine Wahrheit dieser Meldung kam es gar nicht an, nur auf ihre mörderische Wirkung. Das, was Hoffmann hier veranstaltet, ist schon nicht mehr leichtsinnige Schluderei, sondern Fälschung zu Lasten des angesehenen Historikers, der Hans-Heinrich Wilhelm ist.

Im Politik-Teil der »FAZ« hat Günther Gillessen, den Hoffmann im Vorwort als ebenso »gerechten wie klug abwägenden Beurteiler« rühmt, eine Jubelrezension geschrieben, in der es heißt: »Joachim Hoffmann ist kein Historiker, der jemals auf die politische Konjunktur seiner Forschung Rücksicht nahm.« Bis zum ersten Komma ist dieser Satz richtig.

Der eigentliche Skandal aber ist das erwähnte offizielle Geleitwort des Manfred Kehrig. Der leitende Archivdirektor des Militärarchivs dekretiert von der Höhe seiner offensichtlich nie kritisch gesichteten Aktenberge herab: Jetzt stehe es - dank Hoffmann - fest, daß »Stalin den Krieg gegen das Deutsche Reich als Vernichtungs- und Eroberungskrieg konzipiert und dann auch durchgeführt hat«. Hitler dagegen führte nur »einen Feldzug«, dem er - zugegeben - »rassenkämpferische Motive beimischte«. Archivamtlich ist jetzt jedenfalls »Stalins Befehl vom 6. November 1941, alle Deutschen ohne Unterschied totzuschlagen«.

Damit ist dem Mann vom Bundesarchiv das Kunststück gelungen, Hoffmann, auf den er sich beruft, zu überbieten. Der schreibt auf Seite 236, Stalin habe in einer Rede vom 6. November verlangt, »alle Deutschen, die in das Gebiet unserer Heimat als Okkupanten eingedrungen sind, bis auf den letzten Mann zu vernichten«. Auf der sicheren Grundlage seiner Fälschung behauptet der Leitende Archivdirektor, Stalins Befehl, »alle Deutschen ohne Unterschied totzuschlagen«, habe eine »besondere Rolle« gespielt, als die Rote Armee Ende 1944 auf deutschem Staatsgebiet »mordend, vergewaltigend, plündernd und sengend« vorging und so »in ihren besetzten Gebieten eine breite Blutspur legte«. Hingegen, so behauptet der Leitende Archivdirektor, sei »kein Zeugnis dafür bekannt geworden, daß deutsche Frontbefehlshaber ähnliche Verstöße gegen völkerrechtliche Bestimmungen sich hätten zuschulden kommen lassen«.

Das genügt. Damit hat das Militärarchiv Freiburg den Leiter, den es für künftige Aufgaben braucht.

Konkret 01/96, S. 30

Werner Pirker

Erhöhte Kampfbereitschaft

Dayton und die Folgen: Die einst pazifistischen deutschen Linken hoffen auf einen Waffengang der Bundeswehr und die balkanischen Kriegsherren auf eine Pax Americana

Spätestens das Friedensabkommen von Dayton hat Deutschlands pazifistische Linke in eine so kämpferische Stimmung versetzt, daß der gewaltfreie Grundkonsens unter dem Druck des neuen deutschen Missionarismus endgültig zu platzen droht. Mit dem Habitus von Rettern bedrohter Völker setzen die Friedensbewegten kaum noch auf die friedensstiftende Wirkung ihrer Phrasen, sondern immer mehr auf die Feuerkraft von Friedenstruppen – deutsche Kontingente selbstverständlich nicht ausgenommen. Hatte doch schon Bertha von Suttner dem Krieg den Krieg erklärt.

Und so vollzieht sich ein glanzvolles Comeback der militanten Linken von gestern, die vom endgültigen »Sieg im Volkskrieg« überzeugt war und all ihre emanzipatorischen Verheißungen der aus den Gewehrläufen kommenden Macht überantwortete. »Vietnam, Nicaragua, El Salvador – alles schon vergessen?«, fragt Fischer die pazifistische Nachhut der Grünen Armee Fraktion. Was Joschka gelernt, vergißt Joseph nimmermehr. »Oh Leute, ihr argumentiert wie rechte Realpolitiker gegen linke Idealisten«, stellt der einstige Frankfurter Hausbesetzer sein Realo-Image zur Disposition, um sich mit »internationalistischen Grüßen« zum Häuserkampf nach Sarajevo abzumelden.

Spätestens seit Gorbatschows Perestroika weiß man indessen, daß sich der Wechsel politischer Paradigmen entlang der alten Phrasen vollzieht. Die grüne Kurskorrektur vom Pazifismus zum Bellizismus stellt freilich einen Paradigmenwechsel im Paradigmenwechsel dar. Denn zwischen dem nur knapp verfehlten Sieg im Volkskrieg und der Preisgabe pazifistischer Positionen ist ja einiges passiert. Da ist der Imperialismus als »antiquiertes Feindbild« aus dem theoretischen Verkehr gezogen und die antiimperialistische Solidarität auf dem Altar der universellen Vernunft geopfert worden. Da wurden die zivilgesellschaftlichen Standards zum Maßstab einer ethisch begründeten Staatenhierarchie, womit dem Metropolenkapitalismus per Definition die alleinige Definitionsgewalt zum Thema Menschenrechte gegeben war.

Die durch sich selbst begründete Ordnung der Vernunft bedurfte nur noch einer vernünftigen Aufgabe. Diese ergab sich aus der Desintegration Jugoslawiens zwecks Herstellung einer künftigen, den Geboten der Vernunft gehorchenden Friedensordnung. Hatte einst der Zweck die Mittel geheiligt, so hatten nun die Mittel den Zweck zu heiligen. Die Vernunft nimmt Maß an der Fähigkeit zur rücksichtslosen Durchsetzung von Führungsansprüchen: Der als Reformpräsident angekündigte Bill Clinton war während seiner bisherigen Amtszeit mit nichts anderem beschäftigt als damit, Führungsfähigkeit zu beweisen.

Die Verkünder einer gewaltfreien Welt haben sich gegenüber der Räson des westlichen Machtkartells keineswegs als Querdenker erwiesen. Sie sind nach dem Scheitern des »Weltkommunismus« zu den eifrigsten Propagandisten der weltbürgerlichen Gesellschaft und ihres Rechts auf Intervention geworden. Wehe den Serben, die die Herstellung einer harmonischen Weltordnung hintertreiben. Man müsse Serbien, erklärte die grüne Vorstandssprecherin Krista Sager, in die Zivilgesellschaft zurückzwingen. So ist der Weg zum Bellizismus mit den besten pazifistischen Vorsätzen gepflastert. Genauer: Der Bellizismus erweist sich als gewalttätiger Pazifismus.

Wer da immer noch den quälenden Ziel-Mittel-Konflikt in sich verspürt, wird mit Reminiszenzen an die antiimperialistische Solidarität in erhöhte Kampfbereitschaft versetzt. Im Sog grüner Pazifisten und/oder Bellizisten beteiligt sich auch die PDS, inzwischen wohl endgültig in der Bundesrepublik angelangt, am neudeutschen Diskurs. Wollte sie am Anfang ihres Weges den Klassenkampf, den die Denker aus dem Hause Brie als wahre Ursache stalinistischer Gewaltbereitschaft bloßgestellt hatten, noch pazifistisch überwinden, so sah man sich angesichts des balkanischen »Völkermordens« schnell eines besseren belehrt. Plötzlich waren bei Gregor Gysi die ersten Lektionen aus dem Grundkurs des Marxismus-Leninismus wieder präsent. Befreiungsbewegungen das Recht auf bewaffneten Widerstand einräumend, sprach er sich gegen ein pazifistisches Selbstverständnis der PDS aus.

Ein rechtes linkes Wort zur falschen Zeit. Nachdem der Pazifismus der Interventionsbereitschaft unter dem Banner universeller Werte den Boden bereitet hatte, muß er als letztes Hindernis für die Errichtung einer Heimatfront deutscher Balkan-Interventen beseitigt werden. »Die Linke ist internationalistisch oder sie ist nichts«, reklamiert »ND«-Chefredakteur Oschmann Solidarität mit Joseph Fischer und den »vom Völkermord bedrohten« Bosniern. Che Guevara dürfte mit seinem poetischen Verständnis von Solidarität als »Zärtlichkeit der Völker« ein anderes Bezugssystem im Kopf gehabt haben als die neudeutschen Internationalisten. Und ganz sicher waren seine Hoffnungen nicht auf das Durchsetzungsvermögen jener hegemonialen Kräfte gerichtet, die ihre Interessen immer schon als Menschheitsinteressen zu definieren wußten.

Das wirklich Blamable am Diskurs zwischen Noch-Pazifisten und Schon-Bellizisten, zwischen Nicht-mehr-Pazifisten und Noch-nicht-Bellizisten besteht aber darin, daß sie nur der Schwanz sind, der mit dem Hund wedelt. Das Establishment hat das Ganze längst hinter sich. Des Kollegen Fischers Interventionsdruck wird es wohl eher nicht gewesen sein, der Kohl zur

Preisgabe seines Dogmas – »Keine deutschen Soldaten auf jugoslawischem Boden« – bewog. Einen Bundeswehreinsatz in Gebieten, »wo Hitlers Armeen« zugange waren, hält Verheugen (SPD) freilich nur für denkbar, wenn alle Parteien ihn wollen. Wo deutscher Konsens vorhanden, darf deutsche Hand serbische Bandenbildung unterbinden. Das dürfte es sein, was vergangene deutsche Interventionen von der gegenwärtigen unterscheidet. Mußte damals ein Teil der Bevölkerung ins KZ gebracht werden, um den großen Rest auf Trab zu bringen, ist heute der Einmarsch nach Jugoslawien nur im völkischen Gleichschritt vorstellbar. Volker Rühe: »Es wäre unmoralisch, sich hier zu verweigern.«

Der CDU-Abgeordnete Kossendy sah im Geiste die Kameraden noch vor der Erteilung des Marschbefehls durch die bosnischen Berge ziehen. »Ernsthaft und besonnen werden unsere Soldaten dorthin gehen«, um dem Morden und Vergewaltigen ein Ende zu bereiten. Damit sie auch wissen, was sie erwartet, hat Klaus Kinkel deutlich gemacht, daß Bosnien ein »islamisches Land«, also keineswegs multikulturell sei. Nein, Deutschland sei nie Partei gegen die Serben gewesen, sondern habe immer nur an der Seite der Opfer gestanden. Warum aber nun den Balkan-Islamisten ein besonderes Maß an christlicher Nächstenliebe zuteil werden soll, erläuterte der kreuzzugsgestählte Christdemokrat Schwarz-Schilling: »Das war nicht irgendein Bürgerkrieg, sondern da war ein Aggressor mit einer fanatisch-kommunistischen Heerführung. Und die Opfer waren Bosnier. Diese christlichen Kirchen wurden nicht von Muslimen, sondern von Christen und vor allem von Atheisten geschändet.« Da ist es wieder, das gotteslästerliche Partisanenpack, das sich schon einmal über deutsche Soldaten und muslimische SS-Divisionen hergemacht hatte, um die Neuordnung Europas zu verhindern. Nicht irgendeinen Bürgerkrieg sollen deutsche Peacekeeper beenden helfen, sondern ihre Stellungen gegen die atheistischen Kirchenschänder beziehen.

Daß Kinkel neuerdings die Islamische Deklaration des Alija Izetbegovic nachbetet und damit nicht nur die multinationale Verfaßtheit des bosnischen Staates als die Fiktion behandelt, die sie ist, sondern auch die im Abkommen von Dayton festgeschriebene de-facto-Spaltung des bosnischen Staates in zwei Teile – die Republika Srpska und die bosnische Föderation – ignoriert, läßt auf einen deutschen Sonderpfad durch das Balkan-Gebirge schließen. In der Bonner Perspektive auf einen bosnischen Staat muslimischer Identität verschwindet nicht nur die serbobosnische Republik von der Landkarte. Damit wird auch eine Linie vorgegeben, die mit den großkroatischen Ambitionen nicht kompatibel ist.

Es deutet einiges darauf hin, daß der von Zagreb ausgehende Expansionismus der deutschen Großmachtpolitik zuwiderläuft, die eine Aufsplitterung der Region in schwache, abhängige Staaten vorsah. Die USA wiederum, die bei der Erstaufteilung Ex-Jugoslawiens zu spät kamen und sich dann des muslimischen Faktors bedienten, um in die zweite Runde einzusteigen, betrachten sich mittlerweile als Hauptverbündeten der kroatischen Regionalmacht. Während es Washington in erster Linie um militär-strategische Dominanz sowie um den Nachweis imperialistischer Führungsfähigkeit geht, ist die Macht am Rhein um unmittelbare Einflußnahme auf der Grundlage klarer Abhängigkeitsverhältnisse bemüht.

Dem amerikanischen Regieplan entsprechend erfolgte die Unterzeichnung des Dayton-Abkommens zu einem Zeitpunkt, an dem es Zagreb gelegen schien, die Ergebnisse seines Eroberungskrieges abzusichern und gleichzeitig die bosnische Frage offenzuhalten. Da die in Ohio vereinbarte Aufrechterhaltung eines bosnischen Zentralstaates eher sentimentale Gründe als praktische Bedeutung hat, wird das Schicksal der Muslime in der Muslimisch-Kroatischen Föderation entschieden. Tudjmans arrogant-chauvinistische Bemerkung, die bosnischen Muslime europäisieren zu wollen, läßt dieses Schicksal äußerst zweifelhaft erscheinen. Ein vor kurzem gebildeter Kooperationsrat zwischen den Präsidenten Bosniens, der bosnischen Föderation und Kroatiens unter dem Vorsitz Tudjmans deutet lediglich formal eine Gleichberechtigung der Beziehungen an. Der feine Unterschied besteht freilich darin, daß Kroatien in seiner ganzen Herrlichkeit existiert, Bosnien de facto aber nur über die Muslimisch-Kroatische Föderation präsent ist. Innerhalb der Gesamtkonstruktion sind die Muslime hoffnungslos unterlegen und damit zur Kroatisierung (in der Zagreber Diktion: Rekroatisierung) freigegeben.

Doch nicht Tudjman erwies sich als eifrigster Verfechter einer Pax Americana auf dem Balkan, sondern Slobodan Milosevic. Der Sohn eines Popen, der Ende der achtziger Jahre auf dem Amselfeld die Revanche an den Muselmännern suchte und auf überwiegend albanisch besiedeltem Terrain die serbische Wiedergeburt verkündete, damit den antijugoslawischen Sezessionsbewegungen in die Hände spielte, danach den Zerfall Jugoslawiens verhindern und schließlich Großserbien unter jugoslawischem Namen konstituieren wollte, hat eine weitere spektakuläre Wende vollzogen. Er hat aktiver als alle anderen Balkan-Potentanten einer Friedenslösung unter dem Patronat der von ihm zuvor so leidenschaftlich bekämpften »Neuen Weltordnung« zum Durchbruch verholfen. Belgrad hatte auch keine andere Alternative, denn die neue alte Weltordnung hatte Rest-Jugoslawien mit ihrer Embargopolitik an den Rand des ökonomischen Zusammenbruchs geführt.

Von allen Wendepolitikern im ehemaligen Jugoslawien ist Milosevic der wendigste. Verharren Tudjman und Izetbegovic als Vertreter einer prämodernen Ethnokratie im Bannkreis des von Tito geprägten Paternalismus, so ist ihr serbisches Pendant ein typischer Manager der postkommunistischen Transformation. Da die jugoslawischen Selbstverwaltungsbeziehungen wesentlich marktkompatibler waren als die staatssozialistischen, dürfte die jugoslawische Wirtschaftsreform den IWF-Transformationsstrategen noch viel Freude bereiten. Es ist schon von einiger Ironie, daß die vom westlichen Medienkartell den eigenen Vorurteilen angepaßte Geschichte ausgerechnet Milosevic und den Seinen die

Rolle der letzten Verteidiger des Bolschewismus zugedacht hat.

Werner Pirker schrieb in KONKRET 12/95 über Rußland vor der Wahl

Konkret 01/96, S. 32

Eckhard Voß

Euro-Bubble IV

Seit der Wiedervereinigung haben die Deutschen die Koordinaten ihrer Europapolitik verschoben. Sie können nun nämlich auch anders

»Zur Jahrhundertwende wird Europa eine starke und stabile einheitliche Währung haben.«

(Erster Satz des im Mai 1995 veröffentlichten Grünbuchs der EU-Kommission *Über die praktischen Fragen des Übergangs zur einheitlichen Währung*)

Daß Sozialdemokraten vor der Einführung einer einheitlichen europäischen Währung warnen und Bedenken anmelden, kann gute Gründe haben: etwa die völlig unzureichende sozial- und strukturpolitische Begleitung der Währungsunion. Denn mit der Zentralisierung der Geldpolitik und dem Festlegen verbindlicher Richtlinien entfällt eines der letzten Mittel der ökonomisch schwachen Länder, die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen mittels Wechselkurspolitik aufzupolieren. Bei einer einheitlichen Währung und Geldpolitik würden nationale/regionale Wettbewerbsschwächen unmittelbar durchschlagen; Firmenpleiten und steigende Arbeitslosenquoten wären die Folge. Dies wiegt umso schwerer, als innerhalb der Europäischen Union, selbst in den sogenannten »Kernländern«, die Disparitäten in Arbeitsproduktivität und sozialem Standard weit größer sind als etwa in den USA. Bei der Einführung einer gemeinsamen Währung wären deshalb eine starke Politik finanzieller Transfers in die armen Regionen und aktive Strukturhilfen zugunsten der ökonomisch benachteiligten Gebiete notwendig, soll die Währungsunion nicht zu einem sozialen Pulverfaß werden. Der Europäischen Union aber fehlt jegliche ›soziale Dimension‹, und im Vergleich zu dem, was das reiche Deutschland in seine neuen armen Länder transferiert, sind die Struktur- und Konversionsfonds der EU ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Dem großangelegten Deregulierungsprojekt Wirtschafts- und Währungsunion geht es ausschließlich darum, die europäischen Konzerne fit für den globalen Verdrängungswettbewerb zu machen. Wer da nicht mithält, sei es als Unternehmen, Region oder Mitgliedsland, sei es aufgrund niedriger Produktivität, zu ›hoher‹ Sozialstandards oder aus anderen Gründen, verliert den Anschluß. Insofern ist das, was seit dem Beginn der »zweiten Stufe« des Zeitplans zur Währungsunion (1. Januar 1994) z.b. in Portugal, Spanien, Italien oder jetzt in Frankreich durchgezogen wird – der Versuch der Mitgliedsstaaten, mittels sozial- und wirtschaftspolitischer Roßkuren die monetaristischen Zielsetzungen der »Konvergenzkriterien« zu erfüllen – , erst der Anfang dessen, was nach 1999 oder später zur Normalität werden soll, wenn denn die Einheitswährung da ist. Schon sind die Deutschen mit ihrer Forderung eines »Stabilitätspaktes« dabei, einen Katalog »harter Sanktionsmaßnahmen« zu entwerfen, sollten die 1997 festzulegenden Teilnehmer der Währungsunion danach von der strengen monetären Strategie einer rigiden Haushaltsführung abweichen. Das Einfrieren der struktur- und agrarpolitischen Finanzmittel aus Brüssel soll dann die Strafe sein (was besonders jene Länder betrifft, die oben aufgezählt wurden).

Neben sozialen oder wirtschaftspolitischen Gründen ließen sich auch demokratische Erwägungen gegen die Einheitswährung ins Feld führen. Denn ebenso wie die gesamte EU-Maschinerie wird sich auch die Europäische Zentralbank als das zentrale Lenkungsgremium der europäischen Währungs- und Finanzpolitik jeglicher demokratischer Einflußnahme, Kontrolle und Rechenschaftspflicht entziehen. Daß Frankfurt/M. zum Sitz der Institutionen der europäischen Währungspolitik gewählt wurde, ist zudem kein Zufall. Bereits bevor im Jahre 1989 Jacques Delors seinen Stufenplan zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion vorlegte, hatte die deutsche Regierung klargestellt, sie würde das Unternehmen nur dann mittragen, wenn die Europäische Zentralbank eine Kopie der Deutschen Bundesbank werde. Nachdem dies beschlossen war und der damalige Bundesbank-Chef Ernst-Otto Pöhl die Statuten der zukünftigen Europäischen Zentralbank maßgeblich ausformuliert hatte, war 1990 die Standortwahl ein bloß noch formeller Akt.

Schlichte sozial-demokratische Gründe sprechen also gegen die Wirtschafts- und Währungsunion. Die neuerliche, diesmal von der SPD angestoßene Ecu-Debatte ist jedoch ein Nachschlag zum Outen Italiens und Frankreichs als unsichere Teilnahmekandidaten und Ausdruck eines gewandelten europapolitischen Denkens deutscher Politiker. Das Umschwenken der SPD und die Möglichkeit, daß die gemeinsame europäische Währung dem deutschen Bundestagswahlkampf 1998 geopfert werden könnte, signalisiert, daß den Deutschen Europa und die Union nicht mehr so wichtig sind. Denn das laute Nachdenken über den Nutzen der Einheitswährung für die deutsche Industrie und über die Defizite der italienischen und französischen Haushaltsführung steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zur nonchalanten Zustimmung der Deutschen zum Maastrichter Unionsvertrag 1992, um den es hierzulande keinerlei Parteienstreit oder nennenswerte öffentliche Debatte gab. Die neuen Vorbehalte der SPD deuten darauf hin, daß Deutschland zwar weiterhin seine wirtschaftlichen und politischen Interessen unter einem gesamteuropäischen Vorzeichen und dem blau-gelben Sternchenbanner verwirklichen möchte, daß es aber auch anders, nämlich im Alleingang, gehen könne. Um sich diesen Schwenk und die damit verbundenen Gefahren einer aggressiveren deutschen Politik in Europa klar zu machen, ist ein Blick auf den Stellenwert der Währungsunion für die EU und die bisherige Position Deutschlands notwendig.

Wir erleben gegenwärtig nicht den ersten Versuch der Einführung einer gemeinsamen Währung in Europa; es ist eher der wohl letzte Anlauf. Die Geschichte begann bereits im Jahre 1969, als die damals sechs EG-Regierungschefs eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Stufenplans zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion beauftragten. Die legte 1970 den sogenannten »Werner-Plan« (nach dem damaligen luxemburgischen Ministerpräsidenten) vor, der die Verwirklichung einer Einheitswährung bis 1980 vorsah. Damals schaffte der Umsetzungsplan zwei von drei Stufen, bevor er angesichts des Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Systems 1973 ad acta gelegt wurde. Den zweiten Versuch machte man fünf Jahre später auf dem Ratsgipfel in Bremen, als Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing beschlossen, das Europäische Währungssystem mitsamt Ecu als neue Währungseinheit ins Leben zu rufen, was ein Jahr später auch geschah. Danach passierte jedoch nichts, weil die Mitgliedsländer untereinander heillos zerstritten waren und der Integrationsprozeß stagnierte. Erst Mitte der achtziger Jahre kam mit der Verabschiedung der »Einheitlichen Europäischen Akte« (Binnenmarktprojekt) wieder Bewegung in die Geschichte, und 1989 legte eine hochrangige Expertenkommission unter Jacques Delors den heute noch gültigen Plan der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion vor.

An der erfolgreichen Umsetzung dieses Projekts, vor allem an der Einführung der Einheitswährung hängt gegenwärtig das Schicksal des gesamten Ausbaus der politischen Union. Denn schon das als qualitativer Sprung nach vorn gefeierte Projekt »Binnenmarkt 92« verlor seine Anziehungskraft, noch bevor der gemeinsame Markt zum 1. Januar 1993 in Kraft trat. Ähnliches gilt für die Unterzeichnung des Maastrichter Unionsvertrages 1992, der in den Mitgliedsstaaten so umstritten war, daß er am 1. November des folgendes Jahres fast unbemerkt in Kraft trat. Die neben dem gemeinsamen Markt in Maastricht neu definierten »Säulen« der politischen Union – die europäische Innen- und Justizpolitik und die »Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik« (Gasp) – sind heftig umstritten und spalten, wo sie integrieren sollen. So wurde bald nach seinem Inkrafttreten zum 1. April 1995 das Schengener Abkommen über die Harmonisierung der Grenz- und Einwanderungskontrollen von der französischen Regierung wieder ausgesetzt. Über die Arbeit der gemeinsamen Europäischen Polizeibehörde Europol herrscht ebenso Uneinigkeit wie über andere Bereiche der Innenpolitik in Europa. Selbst auf eine gemeinsame Begriffsklärung von »Flüchtling« konnten sich die EU-Staaten Ende November 1995 nicht einigen. Aus der Perspektive der EU-Kommission noch desolater ist der Zustand der »Vergemeinschaftung« im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, wo selbst simpelste Kooperation und Positionsabstimmung nicht klappen, geschweige denn der Aufbau gemeinsamer Strukturen. Ähnliches gilt für die Osterweiterung der EU, die zwar durch Assoziationsabkommen mit den osteuropäischen Beitrittskandidaten auf den Weg gebracht wurde, die aber abhängig ist von einer umfassenden Reform insbesondere der Agrar- und Strukturpolitik. Angesichts dieser Dissonanzen ist von der im Sommer 1996 beginnenden sogenannten »Maastricht II-Konferenz« über die Reform des Unionsvertrages außer ein paar technischen Anpassungen nichts zu erwarten.

Die EU braucht also dringend einen Erfolg und eine Initiative, will sie nicht wieder auf Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Darum konzentriert die Kommission ihre ganze Energie auf die Einheitswährung und das Datum 1999. Bereits jetzt sind massive Werbekampagnen geplant, die den Bürgern das neue Geld und das Produkt Europäische Union schmackhaft machen sollen und die anlaufen werden, sobald der Name der Währung und der Zeitplan ihrer Einführung festgelegt sind. Denn klar ist, daß die Union notgedrungen ihre eigene Dynamik entfalten muß und es kein Zurück mehr geben kann, wenn die Euro-Währung einmal auf den Weg gebracht wurde.

Die Deutschen waren bislang gemeinsam mit Frankreich und den Benelux-Ländern die lautesten Fürsprecher einer Wirtschafts- und Währungsunion. Der Zweck dieses Bündnisses ist offensichtlich: Den Deutschen war daran gelegen, ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen inner- und außerhalb Europas nicht im Alleingang, sondern unter europäischer Flagge zu verfolgen, um auf diese Weise störende historische Reminiszenzen zu verhindern. Dabei konnten sie sicher sein, daß sie als dominierende Wirtschaftsmacht der EG die Richtung wie das Design des Integrationsprozesses bestimmen würden. Den Franzosen, deren Großmachtambitionen weniger auf Wirtschaftskraft und harte Währung, sondern stärker auf die Atombombe gebaut sind, war daran gelegen, Deutschland in das europäische Projekt einzubinden und sich zugleich ein Mitspracherecht zu sichern. »Lieber einen Sitz in der Bundesbank als gar keine Mitsprache« – so ließe sich die Strategie Frankreichs und vieler anderer Befürworter der Einheitswährung umschreiben, im Unterschied etwa zu Großbritannien, für das beide Optionen Ausdruck der gleichen Ohnmachtgegenüber dem übermächtigen Nachbarn sind.

Dieses Schema der EU-Integration hat sich seit der deutschen Wiedervereinigung wesentlich verschoben. Während sich das geteilte Deutschland noch damit zufriedengab, die Spielregeln der Einheitswährung und ihrer Institutionen zu bestimmen und im Jahr der Wiedervereinigung die deutsche und die europäische Einigung noch als »zwei Seiten ein und derselben Medaille« (Kohl) bezeichnete, hat das wiedervereinigte diese Rücksichtnahme nicht mehr nötig. Nun reicht es weder, daß im Maastrichter Vertrag festgeschrieben wurde, die zukünftige monetäre Politik in Europa habe sich an deutschen Stabilitätskriterien zu orientieren, noch, daß sich die Mitgliedsländer freiwillig, ohne IWF oder Weltbank im Nacken, einem rigiden Sparkurs unterwerfen, um sich als Teilnahmekandidaten zu qualifizieren (die einzige Ausnahme ist Griechenland). Hinter Waigels Italien-Schelte und Schröders Rede vom »Monopoly-Geld« steht die Gewißheit, daß man nicht mehr auf die anderen angewiesen ist. Wenn die EU mitzieht und wirtschafts- und finanzpolitisch, aber auch im Bereich der Außenpolitik (hier ist Schäubles Forderung einer »außen- und sicherheitspolitischen europäischen Identität«

die Vorgabe) nach deutschen Vorgaben agiert, ist alles in Butter. Wenn aber nicht, so die Botschaft Waigels, Schröders und Lafontaines, dann brauchen wir dieses Europa nicht. Das ist eine für linke europapolitische Positionen bedeutungsvolle Radikalisierung der deutschen Politik. Denn wer bislang davon ausging, daß eine Einbindung Deutschlands in das Räderwerk von EG und EU, von Wirtschafts- und Währungsunion, allemal besser sei als ein Alleingang des mächtigsten Mitgliedslandes, muß nun damit rechnen, daß dies im Ergebnis keinen Unterschied mehr macht.

Eckhard Voß schrieb in KONKRET 10/95 über die europäischen Gewerkschaften

Konkret 01/96, S. 34

Wolfgang M□ ller

Mords-Gesch□ fte

Je brutaler die Konkurren□ auf dem Weltmarkt □ ird, desto emsiger hantieren die imperialistischen M□ chte mit dem Begriff □ Menschenrechte□ □ ein ideologisches Schmiermittel auch im Kampf um den riesigen Markt in China

Zu den immateriellen Gütern in den Musterkoffern der Handlungsreisenden aus Europa und den USA gehört auch die Ware Menschenrechte. Das Kapital braucht für seine Eroberungszüge ein ideologisches Kostüm: früher das Kreuz, heute die Menschenrechte. Und wenn schon sonst nichts Handfestes zum Wohle der Bilanzen verkauft werden kann, weil der Partner vor der Pleite steht, ist der Poker um Menschenrechte doch ganz nützlich, denn er liefert zumindest Gründe für Interventionen jeder Art, Waffenlieferungen und das anschließende Geschäft beim Wiederaufbau.

Mit der VR China aber ist`s ein ander Ding, weil ein riesiger Absatzmarkt und konkurrenzlos billige Arbeitskräfte grandiose Profite versprechen. Das Chinageschäft der USA, Japans, der EU und Deutschlands ist in den letzten 15 Jahren nahezu explodiert. Da sind die Menschenrechte nur eine Ware unter vielen im Angebot (bzw. im Forderungskatalog), deren Marktwert je nach Konjunktur und Position des Kunden in der Konkurrenz und gegenüber den chinesischen Verhandlungspartnern steigt oder fällt. Fehlt das Marketing für die Ware Menschenrechte im Chinageschäft, platzen Geschäftsträume wie Seifenblasen. Denn die chinesische Regierung und die neu entstehenden chinesischen Kapitalgruppen können sich die Partner für ihr diktatorisch abgesichertes Akkumulationsprogramm aussuchen – westliche Industrie- und Finanzdelegationen stehen in Peking Schlange.

Deswegen haben die Menschenrechte im deutschen Musterkoffer für China neben Airbus, U-Bahnen, Kraftwerken und Rüstungsgütern wenig Platz. Aus denselben ökonomischen Gründen, aber anderen Interessen dienend, gehören sie zum Standardgepäck jeder US-Regierungsdelegation. Dieser Unterschied in der Vermarktung der Menschenrechte im Asien- und Chinahandel liefert beliebig Stoff für Parlamentsdebatten und eifernde Pressekommentare, kurz: für eine international gewordene allgemeine Heuchelei. Denn kein Menschenrechtsverfechter mag sich die Tatsache eingestehen, daß Chinas brutales Akkumulationsprogramm die Voraussetzung für den Anschluß des Riesenlandes an den Weltmarkt ist und die staatliche Repression gegen die politische Opposition oder zum Seperatismus neigende Ethnien, gegen Streiks und Bauernaufstände bedingt.

Kohls Chinareise

Eher mager sind die wirtschaftlichen Ergebnisse der Kohlschen Chinareise – »wenig Handfestes«, urteilte die »SZ«. Dafür hielten Medien, SPD und Grüne dem Kanzler samt Entourage umso heftiger vor, er habe sich um die Menschenrechte in China zu wenig gekümmert. Beides dürfte miteinander zu tun haben: Mehr Aufträge = mehr Arbeitsplätze in Deutschland, da wären die Kritiker vielleicht doch ein wenig leiser aufgetreten. Abschlüsse aber für nur 2 Milliarden Mark, daneben mehr als 20 »letters of intent« und sonstige Absichtserklärungen, für die aber keine Bank eine müde Mark rausrückt – dafür, so meinen seine Kritiker, hätte Kohl sich denn doch nicht so tief verbeugen müssen. Die Allianz-Versicherung darf nun zwar auch auf den chinesischen Markt, aber Siemens erhielt keinen Folgeauftrag für die U-Bahn in Shanghai, Airbus fuhr mit leeren Händen zurück, und jetzt sollen auch noch Zoll- und Steuervergünstigungen für ausländische Investoren wegfallen. Das trifft das deutsche Kapital besonders hart. Denn die Exportweltmeister haben bislang für nur etwa 900 Millionen Mark in China direkt investiert, während das US- und das japanische Kapital unter Mitnahme der bisherigen Steuerprivilegien jeweils schon 7-8 Milliarden investieren konnten. »Die deutsche Wirtschaft hat die jüngere Vergangenheit in Asien verschlafen«, urteilte die »SZ«. Das Pech der Latecomer: »Die Welt steht Schlange in Asien, und der Wettbewerb ist nirgends härter.«

Der relative Mißerfolg der Kohlschen Chinareise hat die Diskussion darüber angeheizt, ob und wie die Regierung als Generalvertreter des Kapitals beim Angriff auf den Riesenmarkt China das ökonomisch belanglose, politisch-ideologisch gleichwohl bewährte Schmiermittel Menschenrechte einsetzen soll. Wobei der Streit schon bei der Frage beginnt, ob mit Menschenrechten im Fall China überhaupt Druck zu machen ist. Wohlgemerkt: Keine der hierüber streitenden Parteien will dem deutschen Kapital etwa aus humanitären Gründen den Marsch nach Peking verwehren. Von einer Forderung wie »Boykott der Produkte aus chinesischen Arbeitslagern« – der träfe z.B. das Spielzeuggeschäft hierzulande ziemlich hart – war im Bundestag nichts zu hören. Es geht ausschließlich um das Wie des China-Geschäfts, also darum, wie Menschenrechte als Druckmittel gegenüber den chinesischen Geschäftspartnern, als moralisches Zubrot für die bundesdeutsche Öffentlichkeit und als Hindernis für die Konkurrenz aus USA und Japan funktionieren könnten.

Bei der von den Grünen angesetzten Bundestagsdebatte über die Chinareise hagelte es starke Worte: »Macht, Moneten und Militär contra Menschenrechte!«, formulierten die Grünen. Allerdings wurde nicht klar, ob der Alliteration und der grünen Befindlichkeit besser gedient ist, wenn Menschenrechte mit Macht und Moneten konform gehen, oder ob da tatsächlich ein prinzipieller Gegensatz behauptet werden soll. Der Sozialdemokrat Verheugen befürchtete vor allem, der Chinatrip von

Kanzler und Kapital könnte dem Ansehen der deutschen Wirtschaft geschadet haben, weil sie den Eindruck erweckte, als sei ihr »alles egal, wenn es nur um neue große Geschäfte geht«. Folge: wegen Imageschaden weiterer Rückgang der Geschäfte und der Arbeitsplätze. Scharping nannte Kohl einen »Meister des falschen Symbols« und stellte damit klar, daß das Hantieren mit den Menschenrechten in China lediglich einen symbolischen Wert hat.

In der bundesdeutschen Chinapolitik hat das Thema Menschenrechte schon immer eine untergeordnete Rolle gespielt. Das liegt vor allem an der Position der Deutschen als abgeschlagene Dritte auf dem chinesischen Markt. Jeder Tritt in chinesische Fettnäpfchen könnte die begonnene Aufholjagd gefährden.

Als Chinas Präsident und KP-Chef Jiang Zemin vor wenigen Monaten zu Besuch in Bonn war, erklärte ihm Kinkel, daß das Thema Menschenrechte auf der »Traktandenliste« nicht besonders weit oben stehe. Damals war es wichtiger, daß Daimler-Benz den Zuschlag für eine Van-Fabrik im südchinesischen Guangzhou bekam. Über zwei Jahre hatte der Konzern antichambriert, um sich gegen die US-Konkurrenz von Chrysler und Ford durchzusetzen. Die war aus dem Rennen, als der US-Kongreß im Sommer wieder einmal die Menschenrechte strapazierte und zudem den Staatspräsidenten von Taiwan in die USA einlud. Nach dem Tiananmen-Massaker 1989 war Deutschland unter den ersten westlichen Ländern, die nach einer Schamfrist die politischen Beziehungen zu China wieder aufwärmten. Das Chinageschäft der deutschen Wirtschaft hatte ohnehin weiter geboomt, als wäre nichts gewesen.

Wer bietet mehr?

Seit 1989 spielte sich im US-Kongreß Jahr für Jahr dasselbe Ritual ab, wenn die alljährliche Überprüfung der Meistbegünstigung für die VR China zur Abstimmung anstand. Zunächst verknüpfte der Kongreß die Weitergewährung der Meistbegünstigungsklausel, die eine weitgehende Zollbefreiung für chinesische Exporte vorsieht, an Zugeständnisse u.a. in Menschenrechtsfragen. Die chinesische Regierung verbat sich daraufhin die Einmischung in innere Angelegenheiten und prangerte im Gegenzug die Lage der Nichtweißen in den USA an, zeigte sich aber flexibel, indem sie regelmäßig ein paar Dissidenten freiließ. Damit wahrte die US-Regierung ihr Gesicht, China erhielt für ein weiteres Jahr den Meistbegünstigungsstatus, was eine entsprechende Behandlung auch durch die EU nach sich zog. Vor allem aber: In den jährlichen Verhandlungsrunden lockte China die US-Wirtschaft mit Großaufträgen. Das war das Entscheidende. Der Joker Menschenrechte war ausgespielt worden und hatte, so ließ sich der Deal verkaufen, gestochen. Was machte es da schon, wenn anschließend Dissidenten in China wieder verschwanden und Verfechter unabhängiger Gewerkschaften unter Anklage gestellt wurden? Die US-Konzerne hatten ihre Ziele erreicht, zu denen beispielsweise freie Gewerkschaften nun mal nicht gehören. Allerdings war der US-Präsident bei diesem Spiel regelmäßig der Blamierte, weil die Regierung nach großen Worten stets zurückstecken mußte – die Chinesen sperrten die zunächst freigelassenen Dissidenten nach erfolgreichem Abschluß der Verhandlungen einfach wieder ein und machten damit die rhetorische Kraftmeierei der US-Administration zu der Farce, die sie in Wahrheit ist. Irgendwann in den letzten Jahren stach der Joker Menschenrechte in den Zollverhandlungen schließlich nicht mehr. Die chinesische Regierung hatte erkannt, daß sie die gewünschte Meistbegünstigungsklausel auch ohne Zugeständnisse bekam. Folgerichtig hörte Clinton 1995 auf, Zollvergünstigungen gegen Menschenrechte gewähren zu wollen.

Dafür gab es im gleichen Jahr aus anderen Gründen einen neuen Tiefpunkt in den (Wirtschafts-)Beziehungen zwischen China und den USA. Die republikanische Kongreß-Fraktion um Newt Gingrich und Jesse Helms, die nicht immer mit den Interessen des Big Business konform geht, sondern durchaus noch ihre alten Vorurteile gegen »Rotchina« pflegt, nutzte ihre Mehrheit, um einen politischen Freund, den Präsidenten von Taiwan, in die USA einzuladen. Wenig später hatte die chinesische Regierung Gelegenheit, die Provokation heimzuzahlen. Chinesische Grenzschützer verhafteten an der Grenze zu Kasachstan den US-Staatsbürger Harry H. Wu, steckten ihn ins Gefängnis und machten ihm den Prozeß wegen Spionage und Verleumdung der VR China. Harry Wu war als chinesischer Staatsbürger von 1960 bis 1979 in verschiedenen Arbeitslagern eingesperrt und 1985 in die USA emigriert. Er erhielt die amerikanische Staatsbürgerschaft und Forschungsaufträge an US-Universitäten. Wiederholt trat er vor Kongreßausschüssen als Fachmann für Menschenrechtsfragen in China auf. Insgesamt vier Chinareisen nutzte er zu Forschungen über das System der Arbeitslager. Vor ein paar Jahren hat Wu ein Buch darüber veröffentlicht (1995 auf deutsch im Ullstein-Verlag erschienen) und dabei die Bedeutung der Lager für die chinesische Exportindustrie nachgewiesen. Im Sommer 1995 war er wieder unterwegs, um Arbeitslager im unwirtlichen Nordwestchina zu erkunden – nach westlichen Quellen im Auftrag der CIA. Wu kam nach 60 Tagen Haft wieder frei; als Gegengabe durfte Hilary Clinton zur Weltfrauenkonferenz nach Peking.

Daß die Frage der Menschenrechte in China auf der Agenda des US-Kapitals über viele Jahre solch eine gewichtige Rolle spielt(e), hat Gründe in der Geschichte und Kultur der USA, in der Größe und im politischen Gewicht der chinesischen und taiwanesischen Community im Land. Vor allem aber: Das US-Kapital dominiert das Chinageschäft, die USA sind nach der Implosion der Sowjetunion unbestritten die wichtigste Macht in Asien und der wichtigste Exportmarkt Chinas. Aus dieser Position läßt es sich gut mit dem Marktwert der Menschenrechte spekulieren. Und nicht zu vergessen: Die USA könnten

mit Interventionstruppen zur Stelle sein, wenn unter den ungeheuren ökonomischen Zentrifugalkräften in China die staatliche Zentralgewalt zerfällt – eine Entwicklung, die keineswegs ausgeschlossen ist.

Denn daß gegenwärtig eher China den Takt in den Geschäftsbeziehungen angibt als die USA, Japan oder die EU unter deutscher Führung, daß die chinesische Regierung einen geradezu sportlichen Ehrgeiz entwickelt hat, alle Menschenrechts-Anmaßungen kühl zu kontern und je nach Geschäftsverlauf und Verhandlungsstand Gefängnistüren zu öffnen oder zu schließen, muß kein Zustand auf Dauer sein. Garant dafür sind allein der stabile Boom, der die imperialistischen Geschäftspartner auf Distanz zu halten erlaubt und deren Rivalität verschärft, sowie die stabilen innenpolitischen (Repressions-)Verhältnisse.

1996 wird es wieder einen heftigen Krach zwischen China und den USA geben, denn China ist auf dem besten Weg, den japanischen Außenhandelsüberschuß mit den USA noch zu übertreffen. Das US-Außenhandelsdefizit gegenüber China wird 1996 über 40 Milliarden Dollar betragen. Unvermeidlich gibt es dann eine weltweite Neuauflage der Menschenrechts-Kampagne gegen China – wegen der Exportprodukte aus Arbeitslagern, wegen Kinderarbeit und wegen der Verletzung des Menschenrechts auf Eigentum, kurz: wegen der Raubkopien von Windows 95.

Wolfgang Müller schrieb in KONKRET 2/95 über die Konzentrationsprozesse in der Telekommunikation

Konkret 01/96, S. 36

Wolfgang Müller

Der vergessene Archipel

1992 hat Jean-Luc Domenach die bislang umfassendste Studie über die chinesischen Arbeitslager veröffentlicht. Ihre deutsche Fassung ist nun im Verlag Hamburger Edition erschienen. Zehn Jahre lang trug Domenach Material zusammen, interviewte ehemalige Häftlinge nicht nur in Hongkong, sondern auch in China und bereiste zudem die entlegensten Regionen des Landes, in denen viele der Arbeitslager liegen. Im Unterschied zu Harry Hongda Wu, der sich auf die Darstellung des Lagersystems beschränkt, aber – aufgrund eigener Erfahrungen in 18 Jahren Lagerhaft – einzelne Lager detailliert beschreibt, stellt Domenach seine Untersuchung des Lagersystems in den Kontext der Politik der KP Chinas, der politischen Kämpfe und Auseinandersetzungen. So wird deutlich, daß zumindest in den ersten 30 Jahren der Volksrepublik das Lagersystem ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtprojekts der Schaffung eines »neuen Menschen« war – auch wenn die Existenz der Lager aus der öffentlichen Wahrnehmung ausgeblendet blieb.

»Das Gefängnis bringt die Erscheinungsformen des Politischen vereinfacht zum Ausdruck und überspitzt sie bisweilen. ... Ihre Haftpolitik verdeutlicht die Intentionen einer politischen Macht. Selbst in nicht totalitären Staatsformen gibt es keinen ideologischeren Ort als das Gefängnis.« Unter dieser Vorgabe analysiert Domenach den Mikrokosmos der chinesischen Arbeitslager auch zum besseren Verständnis der Gesellschaftsentwürfe der KP Chinas. Jenseits der bekannten Schilderungen von Kabalen der chinesischen Politik liefert er eine Vorstellung davon, welcher Zusammenhang etwa zwischen der »Umerziehung« im Arbeitslager und dem maoistischen Konzept der neuen Gesellschaftsordnung bestand und warum sich das Lagersystem unter dem von Deng Xiaoping eingeleiteten kapitalistischen Akkumulationsprozeß zersetzen muß.

Domenach berechnet für Anfang der 90er Jahre noch etwa 5 Millionen Lagerinsassen. Insgesamt dürften in den Jahren seit der Gründung der Volksrepublik 1949 mehr als 30 Millionen Menschen in den Lagern inhaftiert gewesen sein. Waren es zunächst vor allem politische Delinquenten, sind es heute in der Mehrzahl marginalisierte Jugendliche. Mit dem Vordringen kapitalistischer Verhältnisse in der chinesischen Gesellschaft, der Auflösung der Kollektive und ihrer disziplinierenden Funktion sowie dem Obsoletwerden der Anordnungen zur Verhinderung einer massenhaften Land-Stadt-Wanderung veränderte sich auch die Sozialstruktur der Lager. Die gewöhnliche und die Bandenkriminalität nahmen rapide zu und erreichten mittlerweile westliche Standards.

Nach Freilassung und Rehabilitierung der meisten politischen Häftlinge Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre machen inhaftierte Regimegegner heute kaum 1 Prozent aller Gefangenen aus. Den Angaben von Wu und Domenach zufolge hat auch die auf die Tiananmen-Demonstrationen 1989 folgende Repressionswelle nicht zu einem erheblichen Anstieg des Anteils politischer Gefangener geführt. Eingesperrt sind heute vorwiegend die jungen Verlierer des darwinistischen Überlebenskampfs im China Dengs: Nach einer offiziellen Statistik waren 1987 78 Prozent aller Lagerinsassen unter 35 Jahre alt, 52 Prozent hatten bestenfalls die Mittelschule absolviert, 49 Prozent hatten wirtschaftlich motivierte Straftaten begangen und 32 Prozent »Verbrechen gegen die Moral«.

Mit der Zersetzung des jahrzehntelang stabilen Normensystems unter dem Einfluß der kapitalistischen Reformen hat sich auch der Charakter des lagerinternen Terrors gewandelt: Die Erziehungskomponente verschwand, übrig blieb die nackte Repression. Nach den vorliegenden Berichten hielt sich die Anwendung von Folter und körperlicher Gewalt gegen Häftlinge bis in die 70er Jahre in Grenzen. Das hat sich geändert, auch wenn die Verrechtlichung des Repressionssystems formale Kontrollen vorsieht.

Den Reformern um Deng war vor allem eines wichtig: Wie alle anderen Bereiche der chinesischen Gesellschaft sollte auch die »Umerziehung« durch Arbeit nach wirtschaftlichen Kriterien organisiert werden, also Profit abwerfen. Zur Verwaltung der Arbeitslager hat die Regierung daher selbständige Unternehmen geschaffen, denen die einzelnen Lager unterstehen. Ihre Autonomie ist der Stellung anderer Staatsunternehmen vergleichbar; als nach außen »normales« Unternehmen führt z.B. die Shenjiang Co. aus Shanghai Verhandlungen über Joint Ventures und importiert moderne Fertigungslinien für die Produktion in den Lagern. Deren Produkte werden heute vermarktet, während die staatlichen Planinstanzen sie früher direkt abnahmen. So wird etwa der chinesische Weißwein »Dynasty« aus den Lagern in die USA und nach Frankreich (dort vertrieben von Remy Martin) exportiert.

Der wirtschaftliche Nutzen, den die Zwangsarbeitslager für den Aufbau der chinesischen Ökonomie und für die Absicherung der forcierten Industrialisierung gehabt haben, ist unbestreitbar. Mit der Absage an die sozialistischen Ideale und mit der Aufforderung zur privaten Bereicherung ist die Schaffung des »neuen Menschen«, Ziel nicht nur der Arbeitslager, sondern der gesellschaftlichen Erziehung überhaupt, passé. Domenach: »Der Archipel nähert sich immer mehr dem, was das Gefängnis sehr oft in anderen Breiten ist: eine Schule des Verbrechens.«

*Jean-Luc Domenach: Der vergessene Archipel. Gefängnisse und Lager in der Volksrepublik China. Hamburger Edition, Hamburg 1995, 637 Seiten, 68 Mark

Konkret 01/96, S. 37

Carsten Otte

Maxima Moralia

Die Schlagzeilen, die Ulrich Wickert dieser Tage macht, lesen sich wie der Anfang vom Ende einer Erfolgsgeschichte«, erfuhr man neulich in der »Zeit«. Was war geschehen? Hatte Wickert Steuern hinterzogen oder seine Frau mit einer Straßennutte betrogen? Nein, der Anfang vom Ende seiner Karriere sollte darin bestehen, daß er nur das getan hatte, was alle seine Kollegen auch tun, nämlich soviel Geld wie irgend möglich zu verdienen. 50.000 Mark hatte der »Tagesthemen«-Sprecher dafür erhalten, daß er in dem zehnminütigen Werbevideo einer Versicherungsanstalt aufgetreten war. Günther Jauch wies in »Stern-TV« auf dieses Verbrechen hin, so daß am nächsten Tag »Bild« gegen die »goldenen Jobs« des Nachrichtenmannes pöbeln konnte: »Er kassierte hier und da und überall.« Als dann herauskam, daß auch Jauch, ja, daß im Grunde alle Fernsehfuzzis ein Faible für lukrative Freizeitaktivitäten haben, nahm dies der »Focus« zum Anlaß, einmal grundsätzlich zu werden: »Die vielen Nebengeschäfte der deutschen Fernsehstars beschädigen die Glaubwürdigkeit des TV-Journalismus.«

Diese These war allerdings nicht ganz neu. In einem der Bücher von Ulrich Wickert steht geschrieben: »Glaubwürdigkeit ist die erste Tugend, die eine Nachrichtensendung erfüllen muß, wenn sie langfristig Erfolg haben will.« Doch Abschreiben genügte den »Focus«-Redakteuren nicht. Man bat ZDF-Chefredakteur Klaus Bresser um ein Statement: »Der Fall Wickert wäre beim ZDF so nicht möglich.« Womit Bresser zweifellos recht hat. Er weiß, daß auch das ZDF ein Sender ist, dessen Programm schon immer darauf angelegt war, die bislang noch öffentlich-rechtlich ausgezahlten Gehälter der Angestellten dereinst durch reguläre Dankbarkeitsbekundungen der Deutschen Bank zu ersetzen.

Das ist nun einmal die Geschäftsgrundlage des Medienmarktes: Wer sich am besten verkauft, ist auch der moralische Sieger. Es besteht überhaupt kein Unterschied, ob Ulrich Wickert gerade die Nachrichten vorliest, Bücher veröffentlicht oder seine Nase für einen Werbespot hergibt. Die Dienstleistungen und Produkte, die er anbietet, sind so ausschließlich für den Tausch bestimmt, daß sie alle gleichermaßen nicht mehr zu gebrauchen sind. Das muß Ingeborg Waggershauser geahnt haben, die in einem Leserbrief an »Bild« schrieb: »Ich bin froh, daß ich mir sein Buch ›Der Ehrliche ist der Dumme‹ noch rechtzeitig gespart habe.« Daß Frau Waggershauser überhaupt daran gedacht hatte, sich ein Werk von Wickert zu kaufen, und daß sie ihre Entscheidung, dies jetzt nicht mehr zu tun, gerade der »Bild-Zeitung« mitteilte, bestätigt nur die universale Wirksamkeit des Tauschgesetzes.

Die Forderung, ein Nachrichtenmann, der wie jeder andere auch seine Ware Arbeitskraft verkauft, dürfe im Kapitalismus keine Werbung für eine Bank machen, ist widersinnig. Das Gerede von der Glaubwürdigkeit einer Nachrichtensendung dient nur dem besseren Absatz, es ist ein Promotiongag, um die Kunden, die man in den letzten Jahren mit der Phrase von der Politikverdrossenheit deprimiert hatte, nun wieder zu mobilisieren. Die Bedürfnisse, die man durch den vorangegangenen Medienhype produziert hatte, sollen jetzt gewinnbringend befriedigt werden. Deshalb sind auch Wickerts Auslassungen über den Sinn und Zweck von Tugenden zur Zeit so beliebt. Endlich gibt es wieder etwas Positives, etwas wirklich Erhabenes, Maxima Moralia für diese finsteren Zeiten, in denen die Jugend mordend und brandschatzend durch die Straßen zieht. Die Paranoia des Bundesbürgers, der sich auf die Suche nach Sinnstiftung begeben hat, wird allerdings um so realitätsgerechter, je weiter sie um sich greift. Wirklich finster werden die Zeiten erst, wenn alle sie als finstere begreifen und nach einem schreien, der das Licht anmacht. Dazu beigetragen zu haben, daß der Wahn Realität geworden ist, wird Wickert sich als Verdienst anrechnen können. Aber die dürftigen Philosophiebrocken, die er in seinem *Buch der Tugenden* zusammengetragen hat, wird sich dann keiner mehr von ihm verabreichen lassen.

Naiv wäre, wer davon ausginge, daß gerade die Leute, die zwecks Bereicherung auf die Psychopathie ihrer Klientel setzen, nicht um die Mechanismen des Marktes wissen. Bislang gab es ein stillschweigendes Einverständnis darüber, daß alles erlaubt sei, solange die Kasse stimmt. Ob nun Nachrichtensprecher oder Talkmaster, sie alle verdingen sich bei diesem oder jenem Konzern. Warum auch nicht, läuft ihr ganzes Schaffen doch darauf hinaus, sich dafür einzusetzen, daß an den Produktionsverhältnissen sich grundsätzlich nichts ändert. Kein Schmock hat je die Enteignung von Siemens, Krupp oder Thyssen gefordert, und plötzlich soll es ihm verboten sein, mit den alten Freunden zusammenzuarbeiten? Das würde ja heißen, sich seine eigene Geschäftsgrundlage zu entziehen. Stellt sich also die Frage, warum Günther Jauch plötzlich beschloß, seinen Kollegen als geldgierigen Parvenü zu denunzieren, obwohl er doch hätte wissen müssen, daß er damit alle Kodizes der Medienmafia verletzt. Von Interesse ist ebenso, warum diese einen Querulanten wie Jauch nicht einfach kaltgestellt, sondern eine Schlammschlacht veranstaltet hat. Dem unschuldigen Verstande erscheint es möglich, daß die Dreckwerferei an einen der ihren, der sich mit Wasserpredigen seinen Dom Pérignon verdienen wollte und sich beim Kupferberg Gold erwischen ließ, der Furcht entsprang, es werde einmal mit rechten Dingen zu- und das Publikum mit der Erkenntnis nach Hause gehen, daß jeder, der in den Medien der Moral eine Lanze zu brechen vorgibt, der Sache selbst ans Leder will. Wickert, der die erhabenen Werte erniedrigte, solange er sie verkörperte, wurde, so könnte man vermuten, zügig

abgestraft, damit niemand auf die Idee käme, das ernst zu nehmen, was er auf die zu leichte Schulter nahm. Das Geschäft verdirbt die Moral, also verdarb man Wickert ein Geschäft.

Was Jauch anbelangt, so handelte es sich bei seiner »Enttarnung« lediglich um einen Blackout: Er vergaß für einen Moment alles, was man ihm im Laufe der Zeit beigebracht hatte. Wäre ihm bewußt gewesen, was er mit seiner Aktion bewirken würde, er hätte mit Sicherheit die Klappe gehalten. Viel erstaunlicher ist das Verhalten anderer Medienmogule, die sich über »den Animateur der Deutschen Bank« (»Der Spiegel« über Wickert) in einer Weise echauffierten, daß man annehmen konnte, man stehe vor einer Revolution. Die gibt es allerdings mitnichten. Im Gegenteil zeigt der »Fall Wickert«, daß die Presse und ihre Partner in der Wirtschaft es sich nun ohne Risiko erlauben können, frech zu werden. Man kann sich gegenseitig als Lügner, Ausbeuter und Kapitalistenknecht beschimpfen, die Masse freut sich, daß überhaupt etwas los ist. So wird die Aufregung um den Nachrichtensprecher weder der aktuellen Ethikwelle noch dem Meister persönlich zusetzen. Wickerts Bücher werden auch weiterhin gekauft und vielleicht gerade deshalb, weil die Leute es prima finden, daß selbst ein Tugendwächter wie er bei 50 Riesen schwach wird. Eigentlich müßten sich alle Beteiligten über Jauchs kleinen Affront freuen. Wickert bleibt Großverdiener, nachdem er »fairerweise« das Honorar des umstrittenen Werbevideos einer karitativen Einrichtung zur Verfügung gestellt hat, und die Journalistenbande hatte eine Story, mit der sie ihr Publikum wenigstens eine Woche lang unterhalten konnte.

Konkret 01/96, S. 38

Kunst & Gewerbe

Lärmen & lähmen

Ein neues Jahr, ein neues Kunst & Gewerbe: speziell eine längere und breitere, um eine Seite erweiterte, nicht von ungefähr in der Mitte des Heftes liegende und somit seine innere Mitte zum Ausdruck bringende Kolumne, die in der bewährten Form der Glosse, des Pamphlets oder schlicht Notats die Ausfallerscheinungen des hiesigen Kulturbetriebs doku- wie kommentiert, um – ja, warum eigentlich? – »die Katastrophe näherzubringen«, wie es einst Theo Sommer den »lärmenden, lähmenden Kulturpessimisten« ganz richtig unterstellt hat? Jawoll: Lärmen, lähmen wir ein wenig, auf daß die Umkehr oder Wende, was ja »katastrophé« im Griechischen bedeutete, oder auch gleich die Lösung des dramatischen Konflikts – Bildungsbürger wissen Bescheid, die anderen schlagen nach bei Aristoteles – kommen möge.

Ossis & Wessis

Peter Boenisch, Chefkommentator der Bildzeitung, ehemaliger Bonner Regierungssprecher in der ehemaligen DDR, in gut unterrichteten Kreisen »Das Frettchen« genannt, hat das Wort:

Einheit bis zum Wurstzipfel! Wessis, laßt vor Staunen das Messer fallen! Ein Ossi ist unter Deutschlands Metzgern Jahresbester geworden. Endlich wächst – wenn auch manchmal mühsam – zusammen, was zusammengehört. Bis zum Wurstzipfel. Hauptsache, es schmeckt.Ossi und Wessi – das sind Begriffe von gestern, Können und Versagen, Fleiß und Faulheit haben nichts mit Ost und West zu tun.Die Meister kommen aus allen deutschen Landen und die Faulenzer auch. Mit dem Jahresbesten Daniel Hennig beginnt deutsche Normalität.«

Weltende & Fernsehe

Im Münchener Rathaus hat am 16. November der aus Ungarn stammende Verleger und selbsternannte »Medienmanager« Josef von Ferency einen Plan zur Abwendung des Weltendes vorgestellt, der darin besteht, einen gemeinsamen Fernsehsender für ganz Osteuropa auszustrahlen. Der Initiator nennt sein Projekt, das auch für die Staaten der einstigen Sowjetunion und des früheren Jugoslawien gedacht ist, »das geordnete Babel«. Vom Weihnachtsabend 1997 an beabsichtigt die Gesellschaft Alfa TV über Satellit täglich 16 Stunden lang Programme anzubieten, »wirtschaftlich und kulturell orientierte«, vor allem aber unterhaltendere und spannendere als die der schon bestehenden nationalen Fernsehanstalten. Diese stünden zwar nicht mehr im Dienst der kommunistischen Ideologie, wie der Geschäftsführer von Alfa TV, ein gewisser Kleine, erläuterte, seien aber nach wie vor »Werkzeug in der Hand der Regierungen«.

In Deutschland soll ein Initiativkreis Alfa TV für Werbeeinnahmen sorgen; künftigen Geldgebern, so Kleine, eröffne sich ein »gewaltiger Medienmarkt« mit »ungeahnten Möglichkeiten«.

Ferency hofft von seinem Projekt, daß es das Ende der Welt verhindern möge, welches unvermeidlich komme, wenn kein Mensch mehr Träume habe und versuche, »das Unmögliche möglich zu machen«. Dieses sei aber das von ihm geplante neue Fernsehprogramm, das 25 Völker der Welt erfreuen könne.

Ein Hochglanzprospekt preist Alfa TV bereits als »größte Sprachenschule der Welt« und als Garant dafür, daß »400 Millionen Menschen einen Anspruch auf das Schöne und Gute, auf die Wahrheit erheben«.

Ankündi- & Kündigung

Der »Sozialversicherungs-Berater« war so freundlich, der Redaktion ungefragt die entscheidenden Urteile des Arbeitsgerichts zum Thema Krankfeiern zuzufaxen, die wir gern an interessierte Leser weitergeben möchten. Demnach ist eine Kündigung rechtens, wenn die »Ankündigung bzw. Androhung einer Arbeitsunfähigkeit« nach Ablehnung eines Urlaubsantrages, bei Einteilung zur Frühschicht oder Ankündigung einer Versetzung erfolgt. Krankgeschriebene Arbeitnehmerinnen und -nehmer können im übrigen fest mit einer Kündigung rechnen, wenn sie – trotz festgestellter Krankheit wohlgemerkt – : –

äußern, private Dinge erledigen zu wollen oder – in der Gaststätte ihrer Ehefrau arbeiten oder – Bars und Restaurants besuchen wie auch – am Geländereiten teilnehmen, obzwar bei ihnen Unterleibsbeschwerden diagnostiziert worden sind, oder auch – als Linienrichter an der Linie richten, obwohl sie Herzbeschwerden simulierten, und erst recht – als Berufsmusiker für ein anderes Orchester spielen sowie generell – als Automechaniker in einer anderen Werkstatt arbeiten, auch wenn es nur zwei Stunden sind.

Das sind bekannte Fälle, die jeder kennen sollte. KONKRET rät außerdem, besser auf der Arbeit krank zu sein, als bei Krankheit zu arbeiten. Es mag für den einzelnen kein Unterschied sein, fürs Gericht aber doch. Wer dennoch im Krankheitsfalle das dringende Bedürfnis verspürt, am Geländereiten teilzunehmen, Bars zu besuchen oder mal eben für zwei Stunden in der benachbarten Autowerkstatt zu malochen, lasse sich vorher beamten oder berenten. Wenn's hilft.

Wecker & Scharping

In der Regel sagen Dichter die Wahrheit nur selten, es sei denn, die Polizei begehrt sie zu wissen. So hat, obwohl die Rauschgiftfahnder bei der Durchsuchung seiner Wohnung nur auf 30 Gramm Kokain gestoßen sind, der bekannte Bänkelmacher Konstantin Wecker bei seiner Verhaftung zugegeben, bis zu 700 Gramm gekauft und selbst konsumiert zu haben. Damit drohen ihm nun im schlimmsten Fall 15 Jahre Freiheitsentzug.

Daß Wecker kokainsüchtig ist, weiß man spätestens seit seinem autobiografischen Roman *Uferlos*; bereits in den achtziger Jahren war ein Verfahren wegen Rauschgiftbesitzes eingestellt worden. Unbekannt ist, ob die Ermittlungen jetzt im illustren Freundeskreis Weckers aufgenommen werden, zu dem auch Rudolf Scharping gehört.

»Seinen Freund Rudi« porträtierte Wecker einmal so: »Ich kenne Rudolf Scharping als einen Menschen, der bis vier Uhr morgens meinen Geburtstag feiert, meine Freunde mit seinem Witz begeistert, auf der Heimfahrt nach Mainz im Auto schläft, um sich dann pünktlich um acht Uhr dem Regieren zu widmen.« Bereits im letzten Jahr hatten die beiden nach Weckers Auskunft »die italienische Polizei am Hals...«

Rayk Wieland

Tage & Werke

Der Jahreswechsel kommt bestimmt. Die damit verbundene Qual der richtigen Taschenkalenderwahl – wer kennte sie nicht? Denn der Taschenkalender schaut nicht nur zur Jeans raus, er zeigt auch, wo sein Besitzer den Schwerpunkt seiner Top-Gesinnung gesetzt hat. Einst, als der Rotbuch-Verlag den Anfang machte und den »Roten Kalender« auf den undogmatisch-linken Markt warf, war es noch einfach. Inzwischen gibt es Unmengen von diesen kleinformatigen Minilesebüchern für Menschen, die kaum Termine haben. So dürfte eine vergleichende Analyse einiger Exemplare dieser urigen Literatursorte nicht unwillkommen sein.

Wer erwähnt an welchem Tage was und wie? Dabei ist methodisch folgendes zu beachten: Die meisten zur Rezension vorliegenden Werke haben an den verschiedenen Tagen des Jahres bestimmte Eintragungen. Sie beziehen sich sowohl aufs Genre des Kalenders (Film, Fußball, Schwule, Politik etc.) als auch aufs allgemein Politische. Nur da erlauben sie einen komparatistischen Zugang. Ausgesucht wurden die Parameter 30. Januar, 8. Mai, 17. Juni und der 9. November.

Der »Rote Kalender 1996« – Untertitel wie jedes Jahr: »Gegen den grauen Alltag« – vermerkt am 30.1. historisch knapp: »1933 Ernennung Hitlers zum Reichskanzler«. Ein anderer knallhart-politischer Kalender ist der »gegen den strom« vom Werkstatt-Verlag, der gleichfalls historisch korrekt feststellt: »1933: Hitler wird Reichskanzler«. So auch der »Jüdische Kalender« (Ölbaum Verlag), der vermerkt: »63. Jahrestag der ›Machtergreifung‹ der Nationalsozialisten in Deutschland«. Dazu wird noch ein Zitat von Amos Elon gedruckt: »Im Januar 1963, zum dreißigsten Jahrestag der sogenannten ›Machtergreifung‹ Hitlers, richtete die Zeitschrift ›Stimme der jungen Generation‹ an bekannte Publizisten und Politiker in der Bundesrepublik die Frage: Kann das alles in Deutschland wiederkommen? Die Antwort war fast einstimmig: Nein! Einige der Befragten äußerten sich vorsichtiger und sagten: Nicht so!«

Wie aber äußerten sich andere zur Besprechung vorliegende Kalender? Im »Rock-Kalender« (Elefanten Press) erfährt man, daß Tom Selleck, Marty Balin, Steve Marriott, Phil Collins und Jody Watley Geburtstag feiern und daß an diesem Tag Gregory Herbert und Professor Longhair gestorben sind. Fragt man sich doch spontan und unwillkürlich, wie es passieren konnte, daß den Machern die Geburtstage von Gene Hackman und Vanessa Redgrave durch die Lappen gingen. Die hat nämlich der »Film-Kalender« des Marburger Schüren Presse-Verlages an diesem Tag drin. Nichts zum 30. Januar fällt den MännerInnen des »Männerkalenders« (Verlag Jugend & Politik) ein, die zwar zu anderen Tagen etwas wissen, etwa daß am 21. Mai 1956 der erste Test einer Wasserstoffbombe auf dem Bikini-Atoll gezündet wurde – »39 Jahre später zieht Frankreich auf Mururoa dasselbe durch, wenn auch unterirdisch« – oder daß am 16. Juli 1979 folgendes passierte: »Uh, oh: Saddam Hussein wird Präsident des Irak«. Muß einem ja nicht alles wichtig sein.

Ebenfalls nichts zum 30. Januar schreiben auch »Der pech-raben-schwarze Anarchokalender« (Karin Kramer-Verlag), der »Schwule Männer-Kalender« (Bruno Gmünder-Verlag), der »Öko-Kalender« (herausgegeben von Robin Wood, verlegt bei Werkstatt) und der »Fußball-Kalender« (Werkstatt-Verlag), wobei letzterer fachlich zu tadeln ist, denn, wie der »Borussia Dortmund-Kalender« (Klartext-Verlag) notiert, schoß »Goldköpchen« Brungs 1965 »beim 4:4 bei 1860 München drei Tore«.

Um die Zufälligkeitsrate der Analyse so gering wie möglich zu halten, gilt es, sich den 8. Mai näher anzuschauen. Das ist bekanntlich der Tag, an dem laut »Rock-Kalender« folgendes geschah: »*1944 Gary Glitter, 1945 Deutschland wird befreit, *1945 Keith Jarrett« und und und.

Der »Jüdische Kalender« notiert knapp und korrekt: »Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus (1945)«, während der »Rote Kalender« sich zu dieser Formulierung aufschwingt: »1945: Das tausendjährige Reich kapituliert« – weit und breit keine Tüttelchen zu sehen – und »Befreiung vom Faschismus«. Dazu noch die Information: »1966: Die Setzerin wird geboren«.

Das Aktivistenwerk »gegen den strom« formuliert noch verwegener: »Bedingungslose Kapitulation Deutschlands, ›Befreiung vom Faschismus‹«, vergißt aber nicht zu erwähnen, was außer der »Befreiung« inAnführungszeichen noch stattfand: »1945: Französische Flugzeuge bombardieren unbewaffnete algerische Freiheitsdemonstranten. 45.000 Menschen sterben.«

Verschiedene Aspekte miteinander in Beziehung zu setzen, das gelingt auch dem »Fußballkalender«: »Befreiung vom Faschismus ..., aber keine Entnazifizierung des DFB«. Der »Anarcho-Kalender« weiß die »Frankfurter Rundschau« zu zitieren, die 1995 mitteilte, daß nur weniger als 40 Prozent der Deutschen wissen, daß der Zweite Weltkrieg in Europa am 8. Mai 1945 zu Ende ging. Weniger als 40 Prozent, das könnte auch auf die Kalender zutreffen: Dem »Öko-Kalender« fällt schon wieder nichts ein, dafür ist aber hier am 12. Mai Muttertag. Der »Filmkalender« erinnert an den 90. von Roberto Rosselini, der »Schwule Männerkalender« daran, daß 1828 Henri Dunant geboren wurde, und das »Borussia Dortmund«-Opus, daß Bernd Krauss 1957 zur Welt kam. Dem Männer-Kalender fiel mal wieder nichts ein.

Vorwärts mit der Analyse zum 17. Juni. Das war 1957 der »Arbeiteraufstand in der DDR« (»Roter Kalender«). Das ist beim »Borussia Dortmund«-Kalender die Erinnerung, daß BVB 1995 an diesem Tag Deutscher Meister wurde: »JAAAAAAAAAAAAHHH!!!!!«. Weniger knapp, aber dafür sachlicher schreibt der »Fußball-Kalender«: »Zum ersten Mal seit der Einführung der Bundesliga gewinnt mit Borussia Dortmund ein Klub aus dem Ruhrgebiet den Meistertitel.« Andere werden eher daran erinnern, daß am 17. Juni auch der 60. Geburtstag von Kenneth Loach (»Filmkalender«) gefeiert wird, bzw. daran, daß auch Chris Spedding, Barry Manilow, Ian Cussick ihre Geburt feiern. Was aber sagt der andere knallharte politische Kalender, der »gegen den strom«? Richtig: »Arbeiteraufstand in der DDR, bei uns als ›Tag der deutschen Einheit‹ ausgeschlachtet.« Die unschuldigen Wörtchen »bei uns« deuten an, wo das Werk offensichtlich nicht gekauft wird.

Anders geht es da beim 9. November zu. Da wachen auch die Männer des »Männer-Kalenders« auf: »1996: Sieben Jahre seit dem gescheiterten Gelingen der Ost-Revolte« – das lädt zum Nachdenken ein – aber auch, nur zwei Zeilen tiefer: »1945 Reichspogrom-Nacht«. Daß es Nacht war, wissen die Macher immerhin noch, aber die Jahreszahl, die können sie nicht wissen, weil sie ja weder am 30. Januar noch am 8. Mai etwas notiert hatten.

Da ist der »Rote Kalender« schon weiter: »1918 Proklamation der Deutschen Republik, 1938 Reichspogromnacht, 1989 Der ›antifaschistische Schutzwall‹ öffnet sich.« Quasi ergänzend dazu »Borussia Dortmund«: »1985: Durch ein Bittcher-Tor siegt Borussia mit 1:0 bei Bayern München«. Oder auch: Fünfter Todestag von Yves Montand (»Filmkalender«). Daran denkt auch der »Rock-Kalender«, der aber zusätzlich weiß: »1970 Charles de Gaulle, 1989 DDR«. Den »Ökos« fällt wieder nichts ein, den »Anarchos« auch nicht, und sogar der »Fußball-Kalender« muß am 9. November passen. Fassen wir zusammen: Das Jahr hat 365 Tage, und ein Taschenkalender hat 365 Möglichkeiten, etwas falsch zu machen.

Martin Krauß

Im allgemeinen kauft man im Westen wohl lieber zehn Bücher für je tausend als eines für zehntausend Mark. Dies mag bedauerlich sein, aber die Gesetze des Marktes sind unerbitt-lich. »Börsenblatt für den deutschen Buchhandel Nr. 87« zur zehnten Kölner Antiquariatsmesse

Konkret 01/96, S. 41

Gerhard Henschel

Würstchen mit Haarteil

Im Grunde seines Kinderherzens, schreibt Heino in seiner Autobiographie, war er Kommunist. Und die Deutschen lieben ihn doch

Heino, »das kleine Würstchen aus Oberbiik« (Heino über Heino), wurde 1985 von Franz Josef Strauß auf dessen Geburtstagsfeier herzlich begrüßt. »Das war eine verkehrte Welt: Ein Ministerpräsident Strauß wartet jahrelang darauf, Heino kennenzulernen – verrückt. Aber es hat mir natürlich unendlich gutgetan. Es bewies mir, daß ich irgend etwas richtig gemacht habe.«

Das stellt Heino in seiner Autobiographie fest. *Und sie lieben mich doch* – der trotzige Titel verweist auf Heinos Imageprobleme. »Es hat mich schon sehr geschmerzt, daß ich von manchen Leuten für eine Symbolfigur der Rechten gehalten wurde.« Das sei er nie gewesen, sondern »ein richtig armes Schwein« und ein »Hans-Dampf in allen Gassen«, aber auch »ein stilles, zurückhaltendes Kind«, »der Junge aus der Backstube«, ein »Schäferhund-Fan« und Träger eines Haarteils. »Und mich beruhigt der Gedanke: Ich bin ja nicht der einzige in der Showbranche, der ein Haarteil trägt. Andere haben auch noch ein Gebiß – ich aber habe noch alle meine Zähne.«

Politisch tendierte Heino (»Im Grunde meines Kinderherzens war ich Kommunist«) mal hierhin (»Als ich später meine Stimme abgeben durfte, habe ich immer SPD gewählt«) und mal dorthin (»Im Grunde tendiere ich zu den Grünen«), doch über alle Widrigkeiten triumphierte die Liebe. Heino (»Ich liebe die Natur, die freie Landschaft«) liebt seine Heimat (»Das ist mein Fleckchen Erde. Ich liebe diese Natur, diese Bäume, die Vögel, den Zug der Wolken, die Sonne, die das Tal zum Leuchten bringt, die traumhaften Farben des Herbstlaubes, das Fallen von Regen und Schnee«).

Er liebt aber auch Rudi Schurickes »Caprifischer« (»Ich liebte dieses Lied«), Karin (»Karin hatte eine Super-Figur: lange Beine, schmaler Popo, knackiger Busen; ein edles, schmales Gesicht, langer Pferdeschwanz«), Henny (»Wir taten, was alle jungen Menschen am liebsten tun, obwohl es längst noch keine Pille gab«), Lilo (»Ich habe sie ziemlich schnell geküßt. Es schmeckte wie Erdbeeren mit Sahne«) und Hannelore (»Ich liebte Hannelore, basta«). Speziell Hannelores Gastbeitrag verdanken wir auch das endlich Gemeingut gewordene Wissen um die Geschehnisse in der dritten Hütte: »Und dann hat er mich hinauf in mein Zimmer unterm Dach begleitet. Und da ist es dann passiert. Endlich! Ich will nur dies verraten: Es war so schön wie noch nie im Leben.«

Bevor er den Höhepunkt erreichte, mußte Heino manchen Umweg beschreiten und auch mehrfach überstürzt den Rückzug antreten. Als »die hübsche Henny«, die er geschwängert hatte, mit ihrer Mutter vor seinem Elternhaus aufkreuzte, handelte er sofort. »Ich dachte mir: jetzt mußt du aber gucken, daß du schnell zur Hintertür rauskommst auf den Hof. Erstmal Land gewinnen. Weg war ich. Erst eine Stunde später kam ich wieder nach Hause.« Viele Jahre später klingelte seine Jugendliebe Karin an der Haustür, mit einem kleinen Mädchen an der Hand. »Da hat es auch bei mir geklingelt. Das war Karin Theilenberg. Und das kleine Mädchen war mir sehr ähnlich, das sah man auf den ersten Blick.« Wieder reagierte Heino antrittschnell. »Ich bin mit meinem Schwiegervater blitzartig durch den Hinterausgang geflohen. Wir gingen in eine Kneipe und warteten beim Bier ab, daß sich der Qualm verzieht.«

Dem Bier blieb Heino treuer als den Frauen, die er zu Müttern machte. Er hat selbst vermeintlichen Gegnern wie Udo Lindenberg zugeprostet (»Wir saßen in Udos Garderobe und tranken ein paar Bierchen«), als junger Zeitschriftendrücker schon vormittags zugelangt (»Um zehn Uhr zog ich los als Treppenterrier, um elf Uhr ging ich in die Gastwirtschaft, ein kühles Bierchen trinken«) und die erste Plattenaufnahme mit einigen »Bierchen« begossen (»Ich ging in die erstbeste Kneipe und zischte ein paar Bierchen«). Gern kehrt Heino heute noch beim Dorfspaziergang ein (»Im Dorf befindet sich das gemütliche Haus Rupperath, wo ich schon mal ein Bierchen trinke«), und wenn er mit Hannelore wandern geht, trinken die beiden auch einmal zur Abwechslung »in einem Wirtshaus ein Bierchen«, ein Hobby, das Heino mit seinem Freund Hans-Dietrich Genscher teilt: »Er kam immer mit ausgebreiteten Armen auf mich zu, und dann tranken wir schon mal ein Bierchen und redeten über meine Lieder. Genscher hat eine große Heino-Sammlung zu Hause.«

Heino tut, was alle Bierchenzischer am liebsten tun. »Aber manchmal, wenn der Walter und ich beim fünften Bierchen sind, singe ich auch.« Und? »Und ich bin jeden Tag dankbar, daß ich hier sein darf, daß es mir gutgeht, daß ich mir mein Bierchen leisten kann.«

Alles an Heino ist schlicht – seine Musik, sein Geschmack, sein Herzensgrund, sein Haarteil, sein Fleckchen Erde, seine Autobiographie und sein Seelenleben: »Zum erstenmal in meinem Leben sah ich das Meer: soviel Wasser! So blau! Bis zum Himmel!« Schlichtheit der Gedanken und des Gemüts ist das Programm, das Heinos Fans an Heino lieben, der sich ihren Traum vom Glück so schlicht wie möglich erfüllt hat: »Vor dem breiten Panorama-Fenster meines gemieteten Hauses in Bad Münstereifel-Eicherscheid sitzend schaue ich in ein wunderschönes Eifel-Tal hinein. Der Blick geht über die Kronen der Bäume, folgt dem Flug von Krähen oder Schwalben, hinüber zu den langgestreckten Hügeln. Dich, mein stilles Tal, grüß ich tausendmal ...«

Hundeliebe, Einfalt, Nachdurst und schwarzbraune Haselnußknackermusik sind kein Grund zur Aufregung. Aber daß selbst die Bergvagabunden der sogenannten politischen Klasse darauf abfahren, stimmt bedenklich. Genscher hört Heino, Kohl hört ihn vermutlich auch, Rudolf Scharping hört Konstantin Wecker, Gregor Gysi hört Barbara Thalheim, aber Bill Clinton hört Johnny Cash. Das ist der Unterschied zwischen Washington und Bad Münstereifel-Eicherscheid.

Als Wechselwähler kennt Heino auch keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. »In den letzten Jahren habe ich Helmut Kohl gewählt, weil er uns die deutsche Einheit gebracht hat und ein fähiger, berechenbarer Staatsmann ist. Aber das heißt nicht, daß ich nun für immer CDU wählen werde«, schreibt er. »Um ein Haar wäre ich sogar bei den Grünen gelandet: Kurz nach ihrer Gründung kamen ein paar Grüne in mein Haus und wollten mich für ihre Partei gewinnen. Ich war leider nicht da ...«

Heino: *Und sie lieben mich doch. Die Autobiographie*. Edition Ferenczy bei Bruckmann 1995, 324 Seiten, 39,80 Mark

Gerhard Henschel schrieb in KONKRET 9/95 über Norbert Blüms Urlaubsalbum

Konkret 01/96, S. 42

Hermann Kant, Hermann L. Gremliza, Rayk Wieland

»Ich würde es noch mal so machen«

KONKRET-Gespräch

Seit dem Sieg der großen original deutschen gewaltfreien Revolution spielt der ehemalige Präsident des Schriftstellerverbandes der DDR im Feuilleton der Bürgerpresse die Rolle des Staatsfeindes Nr. 1. Mit Hilfe von Aktendes Kohl-Beauftragten Gauck soll er aus der Literatur entfernt werden. Fünfhundert Seiten dick ist »Die Akte Kant« (bei Rowohlt), mit der ein Karl Corino Kant als Stasi-Spitzel überführt zu haben glaubt. Hermann L. Gremliza und Rayk Wieland haben mit Kant gesprochen

KONKRET: *Herr Kant, in einem Buch hat der Redakteur Karl Corino Auszüge aus Akten des Ministeriums für Staatssicherheit publiziert, Vermerke, Treffberichte, Gesprächsprotokolle, Einschätzungen und Maßnahmepläne, die Ihre Zusammenarbeit mit eben diesem Ministerium belegen sollen. Haben Sie mit der Staatssicherheit kooperiert? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?*

Kant: Ich habe nie bestritten, Gespräche mit Vertretern dieses Ministeriums geführt zu haben. Es wäre mir höchst albern vorgekommen, hätte ich den Staat DDR gewollt, aber die Einrichtung, die zu seiner Verteidigung installiert worden war, nicht. Nach Lektüre dieser 500 Seiten muß ich aber sagen: Ich habe meine Gesprächspartner überschätzt. Während ich der Meinung war, wir redeten miteinander im gemeinsamen Interesse der DDR und der Partei, der wir angehörten, haben die einen geheimdienstlichen Broterwerb daraus gemacht, mit teilweise albernen Ergebnissen, vor allem aber mit dem Ergebnis, daß ich jetzt dastehe, wie ich dastehe.

Sie waren überrascht über den Charakter der Aufzeichnungen?

Grundsätzlich war diese Sammlung für mich erledigt, als der Sicherheitsmann in ihr von »Aufträgen« sprach, die er mir gegeben haben wollte. Dieser Genosse war der offizielle MfS-Beauftragte, mit dem ich aufgrund meiner Partei- und Verbandsfunktionen zu sprechen hatte. Er ist mir jahrelang mit dem Respekt begegnet, den er einem nicht ganz unbekannten Schriftsteller und Inhaber einer wichtigen Verbandsfunktion schuldete. Von einem Auftrag – von dort an mich – und einer Erfüllung – von mir an die – konnte zu keiner Zeit und Gelegenheit die Rede sein. In diesem Konvolut taucht aber andauernd dieses Begriffspaar auf, womit für mich die Verlogenheit der Protokolle schon am Tage ist. Nur ist es bei solchen Sachen immer so: Der Betroffene selbst kann laut schreiend eine Unwahrheit erkennen; andere davon zu überzeugen, daß es die Unwahrheit sei, ist wesentlich schwieriger. Ich weiß natürlich, primitivstes Beispiel, daß ich in einer bestimmten Kneipe, die dort genannt wird, nie war. Aber wie soll ich das jemand anderem beweisen? Also ist es schon vertrackt.

Die Protokolle vermerken, daß Sie Präsente erhalten hätten, beispielsweise eine Luftpistole Modell 54 oder einen Bildband über die NVA, ferner, daß sie mit der Medaille für Waffenbrüderschaft in Silber ausgezeichnet wurden. Auch sollen Sie Berichte mit »IM Martin« unterzeichnet haben.

Ich habe nicht einen einzigen schriftlichen Bericht über auch nur eine einzige Person abgeliefert. Keinen. Und dem entsprechend auch keinen solchen mit der mir unbekannten Bezeichnung »IM« versehen. Ich habe nie irgendeine Verpflichtung abgegeben. Bei Versuchen in dieser Richtung habe ich gesagt: Wir können miteinander reden, weil ich eure Existenzberechtigung nicht im geringsten in Zweifel ziehe, aber eine Mitarbeit kommt nicht in Frage. Nun behauptet die Behörde Gauck, daß der, der nicht unterschrieben habe, eigentlich um so bedeutender gewesen sei, und daß gegenüber solchen Leuten mit pfadfinderähnlichen Riten wie Handschlag und Ehrenwort gearbeitet worden sein soll. Auch das hat mit mir nicht stattgefunden. Ich hätte mich kaputtgelacht. Und der zuständige Mann hätte sich kaum getraut, mit mir solche Faxen zu machen.

Jetzt zu diesem Knallding: Ich hatte dem Mann erzählt, daß ich mit dem Luftgewehr schieße, und gesagt, ich verstünde nicht, wieso ein Luftgewehr erlaubt und Luftpistole verboten sei. Er hat wohl daraus den Schluß gezogen, mir zeigen zu können, wie großzügig solche Bestimmungen von seinem Ministerium gehandhabt würden, und mir ein ausgeleiertes Ding mitgebracht, das ich in den Müllcontainer getan habe, weil man sich damit allenfalls selber verletzen konnte. Im Falle des Bildbandes freilich bin ich ohne Einschränkung geständig.

Was im übrigen die Medaille für Waffenbrüderschaft betrifft: Ließe sich daraus irgendeine Zugehörigkeit ableiten, müßte ich u.a. auch antifaschistischer Widerstandskämpfer, Schutzpolizist, Staatsanwalt, Forstadjunkt und Bergbauassessor sein. Denn von den dazugehörigen Institutionen bekam ich bei runden Geburtstagen die entsprechenden Ehrenmedaillen ausgehändigt. In meinem Hochmut sage ich: Man pflegte sich auch ein wenig selber zu schmücken, wenn man den Verfasser der *Aula*, die bereits, hört, hört, 1966 ein beliebtes Diplom als »Beliebtestes Buch der Nationalen Volksarmee« bekam, mit einem Produkt aus dem VEB Ordunez versah. Der studierte Herr Corino entblödet sich nicht, aus der Tatsache, daß der Held einiger meiner Geschichten ein Buchhalter aus dem Staatsbetrieb für Orden und Ehrenzeichen ist, auf meine

verbriefte IM-Tätigkeit zu schließen. Ähnliche Folgerungen leistet er sich bei den Romanfiguren Quasi Riek und Robert Iswall – und Deutschlands Literaturwissenschaft hält dazu, Glückwunsch, die Klappe.

Sie sagen einerseits, es wäre höchst albern gewesen, einen Staat und eine Partei, denen Sie in Ihrem Leben in fast zwei Dutzend Funktionen gedient haben – als Parteisekretär der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Universität Greifswald zu Beginn, später als Mitglied der Universitäts-Parteileitung an der Humboldt-Universität, als Mitglied der SED-Bezirksleitung Berlin und schließlich als Präsident des Schriftstellerverbandes und Mitglied des ZK der SED – , diesen Staat und diese Partei also zu wollen und sich von den dazugehörigen Sicheitsorganen zu distanzieren. Aber genau in diese alberne Situation gerät jede Bemühung, das zu widerlegen, was in diesem Buch zusammengetragen ist.

Ja, natürlich. Und wenn ich nicht in diesem Staate leben müßte, würde ich sagen: Ihr könnt mich gern haben. Aber weil ich darauf angewiesen bin, mit dem Staat und vielen seiner Bürger auszukommen – was nicht heißt, ihn zu lieben oder sie – , muß ich ein paar Fragen, die mir öffentlich gestellt werden, beantworten.

Nachdem der »Spiegel« 1992 eine gewaltige Story gemacht und auf der Buchmesse als Sonderdruck verteilt hatte, habe ich bei der Gauck-Behörde einen Antrag auf Einsicht in meine Akten gestellt. Der wurde unter der »Tagebuch-Nr. 104726/92 Z«, was immer das »Z« bedeuten mag, registriert, und seither hat die Behörde mich hingehalten. Auf einen besonders kühnen Brief von Herrn Geiger hin, der inzwischen Verfassungsschutzpräsident ist, habe ich schließlich gesagt, sie sollen ihren Kram behalten. Ich hatte zunächst nicht mehr sehen wollen als wenigstens die Teile, die man dem »Spiegel« ausgefolgt hatte, und wollte später natürlich die Teile sehen, die Herr Corino erhielt. Aber da hieß es immer: »Das dauert alles ...« oder »Der Bundesanwalt hat Ihre Akte gerade an sich gezogen, er hat ein Verfahren erwogen und erwägt es noch.« Er hat aber keines eröffnet. Von lauter solchen Geschichten war die Geschichte meines Verlangens, dieses Zeug einsehen zu können, begleitet.

Die Akten, die Corino präsentiert, sind bei kritischer Betrachtung nicht gänzlich zu Ihrem Schaden. Das letzte Drittel besteht nur aus Aufzeichnungen über Ihre Mißliebigkeit und die Schwierigkeiten, die Sie Partei und Staat gemacht haben. Seit 1976 findet sich kaum etwas, das auch Böswillige Ihnen vorwerfen könnten – außer Ihrer politischen Haltung. Am Anfang allerdings taucht ein schwerwiegender Vorwurf auf: Ein Johannes Krikowski von der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät soll auf Grund Ihrer Aussage, er hätte sich für freie Wahlen eingesetzt, für vier Jahre nach Sibirien deportiert worden sein.

Laut eidesstattlicher Erklärung – irgendein anderes Dokument kann der Mann verständlicherweise nicht vorweisen – soll dem ABF-Studenten Johannes Krikowski 1951 bei Vernehmung und Urteil in Moskau gesagt worden sein, ich hätte geäußert, er habe von »freien Wahlen gefaselt«. Trotz guten Gedächtnisses weiß ich von keinem Johannes Krikowski in meiner »Klasse« – was nicht ausschließt, daß es für kurze Zeit einen gab. In einer Arbeitsgruppe – so die korrekte Bezeichnung – können wir aber allenfalls zwei Jahre vor seiner Verhaftung, also 1949, gewesen sein. Denn ich gehörte zu den wenigen, die das Abitur statt nach drei nach zwei ABF-Jahren ablegten. Ein Krikowski war nicht dabei. Ich wüßte gern, wessen man ihn und die Gruppe der Mitverhafteten, von denen man in früheren Publikationen Corinos las oder hörte, beschuldigt hat. Meine angebliche Äußerung kann kaum seine Verurteilung oder gar die anderer herbeigeführt haben. Ich wurde nie, und zwar weder in Moskau noch anderswo, zu einem Johannes Krikowski verhört oder vernommen. Aber daß ich, der Parteisekretär der ABF Greifswald, jemanden nach seinem Verschwinden – was für uns damals »nach dem Westen« hieß – zu Leuten gezählt haben könnte, die »von freien Wahlen faseln«, weise ich nicht von mir. Ich war damals etwas weniger tolerant als heute, und wer mir mit freien Wahlen kam, 1949 oder 1951, dem habe ich ganz bestimmt gesagt: Hitler ist auch durch freie Wahlen an die Macht gekommen, also komm' mir nicht mit solchen Rezepten. – Ich war von diesem Schlage.

Doch Johannes Krikowski, von dem ich nicht wissen kann, was alles wer ihm wo gesagt haben könnte, hat mich in Zusammenhänge gebracht, in die ich nicht gehöre. Wenn Corino, der Kommentator seiner eidesstattlichen Erklärung, empört mitteilt, ich habe 1951 getan, als wisse ich nicht, daß Leute, die für Faschisten gehalten wurden, in vormals faschistische Lager gerieten, erinnere ich daran, daß ich selber etliche Jahre in ehemaligen Nazi-KZ-Baracken verbrachte und im Ghettorest von Warschau ins politische Nachdenken kam – was auch erklärt, warum ich vom vorgenannten Schlage war.

Nun werde ich gefragt, warum gehst du nicht gegen die Verleumdung vor. Die Gegenfrage lautet: Wie gehe ich vor und warum sollte ich vorgehen gegen jemanden, der behauptet, ein Staatsanwalt in Moskau habe zu ihm im Jahre 1951 gesagt, ich hätte etwas gesagt. Mehr behauptet er ja nicht. Soll ich nun diesen Staatsanwalt auftreiben, um ihn zu fragen, was er gesagt hat und warum?

Ein zweiter der wenigen ernsthaften Vorwürfe lautet, daß Ihre Denunziation es dem MfS ermöglicht hätte, Dieter Borkowski operativ zu bearbeiten und ihn schließlich zu verhaften.

Zu Borkowski sage ich sehr ungern etwas. Ich hatte mehr oder minder private Anlässe, nach erster flüchtiger Begegnung und verläßlichem Hörensagen auf weitere Bekanntschaft mit ihm zu verzichten. Es waren Fragen des Geschmacks. Soviel

ist sicher: Mit einem Manne wie Borkowski mich einzulassen in eine Verschwörung, die er jetzt zur Schirdewan/Wollweber-Aktivität stilisiert, hätte für mich einer Anstrengung bedurft, die ich nicht auf mich nehmen wollte. Ich habe mich mit Borkowski in keinerlei Verschwörung begeben und dementsprechend auch niemandem eine Verschwörung mitteilen können.

Ich sage aber in aller Vorsicht: Ich wüßte gern, in wessen Händen die betreffenden Papiere gewesen sind, bevor Corino auf sie stieß. In »Wer war wer in der DDR« steht bei Herrn Borkowski, er habe bei der »Sichtung« der Stasi-Papiere mitgeholfen und dadurch an meiner Entlarvung tätigen Anteil gehabt. Ich habe von den Prozessen, die Borkowski gehabt hat bzw. gehabt haben will, seinerzeit nicht einmal gewußt, geschweige denn, an deren Vorbereitung mitgewirkt. Man muß diese Papiere bei Corino genau ansehen. Mit Borkowski-Prozessen hatte ich nichts zu tun.

Und mit dem Fall Hans-Joachim Staritz?

Staritz hat sich, als ich die Studentenzeitschrift »tua res« machte, aus Westberlin gemeldet und angeboten, für »tua res« zu schreiben. Er ist dann aus Gründen, die ich nicht durchschaue, verhaftet worden. Als er noch bei uns studierte, war jemand bei mir, dem Parteisekretär, und hat gefragt,was das für einer sei. Ich sagte, und würde das jederzeit wiederholen, auch ihm gegenüber: Laßt den in Ruhe, der redet sich in seine eigenen Fallen, weil er einer der Leute ist, die andauernd schwindeln müssen und deren Rettung eigentlich nur in Literatur besteht. Er hat von seinen eigenen Erfindungen gelebt, und wir haben im Gespräch, wenn er es zu weit trieb, immer gesagt: Jochen, die Hälfte!

Während des Prozesses später hat mich der Anwalt von Staritz laden lassen, als Zeugen der Verteidigung. Es ging um die Frage, ob zutreffe, daß Staritz »tua res« seine Mitarbeit angeboten hatte. »Ja«, habe ich gesagt. In Corinos Buch steht, ich hätte es geleugnet. Ein Blick ins Gerichtsprotokoll hätte genügt, diese Fälschung zu korrigieren. Ob einer als Zeuge vor Gericht »ja« oder »nein« zu etwas gesagt hat, macht meistens einen gewissen Unterschied. Ich bin gefragt worden, ob die zwei Artikel erschienen seien, und ich habe gesagt: Nein, das müssen wir noch ein bißchen prüfen, das ist ein sehr erfindungsreicher Mensch. – Das war mein Anteil an diesem Vorgang. Tut mir sehr leid, ich würde ja gern Schuldbekenntnisse krähen, aber ich kann nur diese Art von Antworten geben.

Wie immer es sich im einzelnen verhalten mag – und wir haben nichts und Corino hat auch nichts, was die Unrichtigkeit Ihrer Darstellung belegen könnte – : Ihr Verhältnis zur Staatssicherheit war ein konkreter und sehr spezifischer Ausdruck eines allgemeineren Verhältnisses, nämlich des Verhältnisses eines Schriftstellers zur Macht. Sie hatten als Parteifunktionär und Schriftsteller, später als Verbandsfunktionär, eine Position eingenommen, die Sie selber damals als die eines Doppeladvokaten beschrieben haben. Das ging nicht immer gut, es gab einige heftige Zusammenstöße, der spektakulärste war der Ausschluß von sechs Schriftstellern aus dem Schriftstellerverband, den Sie, dem Protokoll nach, maßgeblich mitbetrieben haben. Denken Sie in dieser Sache heute anders?

Viele, die dieses Ding lesen, sagen mir: In der zweiten Hälfte bist du ja ganz freundlich, fast schon verdächtig freundlich. Bei mir stellt sich das anders dar. Neben dem bösen Willen, den Corino hat, weil er mit mir nicht glücklich ist auf dieser Welt, hat er auch keine Ahnung. Das Auf und Ab, Hin und Her, das Getümmel der kulturellen Schlachten, vor deren Hintergrund sich diese Vorgänge abspielten, kommen in Corinos Sammlung nicht vor. Entweder sie haben nicht gepaßt, oder er hat sie nicht verstanden, oder die Unterlagen fehlen in meinen Akten. Ich weiß das nicht. Dann müßte es noch eine zweite Akte geben, denn mir kann keiner erzählen, daß jemand wie ich, der von Anbeginn einen heftigen Westkontakt hatte, nicht immer begleitet worden sei vom argwöhnischen Blick. Der kommt im Corino-Buch erst spät, er war aber immer da. Ich vermisse z.B. den Sommer 1968. Da hatten wir ein Kolloquium des Verbandes mit Eduard Goldstücker, mit Heym als einem Sprecher aus der DDR und mir als Vizepräsidenten und federführendem Mann für diese Veranstaltung. Ich hielt eine Rede mit der Tendenz: Was in der CSSR läuft, ist gut auch für uns, wir müssen hin und wieder durchgeschüttelt werden, damit wir munter bleiben. Es wurde als Rede zugunsten des Prager Frühlings aufgenommen und hatte zur Folge, daß der Rat für Kultur der sowjetischen Botschaft und ein Mann, der eindeutig vom KGB war, in den Verband kamen und wissen wollten, was wir uns dabei gedacht hatten. Während Goldstücker und Co. natürlich ganz beglückt waren. – Wenn solche Dinge bei Corino fehlen, wird man sie tendenzielle Lücken nennen dürfen. Das ist eine der Geschichten, die nicht in den Focus dieser Betrachter kommen.

Anderes wird verkürzt. Da erfährt Herr Rathenow, daß ich in einem Interview mit LITERATUR KONKRET zu Gremliza gesagt habe: Dieses neue Gesetz über die Strafbarkeit gewisser schriftlicher Mitteilungen könne meiner Meinung nach ganz bestimmt nicht für Literatur gedacht sein. Natürlich war das Gesetz nur gedacht, Literatur niederzuhalten, und natürlich habe ich mit Bedacht gesagt, das kann dafür nicht gelten. Der Rathenow hat das sofort erkannt. Er hat mich gefragt, ob das so zutrifft. Der Brief mit seiner Frage ist bei Corino abgedruckt, meine Antwort (die ich wie die Prag-Rede habe) nicht. Die war aber so, daß Rathenow sie genommen hat, zu seinem Anwalt gegangen ist, der hat sie zum Staatsanwalt getragen, der hat daraufhin das Verfahren gegen Rathenow niedergeschlagen. Warum sagt Herr Rathenow das nicht? Weil sein Anwalt Gysi hieß?

Zurück zu diesem Ausschluß. Ich habe mich damals als Legalist hingestellt und gesagt: Das Verbandsstatut sieht bestimmte Verpflichtungen vor, gegen die sich nicht nur in punktuellen Dingen, sondern in Gänze zum Beispiel Heym gewandt hat. Heym hat sich abgemeldet aus dem Statut, das für den Verband nun mal galt und von uns ja gerade ein Jahr zuvor angenommen worden war. Ich habe mich auf den Standpunkt gestellt, wer sich daraus abmeldet, meldet sich aus dem Verband ab.

Da war aber noch etwas anderes. Der Verband war eine von der Partei, der ich angehörte, aber nicht in allen Punkten folgte, in diesem auf keinen Fall, argwöhnisch betrachtete Angelegenheit. Und es gab zu jener Zeit einen Kampf zwischen dem Berliner SED-Sekretär Naumann, dem Erich Honecker viel zu lasch war, und Honecker, der wußte, wenn er nicht mit den Kulturleuten klar kommt, verliert er alle Kämpfe, auch die gegen Naumann. Und der Verband war eine Kraftprobe. Da hieß es: Wenn ihr mit dem Problem, daß sich Leute von eurem Statut abmelden, nicht allein zu Rande kommt, können wir den Verband abschaffen. Das geht in anderen sozialistischen Ländern auch, da haben die keine mehr oder solche, die absolut parieren. Und da habe ich gesagt, nein, der Verband ist so wichtig, er war in meinen Augen immer sehr wichtig und ist es geblieben bis zuletzt, für den lohnt es sich zu kämpfen, auch unter Verlust von Mitgliedern. Ich könnte mich darauf rausreden, daß es eine Angelegenheit der Berliner gewesen sei. Nein, ich habe klargestellt: Der Verband braucht keine Honeckers oder Hagers oder Naumanns oder Mielkes, um zu sein, was er sein kann. Was ich für diese Entscheidung bezahlt habe, weiß ich. Aber ich würde es noch mal so machen.

Noch einmal? Auch vor dem Hintergrund des Wissens, daß das Ganze Schiffbruch erlitten hat? Sich also all die Kompromisse, die taktischen Reden und Taten schließlich doch nicht gelohnt haben? Der Sieg hätte noch den windigsten und ekligsten Kompromiß geadelt. Aber nach dieser Niederlage ...

Wenn ich sage, ich würde es noch mal tun, bekräftige ich nur, daß ich keine andere Möglichkeit hatte. Was ich anders machen würde: Ich begleitete diesen Vorgang mit letzten Anstrengungen, andere Leute zu überzeugen, daß es keinen anderen Weg gibt. Das haben wir damals zu wenig getan. Es sagen mir freundliche Leute: Hättest du gesagt, laßt uns alle für eine Woche nach Hause gehen und das in Ruhe überdenken, wäre es wahrscheinlich die Rettung gewesen. Kann sein, aber mein Argwohn sagt mir, nein, am anderen Tag hätten sie im Politbüro dem Genossen Honecker mitgeteilt: Du siehst, diese Schlappiers ...

Wäre es für den Schriftsteller Hermann Kant, der talentiert genug war, ohne Amt sich durchzusetzen, nicht besser gewesen, wenn er sich all diese politischen Funktionen nicht hätte aufhalsen lassen?

Da war ich eben anderer Meinung und bin es noch. Ich sehe nicht, warum Schriftsteller nicht auf diese Weise beteiligt sein sollen an etwas, das sie wollen. Ja, ich sehe den Konflikt, ich habe ihn ja gelebt. Hätte ich ihn ausgespart, wären an seine Stelle andere getreten. Ich bin als politisch handelnder Mensch zum Schreiben gekommen, nicht umgekehrt. Wer soll denn in einer Welt, in der jeder Inhaber einer Druckerpresse mit hundert anderen Inhabern zusammengeschlossen ist und man nur mit Zusammenschlüssen bestehen kann, diese führen? Das können nicht irgendwelche geheuerte Beamte sein, das müssen Fachleute sein. Ich weiß doch, wieviel Wirkung es hatte, wenn der Autor Kant irgendwo zu Amte ging – Wirkung für die Autoren, für die er vorsprach. Ich wüßte nicht, woher den Hochmut nehmen, heute anderen zu raten: Laßt das sein.

Gerade bei Corino ist aber zu lesen, daß Sie sich seit dem Ende der siebziger Jahre öfter mit Rücktrittsabsichten trugen.

Meine Geschichte ist auch eine des Abschieds von Illusionen. Ich war nicht dickfellig genug, das ohne weiteres auszuhalten, so daß ich auszuweichen suchte, indem ich da ‘raus wollte. Das ändert nichts am Grundsatz, daß Leute wie ich diese Arbeit machen müssen. Gremliza war immer des Hohnes voll, wenn sich Autoren an allen möglichen Kampagnen per Unterschrift beteiligten. Für mich bleibt die Frage, wieso ausgerechnet Schriftsteller, also Leute, die in aller Regel etwas bewegter im Kopfe sind, die Machtinhaber per Abstinenz nicht stören sollten. Ich staune, daß ein Literat solche Vorstellungen pflegt, denn das bedeutet in der Konsequenz: Literaten sind ‘was Besonderes. Alle andern dürfen, wenn Spanien brennt, die Knarre nehmen, Literaten nicht.

Es macht einen Unterschied, ob ich als Schriftsteller bei den internationalen Brigaden kämpfe oder ob ich eine Unterschrift für eine Wählerinitiative leiste. Um ein naheliegendes Beispiel zu nehmen, nämlich mich (HLG): Wenn ich alte Kolumnen von mir lese aus den 70er Jahren, sind die gedanklich wie stilistisch peinlichsten jene, in denen ich besonders politisch sein wollte – mit Hinblick auf einen Parteitag, ein mögliches Bündnis und ähnliches. Rausgekommen ist dabei alles mögliche, nur keine guten, das heißt: intelligenten, kritischen, aufklärerischen, dauerhaften Texte.

Natürlich läßt sich auch bei mir sowas finden, obwohl, viel ist es nicht. Wie ich mein halbes Krepieren aus meinem Schreiben herausgelassen habe, so ließ ich taktische Gesichtspunkte, die ich als Funktionär berücksichtigte, nicht an mein Schreiben heran. Sogar bei Corino taucht ein Widerschein der Kümmernisse meiner führenden Genossen auf, die sie beim Lesen mancher meiner Schriften empfanden.

Das war nicht gemeint. Daß auch der taktisch klügelnde Schriftsteller den jeweiligen Regierenden immer noch als verdächtiges Subjekt erscheint, weil er sich nicht darauf beschränkt, einfach ihre Reden und Programme abzuschreiben,

versteht sich. Was im Westen hieß: »Ein kluges Wort, und schon bist du Kommunist«, hieß im Osten vielleicht: »Ein kluges Wort, und schon bist du Dissident.«

Es bleibt die Frage, ob jemand mit diesem feinen Talent in dieses grobe Geschäft soll. Ich weiß, daß das verderbliche Wirkungen haben kann, aber ich glaube nicht, daß sich daraus ein Recht von Literaten ableitet, sie seien herausgehoben aus dem Vorgang Politik. Ich hatte immer mit Lesern zu tun, die, wenn sie mir schrieben, es gebe zuviel Kali auf ihren Wiesen, wußten, daß ich das nicht mit einem literarischen Griff beseitigen konnte. Aber sie wußten, ich würde einen politischen Griff versuchen. Wenn heute diskutiert wird, ob diese Braunkohledörfer weggeschaufelt werden dürfen, erinnert keiner daran, daß der Schriftstellerverband die einzige öffentlich wahrnehmbare Kraft in der DDR war, die – nicht erst auf einem Kongreß – gegen diesen Vorgang antrat. Hätte ich, weil ich einen ordentlichen deutschen Satz schreiben kann, sagen sollen, Leute, ich schreibe lieber einen ordentlichen deutschen Satz als einen Schriftsatz gegen die Vernichtung sorbischer Dörfer? Das war meine Natur nicht. Leute, denen der Schnabel dazu gewachsen ist, sollen ihn auftun.

Es ist gewiß besser, einen Schriftsatz zu schreiben als eine Erzählung über den tragischen Untergang des sorbischen Dorfes. Denn die Beschäftigung des Schriftstellers im politischen Kleinkrieg – er hat als Weltenkrieg begonnen und in Rauferei geendet – hat Bibliotheken von Wegwerfliteratur produziert, die man jetzt nur noch entsorgen kann.

Daß Literatur unter bestimmten Umständen bestimmte Beförderung erfährt, weil sie bestimmte Sachen behandelt, ist ein Teil der Literaturgeschichte. Jeder Krieg produziert eine Literatur, an der nicht nur Grimmelshausens beteiligt sind, sondern auch viele namenlose Hausens. Das verschwindet dann. Der Krieg, die zugespitzte Verfassung eines Allgemeinzustandes, produziert eine besondere Art Literatur. Das verliert sich. Von der Literatur des Ersten Weltkrieges sind Barbusse und Zweig und Remarque und ein paar andere geblieben, Tausende nicht. Auch die DDR war gewissermaßen ein Sondervorgang, in diesem Falle ein besonders befehdeter Vorgang.

Es gab in der DDR viele Leute, die versucht haben, systemimmanente Kritik zu üben. Sie haben überlegt, wieweit sie in einer bestimmten Situation gehen konnten, was gerade noch geduldet würde, welche Chance welche Forderung hätte, welche Diskussion man anregen könnte und welche besser nicht. Wenn man diese Sachen heute liest, bedarf es erheblicher Kenntnis der betreffenden Situation und des dazugehörigen Parteichinesisch, um auch nur zu ahnen, um was es da eigentlich ging. Müssen Sie nicht fürchten, daß es mit dem Verschwinden der DDR aus den Köpfen auch Ihrem Lebenswerk so gehen könnte? Und wenn nicht dem ganzen, so doch Teilen?

Ich bin in aller Gelassenheit überzeugt, daß mich meine politische Tätigkeit nicht gehindert hat, ein lesbarer Autor zu sein. Leute, die erklären, sie seien durch die DDR gehindert worden, bedeutende Literaten zu werden, frage ich, wo denn nun, da diese verdammte DDR schon eine Weile weg ist, der Ausweis ihres Talents bleibe. Von Rathenow bis Bohley warte ich auf solche Belege. Es bleibt nur die Behauptung davon. Andere haben sich ja überhaupt nicht beeindrucken lassen – ein Mann wie Hilbig, der ein außerordentlicher Autor ist, hat sich von Verhältnissen, die weiß Gott für ihn nicht freundlich waren, keineswegs hindern lassen, ein herausragender Schriftsteller zu werden.

Und Schriftsteller, die eingesperrt wurden?

Ich bin zu Kurt Hager, an dessen Seite ich ganz stehe, wenn er von oben runterguckt auf diese fabelhaften Richter, ich bin zu ihm gelaufen, als junge Schreiber eingesperrt waren, und habe gesagt: Wäre ich ein junger Kerl von 20 Jahren, würde ich mich so verhalten, daß ihr mich einsperren müßtet. Das ist immer die hohe Schule der Literatur gewesen und hat zu Charakter geführt. Bei manchen auch zum Tode, aber bei uns doch nicht. Ich bin nicht zuletzt deswegen ein Schriftsteller geworden, weil man mich eingesperrt hat. Jedenfalls wäre ich ohne Knast der Autor, mit dem ich ganz zufrieden bin, nicht geworden. Was ja nicht heißt, man müsse Talente einsperren, damit sie ein bißchen mehr ... Ich halte es nur fast für verächtlich, wenn Leute behaupten, die Entfaltung ihres Talents sei nicht nachweisbar, weil sie nachweisbar in einer Bredouille mit der Staatsmacht waren.

Sie haben den Ausschluß beispielsweise dieser sechs Leute und andere Maßnahmen, die Sie verantworten mußten, als notwendig reklamiert, den Verband zu erhalten und damit anderen Schriftstellern Schutz bieten zu können. So und so ähnlich funktionierten alle möglichen Auseinandersetzungen in der DDR. Es wurde so lange Rücksicht auf den engen Handlungsrahmen genommen, bis – um es am Beispiel des Schriftstellerverbandes zu sagen – Hermann Kant, um den Zugriff Konrad Naumanns abzuwehren, selbst zum Naumann werden mußte. Konnten sich solche Anstrengungen überhaupt lohnen? Waren sie nicht bereits ein Abschied?

Manchmal sage ich mir, die hatten mit ihrem Argwohn gegenüber Literatur ganz recht. In deren Sinne bin auch ich durch Literatur versaut worden. Ich kam als lupenreiner Stalinist aus dem Lager im ehemaligen Warschauer Ghetto nach Hause und bin durch Umgang mit Literaten und Literatur zu anderer Haltung gekommen. Was übrigbleibt von der DDR-Literatur, nämlich die Literatur in ihr, ist zustande gebracht worden von Leuten, die sich letzten Endes, d. i. an der Schreibmaschine, nicht so sehr um Vorschriften geschert haben. Noch einmal sehr praktisch: Ich habe bestimmte Geschichten mit der Haltung geschrieben: Nun macht mal was! Ich nutzte meine Funktion, um ein bestimmter Schriftsteller zu sein. Andere

haben sich dann darauf berufen, daß der Kant ja auch solche Sachen schreibt. Ich genoß es, Leuten eine Geschichte vorzusetzen, von der sie sagten, was soll man da tun? Wenn wir das nicht machen, dann geht er uns werweißwohin ...

Es sind ja viele weggegangen, vielleicht mit dieser Erfahrung ...

Ich kam nicht einmal auf solche Idee. Ich bin nicht weggegangen, ich sagte mir, das hast du angefangen, das machst du weiter.

Andere konnten das nicht, was Sie als Präsident konnten.

Aber ich bin doch nicht als der geboren worden. Ich habe die Funktion relativ früh angestrebt. Ich bin es geworden a) durch einen literarischen Ausweis und b) durch einen politischen Ausweis. Dazu kam noch eine gewisse Fertigkeit, mich im Gespräch mit anderen Leuten verständlich zu machen. Aber das war fast schon ein Surplus. Man kann nicht sagen, der Kant konnte sich das leisten, weil er Präsident war, sondern der Kant ist Präsident geworden, obwohl er sich das immer geleistet hat.

Viele sind genau an dem Zwiespalt zwischen politischem Engagement und intellektuellem Anspruch zerbrochen. Lothar Kühne hat sich umgebracht, weil er unter den politischen Anforderungen nicht frei denken und arbeiten konnte. Andere sind in den Westen gegangen, andere haben sich ganz abgewandt. Es haben nur sehr wenige eine Geschichte wie Sie. Was bewog Sie, auf diesem Königsweg innerhalb der DDR zu beharren, während rechts und links und hinter ihnen Leute umfielen und weggingen?

Daß ich mich nicht allein der Literatur verbunden fühlte, sondern einen deutschen Staat wollte, der anders war als alle bisherigen. Ich wollte ausbrechen aus bisheriger deutscher Geschichte. Ich sah mich mit Leuten zusammen, von denen ich viele nicht ausstehen konnte, aber die Sache war uns gemeinsam. Ich konnte nicht nach Hamburg laufen, weil in Hamburg nicht diese Sache war. Die konnte ich nicht im Stich lassen. Ich war davon überzeugt, daß ich, der ich schuld war an ihrem Zustandekommen, nicht bei ihrem Zugrundegehen weglaufen konnte.

Welche neuen Erkenntnisse hat denn dieses Ende, haben die Jahre nach der Wende gebracht? Gibt es etwas, was Sie danach erst über die DDR erfahren haben? Etwas, das Sie vorher nicht wußten?

Im Prinzip nicht. Das hat aber auch damit zu tun, daß ich nicht bereit bin, jede Behauptung, die nun verbreitet wird, als belegt anzusehen.

Ich war von manchem doch etwas überrascht. Beispielsweise als ich gesehen habe, wie Offiziere der Nationalen Volksarmee öffentlich vor Kameras geweint haben über die Tatsache, daß sie nicht in die Armee des Gegners aufgenommen worden sind.

Wie die Religion positiv wird und als Kirche nicht mehr sein kann, was sie bei ihrem Aufbruch war, so ist die DDR positiv gewordener sozialistischer Gedanke gewesen und gemacht worden von Leuten, die auf ihrem Rock eine bestimmte Behauptung trugen und unter dem Rock das Herz eines Gehaltsempfängers. In der Armee lebte es sich für manche Charaktere ganz gut. Ich kann kein Verständnis für deren Tränen aufbringen, weiß aber genau, daß ich überall auf Leute traf, die ich als meine Genossen ansah, bis ich feststellte, die steckten nur in einer Uniform, und auf der stand Genosse. Wenn sie nun geweint haben, zeigt sich, daß sie von der Sache gar keine Ahnung hatten, sondern nur das Koppel um die Nieren führen wollten und weiter nichts.

Und Sie waren nicht überrascht über die große Zahl der wie Pfingstochsen dekorierten Verteidiger des sozialistischen Vaterlands, die von einem Tag auf den andern das antisozialistische verteidigen wollten?

Ich bin Schriftsteller, die Hauptkraft, die mich treibt, ist meine Phantasie. Ich habe, was um mich herum geschah, an meine Phantasie weitergereicht und dabei Illusionen verloren. Ich habe irgendwann begriffen, daß etlichen Leuten »Arbeiter-und-Bauern-Macht« nur »ihr Anteil an einer Macht« bedeutete. Deshalb war beim Angebot einer anderen Macht, sie weiter zu beschäftigen, kein Zögern zu erwarten. Dafür aber Tränen, wenn dieses Angebot ausblieb. Ich habe mich mit Kritik daran zurückgehalten, weil ich mir sagte: Dir geht es besser als denen, du bist ein fast selbständiger, fast unabhängiger Mann, und wenn du willst, gehst du in diesem kleinen Reich dorthin, wo es nötig ist, und sagst etwas. Wer kann denn das, außer ein paar Leuten neben dir ...

Den paar neuen Menschen, die die DDR wirklich zustande gebracht hat?

Das wäre eine sehr zynische Ansicht, aber Zynismen sind natürlich angesichts von Geschichte hin und wieder gestattet. Von den Tränen des nicht als Leutnant übernommenen Majors auf das Wesen der DDR zu schließen, halte ich für falsch. Sie war nur unfähig, genügend Leute auszubilden, die für solche Zähren nicht in Frage kamen. Das heißt ja nicht, daß sie nicht wert war, versucht zu werden. Wir könnten jetzt 25 Tonbänder mit Fehlern vollreden. Es änderte nichts an der Tatsache, daß ich diesen Versuch DDR gewollt habe und an ihm sehr beteiligt war. Neulich, in einem dieser Spiele, warf man mir das Stichwort »Der Sozialismus ...« zu. Ich sollte einen Satz daraus machen und setzte fort: »... war, ist und bleibt

ein unvermeidlicher Gedanke«. Das scheint sehr wenig, ist aber jetzt alles. Viel mehr an Anspruch kann ich nicht anmelden. Aber auf dem bestehe ich.

Warum sind gerade Sie, der Sie sich vom jungen Stalinisten schon früh zum Entspannungspolitiker entwickelt hatten, der Sie mit fast allem, was Sie geschrieben haben in der DDR, an der Grenze dessen, was publizierbar war, sich bewegt haben, der Sie sich sogar für ziemlich wenig bedeutende Literaten wie den Erich Loest sehr vehement ins Zeug gelegt haben, warum sind ausgerechnet Sie der vom bürgerlichen Feuilleton am meisten gehaßte DDR-Bürger geworden?

Zu Loest doch noch einen Satz oder drei, denn es gibt da ein paar Sachen, die mich nerven. Über den Loest-Roman habe ich vorm Verbandsvorstand gesagt: Wenn dieses Buch in der DDR-Literatur nicht möglich ist, ist sie nicht möglich. Das heißt, ich habe daraus ein Thema von größter Generalität gemacht. Und habe es bis zum Ende so gehandhabt.

Es ist ja erwiesen, daß das Ministerium für Staatssicherheit den törichten Ehrgeiz hatte, Loest unter Aufwand einer Kompanie Mitarbeiter »fertigzumachen«. Wie macht man einen Schriftsteller fertig? Indem man ihm die Möglichkeit nimmt zu publizieren. Meine Aktivität war auf das Gegenteil gerichtet. Ich habe den Plan der Staatssicherheit, ohne ihn zu kennen, durchkreuzt, indem ich für das ungestörte Fortleben dieses Buches sorgte. Ich würde gerne mal die Analysen der Staatssicherheit zu diesem Vorgang sehen. Wieso findet keiner irgendeine Beratung über die Frage, was diesen Kant nun reitet? Der muß doch sehen, Loest ist der Hauptfeind, die Speerspitze des Nordatlantikpakts und Eckermanns Goethe dazu, und jetzt kommt der K. und rettet den L.! In dem anderen Punkt bin ich wenig beredt. Schorlemmer hat gesagt, vors Tribunal müssen Honecker, Mielke und Kant. Schon lange vor 1989 sagte mir der hochgeschätzte Günter Gaus im Fernsehgespräch, ich sei einer der meistgehaßten Leute. Inzwischen muß ich glauben, man hatte es ihm so dargestellt.

Warum es so ist? Die Antwort muß ich mir verkneifen, weil sie zu deutlich ein Zeugnis meiner Eitelkeit sein müßte. Doch zu einer Kategorie, die unter der Überschrift »Haß aus Dankbarkeit« stehen könnte: Im Laufe meines Funktionärslebens sagte immer mal jemand im Westen zu mir, er habe Schwierigkeiten, in die DDR reinzukommen. Ich rief dann bei der Abteilung Kultur im ZK an und sagte beispielsweise, ich sei bei der PEN-Tagung in Hamburg von drei Schriftstellern angesprochen worden, die Schwierigkeiten hätten, in die DDR einzureisen, und sie sollten zusehen, daß der Quatsch aufhört. Inzwischen durfte ich von einigen dieser Leute hören, sie fänden es bedenklich, daß ich sie als DDR-freundlich bezeichnet habe. Sie läsen jetzt natürlich gern in ihren Papieren, daß ich sie als böse DDR-Feinde angeschwärzt hätte. Es sind nicht irgendwelche Leute, es ist ein »Zeit«-Redakteur dabei, ein »Spiegel«-Redakteur, einer vom Hamburger NDR und ein berühmter Germanistikprofessor. Sie zeigen sich pikiert, weil ich ihnen die Tür aufmachte. Hätte ich sie zumachen sollen?

Ja.

Konkret 01/96, S. 47

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Der Standort Deutschland, im Bewußtsein der Auflebenundtodumklammerung durch die Weltmarktrivalen Amerika, Japan und die Tiger, trennt sich von Faulfleisch: Das Kapital: speckt Arbeit ab. Die Gewerkschaften: kastrieren sich. Der Staat: kürzt die Almosen. Die Kommunen: schließen Schwimmbäder und Museen. Die Kirchen: drosseln die Heizung unter den Bänken. Der ganze Sozialklimbim geht seinen marktwirtschaftlichen Gang: den Bach hinunter ... Und was fordert, mitten in rigidester Rezession der 19. Alldeutsche Hurenkongreß zu Bremen vor paar Tagen? Die steuerliche Absetzbarkeit der »Dienstkleidung« und sonstjer berufsbedingter Aufwendungen.**'s ist un ge heu er lich!** Halbtags in Reinigungskolonnen ausgebeutete Mütter, denen man den Hortplatz für ihre Kinder (die doch mal unsere Rente bezahlen sollen!) unterm Hintern weggestrichen hat, wienern, wie Indiofrauen ihre Kleinen im Rucksack auf dem Buckel, in schwindelerregender Höhe die Glasfassaden von Büro- und Banktürmen, während unten, im kuschligen Rotlichtmilljöh der Bahnhofsgegend die Huren bei Schampus und Crackers den Robbenbabymantel in die Einkommenssteuererklärungsspalte Werbungskosten eintragen. Noch ist es nicht ganz so weit. Noch ist die Prostitution (mit zwölfeinhalb Milliarden Umsatz jährlich bei 400 000 Arbeitsplätzen eine volkswirtschaftliche Nummer Sicher) gegenüber gesellschaftlich anerkannten weiblichen Berufsbildern wie Astrologin, Bachblütenhändlerin, Tierpsychologin und Frauengleichstellungsbeauftragte benachteiligt. Der BerufsGV soll aber schon baldjabald eine amoraldesinfizierte Dienstleistung werden wie Dachentrümpelung oder Sterbebegleitung. Dafür will die Tradeunion der alldeutschen Hure, die sich nach der klassischen H. der Adenauerzeit, der Rosemarie Nitribitt, benennt, kämpfen. Kämpfen – was sonst... Kämpfen, daß das tägl. Cesar fürs 300-Gramm-Schoß-Hündchen der Hure und das monatliche Schärfen des Pitbulls des Luden steuermindernd sich auswirkt, daß dieChagrin-Leder-Peitsche abgeschrieben werden kann und der straßbesetzte Body, die vergoldete Handfessel und der bronzene Natursektkübel, die Klinikpackung pfefferminzgschmackiger Kondome und die Quittung fürs Taxi beim Hotel- und Hausbesuch, und natürellemoa der Fellatiofortbildungskurs im Hochtaunus oder auf Barbados. Soll alles abgesetzt werden können, demnächst, von der Steuer, wenn die Organisation »Nitribitt« alle jene MdBs, die ihr namentlich als Kundschaft bekannt sind, vor die grimme Wahl gestellt haben wird, entweder ihrem Gesetzentwurf zur Gleichschaltung der Prostitution mit jedwedem ehrlichen Gewerbe zuzustimmen, oder, als Freier geoutet, ins politische Nichts zu fliegen ...

Und halbtags in Reinigungskolonnen ausgebeutete Mütter, denen man den Hortplatz für ihre Kinder (die doch mal unsere Rente bezahlen sollen!) unterm Hintern weggestrichen hat, wienern, wie Indiofraun ihre Kleinen im Rucksack auf dem Buckel, in schwindelerregender Höhe die Glasfassaden der Wolkenkratzer der herrschenden Klasse. **'s ist un ge heu er lich!**

Konstantin Wecker

z.Zt. JVA München-Stadelheim

Fax 089/69922490

Lieber vorerwähnt untergebrachter

Konstantin

Auch ich nahm früher einmal Kokain

Und ich war nach dem Schnupfen frei

von Verstandesblockaden

Und konnte dichten und komponieren

sowohl den Schritt der Fraun im Kon-

zertsaal befeuchtende wie die Männer

draußen im Land zur sofortigen Welt-

veränderung auffordernde ekstatische Balladen

Auch ich kam in 4,6 Sekunden von Null

Auf Gottähnlichkeit und konnte ficken

wie John Bull

Doch eines Morgens, ich werde denselben

nie mehr vergessen
Erwachte ich aufgrund von Gleicherstik
kich (denn das Teufelspulver hatte
glatt meine Nasentapete zerfressen)
Wäre wohl gewesen verlor'n
Hätte Professor Schlenderhahn von der
HNO-Klinik zu Hamburg-Ochsenzoll nicht
gelegt sogleich einen Nasus praeter
naturalis (so daß ich seitwärts atmen
konnte durch die Ohr'n)
Nach vielen Monden erst, währenddessen
ich lag wie der in den Beißkorb gezwängte
und an allen vier Läufen gefesselte
von Hekatomben von Flöhen traktierte
Hund
Wich der Befund und ich war wieder
gesund
Doch muß seither meiden, will im Wider-
fall ich nicht sein endgiltig hin
Das Dichten und Komponieren von sowohl
den Schritt der Fraun im Konzertsaal
befeuchtende wie die Männer draußen
im Land zur sofortigen Weltverände-
rung auffordernde ekstatische Balladen
sowie das Inhalieren von Kokain
Schwach nahm man dich gefangen, doch
ich hoffe, du verläßest in Bälde schon
geläutert und stärker
Den Kerker
Nimm hin, Konstantin, mein Lieber
Die Message von diesem Kassiber:
Was wir brauchen, sind keine sog. er-
schütternden Lieder und auch kein
Suchtlzeug aus dem Labor
Was wir brauchen, sind ruhige Vorträge
und die legale Droge von Hacker-Pschorr

Kafka und ich kommen aus der Versicherung, Ringelnatz aus der Seefahrt, Oskar Maria Graf aus der Bäckerei, Wedekind aus der Instantsuppe. Nun stößt zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Literatur ein Bulle zur Dichtkunst: Der vierzig Jahre alte Hamburger Polizeihauptmeister Burkhard Bortz. Wiewohl in Reinbeck zu Hause, hat er sein Erstoeuvre nicht Rowohlt angeboten, sondern im Wohnzimmer seiner Gattin verlegen lassen. Die Gedichter, spielend in der geheimnisvollen Welt von Sicherheit & Ordnung, sind manchmal Schmiedehämmer, manchmal Engelsflügelschlag. Statt sich nun aber über die poetische Knospe am Schlagholz zu freun, behandeln sie ihn in der Firma schlimmer wie die Moslems den Rushdie. »Keinesfalls spiegelt es (das 110-Seiten-Bändchen) die Denkweise der Mehrzahl der Hamburger Kolleginnen und Kollegen wider«, meint der Hamburger GdP-Vorsitzende in vorauseilender Abwiegelung tönen zu

müssen. Und der Chef der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund entblödet sich nicht, »geschmacklos« auszurufen, und glaubt mit der entsetzlichen Phrase »Da glaubt ein Kollege, literarische Fähigkeiten zu haben, und ist weit übers Ziel hinausgeschossen« sich einer soliden literaturkritischen Würdigung des Werkes von Burkhard Bortz entziehen zu können.

Klientel

Punker und Chaoten,
die gehören auf die Lofoten,
ein Punker ist ein Kranker,
ein Chaot der tobt,
keiner da, der diese lobt,
das denkt jeder,
und wir werden zum Jäger,
die Politik, die hat einen Tick,
die Polizei will fegen,
die da oben aber nur hegen.

Es dauert nur noch eine Weile,
dann kriegen auch die die Eile,
und dann macht sie satt,
raus aus der Stadt !

Einstellung

Der Täter ist weg,
einfach so vom Fleck,
heul doch nicht rum,
feg ihn vorher um.

Werbung

Ein Schuß zur richtigen
Zeit,
der spricht sich rum,
weit und breit,
liegt der Täter dann im
Blut.
Mann,
tut uns das gut!

Konkret 01/96, S. 48

Henryk M. Broder

wieder das vergessen

heute: Herr Broder

1995 Vierundsiebzig Millionen Deutsche leben friedlich miteinander vereinigt zusammen mit sieben Millionen Ausländern in einem Staat, der seinen Einwohnern individuelle Freiheit, kollektiven Wohlstand und soziale Sicherheit in einem Maß garantiert, wie dies in einem deutschen Gemeinwesen nie zuvor der Fall war. Nirgendwo haben die Arbeitnehmer mehr Urlaubstage, geben die Verbraucher mehr Geld für Reisen, Körperpflege und Luxusgüter aus. Keine Nation leistet sich mehr Bühnen und Orchester, gibt mehr Geld für Kunst und Kultur aus. Und kein Volk hat in diesem Jahrhundert mehr Glück gehabt. Nach zwei verlorenen Kriegen ist Deutschland die nationale Einheit plötzlich und unerwartet in den Schoß gefallen, die Bonner Republik hat sich zur führenden europäischen Macht entwickelt, die ihre Nachbarn mit Qualitätsprodukten und guten Ratschlägen versorgt. So hätten die Deutschen allen Grund, mit sich und dem Schicksal zufrieden zu sein.

Henryk M. Broder: Die Unfähigkeit zu feiern, in: »Der Spiegel«, Nr. 40/1995

1980 Dieser »freiheitlichste Staat, den wir je hatten« steht – historisch, materiell und personell – auf einem Fundament aus Terror und Gewalt. Es waren staatliche Organe, die Terror in einem Ausmaß und in einer Weise als Mittel der Politik einsetzten, wie es in der Geschichte der Menschheit einmalig war und immer noch ist. Es waren staatliche Organe, die eine Gewalt ausübten, deren einziges Rechtfertigungsmoment ihre »Staatlichkeit« war. Das alles liegt noch nicht einmal vierzig Jahre zurück, die Referendare von damals sind Staatssekretäre, Minister und Präsidenten von heute, und trotzdem ist alles vergessen. Wenn heute von Terror die Rede ist, dann ist nur der »private« Terror gemeint, jener, der sich gegen den Staat, seine Organe und Symbole richtet. Der Terror von Staats wegen, der sich zum privaten verhält wie eine Waggonladung Nitroglyzerin zu einem Knallfrosch, wird noch nicht mal als solcher erkannt. (Was ist die Baader-Meinhof-Bande gegen den Volksgerichtshof?) Die Überzeugung, daß amtliche Stellen weder irren noch Unrecht tun können, ist genauso verbreitet wie der Glaube an die Überlegenheit der deutschen Wertarbeit. (...)

Je länger, d.h. je öfter und intensiver ich mich mit den deutschen Realitäten befaßte, desto klarer wurde mir, daß Sadisten wie Kaduk und Boger in Auschwitz oder Goeth in Plaszow (der nach dem Krieg von den Polen hingerichtet wurde) nur die letzten Glieder einer langen Kette waren, an deren Anfang ganz andere Figuren standen: ordnungsliebende, korrekte Beamte, die nichts anderes als ihre Pflicht taten, ihre ermessensfehlerfreien Entscheidungen aufgrund von Gesetzen und Verordnungen trafen, die wiederum von ordnungsliebenden, korrekten Beamten erdacht, formuliert und in Kraft gesetzt wurden. Daß sich meinen Eltern, wie überhaupt vielen Verfolgten, das NS-System wie ein Bestiarium darstellte, lag einfach daran, daß sie in den Lagern nur mit den Kaduks und Bogers in Berührung kamen, während deren akademische Hintermänner sich mit der Ausführung ihrer Ideen die Hände nicht schmutzig machten. Für mich führt eine klare Linie von den Leuten, die meine Eltern per Erlaß zur Endlösung bestimmten, zu den Richtern, Stadtdirektoren und Polizeipräsidenten von heute, die jede Unmenschlichkeit, für die sie verantwortlich sind, damit rechtfertigen, daß sie eine gesetzliche bzw. administrative Grundlage habe. (...)

Dieses Land wird nie im Chaos untergehen, aber es wird eines Tages an seiner eigenen Ordnung ersticken. Eine kuriose Situation: Man muß in Deutschland nicht die Willkür, sondern ein System bekämpfen, das die Barbarei des Legalen für etwas Selbstverständliches hält und allenfalls Lücken in der gesetzlichen Grundlage moniert – wie jener Jurist, der in einer Fachzeitschrift sich darüber ausgelassen hat, daß die KZs nicht aufgrund eines Gesetzes, sondern nur aufgrund von Rechtsverordnungen erbaut und betrieben wurden.

Wenn ich jetzt damit aufhöre, mich in die inneren Angelegenheiten dieser Republik einzumischen und ihre Standards zu kritisieren, dann passiert das im wesentlichen aus drei Gründen: –

Ganz offensichtlich rege ich mich über Sachen, Zustände und Verhältnisse auf, über die sich nur eine winzige Minderheit aufregt. Es herrscht in der Bundesrepublik ein weitgehender Konsens in Fragen, die mich zu einem Dissens provozieren. Ich bin nicht der Meinung, daß die Nazis über Nacht zur Macht gekommen sind, ich verlasse mich nicht auf amtliche Mitteilungen, und ich widerspreche auch der Auffassung, daß nur diejenigen, die von einer Maßnahme betroffen sind, das Recht haben, sich gegen diese Maßnahme zu wehren. Aber was solls? Wenn die paar Vegetarier, die unter Kannibalen leben und ständig für Rohkost und Müslis werben, nicht rechtzeitig merken, daß sie eine komische Nummer sind, werden sie schließlich selbst von den Kannibalen aufgefressen bzw. deren Kettenhunden zum Fraß vorgeworfen. –

Ich habe keine Lust, den Kampf Argument gegen Institution so lange fortzusetzen, bis ich am Ende so belämmert und kaputt dastehe wie Michael Kohlhaas. (...)

Niemand kann der deutschen Justiz vorwerfen, sie würde nicht differenziert vorgehen. Wenn P.P. Zahl wegen eines zweifachen und schlecht nachgewiesenen Mordversuchs zu fünfzehn Jahren verurteilt wird, dann ist das eine Seite rechtsstaatlicher Maßarbeit, wenn Ernst Heinrichson für Beihilfe zum Mord an einigen zehntausend Juden sechs Jahre bekommt, die andere. Beide haben so viel miteinander zu tun, daß sie von einer Justiz ausgegeben werden, die das Ausmaß ihrer Strafen offenbar davon abhängig macht, wer geschädigt worden ist. Da ist ein deutscher Polizist allemal so viel wert wie ein paar Transporte französischer oder polnischer Juden. Und wenn nach der Verurteilung von Hagen, Lischka und Heinrichson zu 12, 10 bzw. 6 Jahren in der deutschen Öffentlichkeit »Genugtuung« über die hohen Strafen ausbrach, dann nur deswegen, weil sich die deutsche Öffentlichkeit daran gewöhnt hat, daß die Ermordung eines Juden oder Zigeuners von deutschen Gerichten mit Strafmaßen geahndet wird, die jeden Tierschutzverein zu lautstarken Protesten veranlassen würden, ginge es um »unmenschliche« Schlachtmethoden von Vieh statt um den Transport von Menschen in Viehwaggons mit anschließender humaner Vergasung. (...)

Ist der Erste Weltkrieg in Deutschland mit der Dolchstoßlegende bewältigt worden, so hat sich 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine andere Legende fest im Bewußtsein der Massen etabliert. Es gilt als ausgemacht, daß die nationalsozialistische Gewalt nicht *aus* dem deutschen Volk, sondern *über* das deutsche Volk gekommen ist, das von einer Handvoll durchgedrehter Polit-Abenteurer verführt und mißbraucht wurde. Mit dieser praktischen Exkulpation wird zweierlei erreicht: Der Kreis der Verantwortlichen wird radikal reduziert, die Geschichte wird auf das Konto der Täter abgewälzt. (...)

Wird mal an die Schrecken der Vergangenheit erinnert, dann fast immer vonden falschen Leuten, die mit obszönen Vergleichen ihr tagespolitisches Geschäft anheizen. Wenn der CSU-Politiker Holzgartner in einer Stellungnahme zur gesetzlichen Regelung der Abtreibung sagt: »Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben; das, was in unserem Volke passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz ...«, dann ist das nicht eine Geschmacklosigkeit, sondern eine ausgewachsene Perversion, auf die inhaltlich zu entgegnen sich von alleine verbietet. Aber solche Vergleiche haben derzeit Konjunktur in diesem Land, das sich von Schuld freigekauft hat, so wie man Schulden bezahlt. (...)

Ich bin es leid, mir solche Schamlosigkeiten wie »Abtreibung gleich Auschwitz« anzuhören, und ich bin es inzwischen auch leid, darauf zu reagieren. Und ich habe keine Lust mehr, Ungeheuerlichkeiten zu analysieren und zu erklären, warum sie ungeheuerlich sind. Mag Herr Geißler weiter die Kampagne gegen Strauß mit der Stürmer-Hetze gegen die Juden vergleichen – er markiert damit das politische Niveau in diesem Land, dessen materieller Wohlstand und moralische Verfassung so weit auseinanderklaffen wie ein offenes Krokodilmaul. Ich habe mich lange über solche Geschichten aufgeregt, aber ich habe inzwischen eingesehen: Es muß so sein, es geht nicht anders.

Eine Nation, die einmal ausgezogen ist, die ganze Welt an ihrem Wesen genesen zu lassen; eine Nation, in deren Mitte dann ein Völkermord weitgehend unbemerkt stattfinden konnte; eine Nation, die anschließend über Auschwitz so zur Tagesordnung übergegangen ist, als wäre es ein verlorenes Fußball-Länderspiel; eine Nation, die ihre Art, mit der eigenen Vergangenheit umzugehen, »Bewältigung« nennt – einer solchen Nation sind alle politischen und moralischen Maßstäbe durcheinandergeraten. Sie hat nicht nur, ohne es zu merken, ihre eigene Geschichte liquidiert, sie muß auch mit der Gegenwart auf eine sehr spezielle Weise umgehen. (...)

Dies alles sind Versatzstücke der deutschen Realität, mit der die Mehrheit der Deutschen offenbar zufrieden ist. Anstatt zu versuchen, die Verhältnisse zu ändern, ist es deshalb vernünftiger, seine Einstellung zu diesen Verhältnissen zu ändern, sich ihnen sozusagen positiv-pragmatisch anzunähern.

Henryk M. Broder: Danke schön. Bis hierher und nicht weiter. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1980

1995 Melancholie und Resignation machen sich breit. Das Leben in der unkommoden Demokratie ist öd und fad. Keine Utopie verzaubert den Alltag. Er habe, sagt Heiner Müller, den Niedergang von drei Systemen, Weimar, Nazideutschland, DDR, erlebt und findet es schade, daß es ihm »vermutlich zeitlich nicht vergönnt sein wird, auch das vierte sterben zu sehen«. Das mag den großen Dramatiker schmerzen, spricht aber doch für das System, das nach Weimar, Nazideutschland und DDR auf deutschem Boden entstanden ist.

Henryk M. Broder: Die Unfähigkeit zu feiern, in: »Der Spiegel«, Nr. 40/1995

Konkret 01/96, S. 50

Otto Köhler

Weißmann wäscht weißer

Von den Propyläen der Akropolis haben die Säulen und einige Überdachungsreste zweieinhalb Jahrtausende überstanden. Vom einst beim deutschen Bildungsbürgertum so angesehenen Propyläen-Verlag sind nach drei Jahren des Zitelmann-Cheflektorats nur noch Trümmer geblieben

Er sollte die Krönung eines großen historischen Werkes werden, der neunte Band der *Propyläen Geschichte Deutschlands*. Doch nun hat das Propyläen/Ullstein-Verlagsimperium durch diese Veröffentlichung das letzte Renommee verspielt.

Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler von 1933-1945 heißt der Band, der jetzt den Verlag selbst an den Abgrund führt. Ursprünglich sollte Hans Mommsen, der schon die Zeit von 1918-1933 beschrieb (*Die verspielte Freiheit*), auch diesen Band verfassen. Er geriet jedoch in Zeitverzug, und der ein Jahr zuvor als Cheflektor angetretene Neorechte Rainer Zitelmann kündigte ihm 1993 den Vertrag.

Zitelmann hatte schon einen anderen Autor ausgeguckt, der nun im Schweinsgalopp den Weg in den Abgrund auf 503 Seiten zurücklegte. Jetzt, da das 248 Mark teure Ergebnis vorliegt, ist das Entsetzen groß. Die ahnungslosen und unfreiwilligen Herausgeber und Kollegen des neuen Autors, angesehene Historiker wie Johannes Fried, Hagen Keller, Peter Moraw, Rudolf Vierhaus, Wolfgang J. Mommsen und Dieter Groh, flüchteten an die Öffentlichkeit: »Unter Verletzung des Vertrages mit dem Herausgeber und der bisher geübten Praxis der gemeinsamen Absprache hat der Verlag sich für diesen Verfasser entschieden. Er hat es darüber hinaus nicht einmal für notwendig gehalten, uns von seiner Entscheidung in Kenntnis zu setzen.« Die Historiker lehnen jede Verantwortung ab und verlangen, daß ihre Namen aus dem neuen Band entfernt werden, weil sie »hinsichtlich der Auswahl des Autors vor vollendete Tatsachen gestellt« worden seien.

Dieser Autor ist bisher nur in dem des Lesens kundigen Kreis der Neuen Rechten bekannt. Er heißt Karlheinz Weißmann, befindet sich als Studienrat im niedersächsischen Schuldienst und ist durch Veröffentlichungen in der Zeitschrift »Mut« hervorgetreten, dem Zentralorgan der »Aktion Widerstand«, die 1970 mit Mordparolen (»Brandt an die Wand«, »Hängt die Verräter«) durch Würzburg zog. 1979 wurde »Mut« von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften als »schwer jugendgefährdend« indiziert, weil die Zeitschrift eine »Verharmlosung des Nationalsozialismus« betreibe und »diesen bei jugendlichen Lesern als eine akzeptable Ideologie erscheinen« lasse. »Mut« landete unter der Rubrik »rechtsextremistisches Schriftgut« im Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz, bis der damalige Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) »Mut« ebenso wie die HIAG-Nachfolgeorganisation der SS aus dem Bericht strich. Verständlich: »Als ständiger Leser von Mut«, so schrieb ein Dr. Helmut Kohl aus dem Bundeskanzleramt in Bonn dem Blatt, »studiere ich oft mit viel Sympathie und Zustimmung Ihre Artikel«.

Im »Mut«-Verlag veröffentlichte der nationale Mommsen-Ersatz 1989 rechtzeitig zur Reichsneugründung sein erstes Buch, geschmückt mit 12 Farbtafeln: *Zeichen des Reiches – Symbole der Deutschen*. Nachdem ihm 1991 ausgerechnet der katholische Herderverlag auch noch ein Büchlein über *Druiden, Goden, weise Frauen. Zurück zu Europas alten Göttern* abgenommen hatte, gedieh der damals 32jährige Studienrat zum Historiker. Rainer Zitelmann hatte ihn entdeckt, nahm ihn in die Schar seiner Jünger auf und veröffentlichte 1992 sein Werk *Rückruf in die Geschichte – Die deutsche Herausforderung*, das der Autor selbst bei Erscheinen sofort auf einer ganzen Seite der »Jungen Freiheit« vorstellen durfte.

Mit dem *Rückruf in die Geschichte* schrieb Weißmann, wie er dem Nazi-Blatt willig erläuterte, gegen einen von ihm festgestellten »Verzwergungswunsch der Deutschen« an. Er versicherte den Jungfaschisten, daß sich bei ihm Politik über »nationalen Realismus« definiere, über »das nationale Interesse«. Interviewt wurde er von Andreas Molau, einem Ressortleiter der »Jungen Freiheit«, dem er zuvor im Vorwort seines Buches »für die Lektüre des Manuskripts und für die zahlreichen Anregungen« ebenso gedankt hatte wie seinem Lektor Dr. Rainer Zitelmann, »der die Anregung zu diesem Buch gab«. Weißmann eröffnete den Jungnationalisten schöne Aussichten: »Ich stelle mir vor, daß die Deutschen in der europäischen Zukunft noch einiges zu tun bekommen.« Sie sollten jetzt endlich den Platz einnehmen, »der uns gebührt«, einen, so hatte er es vorher altwilhelminisch formuliert, »Platz an der Sonne«.

Was nationales Denken bedeutet, weiß der Herr Studienrat, dem in der Bundesrepublik – im Gegensatz zu anderen seiner Generation – nie ein Berufsverbot drohte, sehr genau. Plakativ verkündete er am Anfang seines *Rückrufs in die Geschichte*: Vierzehn Tage nach dem Mauerfall hätten bei einem Podiumsgespräch in einer niedersächsischen Kleinstadt »die zahlreichen anwesenden DDR-Bürger« angekündigt, sie würden »die SED- und die Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben ›aufknüpfen‹«, falls sich ihr »Verlangen nach Einheit« nicht erfülle. Dieser Rückruf der nationalen Killerinstinkte hatte nach Weißmanns Recherchen keinen durchschlagenden Erfolg. Da eine Nacht der langen Messer ausblieb, warf er der ostdeutschen »Bevölkerungsmehrheit« ebenso wie »der kleinen Minderheit wirklicher Widerstandskämpfer« vor, sie hätten keinerlei »Übung darin, eine Nation zu organisieren«. Er stellte fest: »Deshalb bleiben

die Deutschen für die nächste Zeit auf das westdeutsche Personal angewiesen.« Dem bestätigte er denn auch Erfolg: »Schließlich hat die Bonner Führung den Zusammenschluß der deutschen Reststaaten mit überraschendem Geschick und fast routiniert vollzogen.«

Nicht nur verhinderte ostdeutsche Killer, auch Massenmörder aus seiner Propyläen-Berichtszeit fanden bei dem Historiker Weißmann schon 1992 Verständnis – sie sind seine Kronzeugen für die Fortexistenz Deutschlands nach der »Katastrophe« von 1945. So figurieren in seinem *Rückruf* der Generalfeldmarschall Erich von Manstein und der Nazi-Gesandte in der Slowakei, Hanns Ludin, als Deutsche, die 1945 standhielten. Manstein hatte sich mit seinem Tagesbefehl vom 20. November 1941 – er propagierte sehr erfolgreich die »Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors« – an den Pogromen der Wehrmacht beteiligt. Ludin hatte 1944 von der widerstrebenden slowakischen Regierung verlangt, daß die »Judenfrage« nunmehr »auf alle Fälle radikal gelöst« werden müsse, und damit die Endlösung in Auschwitz oder vor Ort durch Sonderkommandos der SS gemeint. Deutschland sei, so versicherte Ludin, »bereit, für die hier getroffenen Judenmaßnahmen die Veranwortung zu übernehmen«.

Weißmann: »Weder Manstein noch Ludin waren verbohrte Anhänger Hitlers, und sie hielten an der Unterscheidung zwischen dem ›Führer‹ und der Nation fest. In ihren Augen hatte Deutschland trotz allem seine Existenzberechtigung nicht verloren.« Der Druidenforscher bedauerte: »Solche Ungebrochenheit bildete aber nach Kriegsende die Ausnahme.« Man habe Ludin, tadelte er, an die CSR ausgeliefert und in Prag zum Tod durch den Strang verurteilt, »mit seinen letzten Worten gedachte er seiner Frau und der Kinder und rief noch: ›Es lebe Deutschland‹.«

Damit machte Weißmann Nachfolgern Mut. Ansgar Graw, ebenfalls Zitelmann-Jünger und enger Mitarbeiter des SFB-Intendanten Günther von Lojewski, lobte denn auch in »Mut« das Buch als »Marschgepäck auf dem Weg in eine Zukunft«, die ihm gefällt. Und das Extremistenblatt »Criticón« jubelte über dieses »Flaggschiff der Neuen Rechten«.

So kam es, daß der niedersächsische Studienrat und Propagandist mutmaßlicher ostdeutscher Killerinstinkte und tatsächlicher NS-Mörder schon ein Jahr später klammheimlich von Cheflektor Zitelmann zum seriösen Historiker geadelt werden konnte. Und jetzt, da das Ergebnis sichtbar wird, erläutert der Verlag, warum ausgerechnet Weißmanns Propyläenband »eine würdige Fortsetzung dieses großen Reihenwerkes« sei. Der Autor habe sich nämlich »in langjähriger Forschungsarbeit intensiv mit der nationalsozialistischen Epoche befaßt«. Er verstehe es »überzeugend, die Kontinuitäten und Brüche, die das Verhältnis des Nationalsozialismus zur deutschen Geschichte kennzeichnen, anhand charakteristischer Entwicklungen und Ereignisse verständlich zu machen«.

Das Ergebnis? Weißmann, der schon in einem 1993 mit Zitelmann gemeinsam herausgegebenen Buch gegen die »Westbindung« die »deutsche Katastrophe« als »Machtübernahme der siegreichen Alliierten« und »nationales Fiasko« beklagte, lügt im neuen Werk voller Selbstmitleid: »Aber niemals hat ein Volk so hart für die Untaten gebüßt, die es beging oder die doch in seinem Namen begangen wurden.« Natürlich nur in seinem Namen – an der »Endlösung« waren, wie der Runenspezialist unter Berufung auf Himmler verkündet, ja nur 200 Personen beteiligt.

Jetzt ist der Schaden groß. Er war voraussehbar. Anfang Dezember schrieb einer der Propyläen-Autoren, Johannes Fried, der »Frankfurter Allgemeinen«, zunächst habe die Zusammenarbeit mit dem Verlag vorzüglich funktioniert: »Dann aber wechselte der Verlag seinen Stil. Das stand im Zusammenhang mit einschneidenden Änderungen an der Verlagsspitze selbst. Fortan wurden keine Herausgeberversammlungen mehr einberufen, ein entsprechendes, wiederholt an den Verlag herangetragenes Ansinnen dezidiert abgelehnt, weder brieflich noch fernmündlich der Rat der Autoren eingeholt.« Weder mit den Herausgebern noch mit dem Institut für Zeitgeschichte oder anderen wissenschaftlichen Institutionen habe der Verlag über einen Ersatz für Mommsen gesprochen. Fried: »Statt dessen spähten die Verlagsoberen einen wissenschaftlichen Nobody aus, einen Freund des damaligen Cheflektors.« Weißmann erklärtes Anliegen sei »nicht die Erforschung des Nationalsozialismus, sondern die Etablierung eines rechten, neukonservativen Nationalismus im heutigen Deutschland, an Armin Mohlers Seite.« »Skandalös« sei auch, schrieb Fried, »wie der Verlag seine Kunden behandelt«, die Subskribenten, die »im Vertrauen auf den Rang der Autoren das ganze Werk bestellten« und bezahlten, »um ein Produkt zu erwerben, das ihren Erwartungen in keiner Weise entsprechen kann«.

Für Propyläen und den Eigentümer Springer steht längst schon mehr auf dem Spiel als die Rücknahmeforderungen empörter Kunden. Zitelmann und seine Anhänger haben das ganze rechte Lager durcheinandergebracht. Das muß nun sehen, wo es bleibt. Wer einen Sitz im Sicherheitsrat haben möchte und Friedenskampftruppen in altes Feindesland entsendet, tut gut daran, zunächst einmal vorsichtig aufzutreten.

Im Hause Springer hat man beinahe rechtzeitig gerochen, welch brauner Braten da anzubrennen und weithin zu stinken droht. Einige Wochen vor Erscheinen des Weißmann-Bandes trennte sich der Vorstand vom Rechtsaußen-Geschäftsführer Herbert Fleissner. Der einstige Vertriebenen-Verleger und Chef des Münchner Langen-Müller-Verlages, der auf Axel Springers Ruf auch die Leitung der Springerschen Berliner Ullstein/Propyläen-Gruppe übernommen hatte, muß zurück nach München. Seit KONKRET zur Buchmesse 1993 über den neuen braunen Outlook der Ullstein/Propyläen-Produktion berichtete, haben die Proteste ausländischer Geschäftspartner nicht nachgelassen. Zitelmann wurde Anfang des Jahres in

die »Welt«-Redaktion abgeschoben – ausgerechnet als Chef der »Geistigen Welt«. Die durchaus nicht linken »Welt«-Redakteure rebellierten – und Zitelmann wurde zum Leiter des kleineren Ressorts »Zeitgeschichte« degradiert – man liest kaum noch etwas von ihm in der »Welt«, umso eifriger sucht er auf Haiders Spuren die Berliner FDP heim. Den Weißmann-Band in der angesehenen Propyläen-Geschichtsreihe zu verhindern, hat der Springer-Verlag nun aber doch nicht mehr gewagt, die rechte Kundschaft zahlt schließlich auch mit deutscher Mark.

Ein ganz ähnlicher Konflikt beutelt zur Zeit die »Frankfurter Allgemeine«. Dort tobt ein Richtungskampf zwischen Feuilleton und Politik. Ein »Kuckucksei« sei in die Propyläen-Geschichte geraten, klagte das Feuilleton am 24. November und nannte das einen »Geschichtsskandal«. Doch der Kuckuck liegt längst auch im eigenen Nest und macht sich breit. Acht Tage zuvor war im »FAZ«-Ressort »Politisches Buch« ein bösartiger Verriß von Eric Hobsbawms Studie *Das Zeitalter der Extreme* (s. KONKRET 12/95) erschienen, der eine »eigentümliche ›antifaschistische‹ Optik« des angesehenen britischen Historikers beklagte. Autor: Karlheinz Weißmann, der »Runenforscher«, dessen »intellektuelle Wehrhaftigkeit und Wahrhaftigkeit« das »FAZ«-Feuilleton nun bezweifelt.

Der war nicht etwa ausnahmsweise und zufällig ins Blatt geraten. Schon 1991 hatte Zitelmann den »Mut«-Autor in einer freundlichen Besprechung seines Buches über Runen und schwarze Fahnen den »FAZ«-Lesern vorgestellt. Seither hat der nationale Rufer wiederholt für das Blatt der selbsternannten klugen Köpfe geschrieben.

Konkret 01/96, S. 52

Gunter Blank

Buch & Deckel

Dietmar Dath: Die Ehre des Rudels. Maas Verlag, Berlin 1995, 190 S., 28 Mark
Dietmar Dath: Cordula Killt Dich. Verbrecher Verlag, Berlin 1995, 175 S., 20 Mark

Der deutsche Jungschriftsteller debütiert, wie Marcel Reich-Ranicki regelmäßig festzustellen pflegt, mit Mitte Dreißig, und was er dann vorlegt, ist meist nicht dazu angetan, die drei bis vier Jahre bis zu seinem nächsten Roman in fiebriger Erwartung zu verbringen. Dath ist gerade Mitte Zwanzig und hat innerhalb eines Vierteljahres gleich zwei Romane produziert. Das verdient Respekt, zumal Dath weder mit der Rasierklinge noch mit der Schnapsflasche in der Hand lospoltert, sondern bescheiden, aber nachdrücklich um Kenntnisnahme seiner Werke bittet. Der Verzicht auf größenwahnsinnige Gesten entspricht den Texten, die Dath als Experimente zwischen den Polen Narration und Reflektion begreift, als öffentlich nachvollziehbare Arbeit an der Anpassung der literarischen Form Roman an ein paar ästhetische, soziale und politische Erfahrungen der achtziger und neunziger Jahre, nach denen es sich nicht nur verbietet, weiter in schönen Sätzen vom Elend der Welt zu erzählen, sondern auch, sich der Illusion hinzugeben, dieses ließe sich allein durch kohärentes Denken auf den Begriff bringen.

Beide Romane handeln von jungen Frauen, die mehr oder minder unfreiwillig mit den sciencefictionmäßig zugespitzten Widerlichkeiten der neuen deutschen Weltordnung konfrontiert werden. In *Cordula Killt Dich* eher beiläufig, weil Daths Weigerung, zwischen realem und literarischem Ich zu trennen, dazu führt, daß das »Reden über« zu Lasten des »Reden von« geht und die Absicht, aus dem »Weißen Rauschen« des alltäglichen Stumpfsinns individuelle Stimmen herauszufiltern, behindert. In *Die Ehre des Rudels* – in dem es um eine von der Wirklichkeit inzwischen eingeholte Vision eines Sektenwahns geht, der eine mittelgroße deutsche Stadt befällt – ist der Stimmenwirrwarr hingegen fein säuberlich ausdifferenziert. Das klassische Horrorszenario und der »Wall of Thoughts« stützen sich gegenseitig und konstituieren eine äußerst reale Zwischenwelt, in der sich Denken und Handeln auf fatale Weise Gute Nacht sagen.

Konkret 01/96, S. 52

Stefan Ripplinger

Buch & Deckel

Stalin□s Letters to Molotov. Hg. v. Lars T. Lih, Oleg V. Naumov und Oleg V. Khlevniuk. Yale University Press, New Haven und London 1995, 276 S., 51 Mark

Kurz vor seinem Tod im Jahr 1953 holte Josef Stalin zu einem Rundumschlag gegen die alte Garde des Politbüros aus. Ob er tatsächlich eine Verschwörung zionistischer Kosmopoliten und feindlicher Spione halluzinierte oder – wie Chruschtschow vermutet hat – die Komplizen und damit Zeugen seiner Verbrechen aus dem Wege räumen wollte, wird sich wohl nicht mehr klären lassen. Bevor der sowjetische Alleinherrscher das alte Politbüro exekutieren lassen konnte, raffte ihn eine Krankheit hinweg. Auf der Abschußliste stand auch Wjatscheslaw M. Molotow, über Jahrzehnte Stalins ergebener Gefolgsmann.

Wäre Stalin auch nur ein Jahr länger am Leben geblieben, gab Molotow später trocken zu Protokoll, hätte das seinen, Molotows, sicheren Tod bedeutet. Im selben Atemzug fügte er hinzu: »Trotzdem glaube ich, daß er (Stalin) Aufgaben ausführte, die so gewaltig und schwierig waren, daß niemand von uns, die wir damals in der Partei waren, sie hätte erfüllen können.« Molotow blieb erklärter Stalinist und wurde daher mit gutem Grund aus der Partei ausgestoßen. Ohne abschwören zu wollen, kämpfte er unermüdlich um seine Wiederaufnahme in die KPdSU. Kurz vor seinem Tod im Jahr 1986 wurde ihm diese Ehre doch noch zuteil.

Man muß also davon ausgehen, daß es sich um einen Versuch handelte, sich selbst zu rehabilitieren, als Molotow im Dezember 1969 79 Briefe von der Hand Josef Stalins dem Zentralen Parteiarchiv übergab. Dieser Umstand mindert den Wert der nun erstmals edierten Dokumente; selbst die Herausgeber räumen ein, daß Molotow vermutlich nicht alle Briefe abgeliefert hat. Außerdem sind nur eine Handvoll der Antworten Molotows überliefert. Und doch zwingt die Veröffentlichung zu einigen historischen Korrekturen. Die gravierendste betrifft die Hintergründe der sog. Eastman-Affäre, also Trotzkis erste große Niederlage in der Partei nach Lenins Tod.

Die literarisch anspruchslosen, äußerst knapp gehaltenen, meist durch Nummern gegliederten Texte entstanden während Stalins Sommeraufenthalten in seiner Villa am Schwarzen Meer. Sie umfassen die Jahre 1925 bis 1936, also die Zeit seines Aufstiegs zum uneingeschränkten Diktator. Molotow hält ihn über die neuesten Moskauer Ereignisse auf dem laufenden, Stalin gibt, nachdem er in wenigen dürren Worten das Wetter gelobt oder über seine Wehwehchen geklagt hat, Analysen und Anweisungen. Die Diktion ist scharf und unmißverständlich: »Die Sache stellt sich so dar«, heißt es beispielsweise am 26. September 1926, »entweder unterwerfen sie (gemeint ist eine Gruppe um Trotzki; S.R.) sich der Partei, oder die Partei muß sich ihnen unterwerfen. Es versteht sich, daß die Partei aufhören wird, als Partei zu existieren, wenn sie die zweite Möglichkeit zuläßt.« Tertium non datur.

Der apodiktische Ton kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Stalins Stellung im Politbüro Mitte der zwanziger Jahre keineswegs gefestigt ist. Er muß um Einfluß werben, Nebenbuhler gegeneinander ausspielen, Machinationen ausspinnen, Intrigen einfädeln. Fehler seiner Gegner kommen ihm zu Hilfe: beispielsweise in der schon erwähnten Eastman-Affäre.

Max Eastman war ein amerikanischer Anhänger Trotzkis. Offenbar hatte ihn Trotzki persönlich auf die Existenz der letzten Notizen Lenins aufmerksam gemacht. In diesen gibt Lenin bekanntlich Einschätzungen einiger Protagonisten der Partei, unter ihnen Stalin und Trotzki. Angesichts seines nahen Todes empfiehlt er der Partei – trotz Kritik an dessen Person – , Stalin den Parteivorsitz zu überlassen. In einem Nachtrag (4. Januar 1923) korrigiert er allerdings seine Meinung: »Stalin ist zu schroff, und dieser Fehler, wenn er auch in unserer Mitte und im Umgang mit uns Kommunisten durchaus erträglich sein mag, ist nicht tragbar bei einem Generalsekretär.«

In seinem Buch *Since Lenin Died* (1925) verzerrt Eastman die Leninschen Einschätzungen. Vor allem unterschlägt er Lenins Kritik an Trotzki (zu dreist, zu verwaltungsmäßig, zu »unbolschewistisch«), außerdem behauptet er, Lenins Empfehlungen seien der Partei nicht vorgelegt worden (im Mai 1924 wurden sie im Zentralkomitee verlesen). Schließlich bezeichnet er Lenins Notizen als »Testament« (worin ihm viele folgten). Diese Verfälschungen brachte die Parteispitze gegen Trotzki auf. Stalins Briefe belegen sowohl, wie zurückhaltend und geschickt er selbst in dieser Affäre agierte, als auch, daß er keineswegs die Sache unter den Tisch fallen lassen wollte. Im Gegenteil war er interessiert daran, Trotzkis vom Politbüro erzwungene Stellungnahme und das Memorandum, das er, Stalin, zur Angelegenheit verfaßt hatte, zu veröffentlichen. Trotzki hatte nämlich in seinem Statement den unverzeihlichen Fehler begangen, zwar die Bezeichnung »Testament« für Lenins Notizen zurückzuweisen, sich aber von den Lobpreisungen seiner selbst als des »heiligen« Bewahrers der Revolution und den anderen Verzerrungen Eastmans nicht zu distanzieren.

In seinem Brief vom 18. August 1925 beschreibt Stalin Kamenjew und Sinowjew als die auf den Ausschluß Trotzkis aus dem Zentralkomitee drängenden Kräfte. Seiner eigenen Ansicht nach habe sich Trotzki, indem er sich dem Druck des Politbüros beugte und immerhin jene unentschlossene Distanzierung verfaßte, »selbst gerettet«. Das könnte Ironie sein,

wenn Stalin zu ihr fähig gewesen ist, oder eine Fehleinschätzung: Trotzkis Stern sank nach der Eastman-Affäre. Stalins Position hatte sich gefestigt, weil er mit Bedacht handelte.

Die Briefe legen nahe, daß Stalins alleiniges Interesse den Machtverhältnissen innerhalb der Partei galt. Alle seine Erwägungen zu außen- und wirtschaftspolitischen Fragen sind stets mit Parteiführern und ihren Positionen verknüpft. Der amerikanische Herausgeber der Briefsammlung, Lars T. Lih, glaubt dennoch, darüber hinaus politische Grundlinien zu erkennen. In seinem lesenswerten Vorwort zeigt er am vorliegenden Material, daß der für Stalin typische Nationalismus nicht sein starkes Interesse an der internationalen sozialistischen Bewegung ausschloß. Briefe aus dem Jahr 1926 bezeugen Stalins Involviertheit in den britischen Bergarbeiterstreik. Die revolutionäre Haltung, die er zeigt, widerspricht dem allgemeinen Stalin-Klischee: Große finanzielle »Opfer« müsse die Sowjetunion für die britischen Genossen erbringen, liest man da. Mit den Schlußfolgerungen daraus sollte man freilich vorsichtiger sein als Lih, der glaubt, der »Sozialismus in einem Land« habe für Stalin gar nicht im Gegensatz zur Weltrevolution gestanden: »Als erster Diener des Staates war er auch der erste Diener der Weltrevolution.«

Der Band bietet einiges an Diskussionsstoff. Daß er in der gegenwärtigen »Stalinismus«-Debatte irgend eine Rolle spielen wird, möchte ich bezweifeln: In ihr geht es ja keineswegs um Stalin und den Stalinismus.

Konkret 01/96, S. 53

Otto K□ hler

B□ ch & Deckel

Will□ Albrecht: Der So□ ialistische De□ tsche St□ dentenb□ nd (SDS). Verlag J.H.W. Diet□ Nachfolger, Bonn 1994, 540 S., 48 M

Schon vor den 68ern gab es Leben auf der Linken □ nennen wir es: die 53er. Nach den Flakhelfern und Offizieren (wie der zweite Erste SDS-Vorsitzende Helmut Schmidt), die sich nach dem Krieg eilig als brave Parteisoldaten anpaßten, waren die Mitgliederverzeichnisse des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gefüllt mit Karteileichen. Doch etwa ab 1953 wurde die erste bundesdeutsche Generation von sozialistischen Studenten an den Universitäten schnell unbequem in der SPD. Im Mief der Adenauerära war der SDS die einzige konsequent oppositionelle Kraft. Wo die SPD im Kampf gegen Remilitarisierung und Atomrüstung ihre Positionen preisgab, hielt sie der SDS. Und umgekehrt war er es, der in der Ostpolitik frühzeitig und von der SPD gemaßregelt für das eintrat, was nach 1969 Regierungspolitik der sozialliberalen Koalition wurde.

Willy Albrecht von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hat den Weg des SDS vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken weitgehend korrekt dargestellt. (Der Rezensent sieht auch seinen eigenen □ Fall Otto Köhler□ nicht unfair behandelt □ komisch findet er, daß er 1956 missionarisch für eine □ Besserung der Kommunisten□ eingetreten sein soll, aber wenn Albrecht es so im Protokoll fand, muß es wohl stimmen.)

Mit dem von Herbert Wehner betriebenen Unvereinbarkeitsbeschluß von 1961 hat die SPD □ das macht das Buch deutlich □ eine weit in ihre Zukunft reichende Entscheidung getroffen. Wehner schuf mit dem Hinauswurf der sozialistischen Studenten und Professoren gegen seinen Willen die □ Neue Linke□ und sorgte so frühzeitig dafür, daß die deutsche Sozialdemokratie so wurde, wie sie heute nun mal ist.

Konkret 01/96, S. 53

Michael Nauert

Buch & Deckel

Bret Easton Ellis: Die Informanten. Aus dem Amerikanischen von Clara Drechsler, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1995, 288 S., 39,80 Mark

Luxuriöse Langeweile und abgestumpfte Sinnlosigkeit als Thema sind fast schon wieder überraschend, weil sie nach Jahren ohne ersichtlichen Grund wieder aufwärmt werden. Mit seinem Debüt *Unter Null* hatte Bret Easton Ellis 1986 den der »Generation X« ähnlichen, kleineren »Brat Pack«-Hype ausgelöst, seinen *Informanten* wird solche Aufmerksamkeit nicht beschieden sein. Als nach *American Psycho*, dem meistdiskutierten Roman des Jahres 1991, eine Steigerung kaum noch möglich war, ist Ellis auf geradem Weg zwei Schritte zurückgegangen. Vieles an den *Informanten* erinnert an *Unter Null*. Wieder geht es um die jungen (und diesmal auch etwas älteren) Reichen im Los Angeles der 80er Jahre, wieder bringen sie ihre gleichförmigen Tage mit Einkaufen, Drogen und bedeutungslosen Unterhaltungen herum, und wieder hat Ellis das mit seinem knappen Stil ziemlich adäquat inszeniert. Die 13 Kapitel des Buches sind aus den Perspektiven von 13 Personen geschrieben, die mehr oder weniger miteinander zu tun haben, und entwerfen so ein ausfransendes Bild der Szene des Hollywood-Umfeldes. Das ist kunstfertig gemacht, bringt aber in seiner seltsamen Kraftlosigkeit einen Verlust an Präzision mit sich: In *American Psycho* waren unterschiedliche Armex-Karten, der Zagat-Restaurantführer oder TV-Talk-Shows noch Bedeutungsträger (der übercodierten Sinnentleerung etc.), jetzt gibt es solche gar nicht mehr. Alles ist egal, Kleider- und Automarken, Medikamente und auch Musik. Vermutlich geht Ellis davon aus, diese Insignien seiner Welt so eingeführt zu haben, daß er sie jetzt ohne weiteren Demonstrationszwang ausdifferenzieren, d.h. auf alle Differenzierungen verzichten kann. Auch die wohldosierten Steigerungen, die sowohl in *Unter Null* als auch in *American Psycho* Spannung erzeugten, gibt er nun demonstrativ auf. Nachdem sich über 200 Seiten nichts getan hat, tauchen plötzlich Vampire auf, und es stellt sich heraus, daß sie mehr oder weniger unauffällig und integriert in der Szene zu Hause sind. Im nächsten Kapitel geht die Geschichte dann als kalkulierter Nicht-Effekt weiter wie bisher, was für Ellis' Welt gleichermaßen angemessen wie für alle anderen langweilig ist.

Konkret 01/96, S. 54

Mario Mentrup

Erfinder der Langeweile

Läßt sich der Alltag revolutionieren? Vor 30 Jahren haben die Situationisten nach einer Antwort auf diese Frage gesucht

Daß dein Leben langweilig ist, wußtest du schon immer, aber daß du irgendwann darunter leiden würdest, hättest du nicht gedacht. Dir ist klar: Hier und überall ist jemand, der sich genauso wie du bis ins Mark langweilt. Wahrscheinlich sind es Abermillionen, die, wie du, tagtäglich geradezu physischen Ekel durch Langeweile verspüren.

Geschwister im Geiste? Geschwister im Geiste, für die jede Sekunde unendlich ist. Jede Sekunde scheint auf einer Streckbank auf Billionen Lichtjahre gestreckt zu sein.

Kann man vor Langeweile sterben? Wie kann dieser Typ da oben am Fenster des Fitneßclubs, den du seit mindestens einer Stunde beobachtest, seine kostbare freie Zeit mit monotonem Auf-der-Stelle-Rennen vergeuden, und mit ihm all die anderen Vollirren, denen du bei ihrem oberbekloppten Self-Happiness-Business zuschaust? Wenn es nicht so bescheuert wäre, würdest du am liebsten nach oben rennen und ... Und was?

Gratuliere! Soeben hast du dein revolutionäres Potential erkannt. – Etwa so haben sich das die Situationisten der 60er Jahre vorgestellt. Der Überdruß am Überfluß der fortlaufend produzierten, nicht endenwollenden Pseudo-Ereignisse (Situationistenslang) und die ernüchternde Entdeckung der Ereignislosigkeit des eigenen Lebens machen den Proletarier – für die Situationisten sowohl der Fabrikarbeiter als auch der Student – reif für eine revolutionäre Aktion. Stein das Anstoßes war die Wirklichkeit eines Kapitalismus, der sich verausgabt und überlebt zu haben schien. Zumindest haben die in Paris um ihren Chefideologen Guy Ernest Debord stationierten Situationisten, etwa Michele Bernstein, Raoul Vaneigm, eine Zeitlang der Maler Asger Jorn, der Schriftsteller Alexander Trocchi und ca. 70 weitere, gehofft, daß dem so sei. Auch der damals ungleich ältere Soziologe Henri Lefebvre, dessen Vorlesungen einige der jungen Situationisten 59/60 besuchten. Sie freundeten sich mit ihm an, entwickelten gemeinsame Ideen und Trinkgewohnheiten.

Lefebvre und Debord machten sich gegenseitig aufmerksam auf das Problem der Langeweile im vollindustrialisierten, durchgeplanten, bürokratisierten Leben in den Städten des 20. Jahrhunderts. Lefebvre kannte die Bedeutung der Großstadt, Paris, als Kommunikationsort und als Ort des Klassenkampfes und der Revolution. Aber die Stadt war uninteressant geworden, langweilig durch städteplanerische Eingriffe, Ghettobildungen und die Urbanisierung der umliegenden Dörfer.

Zwei seiner wichtigsten Bücher – *Kritik des Alltagslebens* (1947) und *Einführung in die Modernität* (1962) – hat Lefebvre der Problematik des Alltags gewidmet. Wer den gedanklichen Hintergrund der Situationisten und speziell der Konzepte Debords kennenlernen will, sollte sie lesen. Aber dem alten Vordenker war das Situationistendasein nicht lange vergönnt. 1966, nach etlichen gemeinsamen konspirativen Besäufnissen und Formulierungen für den Aufstand gegen den Alltag, kündigten die Situationisten Lefebvre die Freundschaft auf.

Für Lefebvre bedeutete – nach seiner Trennung von Bretons Surrealisten und dem Rausschmiß aus der KPF – der Ausschluß aus dem Inner Circle der S.I. (Situationistische Internationale) und der Abbruch der Freundschaft mit Debord zum dritten Male in seinem Leben Isolierung. Aber die Situationisten waren nun mal nicht nur Meister darin, dem Bürger der Industrieländer seinen Status als billiger »Voyeur in der Überflußgesellschaft« (R. Vaneigm) möglichst drastisch vor Augen zu führen und bekannte Medienstars aller Sparten als »Agenten des Spektakels« zu denunzieren, sondern sie hatten auch eine gewisse Begabung, sich selbst das Leben zur Hölle zu machen: durch die berüchtigten Ausschlußverfahren der S.I., die stets mit viel Brimborium durchgeführt wurden, bis die S.I. schließlich 1972 ihre Auflösung erklärte, bei einem Mitgliederstand von genau zwei.

Die Ausgeschlossenen wurden mündlich oder schriftlich von Debord, einer Art stalinistischer Micky Maus, und seinen Gefolgsleuten hingerichtet. Die Ausschlußprozeduren der Winzgruppe, die politisch ein Schattendasein führte, haben wegen der Absurdität ihrer Ernsthaftigkeit eine gewisse Berühmtheit erlangt. Nur einer entzog sich erfolgreich ihren Spielregeln: der Maler Asger Jorn. Er stieg 1961 freiwillig aus, weil seine Künstlerkarriere der situationistischen zu schaden begann, finanzierte aber bis zu seinem Tod 1973 die Aktivitäten der Gruppe weiter.

Die Lektüre der neu bearbeiteten und ins Deutsche übersetzten wichtigsten Texte der S.I. von 1957-1972 macht klar, warum mehr als 20 Jahre nach ihrer Auflösung hierzulande Interesse an dieser mysteriösen Gruppe aufkeimt. Wer bereit ist, all die von der Edition Nautilus unter dem Titel *Der Beginn einer Epoche* herausgebrachten großspurigen, für politische Künstlergruppen typischen Pamphlete, Beschwörungen und Agitationstexte auf sich zu nehmen, wird, wenn er Glück hat, wissen, was Situationismus ist – auf allen Gebieten des medialen Zeitalters: in Kunst, Architektur, Film, Literatur, Pop, Politik, Kybernetik, Geschichte, Philosophie.

Die situationistischen Konzepte für eine Revolutionierung der Alltagskultur hatten in den späten 70er und in den 80er Jahren eine Renaissance in England, herbeigeredet durch das Großmaul Malcolm McLaren, Manager der Sex Pistols. Eine kleine Welle neosituationistischer Aktivitäten schwappte über die Insel: Jamie Reid, das Magazin »Vague« mit John Savage

und Tom Vague, der Neoismus, dessen bekanntester Vertreter Stewart Home mit seinen rotzfrechen Plagiatsromanen erst jetzt in Deutschland bekannt wird, sowie Reminiszenzen an »King Mob«, eine britische S.I.-Abspaltung Ende der 60er.

Auch in den USA griff während der 80er Jahre vor allem die Punk- und Undergroundcomicszene auf die Ideen der S.I zurück – allen voran die Spektakelmacher Survival Research Laboratories mit ihren Brutalo-Tier-Techno-Maschinen-Karambolagen, der Comicstar Paul Mavrides, der später die »Church of Subgenius« mitbegründete, die Punkcomicstripper Gary Panter und Tom Tomorrow, der Amok Books-Verlag sowie Autoren wie Hakim Bey und Bob Black. Es gab/gibt zahlreiche Popsabotage- und Anticopyright-Bands bzw. Projekte, die es sich gefallen lassen, als situationistisch inspiriert in irgendeine Geschichte einzugehen: »Negativland«, »Crackhouse«, »Culturecide«. Diese Attacken auf die etablierte Kultur reichen bis in die 90er Jahre, beste Beispiele: »Kingdom Scum«, die Japaner »Hantarash« (Nebenprodukt der »Boredoms«, da haben wir sie wieder, die Langeweile) sowie die Aachener »Trickbeat«.

Ob das Programm der Situationisten heute von mehr als historischem Interesse sein kann, weiß ich nicht. Ihre zum Teil schrille Kapitalismuskritik und ihr Verzicht sowohl auf Realpolitik als auch auf utopische Entwürfe sind zur Zeit jedenfalls wieder angesagt. Immerhin zogen sie bereits damals einen gewieften TV-Saboteur wie Wolfgang Neuss einer Betriebsnudel wie Cohn-Bendit vor.

Das zeugt von Weitsicht. Falsche Fuffziger – oder 68er, da ließen die Situationisten sich nicht lumpen – , rochen sie auf zehn Meilen gegen den Wind, und nach dem Pariser Mai, dem sie nicht nur mit Slogans vorarbeiteten, nach dem europäischen Siegeszug sozialdemokratischer Reformpolitik, nach Sexualkunde, Stadtteilarbeit, Umweltschutz und Problembewußtsein zogen sie einen dicken Schlußstrich und schwiegen.

Es wird keine Situationisten-Renaissance geben. Es wird hoffentlich auch kein Leser des hier angezeigten Buches auf die Idee kommen, Sampling als situationistisch zu propagieren, oder Beavis und Butthead, Paul Virilio, Natural Born Killers, Cyberpunk ... Am Ende ist sogar die Zeitschrift »Titanic« situationistisch, und die »junge Welt« macht wieder eine originelle Anzeigenkampagne, diesmal mit Debord-Zitaten, so richtig medienkritisch gegen die fiesen anderen.

Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten. Edition Nautilus, Hamburg 1995, 320 S., 49,80 Mark

Mario Mentrup stellte in KONKRET 2/95 Bücher über Neonazi-Frauen vor

Kasten Seite 55

Mario Mentrup

Die Situationistische Internationale (S.I.) 1957-1972

Ein Zusammenschluß von marxistischen Künstlergruppen wie Gruppe Cobra, Gruppe Spur, Lettristische Internationale, vornehmlich aus Westeuropa. Das Gesamtkunstwerk der S.I.: Malerei, Film, Architektur, Agitation, richtete sich gegen den Ästhetizismus in der Kunst und das Spezialistentum der Klassengesellschaft. Die Gruppe propagierte den kreativen Menschen und die Zerschlagung der ihn unterdrückenden bürgerlichen Wertvorstellungen; hierzu entwickelte die S.I. u.a. Theorien des »Umherschweifens«, »Modelle für einen ganzheitlichen Städtebau« oder »die Konstruktion von (neuen) Situationen«. 1962 Spaltung der S.I.: 1. S.I. in Paris um Guy Debord, 2. S.I. in Schweden um Jörgen Nash, den Bruder von Asger Jorns.

Die 1. S.I. ist ungleich berühmter geworden und war hauptsächlich agitpropagandistisch tätig. Sie verfolgte eine »Theorie der Praxis«, d.h. sie übte totale Kritik der Gegenwart, aller Aspekte des modernen Kapitalismus und seiner umfassenden Beeinflussung von Bedürfnissen und Illusionen, von der 1. S.I. »Spektakel« genannt.

Die S.I. plädierte für Nichtarbeit, Selbstverwaltung und Aktion. Ihr größter Achtungserfolg: das 1966 entstandene Flugblatt »Das Elend im Studentenmilieu«, das die französische Studentenbewegung maßgeblich beeinflußte. 1972 lösten Guy Debord und Gianfranco Sanguinetti als einzig verbliebene Mitglieder die Gruppe auf.

Konkret 01/96, S. 56

Ren Martens

Melodie & Rh thm s

ELECTRIC LADYLAND Mille Platea /Force Inc./EFA

Unter dem Begriff TripHop versteht man HipHop ohne Rap, Instrumentalmusik, die überwiegend jazz-beeinflußt ist, manchmal düster und grundsätzlich langsam. Manchmal spricht man auch von abstraktem HipHop. TripHop ist zwar nicht mehr neu, setzte sich als Schlagwort aber erst 1995 durch. Wenn die Grenzen fließend sind zu anderen Genres wie Jungle, House, Techno oder Ambient, ist ein TripHop-Stück reizvoll, handelt es sich dagegen um eine geschmäcklerisch designte Klangtapete für den gehobenen Smalltalk, kann einem das Zeug schnell auf die Nerven gehen, zumal solche Tracks auch noch geprägt sind von einem reaktionären Jazz-Verständnis. Leider gehören die meisten TripHop-Produktionen in letztere Kategorie.

Der Sampler Electric Ladyland wirkt wie eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen TripHop. Elf Künstler und Projekte ansonsten in verschiedenen Bereichen der elektronischen Tanz- und Experimentalmusik aktiv, zum Teil aber unter anderen Namen haben 13 Tracks eingespielt, die man als TripHop im weitesten Sinne bezeichnen kann. Die bekanntesten Namen auf dieser CD (Doppel-LP in der Vinyl-Ausgabe) dürften Alec Empire und Mouse On Mars sein, 4E und G104 hingegen kennen nicht nur KONKRET-Leser nicht. Sie und ihre Mitstreiter arbeiten mit ähnlichen Elementen wie gewöhnliche TripHop-Musiker, allerdings gehen sie nicht ehrfürchtig mit ihnen um, sondern sie manipulieren oder Achtung, Modewort! dekonstruieren sie.

So klingt die Musik auf Electric Ladyland wagemutig und fortschrittlich, sie fordert den Zuhörer, und deshalb ist sie unendlich mehr wert als die selbstgenügsame Kiffermusik, die man von so manchen vermeintlichen Größen des TripHop kennt. Gewissermaßen im Vorübergehen haben hier einige Könner aus anderen Genres gezeigt, wie die Zukunft dieser Musik aussehen könnte, und ein bißchen lässiger Maschinen-Funk und ein bißchen Electro ist bei der Arbeit auch noch abgefallen. Keine Werbeagentur würde auf die Idee kommen, den radikalen Pop von Electric Ladyland zu benutzen, was erwähnenswert ist, weil in Japan bereits ein TripHop-Stück in der Jeans-Reklame läuft. Electric Soul For Rebels lautet der sympathisch anmaßende Untertitel dieser Platte, und so kann man die Musik tatsächlich auch nennen, wenn man zu den netten Dekadenten gehört, denen Trendwörter, wie TripHop eines ist, immer schnell blöd vorkommen. Merke: Der Soul von heute braucht keine Worte!

Konkret 01/96, S. 56

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

BEATLES Anthology □ Vol. I, EMI

Immer wieder aufs neue lehrt uns die Welt der Strommusik die Wunder der Langsamkeit verstehen. Früher brachten die Bands in einem Jahr fünf LPs heraus, jetzt in fünf Jahren eine. Die Beatles brauchten sogar 25 Jahre, um ein, genauer: zwei neue Lieder zu produzieren. Gut, das mag zum gewissen Teil daran liegen, daß einer von ihnen tot ist, aber das Geschäft ist ja in solchen Fragen unerbittlich. In Zeiten seelenloser Techno- und unverständlicher Rapmusik ist die Leitbildfunktion von toten Kunstschaffenden wie Freddy Mercury, Michael Jackson und John Lennon nicht mehr wegzudenken. »Es genügt ja, daß es zwischen den Generationen außer Bach und Beethoven noch andere musikalische Brücken gibt. Die Beatles sind eine. Über Zeiten, Moden und Katastrophen hinweg«, räumt Beatles-Kenner Peter Boenisch ein und vergißt, daß die vier Liverpooler mit ihren »neuen Songs« selbst eine Katastrophe ersten Ranges hingelegt haben.

Aus Gründen notorisch leerer Kassen beim Plattenmulti EMI erwächst aber die berechtigte Forderung, wegen eines oder zwei Liedern nicht gleich aus dem Häuschen zu geraten. Also werden die ins Werk zu setzenden CDs mit allerlei Outtakes und Rarem umfüttert oder eben umgekehrt, »Anthology« genannt und, wie es der Zufall will, am 20. November dieses Jahres rechtzeitig vor Weihnachten in die Läden gepumpt. Diese Anthologie gehorcht dann streng chronologischen Gesichtspunkten, besteht aus dreimal zwei Stück und bietet 123 »Lieder« des britischen Quartetts, die niemand hören will. Und eben die beiden neuen: »Free As A Bird« und »Real Love«, die, rückwärts abgespielt, wie wir uns denken können, sicher wieder geheimnisvolle Botschaften enthalten. Außerdem wird mit einer Filmdokumentation nachgelegt, der der abendländische Kulturkreis unterm Christbaum entgegenfiebern möge.

Dürften wir Paul McCartney glauben, habe man sich einfach nur mal so aus Spaß zu dem Projekt entschlossen, weil er vor zwei Jahren Yoko Ono ein Gesundes Neues Jahr gewünscht hatte, die ihm im Gegenzug Stücker drei Demos mit nasalen Zumutungen ihres Nickelbrillenpantoffelhelden zuspielte. Glauben dürfen wir ihm aber nicht, dann doch lieber George Harrison: »Wenn wir noch einmal zusammenspielen, dann nur, weil wir alle pleite sind«, hatte dieser schon 1974 vorausschauend verkündet. Die 50 Millionen, die Michael Jackson für die Rechte an den 251 bisher veröffentlichten Beatles-Songs hinterlegt hatte, waren offensichtlich für ein paar Kleinigkeiten draufgegangen.

Da trafen sich die drei zur Zeit lebenden Beatles also Anfang 1994 in der nächstbesten Lennon-Gedächtnis-Gemeinschaftsdusche, damit Ringo erneut die Trommelstöcke verwechseln, Paul die Basisgitarre verkehrt umhängen und George für seine Slides anstelle eines Flaschenhalses eine gar nicht mal bißfeste Nudel über den Finger streifen konnte. Dem habituellen Segelohrenträger war es darum zu tun, »daß wir jemanden mit einem erstklassigen Gehör hatten«, und dazu verfiel er ausgerechnet auf Jeff Lynne, der recht eigentlich schon durch seine Urheberschaft an allen E.L.O.-Platten gepfählt und aufs Glücksrad geflochten gehörte. Und – bumm! – schon nach einem Jahr a new Beatles-Song was born. Alle Achtung! »Nun ja, alles hat erstaunlich gut geklappt, und ein Jahr später machten wir uns an den nächsten Song. Es dauerte tatsächlich ein ganzes Jahr, bis wir wieder genügend Energie hatten, um uns noch einmal dranzuwagen«, gesteht Paul. »Ursprünglich schwebte mir dabei ein Arrangement im Stil der vierziger Jahre vor, ein schon fast orchestrales Arrangement, aber es sollte mal wieder ganz anders kommen ... Ich dachte mehr an George Gershwin.« Spürbare Erleichterung war ihnen zudem anzumerken, daß die Putzfrauen der Abbey Road Studios die 400 Stunden Archivmaterial freigegeben haben. Mit dessen Aufbereitung sind die Arbeitsplätze aller Beatles-Familienmitglieder bis ins siebte Glied gesichert. Was uns mitnichten vor Ergriffenheit aufheulen läßt, wohl aber vor Entsetzen.

Und was »meinen« die Beatles-Experten in »Bild« dazu: »Ich bin begeistert!« (WOM-Chef Thomas Reichardt, 35), »Super!« (RTL-Moderator Hans Meiser, 49), »Einer der schönsten Songs, die jemals geschrieben wurden!« (Claudia Schiffer, 25), »Superproduktion!« (Helmut Zacharias, 75).

Das reicht jedoch nicht ganz hin, um von einer Beatlemania zu sprechen, wie es die Medien allerorten tun, soweit die Ohren reichen. Bisher, so viel scheint sicher, ist sie nur in deren Hohlköpfen ausgebrochen. Zwar werden laut dpa täglich 30.000 dieser Scheibletten von den Händlern geordert, aber in den Geschäften geht es allenthalben verhalten zu. Was Wunder, sind doch die Beatles-Fans in ihrer Totalität fast kongruent mit der Ilja Rogoff-Zielgruppe. In dem Alter hat man es nicht mehr so eilig. Nun stellte die Liverpooler Viererbande schon zu Zeiten, als die Haare noch wachsen konnten, wohin sie wollten, nichts anderes als eine wohlkalkulierte, etwas karnevalesk anmutende Rumpelkiste der Affirmation dar. Ein paar aufgekratzte Bürschlein, die, bei aller Sympathie für schöne Melodien, das Mittelmaß zum Stilmittel erhoben und die Ideen richtiger Musiker für den Massengeschmack breitleierten. Als Inkarnation all dessen, was Rock- und Popmusik gerade nicht sein sollte, sind diese Männer auch heute noch mit der Umschreibung Hampelmänner am besten charakterisiert.

So wie »Das goldene Blatt« seiner Klientel das Phänomen Techno erklären würde, rekapituliert »Bild« noch einmal alles, was es zu den Beatles selbst nicht weiß. Das braucht uns nicht zu verwundern. Auch nicht der Schulterschluß der

Gerontologen von »Spiegel«, »Focus« bis »Bunte« und der Zweit- und Drittligablätter, die von ihnen abmalen. Da feiert sich die Gesellschaft in ihrer Langeweile und Lustlosigkeit selbst. Die Höhe der Umsatzerwartungen mißt sich daran, wieviel Druckseiten die Anzeigenblätter der Musikindustrie dieser imaginierten Beatlemania einräumen. Der »Musikexpress« nimmt das sogar zum Anlaß, ganze sechzehn Seiten mit Tineff abzufüllen. Natürlich schon einen Monat vorab, damit's auch der Dümmste mitkriegt. Ian McDonald läßt man darüber spekulieren, was denn auf den CDs so drauf sein könnte, und von Paul McCartney läßt man sich einen Bären nach dem anderen aufbinden. »Es war erst der Erfolg der Beatles, der eine veritable Popindustrie ins Leben rief«, schreibt der verantwortliche Redakteur. »Wie soll man nun den Beatles entgegentreten? Mit ein bißchen Ehrfurcht ... Und etwas Dankbarkeit scheint auch angebracht.« EMI rechnet schließlich mit einer halben Milliarde Mark. »Die Songs werden deshalb nicht schlechter.«

Ebensowenig wie die Visagen. Heute zeigen uns die Promo-Fotos die Fab Three als einen Sprung androgyner Alkoholiker, die wie die Zuhälter ihrer eigenen Töchter aussehen und vor Lachen nicht in den Schlaf kommen. Das allerdings seit über dreißig Jahren.

Konkret 01/96, S. 57

Sebastian Wehlings

Melodie & Rhythmus

LES ROBESPIERRES
Liberdade Liberalidade, Buback Tonträger/Indigo

Les Robespierres kommen aus Hamburg und haben sich viel vorgenommen. Früher haben Dreiviertel von ihnen noch als Chocolate Factory R&B mit englischen Texten gespielt. In der Zwischenzeit jedoch war Sänger, Gitarrist und Texter Klaus Ramcke für einige Jahre in Brasilien und singt heute in einem »Portugiesisch, das nicht existiert«, wie er in »Eu te ofereco« seinen »nicht selbstverständlichen, sondern eher poetischen Umgang mit dieser Sprache« beschreibt.

In portugiesischer Sprache sind die Texte Les Robespierres nicht um eines Aufmerksamkeit heischenden Exotenbonus willen geschrieben, sondern weil aus dem Verständnis ihrer Lieder es die Sprache ihres wichtigsten Adressaten ist. Ob sie ihn erreichen werden, ist, abgesehen davon, daß es äußerst schwierig sein dürfte, in Brasilien überhaupt einen Vertrieb zu finden, natürlich mehr als fraglich. Aber vom Gegenteil auszugehen, ist die Sache einer Band wie Les Robespierres nicht.

Im Kontext dieses Debüt-Albums ist es der magische Begriff von der Freiheit, dem sich die Songs von verschiedenen Seiten und nicht immer so konkret wie im Lied »E.Z.L.N.« nähern, das man nur wenige Wochen nach Beginn des Aufstandes der Zapatisten in Chiapas aufgenommen hat. Es geht hier darum, die Freiheit als zu erreichenden Zustand und ebenso das Wort Freiheit nicht denen zu überlassen, die sie/es entwerten.

In einer übersetzten Fassung ist »E.Z.L.N.« übrigens auch auf dem letzten Album der Goldenen Zitronen »Das bißchen Totschlag« zu finden. Deren Gitarrist Ted Gaier wiederum hat »Liberdade Liberalidade« nicht nur produziert, sondern ist am Bass auch einer der vier Robespierres.

Die Musik, in der das alles stattfindet, könnte man im weitesten Sinne als 60s Beat bezeichnen, wenn man das Verwenden der damaligen Instrumente, Verstärker und eine offenkundige Sympathie mit der Musik jener Zeit schon damit gleichsetzen möchte. Dabei könnte aber der falsche Eindruck entstehen, die vier Hamburger wären Vertreter eines auf Authentizität bedachten Revivals. Genau das sind sie nicht. Ihr hysterischer Beat läßt nie einen Zweifel daran, daß er in der Zwischenzeit vor allem Punk gehört hat.

Konkret 01/96, S. 58

Michael Ringel

Königlich Erbrochenes

Der spektakuläre Fernsehauftritt der Princess Diana of Wales stand ganz im Dienste der Massen. Ein Royal Observer berichtet

Der Butterkrieg

Von Anfang an war klar, daß diese Ehe nicht gutgehen würde. Schon die Hochzeit nämlich war kein friedliches Fest.

Im Jahr 1981 lebte ich in einer verrotteten Berliner Dachgeschoßwohnung, gemeinsam mit zwei seltsamen Brüdern, deren Namen ich hier lieber verschweige: Ulrich und Hans-Hermann Gansekow. Am 29. Juli 1981 saßen wir den ganzen Tag in der Küche und verfolgten auf einem alten, eisschrankgroßen Farbfernseher (»Goya«) die »Hochzeit des Jahrhunderts«. Just in dem Moment, als Lady Diana Spencer Prince Charles of Wales ihr »I will« zuhauchte, eskalierte das von Futterneid geprägte Verhältnis der beiden Brüder. Von einem akuten Hungergefühl ergriffen, nahm sich der jüngere den letzten halben Laib Brot vom Tisch und sägte eine annähernd zwei Daumen dicke Scheibe ab. Gerade als er ihr eine Lage Butter auftun wollte, schnappte sich der ältere den Kanten, fuchtelte mit ihm in der Luft herum und verweigerte unter dem Vorwand einer gerechten Nahrungsverteilung die Herausgabe. Der jüngere zögerte nicht lange und feuerte den bereits von seinem Messer herabtropfenden Klumpen Butter dem Bruder auf die Brille sowie auf die dahinter liegende, nun auf Jahre mit Fettflecken gesprenkelte Küchenwand. Wutentbrannt stürzte der Geblendete, das Brotmesser wie einen Säbel gezückt, auf den Schützen zu, so daß es an diesem Tag zum ersten historisch belegten Buttermord gekommen wäre, hätte ich mich nicht zwischen die fechtenden Brüder geworfen, um sie zu ermahnen, daß die feierliche Prinzenhochzeit eine gewähltere Form des Umgangs erfordere, was nach kurzen gegenseitigen Beschimpfungen und Drohungen schließlich widerwillig akzeptiert wurde. Ein Hochzeitspaar aber, das eine derartige Aggression bis in die letzte Berliner Dachbehausung ausstrahlt, wird sich bald selbst bekriegen, ahnte ich schon damals, als ich hungrig wieder vor dem Fernsehgerät Platz nahm. Einer langen Tradition folgend aber hatte das britische Königshaus nach dem Bostoner Teeaufstand (1773), dem chinesischen Opiumkrieg (1842) und der irischen Kartoffelkatastrophe (1845) mit dem Berliner Buttergefecht (1981) einen weiteren kolonialen Nahrungs- und Genußmittelkrieg verursacht.

Königliche Nahrungsverschwendung

Am 20. November 1995 war es endlich soweit: In einer von der BBC weltweit direkt übertragenen und von geschätzt 200 Millionen Zuschauern – davon allein 20 Millionen in Großbritannien – verfolgten »Panorama«-Sendung äußerte sich erstmals die Princess Diana of Wales zu dem von ihr seit 14 Jahren mitbetriebenen Ehekrieg im Hause Windsor. Aus dem alltäglichen, klebrigen und klumpigen Fernsehprogramm-Matsch ragte dieses »Interview des Jahres« nicht etwa wegen der spektakulär persönlichen Geständnisse der schlecht frisierten und mit Augenring-Make-Up glänzend zum Opfer geschminkten Prinzessin heraus, sondern weil es ein historisches Gaunerstück besonderer Güte war: Eine hinter der Fassade der Scheu und Zartheit überaus kluge und intrigante Frau reagierte öffentlich und mit feinem Gespür für die zerstörerische Kraft der versteckten Wahrheit auf die 16 Monate zuvor an gleicher Stelle begonnene Fernseh-Fehde ihres dummen, ansonsten gemüsebesprechenden Mannes. In einer mit dem BBC-Reporter Martin Bashir als Stichwortgeber brillant besetzten Inszenierung führte Lady Diana bedingungslos die königlichen Innereien vor, um durch das Hantieren mit Exkrementen von den eigentlichen Zielen der Sendung abzulenken.

Öffentlich gemacht und zur Besichtigung freigegeben wurden die Produkte einer Ehe, die sich, wie erfahrene Royal Observer längst wissen, am Ende ihres Verdauungsweges befindet. Was ansonsten allenfalls Quirl- und Knallköpfe wie Horst E. Richter, der ja gerne alles Innere möglichst öffentlich sieht, interessieren mag, hatte an diesem Abend eine historische Dimension, die über die Leidensgeschichte von Selbstverletzung, krankhafter Gefräßigkeit und Erbrechen hinauswies: »Ja, das hatte ich über viele Jahre, es ist eine gemeine Krankheit. Man füllt den Magen mehrmals am Tag, dann ekelt man sich vor seinem aufgequollenen Bauch, und dann übergibt man sich, es wiederholt sich immer wieder.« So beschreibt Diana in typisch britischer Untertreibung die Krankheit Bulimie, ihre Ursachen und Folgen. »Wenn ich immer wieder öffentlich auftreten mußte, fühlte ich mich leer. Es war ein Symptom, zum Kühlschrank zu gehen. Ich weinte, ich schrie, alles falsche Signale ... aber jetzt bin ich es los.«

An dieser dramaturgisch überaus wichtigen Stelle plazierte der Reporter – abgesprochen oder kongenial die Antwort erahnend – seine alles entscheidende Frage: »Haben Sie Hilfe gesucht bei der königlichen Familie?« Diana aber nahm in diesem Moment ihre historische Chance wahr und vernichtete in einem Satz das Königshaus Windsor: »Nein, man schämt sich, haßt sich. Die Leute meinen, man verschwendet Nahrung.« Diese »Leute« – gefragt war nach der königlichen Familie – sind also derart gewöhnlich, ihr, der Princess Diana of Wales, einem Mitglied der Königsfamilie, der reichsten Familie Großbritanniens, Nahrungsverschwendung vorzuwerfen? Gewöhnlichkeit! Das ist das Attribut, mit dem Lady Diana die Royals versieht und vernichtet. Eine Schilderung von ungeheurer Wucht, so geschickt plaziert, daß man genauer hinhören muß und prompt einige Ungereimtheiten in ihr entdeckt.

Diana konnte nämlich unmöglich Zugang zum königlichen Kühlschrank haben, der sich in der unteren Etage des Kensington Palace, ihres Wohnsitzes, befindet und normalerweise ständig abgeschlossen ist. Denn unten in der Küche hat das Personal die Kontrolle über die Nahrungsmittel und deren Verteilung, die aus Budgetgründen streng reglementiert ist, so daß sie sich keinesfalls dort, vor dem offenen Kühlschrank kniend, den Bauch mit Pasteten und Törtchen hat vollschlagen können, um sie anschließend im königlichen Klosett zu versenken. Also muß sie sich in ihrem Schlafraum eine Minibar eingerichtet haben, die Charles oder seine Mutter bei einer Routinekontrolle entdeckten, woraufhin Diana zur Rede gestellt wurde: »Di, solltest Du etwa Nahrung verschwenden?«

Jede öffentliche Beichte hat etwas Obszönes, egal ob eine Bürgerliche in einer Nachmittagstalkshow oder eine Adelige am Abend Intimitäten preisgibt. Die bewußt obszöne Selbstdarstellung der Lady Diana jedoch diente einem ganz bestimmten Zweck. Es ist die Rache der Gedemütigten, die mit der intriganten Leidenschaft der hungrigen und betrogenen Prinzessin das Haus Windsor dem Spott der Gewöhnlichkeit aussetzt und ein jämmerliches Bild der ansonsten unnahbaren Königsfamilie zeichnet, um sie auf das Format einer Kleinbürgerfamilie einzuschrumpfen. Eine zutiefst humane Handlung, die nur einen Schluß zuläßt: In ihren vierzehn Jahren am Hofe der Queen ist Diana zur Antiroyalistin geworden. Lady Di gelingt etwas, was andere seit Jahrhunderten vergebens versuchten: das englische Königshaus im Handstreich zu zerstören.

Nicht ohne Hintergedanken war denn auch von Diana der Zeitpunkt des Interviews gewählt. Ausgerechnet am 5. November schmuggelte sie das BBC-Team in den Palast, nicht nur, weil der größte Teil des Personals zu diesem Zeitpunkt beurlaubt war, sondern weil es der Tag des Guy Fawkes war. Der 5. November nämlich ist ein Feiertag, an dem sich die Briten an den Anführer der Pulververschwörung, Guy Fawkes, erinnern, der 1605 das englische Parlament und König Jakob I. in die Luft sprengen wollte und deshalb ein Jahr später auf dem Scheiterhaufen landete. Zum Gedenken an seine Hinrichtung werden in Großbritannien am 5. November tausende Guy-Fawkes-Puppen verbrannt. Ein Schauspiel, das die Briten auch in diesem Jahr so ablenkte, daß Lady Diana ungehindert ihre Palastrevolte durchführen konnte.

Gesellschaftstheoretiker behaupten immer wieder, daß in Zeiten sozialer Beschneidungen für die Unterschicht die Aristokratie Konjunktur hat. Das Schauspiel aristokratischer Entblößung diene einer medialen Ruhigstellung ärmerer, bewußtloser Bevölkerungsschichten. Das Gegenteil ist richtig! Lady Dis Auftritt diente allein dem Kampf gegen die aristokratische Macht. In Zeiten schwindender demokratischer Einflußnahme auf die politische Gestaltung, immer komplizierter, weil globaler werdender Vorgänge kann nur ein perönlich inszenierter Fernseh-Coup die Sprengkräfte eines Guy Fawkes entfesseln und die Stellung der Mächtigen unterminieren. Ein Zusammenhang, den die kluge und brillant operierende Prinzessin längst erkannt hat und nicht nur für ihre eigene, private Rache, sondern im Dienste der Massen nutzte.

Magere Zeiten

Einen Tag vor dem Lady Diana-Interview habe ich als altgedienter Royal Observer wieder eine königliche Hochzeit, diesmal im Staate Dänemark, verfolgt. Mit Margrethe I. besitzt das kleine Land die wahrscheinlich sympathischste Königin der Welt, die dafür bekannt ist, daß sie den ganzen Tag mit einer Kippe im Mundwinkel herumläuft und für eine Zigarette auf ein Staatsbankett mit allen aufgetragenen Leckereien gerne verzichtet. Ihr Nachfolger, Prinz Joachim von Dänemark, heiratete die aus Hongkong stammende britische Finanzsachbearbeiterin Alexandra Manley. Am Fest nahm neben zahlreichen Vertretern europäischer Königshäuser und des Hochadels auch der französische Scharlatan Claude Khazizian (»Monsieur X«) teil, der gerne ungeladen bei Staatsempfängen oder ähnlichen Anlässen erscheint und sich unter die hohen Gäste mischt, an diesem Tag jedoch nur den Gottesdienst erlebte, da er beim anschließenden Bankett verhaftet wurde und die Nacht, noch befrackt, im Gefängnis verbringen mußte. Statt Seeteufel und Fasan gab es für ihn nur Wasser und Brot.

Das sind die mageren Zeiten, auf die sich die neue Prinzessin Alexandra von Dänemark einstellen muß, wenn Margrethes ältester Sohn als Knäckebrotkönig Joachim von Dänemark demnächst den Thron seiner lungenkrebsgefährdeten Mutter einnehmen und, so gesund wie er aussieht, sicherlich das ganze nächste Jahrhundert vollpupen wird. Vive la reine, mort au prince.

Michael Ringel schrieb in KONKRET 12/95 über Arschgesichter am Boxring

Konkret 01/96, S. 60

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Ein Winternachtstraum

Regie: Kenneth Branagh; mit Michael Maloney, Joan Collins, Richard Briers u.a.; Start: 21.12.95

»Why must the show go on?«, fragt sich eine Off-Entertainer-Stimme alle lieben langen Verse hindurch. Was wir sehen, ist, daß jemand auf das Ortseingangsschild von Hope »Piss off!« gekrakelt hat, und dann trifft uns wie ein jäher Blitz die Erkenntnis: Es gibt gar keine Alternative zur Show, »die uns das Leben lebenswert macht«. Welche Realität sollte das sein, und, bitte, wo? Die Antwort auf die eingangs gestellte Frage muß also lauten, daß der Sachzwang makes the show go on, jedenfalls für alle arbeits- & utopielosen Darsteller und Schauspieler. Und weil das so ist und weil Kenneth Branagh die Show im »Winternachtstraum« mit einer prima Riege sitcomprominenter Bühnen- und TV-Stars produziert, wobei Joan Collins (»Denver«) nicht der schlechteste ist, läßt sich der Film als zuverlässig wirkendes Antidepressivum benutzen. Heiterkeit! Geborgenheit! Sind wir denn nicht eine Familie? Haben wir nicht unseren Spaß?

Übrigens handelt es sich bei der Spaßshow um das eher schwergewichtige Theaterstück »Hamlet« vom übergroßen Shakespeare. Die Truppe, in der tristen Realität hoffnungs- und aussichtslos, flüchtet sich angesichts von Frust und Depression in eine schier unglaubliche Theaterproduktion. Joan Collins, das einwandfreie Nichtmehrbiest, verleiht Geld, das knapp für eine Billiginszenierung reicht – vorausgesetzt, es sind weder Gagen zu zahlen noch Miete für ein richtiges Theater. Geprobt, gelebt und gespielt wird im leerstehenden St. Peter's Convent in Piss-off-Hope (Surrey). Premiere: Heilig Abend. Was ist, wenn kein Zuschauer ins Kloster kommt? Egal! Die Requisite setzt Pappkameraden auf die Stühle. Die hl. Schauspielerfamilie ist autark und das gute Ende der fröhlichen, aber auch leicht religiös gefärbten Komödiantenkameraderie vorprogrammiert. Aber wir wissen das schon seit »Peter's Friends«.

Branagh erdrückt im »Winternachtstraum« schon deswegen nicht durch seine schiere Gegenwart, weil er gar nicht mitspielt. Er führt Regie, und das ist klasse. Dem Thema entsprechend läßt er uns an einer ausgesprochenen Billigproduktion teilhaben, und das noch in schwarzweiß, dem Stoff, aus dem die Märchen sind. »Es ist wie wenn man Mickey Rooney und Judy Garland auf dem Bildschirm sieht, wie sie als 35jährige Personen spielen, die gerade einmal 16 sind« (Branagh). – Im »Winternachtsmärchen« finden Personen, die keine Ahnung haben, wie man schlimme Realität analysieren und richtige Antworten finden muß, die nächstliegende und allzumal lustige Lösung: sogleich und das nachdrücklich etwas tun, z. B. das leerstehende Kloster in Beschlag nehmen. Ich weiß, das ist der zweite Schritt vor dem ersten usw., aber sagen Sie das mal dieser Truppe, die sich gegenseitig aus der Klemme hilft, ein Show-Kommando sozusagen, schräg und campmäßig drauf: Wir tun, weil wir das brauchen, und will die Welt uns nicht, was schert uns die Welt.

Konkret 01/96, S. 60

Michael Nauert

Film & Theater

Dead Man

Regie: Jim Jarmusch; mit Johnny Depp, Gary Farmer, Lance Hendricksen, Michael Wincott, Gabriel Byrne, John Hurt, Alfred Molina, Robert Mitchum; USA 1995, s/w, 121 Minuten; Start: 4.1.96

»Du bist ein toter Mann«, ist ein Satz, den man in seiner Schicksalsschwere schon hundertmal gehört hat, immer in Western und anderen mythologisch aufgeladenen Männerfilmen. Üblicherweise wendet sich der Sprecher nach diesem Satz vom Adressaten ab und hinterläßt diesen als einen nunmehr von den Lebenden Ausgestoßenen, gibt ihm dabei aber Zeit, sich seinem neuen Status entsprechend zu verhalten: Das Opfer versucht zu fliehen, der Held lehnt sich gegen das vermeintliche Schicksal auf und kämpft. In Jim Jarmuschs Western ist Johnny Depp als braver Buchhalter William Blake gleich in dreifacher Hinsicht ein lebender Toter. In Notwehr erschießt er den Sohn des mächtigen Fabrikbesitzers, woraufhin der ein Kopfgeld auf Blake aussetzt. Außerdem sitzt ihm aber aus diesem Feuergefecht noch eine Kugel in der Brust, zu nahe am Herzen, um sie herausoperieren zu können. Und schließlich glaubt der Indianer Nobody, in ihm die Wiederkehr des englischen Malers und Dichters William Blake zu erkennen, weshalb er den »toten Mann« begleitet und ihm die Rückkehr ins Reich der Geister ermöglichen will.

Jarmuschs erster »Kostümfilm« ist in schwarzweiß gedreht und natürlich kein richtiger Western. Beginnend mit der Bahnfahrt aus dem Osten und endend mit dem Tod geht es um den Zustand des Dazwischenseins, um das Auflösen von Sicherheiten, um die Hinfälligkeit des Lebens und um Veränderungen der Persönlichkeit des all dem ausgesetzten einstmals biederen Buchhalters. Teils als mäßig komische Groteske, teils als prätentiöse Allegorie schleppt sich der Film als American-Independent-Angelopoulos durch die Wälder des Westens. Was dabei an mythologischer Bedeutung aufgetürmt wird, führt erwartungsgemäß nirgendwo hin, kreist um sich selbst, wird dabei nur weiter breitgetreten und löst sich schließlich in Langeweile auf. Das ist ein Verdienst und sicher das Beste, was man über »Dead Man« sagen kann.

Konkret 01/96, S. 60

Michael Nauert

Film & Theater

Smoke

von Wayne Wang und Paul Auster; mit Harvey Keitel, William Hurt, Harold Perrineau Jr., Forest Whitaker u.a.; USA 1994, 112 Minuten

»Blue in the Face« – von Wayne Wang und Paul Auster; mit Harvey Keitel, Lou Reed, Jim Jarmusch, Victor Argo, Roseanne, Malik Yoba, Jared Harris, Giancarlo Esposito, Mel Gorham, Michael J. Fox, Madonna u.a.; USA 1994, 85 Minuten; Start: 4.1.96

Die Zeiten sind härter geworden. Besonders in New York City ist man als Raucher geächtet, in größeren Restaurants darf es nicht einmal mehr Raucherzonen geben. Kein Wunder, daß selbst ein gestandener Bohemien sich zum Verzicht entschließt, auch wenn dann andere Probleme zu befürchten sind: »Ich hatte noch nie eine Freundin, die nicht rauchte. Das heißt, wenn ich aufhöre, könnte es sein, daß ich nie mehr Sex haben werde.« Das Ende der Menschlichkeit scheint nahe. Gäbe es da nicht diesen unbeugsamen Zigarrenladen in Brooklyn und Auggie Wren, den spiritus rector des Widerstandes.

Um Auggie Wren (Harvey Keitel) und seine »Brooklyn Cigar Co.« dreht sich alles in »Smoke« und »Blue in the Face«, den beiden zusammenhängenden Filmen des aus Hongkong stammenden Regisseurs Wayne Wang und des New Yorker Autors Paul Auster. In dem Laden an der Ecke 3rd Street und 7th Avenue finden die Geschichten und ihre Protagonisten zusammen, die in »Smoke« miteinander verwoben werden: der Schriftsteller, der immer noch um seine vor Jahren von einer verirrten Kugel getötete Frau trauert; der schwarze Junge, der von einem Dealer Geld gestohlen hat und auf der Suche nach seinem Vater ist; sein Vater, der eine Autowerkstatt betreibt und eine neue Familie hat; Auggie, der mit geschmuggelten kubanischen Zigarren das große Geschäft machen will und seit 14 Jahren an seinem Lebenswerk arbeitet: jeden Morgen zur gleichen Zeit ein Foto seiner Straßenecke zu machen und ordentlich in einem Album abzulegen. Ihre Schicksale verbinden sich wie selbstverständlich zu einem aufwendig und brillant konstruierten Ganzen, das seinen Zusammenhalt über eine altmodische, literarisch wirkende Atmosphäre gewinnt. All die Zufälle, die Einbrüche der Vergangenheit in die Gegenwart, die tragischen Momente werden aufgefangen von dieser Wärme, die eine abgeschlossene, vollkommen wahrhaftige Realität herstellt, welche, anders als in manchen Romanen Austers – etwa der *New York Trilogie* – , ein gewissermaßen menschliches Maß der Wirklichkeit nur verfeinert und nicht in Frage stellt.

Beim Drehen dieses von der Kritik einhellig gepriesenen Films hatten offenbar alle Beteiligten so viel Spaß, daß sie gleich noch einen weitgehend improvisierten Nachfolger hinterherschoben. »Blue in the Face« spielt fast ausschließlich in Auggie Wrens Laden, handelt vom Erzählen, vom Reden-bis-manblau-im-Gesicht-wird, und läßt einige der Voraussetzungen von »Smoke« klarer werden. In inhaltlich zusammenhanglosen Episoden treten Schauspieler aus »Smoke«, Passanten und einige Prominente auf: Jim Jarmusch raucht seine letzte Zigarette, Lou Reed philosophiert über Leben in New York, Roseanne hat Beziehungsprobleme, Madonna ist eine singende Telegrammbotin, Michael J. Fox macht eine obskure Umfrage, Einwohner aus Brooklyn geben statistische Daten und Erinnerungen zum besten, und Auggie mit seinen herumhängenden Stammkunden sorgt für den Rahmen. Das Leben wird hier zum Patchwork der tollsten Typen und witzigsten Stories, und nirgendwo ist es so schön wie in der traditionellen Nachbarschaft von Brooklyn.

Auch in »Smoke« werden immer wieder Geschichten erzählt, doch diese haben die Funktion, die beschränkte, aber menschliche Wirklichkeit zu bereichern, ihr einen Hauch von Zweifel und Poesie zu verleihen. »Auggie Wren's Christmas Story« etwa, ein minutenlanger Monolog Keitels, ist der Höhepunkt des Films, und das Ringen mancher Personen mit der Wiederkehr der Vergangenheit wird mit der Geschichte des Mannes ergänzt, der im Schnee der Berge seinen seit vielen Jahren verschollenen Vater wiederfindet – eingefroren in einen Eisblock und deshalb augenscheinlich jünger als sein Sohn. Das Erzählen tritt als Kunstwerk, als Kostbarkeit am Rande auf, als die der Film im Grunde selbst gesehen werden will.

In »Blue in the Face« spricht das Erzählen deutlicher von sich selbst. Befreit von den Einschränkungen der ausgefeilten Konstruktion macht sich Spielfreude breit und beweist umgehend, daß dieser Begriff zu Recht so verrufen ist. Es geht nicht darum, unter bestimmten Voraussetzungen eine Eigendynamik zuzulassen oder Improvisationen zu ermöglichen, sondern darum, daß dieser Zustand an sich als gut – weil zutiefst menschlich – begriffen wird. Das Erzählen einer originellen Geschichte wird zum Selbstzweck und höchsten Gut, schließlich haben böse Menschen keine Lieder. Auch »Smoke« wird so ganz nebenbei von seinem vermeintlichen Abfallprodukt überholt und bloßgestellt als nur eine weitere Story.

Natürlich ist dieser Kult ums Erzählen zutiefst nostalgisch. Nicht nur weil in den meisten Geschichten vergangene Ereignisse beschworen werden, sondern weil hier zusammen mit dem Kulturgut Rauchen eine vermeintlich humanere Daseinsform gegen alle möglichen Angriffe der Technik (es gibt nur in »Smoke« eine kurze Szene, in der ein Fernseher auftaucht, der dann auch prompt nicht richtig funktioniert), bewußter Ernährung (in »Blue in the Face« wird u.a. diskutiert, den Zigarrenladen zu verkaufen, damit ein Naturkostladen einziehen kann) und des restlichen Bösen verteidigt wird.

Brooklyn bot sich zum einen als angemessener Ort dafür an, weil Auster hier lebt, zum anderen aber auch, weil sich hier Ansätze zu einer Traditionsbesinnung ausmachen lassen (zu denen auch Spike Lee zuletzt in »Crooklyn« beitrug), die dem N.Y.C.-Hype Manhattans gegenüberstehen.

Besonders wichtig ist in Brooklyn, das hier zum family thing wird, natürlich die neighborhood, die von Auggies Laden, dem zentralen Treffpunkt, zusammengehalten wird. Wie selbstverständlich finden sich unter den Stammkunden auch alle möglichen Hautschattierungen. Dabei beläßt man es aber nicht, sondern in einem eher spaßhaften Wortgefecht antwortet Auggie einem Afroamerikaner auf den Hinweis, die Schwarzen seien aus Afrika gestohlen worden: »Was, ich habe Dich aus Afrika gestohlen? Kann ich Dich zurückgeben?« Die Szene funktioniert zwar und ist kein bißchen peinlich, und solche Äußerungen sind in bestimmten Situationen natürlich in Ordnung. Aber wenn man damit hausieren geht, kommt es schon auf den Kontext an. Und zu dem gehört hier beispielsweise auch, daß Frauen nur als Ehefrauen oder Geliebte auftauchen und selbst natürlich nichts zu erzählen haben.

Das gepflegte Wohlgefühl, das »Smoke« hinterläßt, hält nur an, so lange man nicht daran denken muß, welche Argumente sich damit unterstützen lassen. »Blue in the Face« spricht es dann aber aus: daß man im Grunde nur Tradition und Nachbarschaft pflegen müsse, um ein guter Mann zu sein. Die Welt selbst bräuchte sich dann eigentlich nicht mehr zu ändern, das Erzählen mit all seinen unendlichen Reichtümern hielte sie am Laufen. Merkwürdig ist nur, daß Wang/Auster sich nicht darüber wundern, warum so viele Leute im wirklichen Leben darauf nicht von selbst kommen. Vielleicht sind ihrer literarisch geschulten Aufmerksamkeit doch ein oder zwei Aspekte der menschlichen Existenz entgangen.

Konkret 01/96, S. 61

Julie Hessler

Film & Theater

Golden E□ e

Regie: Martin Campbell; mit Pierce Brosnan, Sean Bean, I□abella Scorupco u.a.; Start: 28.12.95

Als neuer James Bond jumpt Pierce Brosnan in die Neunziger, indem er an einem Bungee-Seil über einem gewaltigen Damm abspringt, der Teil einer Fabrik für chemische Waffen in Rußland ist. Vor zehn Jahren hätte dieser Stunt wohl phantastisch gewirkt; unglücklicherweise scheint aber die Welt selbst Bond-mäßige Formen angenommen zu haben: Werbespots zeigen routinemäßig normale Bürger, die ungeheuerliche Kunststücke aufführen, während Kinder durchs Internet surfen und sich in geheime Daten hineinhacken. Bonds Liebesangelegenheit, die seidige Russin Natalia, bemerkt, daß sich Bond und sein niederträchtige Rivale wie »Jungs mit Spielsachen« benehmen. Aber die erstaunlichen technischen Spielereien, die vergangene Bond-Filme antrieben, wirken im Informationszeitalter überholt: Alle Jungs, so scheint es, haben heute die gleichen Spielsachen.

Pierce Brosnan konkurriert weniger mit seinen Bond-Vorgängern als mit den grungigen neuen Action-Göttern □ Stallone, Schwarzenegger, selbst Willis □ , die während des letzten Bond-Hiatus in das Genre explodiert sind. Brosnans Agent 007, genauso weltmännisch, sexy und sexistisch wie Connerys, macht den Eindruck, als würde er Prügel beziehen, würde er in einen der neueren Actionfilme geraten. Und Golden Eye □ ein Waffensystem, das vom Radar nicht aufgespürt werden kann □ , kommt einem vor wie etwas, das uns allenfalls in einer früheren, weniger von sich selbst überzeugten, weniger Bond-mäßigen Ära in Schrecken versetzen konnte.

Konkret 01/96, S. 62

Georg Seeßlen

Faschismus in Bildern

Auf Seniorennachmittagen, in Kinomatinees, Fernsehprogrammen und Nostalgiebänden werden die »unschuldigen« deutschen Filme des Nationalsozialismus wieder gezeigt. Verbote können die notwendige Kritik nicht ersetzen

1

Eines der großen Probleme für Geschichte und Kritik der populären Kultur in Deutschland ist der Umstand, daß ihre Entwicklung und Blüte in die Zeit des Nationalsozialismus fielen. Das Bild und die Bewegung, der Blick und die Wahrnehmung haben im deutschen Faschismus nicht eine perverse Verirrung erfahren, sind nicht bloß von einem sozusagen unschuldigen Zustand zum Bösen verführt worden, sondern haben vor allem dort ihr Wesen und ihre Form gefunden. Deutsche Filme gab es natürlich vor und nach dem Nationalsozialismus, und es gab auch deutsche Filme gegen den Faschismus. Aber auf die Frage, was das deutsche Kino sei (so wie man, mehr oderweniger in aller Unschuld, die Frage nach dem amerikanischen, nach dem französischen, nach dem usbekischen Kino stellen kann), wann dieses Kino denn überhaupt »funktioniert« habe, ökonomisch, semiologisch, kulturell, kommt immer die »große Zeit« der Ufa ins Bild. Die große Umbauphase der Gesellschaften von der mittleren in die späte Moderne erlebte die deutsche als faschistische; was die populäre Kultur anbelangt, das Kino, das Radio, die Musik, die Ferien, den Alltag, die Küche, die Liebe, die Zeitung – da war der Faschismus jene »gute alte Zeit«, auf die sich hier auch alle Nostalgie richten muß. Was uns die Frage aufgibt: Was ist faschistisch an einem Geschirrtuch (oder einer Art, es zu gebrauchen)? An einem Schlager? Oder an einem Film, zum Beispiel?

Derzeit leben wir in einem Feld der Vermeidungsstrategien, der Fragmentierung, der Bearbeitungsmythen. Um jeden Preis, so scheint es, muß der deutschen Filmgeschichte in weiten Teilen jene Unschuld zurückgegeben werden, die man an anderen Cinematografien so schätzt, und so tauchen wir, auf den Seniorennachmittagen, in den Kinomatinees, in den Fernsehprogrammen, in den Nostalgiebänden, in den Erinnerungsbüchern, regelmäßig in dieselbe Traumwelt, in die man in Deutschland tauchte, während die Konzentrationslager ihr Vernichtungswerk verrichteten und die Militärmaschine arbeitete. Hat vielleicht Theo Lingen Juden getötet, ist Grethe Weiser in Polen eingefallen, hat Heidemarie Hatheyer die Rüstung angekurbelt?

2

Gibt es das faschistische Kino, oder gibt es nur das Kino im Faschismus? Es gibt den Film, der für den Nationalsozialismus nützlich war, und den Film, der die Versprengten, die Widerspenstigen, die Eigensinnigen, die Nicht-Ergriffenen sammelte, den Film, der den Faschismus wollte, und den, der ihn nur überleben wollte. Sie mußten nicht dieselbe Sprache sprechen, wohl aber miteinander verbunden sein, einander decken und verdecken. Man könnte, nur zum Beispiel, die nationalsozialistische Filmproduktion modellhaft in einige Sektoren einteilen: –

den Anpassungsfilm: den »unpolitischen« Unterhaltungsfilm, der Strategien der Wahrnehmung lenkt. Dazu gehören die »Anschlußfilme«, in denen, wie in den österreichischen Hans Moser-Schmarren, die »Vereinigung« liebenswert rückständiger Kleinunternehmen mit effizienten, modernen Betrieben propagiert wurde; –

die »Verkleinerungsfilme«, die ein von der militärischen und sozialen Bewegung noch nicht oder erst am Rande erfaßtes Kleinbürgertum darauf hinweisen, wie überlebenswichtig die eigene Beschränkung von Wahrnehmung und Lebensradius sei; –

die kleinen und die großen Propagandafilme, die Identifikation, Überzeugung, Angst- und Feindbilder erzeugen und sich dabei der Überredungsstrategien bedienen, die aus anderen ästhetischen und kulturellen Zusammenhängen bekannt sind; –

Kontinuitätsfilme, Filme die an das alte Glück anschließen, die das Gefühl vermitteln, es habe sich mehr oder weniger nichts geändert, die das Völkische als Fortsetzung des Volkstümlichen beschreiben und daraus, vielleicht, wie in der »Geierwally«, die prekären Geschlechterverhältnisse ordnen; –

Entkommensfilme, die die Leistungsfähigkeit der deutschen Filmindustrie demonstrieren und in ein Niemandsland zeitlichen Stillstands tauchen; –

Frohsinnsfilme, Filme die »einfach« Vergnügen bereiten sollen, als »kriegswichtiges Gut« eingestuft von Goebbels, ein anderes Mittel zum Durchhalten; –

Fatalitätsfilme, die davon handeln, daß gegen das Schicksal sowieso nichts zu machen ist und die am Ende umschlagen in die »Tanz auf dem Vulkan«- und Todessehnsuchtsfilme.

Alle diese Filmarten sind für sich genommen im Grunde so unschuldig wie der deutsche Mensch, der nie ein Faschist war, sondern immer nur unter dem Faschismus gelebt hat; sie haben von nichts gewußt. Erst miteinander, mit den Kulturfilmen, den Wochenschauen, den »Tran und Helle«-Propagandasketches und den anderen Kino-Installationen vernetzt ergeben sie

das »Weltbild«, die Wahrnehmung, Herrschaftsanspruch, Volksgemeinschaft und Ausgrenzung. Das faschistische Kino hat faschistische Filme nur am Rande nötig.

Was aber ist ein faschistischer Film? Wilhelm Müller- Scheid, Gaupropagandaleiter und Präsident der Deutschen Filmakademie gab 1939 eine aufschlußreiche Antwort. Nationalsozialistisch sei ein Film dann, sagte er bei einer Veranstaltung zu Hitlers Geburtstag, wenn er »geschaut und geordnet wurde von einer nationalsozialistischen Persönlichkeit, der die Gesetze und Ziele der Bewegung bereits zur zweiten Natur geworden sind«. Auffällig ist nicht nur, wie Blick und Bild verschwimmen (und dieser nur in der »Ordnung« erfahren wird), sondern auch die Verlagerung des Schwerpunkts vom Werk auf den Autor. Ist der Film des deutschen Faschismus also das Werk listiger Opportunisten, die sich ein kleines Reich der Freiheit erschufen (sie alle haben Juden versteckt, Denunzianten gehaßt, unter Goebbels gelitten, und immer wieder überaus subtile Botschaften in ihren Unterhaltungsunfug verpackt), oder das Werk von Menschen mit einer zweiten Natur?

Die Authentizitätsreserve kann nur aus einem Film kommen, der Faschismus weder propagiert noch übersieht, weder verklärt noch bürgerlich macht. Der Film, der »wirklich« faschistisch ist, der »genuin« faschistische Film – dessen Autoren und Mitwirkende von ihrem eigenen Faschismus unter Umständen gar nichts wissen müssen und darum in sich vielleicht wirklich vollkommen unschuldig scheinen – mithin fundamentaler Faschismus, der nie wirklich Propaganda werden muß, der auf der vollständigen Synchronität von Empfindung und Wahrnehmung besteht: das ist der Film Leni Riefenstahls und Veit Harlans.

3

Mehr als die Hälfte der bundesdeutschen Nachkriegsfilme sind direkte oder indirekte Remakes von Filmen, die die nationalsozialistische Filmmaschine ersann und produzierte. Der Blick hat sich nicht geändert (und die Küchentücher auch kaum).

Aber was ist mit den Fernsehserien und -filmen der jüngsten Art? Richtig: Die meisten von ihnen sind indirekte oder direkte, ins jeweilige Serienformat gedehnte Remakes bundesdeutscher Unterhaltungsfilme, die ihrerseits Remakes nationalsozialistischer Unterhaltungsfilme sind. Wer es ernst meint mit der Ablehnung faschistischer Unterhaltungsfilme, muß die ganze deutsche populäre Kultur angreifen.

4

Kann man faschistische Bilder verbieten? In der Nachkriegskultur gibt es zuerst das Dekret der Alliierten, dann so etwas wie einen gesellschaftlichen Konsens darüber, daß die öffentliche Aufführung einer Reihe von propagandistischen, rassistischen und hetzerischen Filmen ganz einfach verboten sein soll. Diese »Verbotsfilme« sind der wissenschaftlichen Arbeit unter gewissen Auflagen und unter Beibehaltung gewisser Rituale zugänglich; sie sind möglich als »kalte« Objekte der Observierung, nicht aber als Teil der eigenen Kultur.

Auf den ersten Blick scheint das ziemlich richtig, sollen wir schließlich die alten und neuen Nazis mit ihrem Kulturstoff versorgen? Allenfalls über die Grenzlinien um die »verbotenen« Filme könnte man streiten. Und seit den sechziger Jahren raunt es immer wieder in den Feuilletons und Seminaren, ob und wie man nun die Giftschränke öffnen sollte.

Das verbotene Bild ist nicht ein nicht-existentes, sondern ein mythisches Bild. Die unsichtbare Leni Riefenstahl hat mehr zum Mythos der »Faszination Faschismus« beigetragen als die sichtbare. Das Verbot definiert nicht nur das Verbotene, sondern auch den Menschen, den es betrifft; es hat seine Theorie nicht nur zum Bild, sondern auch zum Blick. Das verbotene Nazi-Bild sagt, zum Beispiel, daß da draußen in der deutschen Gesellschaft Tausende von hungrigen Blicken warten, die nur das Nazi-Bild brauchen, um sofort von der Faszination ergriffen zu werden und zum neuen oder alten Faschismus zu konvertieren.

Das ist, vermutlich, zugleich richtig und falsch. Richtig ist, daß die »alte« faschistische Propaganda von rechtsextremen Gruppierungen durchaus gezielt eingesetzt wird. In den rechtsextremen »Filmclubs« der siebziger Jahre findet sich dieselbe »bunte Mischung« aus »unpolitischer Unterhaltung« und harter Propaganda wie bei rechten Video-Anbietern zur Zeit. Falsch ist indes jene Vermischung von faschistischer Propaganda und »Schmutz und Schund«, wie sie sich dem bürgerlichen Blick als furchtbares Augengift offenbaren. Zensur entwickelt noch stets jenen bizarren Diskurs zwischen dem erotischen und dem politischen Verbot (das Verbot »erotisiert« die Bilder). So wird Nazi-Filme-Gucken zu einem Camp-Vergnügen.

Der bizarre Widerspruch zwischen Moral und Marktwirtschaft führt etwa dazu, daß Frau Riefenstahl verbieten lassen kann, daß man ihre Filme kommentiert zeigt (sie hat das »Recht« auf ihre für den faschistischen Staat produzierten Bilder), während umgekehrt das Bundesarchiv verlangt, daß man andere Filme (ohne »Rechte-Inhaber«) nicht zeigen darf, ohne sie zu kommentieren. Kommentierungszwang und Kommentierungsverbot sind nur auf den ersten Blick ein Widerspruch und bilden auf den zweiten schon wieder ein neues dynamisches System der Inkulturation. Das faschistische Bild ist nicht eigentlich in den gesellschaftlichen Besitz übergegangen; so nomadisiert es in den Zwischenzonen.

5

Die Unübersichtlichkeit beginnt erst richtig. Die Rehabilitierung von Leni Riefenstahl und Veit Harlan fand ja nicht in einem nationalen Projekt, sondern in internationalem Rahmen statt. Der junge Michelangelo Antonioni schrieb hymnische Kritiken nicht nur über die erdschweren Melodramen von Veit Harlan, sondern auch über »Jud Süß« (den man ja auch als eine Form des Melodramatischen sehen kann). Soviel ich weiß, hat Antonioni sich nie ernsthaft Gedanken darüber gemacht, wen oder was er da bewundert hat. Ist er zu denken ohne diesen Einfluß?

Leni Riefenstahl hat ihre Wiederentdeckung zuerst französischen Kritikern (allen voran Charles Ford, der nicht nur das Werk, sondern gleich die ganze Person heilig zu sprechen vesuchte), dann der anglo-amerikanischen Pop-Kultur zu verdanken. Mick Jagger und Rainer Werner Fassbinder, nur zum Beispiel, hofierten die schon damals alte Dame, um sie als Fotografin zu gewinnen. Dann wurde sie gar von der feministischen Filmgeschichte entdeckt und eingemeindet. Ist ohne Frau Riefenstahl der weibliche Blick des Kinos nicht zu beschreiben? Und was bedeutet, in diesem Zusammenhang, »Leni verstehen«, wie es programmatisch intim als Überschrift eines Artikels heißt?

6

Soll man gegen die offene und schleichende Freigabe und Rehabilitierung der faschistischen Filme Stellung beziehen, Verbote fordern, fahrlässigen Umgang anprangern? Beziehungen herstellen zwischen den »Historikerstreits« und den, je nun, »Debatten« um die Filme »totalitärer Systeme« (Riefenstahl & Eisenstein verhalten sich wie Hitler & Stalin, und derlei Unfug). Wenigstens essayistisch erschauern ob der Kompatibilität von faschistischer und »postmoderner« Ästhetik, des elektronischen Biedermeiers, dem ein paar Millionen Tote nichts machen?

Die Aufgabe der Kritik des faschistischen Filmes (von der es gerade einmal ein paar Ansätze gibt) kann nicht in dem kulturgeschichtlichen Appeasement liegen; einer Mainstream-Kultur, die sich mit ihren eigenen faschistischen Wurzeln nicht befassen mag, ist mit ein paar Verboten oder Warnungen nicht beizukommen. Für die Kritik geht es statt dessen wohl darum: –

faschistische Bilderproduktion und Wahrnehmungsorganisation als Prozeß zu verstehen, –

die Schnittstellen zwischen populärer Kultur und Propaganda zu untersuchen, –

statt an Mythen wie »Riefenstahl« zu basteln, das Fortwirken riefenstahlscher Mythenproduktion zu klären, –

die Filmgeschichte nicht um den Faschismus herum, sondern durch ihn hindurch zu schreiben.

Auf die Frage: »Was ist ein faschistisches Bild?« gibt es keine wirkliche Antwort. Der Faschismus geschieht in den Bildern, und wie er das tut, das zu untersuchen haben wir noch nicht einmal richtig begonnen.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 10/95 über Kevin Costners »Waterworld«

Konkret 01/96, S. 64

Jürgen Roth

Ein Hampelmann zieht Fäden

Der unaufhaltsame Aufstieg des Uwe Seeler zum Vereinspräsidenten des Hamburger Sportvereins

Auch in hiesigen, also Frankfurter Kreisen besteht – wenn schon über sonst nichts – darüber Einigkeit, daß der Hamburger SV nicht nur einer der erfolglosesten und ganz zu Recht im Mittelfeld der Bundesliga auf Dauer etablierten, sondern obendrein einer der fadesten, kalködesten Vereine der letzten Jahre ist. Mit der mannschaftsspezifischen Spielkultur verband sich in seligeren Zeiten zwar ein Name wie Kevin Keegan, in bereits deutlich trostferneren Epochen dominierte indes gerade mal die immerhin in die Weltfußballgeschichte eingegangene, allerdings kaum von besonderer technischer Finesse zeugende »Bananenflanke« des rechten Verteidigers Manfred Kaltz. Auch der NDR hatte erkannt, daß man das Gequäle auf dem Platz am zuverlässigsten von Fritz Klein, dem müdesten aller Fußballreporter, kommentieren ließ. Und sein Nachfolger Peter Jensen überträgt noch heute HSV-Partien so wie sonst nirgendwo: »Paß auf links, hohe Flanke, Torab. Zurück in die angeschlossenen Funkhäuser.«

Niedergang ist das Geschick des HSV seit den achtziger Jahren, und die Götter taten recht daran, angelegentlich dieses jammervollen Clubs, dessen Stadion nicht mal mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ist, im Sinne der fußballgeschichtlich immer wieder deutlich obwaltenden »Gerechtigkeit« sturheil auf Mittelmaß und Verletzungspech zu pochen. »Hoffnungsträger« Karsten »Air« Bäron ist nun infolge einer dreifachen Knieoperation und »Aquajogging, Strombehandlung, Eis, Ultraschall, Massage, Dehnübungen, Physiotherapie, Krankengymnastik« sowie »Krafttraining« (»kicker«, 20.11.95) zwar wieder mit von der Partie, aber Rettung verheißt das nicht. Selbst nach einer nicht ganz geheuren Erfolgsserie in der zweiten Hälfte der Hinrunde warnte Felix Magath, von Uwe Seeler als Möhlmann-Nachfolger inthronisiert und als eventueller »Erfolgstrainer« (»kicker«) gehandelt: »Es gibt noch einige Mannschaften, die besser sind als wir« (»FR«, 20.11.95).

So isses. Vor allem aber gab es einst einen HSV, der nicht nur um einiges besser, sondern um einiges humaner gewesen sein muß als das heutige, neuerdings mit dem Namen Seeler eng verbundene Hire and Fire-Unternehmen. Ihren Trainer Branco Zebec, ausgewiesener Fach- und Eisenmann, achteten die Spieler trotz regelmäßiger, alkoholismusbedingter Ausfälle. Sie stützten ihn, wenn er’s aus eigener Kraft nicht mehr bis zur Bank schaffte, und »stellten sich vor ihn«, wenn die Presse ins Lamentieren verfiel. Nach einem von seiner Mannschaft verwandelten Elfmeter soll Zebec seinen Co-Trainer gefragt haben, warum der Mann denn so frei zum Schuß gekommen sei.

Zu Felix Magath unterhält Uwe Seeler, der nun auch offiziell neuer Präsident des HSV ist, ein ähnlich vertrauensvolles, wenn nicht blindes Verhältnis. »Magath braucht keinen Vertrag«, gab er vor seinem Amtsantritt zu verstehen und erfüllte damit jenes Klischee über seine Person einmal mehr, welches besagt, der »Sohn eines Lastkahnführers« könne weder hinterfotzig noch berechnend sein. Magath hat seinen Kontrakt doch noch bekommen, und eine Weiterbeschäftigung über das Ende der Saison hinaus ist ihm vom »Heiland« (»Taz«, 24.11.95) in Aussicht gestellt worden. Gleichwohl bleibt Seeler unangefochten »uns Uwe«, einfach zum Gernhaben, ein Mann von unten, dem kein falsches Wort und keine böse Tat zuzutrauen sind.

Nachdem jedoch Benno Möhlmann hauptsächlich auf Betreiben Seelers seinen Stuhl hatte räumen müssen, obwohl er dem Anschein nach außer im Falle der Suspendierung Jordan Letchkovs fachlich nicht versagt, sondern das Bestmögliche aus dem einfältigen Ensemble herausgeholt hatte, begann der Designierte zu dilettieren, wie es seine Art ist. Seeler, der augenscheinlich gar nicht recht wollte, aber nach dem Willen der Stadtwichtigsten mußte, legte eine neue Vereinssatzung vor, die prompt als haltloser Quatsch belächelt wurde. Wer nun meinte, mit der Präsidentschaft sei’s essig, hatte sich vertan. Seeler bockte und zog seine Kandidatur zurück – ein kluger Schritt, denn die maßgeblichen Kräfte der Hansestadt ließen nun nicht locker, bis auch die letzten Querulanten ein Einsehen hatten. Ohne Seeler, den »Sympathieträger«, gehe nichts mehr. Und so tat er dann, wie ihm geheißen.

Was aber ist der Seeler eigentlich insgesamt für einer – als Mensch und als Sympathieträger? Was hat im November 95 »19 Wirtschafts-Bosse« (»Bild«, 20.11.) dazu veranlaßt, via ganzseitiger Anzeige im »Hamburger Abendblatt« ihm, uns Uwe, für die bevorstehende Wahl zum HSV-Vorsitzenden »Viel Glück« zu wünschen? »Sowas«, unkte »Bild«, »sei wohl nur möglich mit einem Sympathieträger wie ›Uns Uwe‹«, und Roderich Menzels 1973 erschienenes Epos *Die besten elf Fußballstars* gibt dem Blatt recht. Seelers Motto war nämlich immer: »Steil aufwärts« führt der Weg, trotz so mancher »rabenschwarzer Tage ..., die nicht zuletzt auf eine heikle Rückenverletzung zurückgingen«. Selbst »ein Riß der rechten Achillessehne« (»man hörte es bis in die Tribünen hinauf knallen«) vermochte den unaufhaltsamen Aufstieg eines Hamburger Jungs nicht zu bremsen, der »zu einer Zeit]geboren wurde, als das nationalsozialistische Deutschland dem Höhepunkt äußerer Machtentfaltung zustrebte«. Im Alter von acht stellte der kommende Star und späterhin »große Unvergessene« eine »Mannschaft von Knirpsen zusammen«, bewies angesichts »knurrender Mägen inmitten von Trümmern« Mannschaftsführerqualitäten und wurde mit zehn Mitglied beim HSV.

Seeler war seither der Beste, »der beste der Schülermannschaft, mit sechzehn der herausragende Spieler der deutschen Jugendmannschaft« usw. »Große Tage« folgten auf große Tage. Der Erfolg aber hatte freilich eine Grundlage. Seeler stieg mit der WM 1962 nicht nur endgültig zum »vorbildlichen Handlanger seiner Kameraden« auf. Als proletarischer Musteremporkömmling verließ er sich schon mit Vollendung des dritten Lebensjahres auf »die Grundlage von Uwe Seelers großartiger, ja, fast einzigartiger Laufbahn: den enormen Fleiß«. Ergebnis: Seeler durfte sich fortan zu »den Auserlesenen des Fußballsports« zählen und einen Ruhm sichern, der ihn gleichwohl keineswegs »abheben« ließ. »Er war das Idol seiner Generation, einer der ritterlichsten Stars seiner Zeit. Zu Recht rühmt man sein vorbildliches Familienleben – er ist Vater von 3 Töchtern – und die Tatkraft, die ihn im Berufsleben zu einem wohlhabenden Mann gemacht hat«, so Menzel abschließend.

Hamburgs Unternehmer wissen, was sie an Seeler haben. »Wir Unternehmer wissen, wie schwer es ist, eine Krise zu meistern, aus dem Tal heraus neue Gipfel zu erstürmen. Sie, Uwe Seeler ..., Ihr Ruhm und Ihr Ruf bei jung und alt sind ideale Voraussetzungen, neues Vertrauen in den HSV zu setzen«, referierte »Bild« neun Tage vor der alles entscheidenden, die Präsidentenära Seeler ratifizierenden Jahreshauptversammlung. Seelers Vorbildlichkeit in allen Lebenslagen ist des Glückes Unterpfand. Während vor wenigen Wochen die hanseatisch- bürgerliche Fußballwelt noch in Trümmern lag, scheint nun alles wieder im Lot. »Bild« jubelte unverdrossen »HSV wieder ›in‹«, und auch das Fachblatt »kicker« konnte kaum mehr an sich halten.

Wo abgehalfterte Vereinssachverwalter den letzten Rest von starrsinniger Wirtschafts- und Politikunabhängigkeit zu verkörpern schienen, triumphierte jetzt unter lautstarkem Beifall des Bündnisses aus Fans, Funktionären und »Wirtschafts-Bossen« (»Bild«) die Feldherrenmanier eines Kleinbürgers, der sich mal traut, dazwischenzuhauen. »Der Befreiungsschlag des Uwe Seeler«, hämmerte der »kicker« los: »Benno Möhlmann raus, Felix Magath rein. Befreiung für das Team, dem Magath Feuer und körperliche Stärke einhauchte.« Und die »Taz«? »Mit Uwe deutet sich eine Renaissance tiefer HSV-Religiosität an.«

Wie Magath das Einhauchen von Feuer und körperlicher Stärke und der Oberindianer die Auferstehung des Heiligen Geistes zustande brachten, wird zwar ein Rätsel bleiben; auf der Hand liegt jedoch, daß Seeler, der möglicherweise gar nicht weiß, wie ihm geschieht, einer ideologischen Offensive und symbolischen Politik willfährt, die – im günstigen Moment fußballerischen Konjunkturaufschwungs – Disziplin und pappige Einheitsgefühle mit aller Macht etabliert wissen will. Drill und harte Hand mit Charme und kargem Verstand.

Nicht mal die, wie Reinhold Beckmann in einem seiner helleren Momente bemerkte, »eigenwillige Handhaltung«, vulgo: das inständige, den distinguierten Hansea-ten mit leichtem Ekel vor proletarischer Unkontrolliertheit erfüllende Grabbeln und Knispern am eigenen Gemächt vor laufen-der Kamera, vermochte Seelers allzu früh in Angriff genommene, nun aber dalli ihrer Klimax und Katharsis zueilende Erfolgsbiographie in Mitleidenschaft zu ziehen. Man sollte ihm daher, HSV hin, hanseatisches Kapital her, alles wünschen, was an Gutem in dieser Welt ist. Vor allem, mit Robert Gernhardt, unvermindert Glück, Glanz, Ruhm auch nach seinem wahrscheinlich baldigen Scheitern in der Rolle des Hanskaspers von Hamburg.

Jürgen Roth schrieb in KONKRET 12/95 über die »Bärbel-Schäfer«-Show

Konkret 01/96, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Gitti Götz, die frauenpolitische Sprecherin der – was es doch alles gibt: – bayerischen PDS, zum internationalen Tag »Nein zur Gewalt gegen Frauen«:

Nach den Vorstellungen der Regierungsparteien und auch der SPD dürfen Ehemänner zu Sonderbedingungen vergewaltigen. Die andern dürfens nur zu Normalbedingungen.

Die andern bilden offenbar eine unterprivilegierte Randgruppe. Was lernt uns das, pflegte Walter Ulbricht, der Vorbesitzer von Gittis Partei, zu fragen, beziehungsweise, wie er es gern in sein geliebtes Sächsisch übersetzte: Quo vadis? Genossin Gitti antwortet:

Vergewaltigung hat mit Sexualität aber auch garnichts zu tun, sondern mit Gewalt- und Machtausübung.

Sie unterscheidet sich darin vom Autofahren und Haareschneiden so gut wie garnicht.

Die Vergewaltigung der aufreizend gekleideten Frau nach der Disco vom Wildfremden im Stadtpark ist eher die Ausnahme als die Regel.

Wenn man unter die Normalbedingungen aufnähme, daß der Wildfremde zuvor die Beziehungskisten dieses Satzes ordnen müßte, würde die Ausnahme zur Rarität.

Die Frau, die andererseits ständig zu hören und zu sehen kriegt, wie hübsch, langbeinig und jung sie gefälligst zu sein hat,

ist wieder mal die Angeschmierte. Wäre sie doch häßlich, kurzbeinig und alt geblieben. Wie frau`s macht, macht sie`s falsch.

»Stern«, der Retter ist da. Erst der Robbenbabies, dann der Südsee und jetzt der Beugung in den Wemfall:

Mit dem größten Aufgebot von Polizei und Militär in Friedenszeiten versucht Paris dem Terror islamischer Fundamentalisten Herr zu werden.

Dem Dativ ist wieder einmal gerettet, und die Rettung kam nicht zufällig aus jener Stadt, deren Bewohner alles tun würden, um den Terror Herr zu werden.

»Viele, denen die individuelle Handschrift über alles geht, besitzen einen Lamy persona. Das ist der Füllhalter, den Lamy mit Mario Bellini geschaffen hat. Schwingende 14 K Goldfeder, 8 verschiedene Federbreiten, 425 Mark.« Und das ist einer der vielen:

Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß Schreiben von Hand den Gedankenfluß fördert und die Eleganz des Schreibgeräts auf den Stil abfärbt.

Theo Sommer

Und nun Theo auf Lamy persona von Mario Bellini:

Der indische Elefant hat lange geschlafen. Die kleinen Tiger des nordöstlichen und südöstlichen Asiens stürmten ihm in die Moderne voran; der chinesische Drache stürzte sich dreizehn Jahre früher in das Abenteuer der Wirtschaftsreform und der Öffnung zur Welt.

Soviel von Hand geförderter Gedankenfluß und vom Gerät auf den Stil abgefärbte Eleganz! Und alles für nur 425 Mark! Geschenkt.

Wer sich aber keinen Lamy persona von Mario Bellini mit schwingender 14 K Goldfeder leisten kann wie der Helfried Liebsch vom »Neuen Deutschland«, muß auf schlafende Elefanten, stürmende Tiger, sich in die Reform stürzende Drachen verzichten und mit der heimischen Fauna vorliebsch nehmen:

Lafontaine macht ernst. Seine ersten Schritte als SPD-Chef verraten, daß er den Stier bei den Hörnern packen will... Lafontaines 10-Punkte-Plan ist mit dem Ei des Kolumbus nicht zu verwechseln... Das innerparteiliche Siegel »Stier« klebt auf der Bundestagsfraktion... Genau da packt Lafontaine an... Wenn auch diese Flanke offenbleibt, könnte sich schier Unglaubliches ereignen... Lafontaine verkörpert das geflügelte Wort, daß neue Besen gut kehren. Oder wirbelt er nur Staub auf?

Zwischen den Hörnern des Kolumbus? Ei ei ei.

Überhaupt »Neues Deutschland«. Das Zentralorgan, das einst durch eine strenge Aufsicht über das schreibende Personal vom Abgleiten in den Journalismus bewahrt worden war, ist von seinem Chefredakteur, der vor der Wende, die auch seine war, als Londoner Korrespondent die ständig wachsende Zustimmung der breiten britischen Massen zur Entspannung, zum Frieden und zu den Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernmacht melden durfte, zu einem Anzeiger für die kleinen Leute in der Redaktion und außerhalb ausgebaut und vertieft worden. Kaum wäre das Blatt noch von Journalen wie »Hessische Allgemeine« oder »Schwarzwälder Bote« zu unterscheiden, stolperte es nicht immer wieder über diesen ewiggestrigen Genossen Sigmund, der am 21. November die Seite 1 mit drei freudschen Schlagzeilen zierte:

Prozeß gegen Politbüro droht »Harakiri«

Daimler-Sturzflieger werfen »Ballast« ab

Das Patent-Geschäft mit der »Schöpfung«

Vielleicht gibt es, trotz der Wende, Gott doch nicht, stürzen Egon Krenzens Richter sich nicht in ihre Brieföffner und sind überflüssige Arbeiter gar kein richtiger Ballast, setzt man also sicherheitshalber alles zwischen Gänsefüßchen wie vormals im Westen die »DDR«, die es, wie man jetzt weiß, auch nicht gegeben hat, jedenfalls nicht so ganz richtig. Die Serie, die an diesem 21. November über dem Zeitungskopf angekündigt wird, heißt deshalb:

»Die DDR-Bibliothek«

Bei Springer mit den Gänsefüßchen hätte es noch geheißen: Die »DDR«-Bibliothek. »Oschmann«, der »Hasenfuß«, macht noch die »Bibliothek« zur »sogenannten«. Das heißt freilich nicht, daß er nicht auch »Männermut« demonstrieren »lassen« kann. Für Gelegenheit, die eines »kräftigen« Wortes »bedürfen«, hält er sich Männer wie den Leitartikler Olaf Standke, der Sachen aufsagen kann wie:

Umsonst hat sich die Kirche schamlos zur Hure der Politik gemacht.

Wer brächte noch mehr Sprach- und Denkfehler (drei) auf so knappem Raum unter?

Kwasniewski holt seine Ideen nicht aus der Vergangenheit, er hat letztere aber auch nicht wie eine lästige Haut einfach abgestreift. Marktwirtschaft, doch möglichst sozial, politischer Pluralismus, ein starkes Parlament, die Mitgliedschaft in Nato und EU – man weiß, was man von ihm erwarten darf.

Kwasniewski muß auf deutsch soviel bedeuten wie: Olafstandke. Auch der hat seine Vergangenheit nicht wie eine lästige Haut einfach abgestreift, sondern hält durchaus, wie einst am 1. Mai auf dem Marx-Engels-Platz, noch heute an Marktwirtschaft, politischem Pluralismus, einem starken Parlament sowie der Mitgliedschaft in Nato und EU fest. Und auch Oschmann selber weiß noch, was sich gehört, wenn zwei führende Repräsentanten zu einem offenen Meinungsaustausch über beiderseitig interessierende Fragen auf höchster diplomatischer Ebene zusammentreffen, nämlich der erste Vorsitzende des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Vorsitzende des Ministerrats des Saarlandes, Ministerpräsident Oskar Lafontaine, mit dem Vorsitzenden der Bundestagsgruppe und Mitglied des Vorstandes der Partei des Demokratischen Sozialismus Genossen Gregor Gysi.

Es gehört sich, daß das bedeutende Treffen den Aufmacher der Seite 1 bildet, daß daneben Porträtfotos jedes der beiden Würdenträger abgebildet werden und die herausragende Bedeutung des Vorgangs betont wird, weshalb die Schlagzeile über der Nachricht von einem Treffen, das drei Wochen lang in hundert Talkshows, fünfhundert Schlagzeilen, tausend Leitartikeln erörtert worden war und von dem Teilnehmer Gysi zwanzig Zeilen später sagen wird:

Kaum ein Gespräch ist öffentlich so stark schon im Vorfeld behandelt und hin und her gewendet worden wie dieses,

balkendick verkündet:

Bonn: Überraschendes Treffen zwischen Gysi und Lafontaine

Von alters her vor allem aber gehört sich, daß das Treffen der höchsten Repräsentanten vom höchsten Redakteur eigenhändig kommentiert bzw. ausgewertet und eingeschätzt wird, weshalb es Oschmann selber ist, der dem Vorsitzenden der Bundestagsgruppe die entscheidende Frage stellt:

Wie war die Chemie zwischen den Männern Gysi und Lafontaine?

Es lag Oschmann ganz fern, den Austausch fester, flüssiger oder gasförmiger Ausscheidungen zwischen Oskar und Gregor zu seinem frivolen Sujet zu machen. Die Metapher, die er einem Feuilletonisten vom »Spiegel« abgelauscht haben wird, ist nichts als der Versuch eines flachköpfigen Spießers, das Flair eines Mannes von Welt zu ertrotzen – in einem Blatt, das als Oschmanns Datschenlaube in die Pressegeschichte eingehen wird (und zwar, wenn ich mir was wünschen darf: bald).